

**SICHERUNG UND KONSOLIDIERUNG DER ERGEBNISSE
DER DEKOLONISATION**

**DER SCHUTZ DER UNABHÄNGIGKEIT IM VÖLKERRECHTSVER-
STÄNDNIS DER NEUEN AFRIKANISCHEN STAATEN SÜDLICH DER
SAHARA**

INAUGURAL-DISSERTATION

**zur Erlangung der juristischen Doktorwürde
dem Fachbereich Rechtswissenschaften
der Philipps-Universität zu Marburg**

vorgelegt von

OTTO SCHULZ
Regierungsdirektor
aus Wilhelmshaven

Marburg 1981

Druck von M. Wehle in Witterschlick/Bonn



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554010_0004

**SICHERUNG UND KONSOLIDIERUNG DER ERGEBNISSE
DER DEKOLONISATION**

**DER SCHUTZ DER UNABHÄNGIGKEIT IM VÖLKERRECHTSVER-
STÄNDNIS DER NEUEN AFRIKANISCHEN STAATEN SÜDLICH DER
SAHARA**

INAUGURAL-DISSERTATION

**zur Erlangung der juristischen Doktorwürde
dem Fachbereich Rechtswissenschaften
der Philipps-Universität zu Marburg**

vorgelegt von



OTTO SCHULZ
Regierungsdirektor
aus Wilhelmshaven

Marburg 1981

Druck von M. Wehle in Witterschlick/Bonn

Als Dissertation von dem Fachbereich Rechtswissenschaften
angenommen am: 26. 1. 1981

Berichterstatter: Professor Dr. Hoffmann

Mitberichterstatter: Professor Dr. Folz

Tag der mündlichen Prüfung: 9. 2. 1981



I I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

	Seite
Inhaltsverzeichnis	I
Literaturverzeichnis	IX
Quellen	XXXIV
Abkürzungen	XXXVI
 Einleitung	
1. Umfang und Ziel der Untersuchung	1
2. Die benutzten Quellen	4
 Erster Teil	
Die Dekolonisation	
Erstes Kapitel	
Das Ziel der Dekolonisation: Unabhängigkeit	
1. Vorbemerkung	8
2. Die Rolle der Vereinten Nationen in der Dekolonisation und die Bestimmungen der Satzung	9
2.1. Dekolonisation und die Vereinten Nationen	9
2.2. Die Kapitel XI, XII und XIII SVN	12
2.3. Die Rolle der Generalversammlung in der Dekolonisation	15
2.3.1. Die Generalversammlung als Motor der Dekolonisation	15
2.3.2. Art. 73 (e) SVN und die Aktivitäten der Generalversammlung	16
2.4. Unabhängigkeit als Ziel der Dekolonisation; die Resolutionen 742 (VIII) und 1541 (XV) der Generalversammlung	18
3. Der Begriff der Unabhängigkeit in der Dekolonisation	22
3.1. Die koloniale Abhängigkeit als Ausgangspunkt	22

II

3.2. Die Doppeldeutigkeit des Begriffs: Unabhängigkeit als Ausdruck der Staatlichkeit und der vollständigen Selbstregierung	27
3.3. Die Untersuchung beider Inhalte	29
3.3.1. Unabhängigkeit als vollständige Selbstregierung	29
3.3.2. Unabhängigkeit als Staatlichkeit	35
4. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen	36

Zweites Kapitel

Die materiellen Voraussetzungen der Dekolonisation: Staatswerdung und Staatsreife

1. Die Problematik	39
2. Die Gleichsetzung der Entlassung in die Unabhängigkeit mit der Staatswerdung der emanzipierten Gebiete in der Staatenpraxis	41
2.1. Ihre Aufnahme in die Vereinten Nationen	41
2.2. Ihre Anerkennung durch die Staaten	43
3. Zweifel an der Staatlichkeit, Unabhängigkeit und Lebensfähigkeit der emanzipierten Gebiete	44
3.1. Der Begriff der Staatsreife	48
3.1.1. Die Haltung der Generalversammlung gegenüber Kriterien der Staatsreife	49
3.1.2. Die vom Völkerbund entwickelten Kriterien der "Staatsreife"	53
3.2. Ihre Anwendung auf die emanzipierten Gebiete	55
4. Ergebnis	57

Drittes Kapitel

Das formale Ergebnis der Dekolonisation: Unabhängige Staatlichkeit

1. Vorbemerkung	58
2. Die Herrschaft (Staatsgewalt) als das wesentliche Element des Staatsbegriffes	61

III

2.1. Die Effektivität als Merkmal der Staatsgewalt	63
2.1.1. Der Inhalt des Begriffs der Effektivität	63
2.1.2. Effektivität in der Dekolonisation; es gibt keinen Standart effektiver Herrschaft	66
2.2. Die Ausübung effektiver Herrschaft in den ehemals abhängigen Gebieten	75
2.3. Die Originarität als Merkmal der Staatsgewalt	75
2.3.1. Die Unterscheidung staatlicher Herrschaft von der Herrschaft anderer Territorialverbände	75
2.3.2. Die Originarität der Herrschaft als das rechtliche Unterscheidungsmerkmal	77
2.3.3. Die Ausübung originärer Herrschaft in den ehemals abhängigen Gebieten	79
3. Der räumliche und persönliche Wirkungsbereich der Staatsgewalt	81
3.1. Das Staatsgebiet	81
3.2. Das Staatsvolk	81
3.3. Staatsgebiet und Staatsvolk der ehemals abhängigen Gebiete	82
4. Die Staatlichkeit der ehemals abhängigen Gebiete als Ergebnis	82
5. Die Rechts- und Handlungsfähigkeit der aus der Dekolonisation hervorgegangenen Staaten	83
5.1. Originarität und Völkerrechtssubjektivität	83
5.2. Die Völkerrechtssubjektivität der neuen Staaten	86
5.3. Ihre Unabhängigkeit	86
5.3.1. Originarität und Unabhängigkeit	86
5.3.2. Unabhängigkeit als Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit	88
5.3.3. Die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit als Gegenstand vertraglicher Vereinbarungen	90
5.3.3.1. Die Auswirkungen vertraglicher Vereinbarungen auf die Unabhängigkeit	90

IV

5.3.3.2. Das Problem	91
5.3.3.3. Die Begründung eines Verhältnisses rechtlicher Über-/Unterordnung als Verlust der Unabhängigkeit	91
5.4. Ergebnis der Untersuchung des Unabhängigkeitsbegriffes	97
5.5. Die Unabhängigkeit der aus der Dekolonisation hervorgegangenen Staaten	98
6. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen	102

Viertes Kapitel

Der materielle Inhalt der Dekolonisation: Selbstbestimmung

1. Vorbemerkung	105
2. Der Inhalt des Selbstbestimmungsrechtes in der Dekolonisation	106
2.1. Der formelle Inhalt des Selbstbestimmungsrechtes	106
2.2. Der materielle Inhalt des Selbstbestimmungsrechtes	110
2.2.1. Der externe Aspekt des Selbstbestimmungsrechtes	110
2.2.2. Der interne Aspekt des Selbstbestimmungsrechtes	112
2.2.3. Im Dekolonisationsprozeß besonders betonte Aspekte des Selbstbestimmungsrechtes	114
2.2.3.1. Der wirtschaftliche Aspekt	114
2.2.3.2. Der territoriale Aspekt	115
3. Der Träger des Selbstbestimmungsrechtes in der Dekolonisation	123
4. Ergebnis	125

Fünftes Kapitel

Schlußfolgerungen aus dem ersten Teil

1. Zusammenfassung	126
2. Folgerungen	130
3. Der Schutz der Dekolonisation als neue Aufgabe des allgemeinen Völkerrechts	132

Zweiter Teil

Sicherung und Konsolidierung der Ergebnisse der
Dekolonisation im afrikanischen Völkerrechts-
verständnis

Erstes Kapitel

Das Recht auf unabhängige Existenz: Die nachko-
loniale Ordnung in Afrika

1. Die Entwicklung der nachkolonialen Ordnung in Afrika	136
1.1. Die Gegebenheiten, von denen auszugehen war	136
1.2. Die Aufgabe des neuen Systems	138
1.3. Die ersten Gestaltungsversuche eines neuen Systems	139
2. Die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) als kontinentales Ordnungssystem	146
2.1. Der unabhängige Staat als Grundlage des neuen Systems	146
2.2. Die Gründe für die Entscheidung Afrikas ge- gen die Supranationalität	148
2.3. Die Struktur und die Kompetenzen der OAU	149
2.4. Ihre Ordnungsprinzipien	150
2.5. Der Rechtscharakter des neuen Systems	152
2.6. Das neue System und das Völkerrecht	152
3. Die staatliche Unabhängigkeit im afrikani- schen System	156
3.1. Ihre zentrale Bedeutung	156
3.2. Ihr Inhalt im afrikanischen Verständnis	157

4. Das Recht auf unabhängige staatliche Existenz und seine Garantie im afrikanischen System	160
4.1. Das Recht des Staates auf unabhängige Existenz	160
4.2. Der Schutz des Rechtes auf unabhängige Existenz	160
Zweites Kapitel	
Das Gewaltverbot im afrikanischen Völkerrechts- verständnis	
1. Die Bedeutung des Gewaltverbots für die neuen afrikanischen Staaten	161
2. Das Gewaltverbot im afrikanischen Rechts- system	162
2.1. Das Gebot der Achtung der territorialen Integrität	162
2.1.1. Seine Bedeutung im afrikanischen System	162
2.1.2. Der Schutz der territorialen Integrität in afrikanischen Instrumenten	166
2.2. Das Gebot der Achtung der Unabhängigkeit	169
2.2.1. Seine Festlegung im afrikanischen System	169
2.2.2. Sein Inhalt	169
2.3. Das geschützte Rechtsgut beider Gebote: Das Recht auf unabhängige Existenz eines Staates in seinen bestehenden Grenzen	170
2.4. Die Ableitung eines Gewalt v e r b o t s aus diesen Geboten	170
3. Das afrikanische Gewaltverbot als Bestätigung eines universellen Rechtssatzes	173
4. Der Inhalt des Gewaltverbots im afrikanischen Verständnis (Darstellung)	174
4.1. Die ausgewerteten Quellen und ihre Eignung für die Untersuchung	174
4.2. Das Verbot und einzelne Formen verbotener Gewaltanwendung	176
4.2.1. Das Verbot des Aggressionskrieges und der Propaganda	177

VII

4.2.2. Das Verbot der indirekten Aggression (Angriffe von Freischärlern, Unterstüt- zung umstürzlerischer Tätigkeiten)	178
4.2.3. Das Verbot der Ausübung politischen oder wirtschaftlichen Drucks	180
4.2.4. Das Verbot der Drohung mit Gewalt	183
4.3. Die Rechtfertigung der Androhung und An- wendung von Gewalt	184
5. Zusammenfassung und Würdigung	187
5.1. Zweck und Bedeutung des Verbots	187
5.2. Das geschützte Rechtsgut	187
5.3. Die Verbotsnorm	188
5.3.1. Ihr Inhalt in afrikanischer Sicht	188
5.3.2. Rechtliche Würdigung	188
5.4. Der Gewaltbegriff im afrikanischen Ver- ständnis	195
5.4.1. Die Anwendung physischer Gewalt (Zusammenfassung)	195
5.4.2. Rechtliche Würdigung	195
5.4.3. Die Anwendung von nicht-physischer Ge- walt (Zusammenfassung)	199
5.4.4. Rechtliche Würdigung	199
5.5. Drohung	203
5.6. Rechtfertigungsgründe	204
5.6.1. Zusammenfassung	204
5.6.2. Rechtliche Würdigung	204
5.7. Verbot der Anerkennung der Ergebnisse von Gewaltanwendung	213
5.7.1. Zusammenfassung	213
5.7.2. Rechtliche Würdigung	214

Drittes Kapitel

Das Interventionsverbot im afrikanischen Völ- kerrechtsverständnis

1. Darstellung der afrikanischen Auffassungen	218
---	-----

VIII

1.1. Die Bedeutung des Interventionsverbots für die neuen afrikanischen Staaten	218
1.2. Das Interventionsverbot im afrikanischen Rechtssystem	219
1.3. Die Verurteilung der Subversion, das Haupt- anliegen des neuen Systems	220
2. Der Inhalt des Interventionsverbots im afrikanischen Verständnis	222
2.1. Definition der Intervention, Anwendungsbe- reich des Verbots	222
2.2. Verbotene Interventionshandlungen	224
2.3. Zulässige "Interventionen"	225
2.4. Selbstverteidigung gegen Interventionen	227
3. Zusammenfassung und Würdigung	228
3.1. Vorbemerkung	228
3.2. Bedeutung des Interventionsverbots	229
3.3. Das geschützte Rechtsgut	229
3.3.1. Zusammenfassung	229
3.3.2. Rechtliche Würdigung	229
4. Die Verbotsnorm	235
4.1. Ihr Inhalt in afrikanischer Sicht	235
4.2. Rechtliche Würdigung	235
5. Der Interventionsbegriff im afrikanischen Verständnis	236
5.1. Zusammenfassung	236
5.2. Rechtliche Würdigung	237
6. Typische Interventionshandlungen	242
6.1. Zusammenfassung	242
6.2. Rechtliche Würdigung	242
7. Zulässige "Interventionen"	244
Schluß	244

IX

L I T E R A T U R V E R Z E I C H N I S ¹⁾

- Abendroth, W. Abhängige Gebiete, S.2-5, in: Strupp-Schochauer, Wörterbuch des Völkerrechts, Bd.1, Berlin 1960-62
- Akehurst, M. A modern introduction to international law London 1970
- Akwensiogbe, M.N. Die Organisation für Afrikanische Einheit - Entstehungsgeschichte und Entwicklung seit 1963. Eine völkerrechtliche und außenpolitische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Staatenpraxis
Diss. Tübingen 1974
- Allott, A. Boundaries and the Law in Africa, S.9-21, in: Widstrand, African Boundary Problems, Uppsala 1969
- Ansprenger, F. Versuch der Freiheit, Afrika nach der Unabhängigkeit
Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1972
- derselbe Nationenbildung im schwarzen Afrika französischer Prägung, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1963, S.181-195
- Anzilotti, D. Sondervotum im Gutachten des StIGH über die deutsch-österreichische Zollunion, PCIJ, Series A/B Nr.41, S.57 ff
- Arendt, H.-C. Die Anerkennung in der Staatenpraxis
Diss. Berlin 1938
- Armbruster, H. Propaganda, S.807-808, in: Strupp-Schlochauer, Wörterbuch des Völkerrechts, Bd.2, Berlin 1960-62

¹⁾ Mehrere Abhandlungen eines Autors sind im Text mit einem Stichwort aus dem Titel bezeichnet.

- derselbe Selbstbestimmungsrecht, S.250-255, in: Strupp-Schlochauer, Wörterbuch des Völkerrechts, Bd.3, Berlin 1960-62
- Arzinger, R. Das Selbstbestimmungsrecht im allgemeinen Völkerrecht der Gegenwart, Berlin 1966
- Asbeck, F.M.van Le statut actuel des pays non autonomes d'outre-mer, Rec.Bd.2, 1947, S.349-475
- el-Ayouty, Y. Legitimization of National Liberation, S.209-229, in: el-Ayouty, Africa and International Organization, Den Haag 1974
- Bahr, E. Die Leitbilder der europäischen Politik in Afrika, Außenpolitik, Zeitschrift für Internationale Fragen, 1960, S.173-181
- Baker, R.K. The Emergence of Biafra: Balkanization or Nation-Building, Orbis - A Quaterly Journal of World Affairs, 1968, Bd.12, S.518-533
- Basdevant, J. Règles générales du droit de la paix, Rec. Bd.4, 1936, S.473-696
- Bebr, G. Regional Organizations: A United Nations Problem, AJIL, Bd.49, 1955, S.166-184
- Benviste, G.,
Moran jun., W.E. Handbook of African Economic Development
New York 1962
- Berber, F. Lehrbuch des Völkerrechts, Bd.1, Allgemeines Friedensrecht, München, Berlin 1960
- Bindschedler, R.L. Annexion, S.68-71, in: Strupp-Schlochauer, Wörterbuch des Völkerrechts, Bd.1, Berlin 1960-62
- derselbe Internationale Organisation (Grundfragen), S.70-89, in: Strupp-Schlochauer, Wörterbuch des Völkerrechts, Bd.2, Berlin 1960-62
- Blittersdorff,
W.Frh.von Das internationale Plebiszit, Praktische Fragen und Technik der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes, Hamburg 1965

- Bluntschli, J.C. Das moderne Völkerrecht der civilisierten Staaten, 3.Aufl., Nördlingen 1878
- Bolaji Akinyemi, A. The Organisation of African Unity and the Concept of Non-Interference in Internal Affairs of Member-States, The British Year Book of International Law, Bd.46, 1972-1973, S.393-400
- Bonfils, H. Lehrbuch des Völkerrechts für Studium und Praxis, 3.Aufl., durchgesehen und ergänzt von P.Fauchille, Übersetzung von A.Grah, Berlin 1904
- Bonny Duala M'bedy, L.-J. Die Problematik afrikanischer Staatenbildung, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1970, S.292-319
- Borella, F. Les regroupements d'Etats dans l'Afrique indépendante, AFDI, 1961, S.787-807
- Bothe, M. Das Gewaltverbot im allgemeinen, S.11-30, in: Völkerrechtliches Gewaltverbot und Friedenssicherung. Berichte-Referate-Diskussionen einer Studientagung der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht Baden-Baden 1971
- Bourquin, M. L'Etat souverain et l'organisation internationale, New York 1959
- Boutros-Ghali, B. L'organisation de l'unité africaine Paris 1968
- derselbe The Addis Abeba Charter, International Conciliation, Januar 1964, S.5 ff
- derselbe Le principe d'égalité des Etats et les organisations internationales, Rec. Bd.2, 1960, S.9-70
- Bowett, D.W. Self-Defence in International Law Manchester 1958

- derselbe Reprisals Involving Recourse to Armed Force,
AJIL, Bd.66, 1972, S.1-36
- Briggs, H.W. Recognition of States, AJIL, Bd.43, 1949,
S.113-121
- Brown, Ph.M. The Effects of Recognition, AJIL, Bd.36,
1942, S.106-108
- Brownlie, I. Principles of Public International Law,
2.Aufl., Oxford 1973
- Busch, W. Die Entwicklung eines Annexionsverbots auf
dem amerikanischen Kontinent seit der inter-
nationalen amerikanischen Konferenz von
Washington (1889/1890), Diss. Marburg 1973
- CalvoCaressi, P. World Order and New States
New York 1962
- Cavaré, L. Le droit international public positif, 3.
Aufl., besorgt von J.-P.Quénenec, Bd.1,
Paris 1969
- Cervenka, Z. The Organisation of African Unity and its
Charter, 2.Aufl., London 1968
- derselbe Zehn Jahre OAU, Afrika heute, Heft 5, 1973,
S.10-14
- derselbe The Role of the OAU in the Peaceful Settle-
ment of Disputes, S.48-68, in: el-Ayouty,
Africa and International Organization,
Den Haag 1974
- Chime, S. The Organization of African Unity and Afri-
can Boundaries, S.64-78, in: Widstrand,
African Boundary Problems, Uppsala 1969
- Chowdhuri, R.N. International Mandats and Trusteeship
Systems, Den Haag 1955
- Clark, G., Sohn, L.B. Frieden durch ein neues Weltrecht
Frankfurt/M., Berlin 1961

- Clausen, W. Die Staatswerdung Ghanas, Studie über die Verfassungsentwicklung kolonialer Gebiete zum unabhängigen Staat, Hamburg 1966
- Coleman, J.S. The Character and Viability of African Political Systems, S.39-73, in: W.Goldschmidt, The United States and Africa, Revised Edition, New York 1963
- Colliard, Cl.-A. Institutions Internationales, 2.Aufl., Paris 1963
- Collomb, H., Diop, B. Verstädterung und psychische Krankheiten, Afrika heute, 1970, S.89-91
- Comhaire-Sylvain, S.u.J. Le nouveau dossier Afrique Verviers 1971
- Coulmas, P. Fluch der Freiheit Oldenburg, Hamburg 1963
- Crozier, B. Neo-Colonialism - A Background Book London 1964
- derselbe The Morning after New York 1963
- Dahm, G. Völkerrecht, Bd.1, Stuttgart 1958
Völkerrecht, Bd.2, Stuttgart 1961
- Dallin, A. The Soviet Union and the United Nations New York 1962
- Decker, G. Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen Göttingen 1955
- Degan, V.D. Commission of Mediation, Conciliation and Arbitration of the O.A.U., Revue Egyptienne de Droit International, Bd.20, 1964, S.53-73
- Delbez, L. Les principes généraux du droit international public, 3.Aufl., Paris 1964

- Delivanis, J. La légitime défense en Droit international public moderne, Paris 1971
- Derpa, R.M. Das Gewaltverbot der Satzung der Vereinten Nationen und die Anwendung nichtmilitärischer Gewalt, Bad Homburg 1970
- Despagnet, F. Cours de droit international public, 3. Aufl., Paris 1905
- Dölle, H., Reichert-Facilides, F., Zweigert, K. Internationalrechtliche Betrachtungen zur Dekolonisierung
Tübingen 1964
- Dohna, B. Graf zu Die Grundprinzipien des Völkerrechts über die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten
Berlin 1973
- Eagleton, C. Self-Determination in the United Nations, AJIL, Bd. 47, 1953, S. 88-93
- Elias, T.O. Government and Politics in Africa, 2. Aufl., Calcutta 1963
- derselbe Africa and the Development of International Law, Leiden 1972
- derselbe The Commission of Mediation, Conciliation and Arbitration of the Organization of African Unity, The British Year Book of International Law, Bd. 40, 1964, S. 336-348
- derselbe The Charter of the Organization of African Unity, AJIL, Bd. 59, 1965, S. 243-267
- Emerson, R. Pan-Africanism, S. 7-22, in: N.J. Padelford, R. Emerson, Africa and World Order
New York 1963
- derselbe The Character of American Interest in Africa, S. 3-35, in: W. Goldschmidt, The United States and Africa, Revised Edition
New York 1963

- derselbe Colonialism, Political Development, and the UN, International Organization, Bd.19, 1965, S.484-503
- Erich,R. La naissance et la reconnaissance des Etats, Rec. Bd.3, 1926, S.431-502
- Fahrni,P. Die Assoziation von Staaten mit anderen Staaten, Zürich 1967
- Fauchille,P. Traité de droit international public, Bd.1, Paris 1922
- Fenwick,Ch.G. International Law, 4.Aufl., New York 1965
- Feuer,G. Les conférences africaines et l'organisation de la communauté Africano-malgache d'expression française, AFDI, Bd.7, 1961, S.762-786
- Fischer,K.M. Urbanisierung als sozialer Prozeß, Afrika Spektrum, 2/1971, S.5-32
- Fliedner,H. Die Berichtspflicht der Kolonialmächte nach Art.73 e der Satzung der Vereinten Nationen Diss. Hamburg 1961
- Forsthoff,E. Verwaltungsrecht, Bd.1, 9.Aufl., München. Berlin 1966
- Fox,H. The Settlement of Disputes by Peaceful Means and Observances of International Law-African Attributes, International Relations, Oktober 1968, S.389-410
- Freudenberg,R. Marokko, Tunesien, S.474-477, in: Strupp-Schlochauer, Wörterbuch des Völkerrechts, Bd.2, Berlin 1960-62
- derselbe Marokko, Tunesien, S.460-463, in: Strupp-Schlochauer, Wörterbuch des Völkerrechts, Bd.3, Berlin 1960-62

- Friedmann, W. The Changing Structure of International Law
London 1964
- Gandolfi, A. Naissance et mort sur le plan international
d'un Etat éphémère: La Fédération du Mali,
AFDI, Bd.6, 1966, S.881-906
- Gendebien, P.-H. L'intervention des Nations Unies au Congo
1960-64, Paris, Den Haag 1966
- Gerlach, A. Die Intervention - Versuch einer Definition-
Hamburg 1967
- Giraud, E. L'interdiction du recours à la force, la
théorie et la pratique des Nations Unies,
Revue Générale de Droit International
Public, 1963, S.501-544
- Goodrich, L.M.,
Hambro, E. Charter of the United Nations - Commentary
and Documents, 2.Aufl.,
London 1949
- Goodrich, L.M.,
Hambro, E.,
Simons, A.P. Charter of the United Nations - Commentary
and Documents, 3.Aufl.,
New York, London 1969
- Gould, W.L. An Introduction to International Law
New York 1957
- Grafton Wilson, G. International Law, 8.Aufl., New York 1922
- Grimal, H. La Décolonisation 1919-1963, Paris 1965
- Guggenheim, P. Traité de Droit international public, Bd.1,
Genf 1953
- Gunst, D.W. Der Begriff der Souveränität im modernen
Völkerrecht, Berlin 1953
- Haedrich, H. Intervention, S.144-147, in: Strupp-Schlo-
chauer, Wörterbuch des Völkerrechts, Bd.2,
Berlin 1960-62

- Hänel, K. Französisch-Äquatorial-Afrika
Bonn 1958
- Hamon, L. Les groupes interétatiques à vocation pan-
africaine, The Year Book of World Affairs,
1963, S.96-122
- Han, H.-K. Die Aufnahme von Staaten als Mitglieder in
die Vereinten Nationen
Diss. Bonn 1967
- Heffter, A.W. Das europäische Völkerrecht der Gegenwart,
8.Aufl., bearbeitet von F.H.Geffken
Berlin 1888
- Heilborn, P. Die Subjekte des Völkerrechts, S.684-686,
in : Strupp, Wörterbuch des Völkerrechts
und der Diplomatie, Bd.2,
Berlin, Leipzig 1928
- Hess, M. Die Organisation der afrikanischen Einheit
Diss. Marburg 1967
- Heydte, F.A.Frh.von
der Ein Beitrag zum Problem der Macht im "klas-
sischen" und im "neuen" Völkerrecht, in:
Rechtsfragen der internationalen Organisa-
tion, Festschrift für Hans Wehberg, Frank-
furt/M.1956, S.172-199
- Higgins, R. The Development of International Law through
the Political Organs of the United Nations
London, New York, Toronto 1963
- Hoffmann, G. Strafrechtliche Verantwortung im Völker-
recht. Zum gegenwärtigen Stand des völker-
rechtlichen Strafrechts
Frankfurt/M., Berlin 1962
- derselbe Die deutsche Teilung, Staats- und völker-
rechtliche Aspekte
Pfullingen 1969

XVIII

- p>derselbe Das Verhältnis des Rechts der Europäischen Gemeinschaften zum Recht der Mitgliedstaaten, DÖV, 1967, S.433-441
- derselbe Die Staatsangehörigkeit in den deutschen Bundesländern, Archiv für öffentliches Recht, Bd.81, S.300-341
- Hoskyns,C. Trends and Developments in the Organization of African Unity, The Year Book of World Affairs, Bd.21, 1967, S.164-178
- Jacobsen,H.K. The United Nations and Colonialism: A Tentative Appraisal, International Organization, Bd.16, 1962, S.37-56
- Jaenicke,G. Supranationale Organisationen, S.423-428, in: Strupp-Schlochauer, Wörterbuch des Völkerrechts, Bd.2, Berlin 1960-62
- Jantzen,G. Umgruppierungen im Raum Ostafrika, Außenpolitik, Zeitschrift für internationale Fragen, 1.Halbjahr 1965, S.417-423
- Johns,D.H. Einigungsbestrebungen in Ostafrika. Das Projekt einer ostafrikanischen Föderation, Europa-Archiv, Zeitschrift für internationale Politik, 1963, S.633-640
- Johnson,C.A. Political and Regional Groupings in Africa, International Organization, 1962, S.426-448
- Johnson,H.S. Self-Determination within the Community of Nations, Leiden 1967
- Jonah,J.O.C. The UN and the OAU: Roles in the Maintenance of International Peace and Security in Africa, S.127-151, in: el-Ayouty, Africa and International Organization, Den Haag 1974

- Kamarck, A.M. The African Economy and International Trade, S.156-184, in: W.Goldschmidt, The United States and Africa, Revised Edition, New York 1963
- Kelsen, H. The Law of the United Nations, London 1951
- derselbe The Draft Declaration on Rights and Duties of States. Critical Remarks, AJIL, 1950, S.259-276
- Kewenig, W. Gewaltverbot und noch zulässige Machteinwirkung und Interventionsmittel, S.175-213, in: Völkerrechtliches Gewaltverbot und Friedenssicherung - Berichte - Referate - Diskussionen einer Studientagung der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht Baden-Baden 1971
- Kipp, H. Friedensbruch, S.585, in: Strupp-Schlochauer, Wörterbuch des Völkerrechts, Bd.1, Berlin 1960-62
- Kirchschläger, R. Kolonien, S.256-259, in: Strupp-Schlochauer, Wörterbuch des Völkerrechts, Bd.2, Berlin 1960-62
- Klein, F. Die Rechtsnatur des Selbstbestimmungsrechts der Völker (nach westlicher Auffassung), S.6-28, in: F.Klein u.a., Beiträge zu einem System des Selbstbestimmungsrechts Wien, Stuttgart 1970
- Kein, R. The idea of Equality in International Politics, Diss. Genf 1966
- Kloman, E.H. African Unification Movements, International Organization, Bd.16, 1962, S.387-402
- Kloss, H. Einige Gedanken über Struktur und Inhalt des Selbstbestimmungsrechts, Internationales Recht und Diplomatie, Bd.6, 1961, S.64-71

- Knubben, R. Die Subjekte des Völkerrechts, in: F. Stier-Somlo, Handbuch des Völkerrechts, Bd. 2, I. Abt.
- Korowicz, M. St. Introduction to International Law. Present Conceptions of International Law in Theory and Practice, Den Haag 1964
- Krüger, H. Das Prinzip der Effektivität, oder: Über die besondere Wirklichkeitsnähe des Völkerrechts, in: Grundprobleme des Internationalen Rechts; Festschrift für Jean Spiropoulos, Bonn 1957, S. 265-284
- Kruse, E. Die Exportwirtschaft der afrikanischen Länder. Schwierigkeiten und Aufgaben der Zukunft, Europa-Archiv, 1972, S. 733-744
- Kunz, J. L. Völkerrechtliche Handlungsfähigkeit, S. 520-523, in: Strupp, Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie, Bd. 1, Berlin, Leipzig 1924
- derselbe Plebiszit, S. 770-774, in: Strupp-Schlochauer, Wörterbuch des Völkerrechts, Bd. 2, Berlin 1960-62
- derselbe Die Staatenverbindungen, in: F. Stier-Somlo, Handbuch des Völkerrechts, Bd. 2, IV. Abt.
- derselbe Die Anerkennung von Staaten und Regierungen im Völkerrecht, in: F. Stier-Somlo, Handbuch des Völkerrechts, Bd. 2, VI. Abt.
- derselbe Chapter XI of the United Nations Charter in Action, AJIL, Bd. 48, 1954, S. 103-110
- derselbe Der Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker - insbesondere in der Praxis der Vereinten Nationen (deutsche Übersetzung), in: K. Rabl, Inhalt, Wesen und gegenwärtige praktische Bedeutung der Selbstbestimmung der Völker, 1. Fachtagung, München 1964, S. 171-205

- Lauterpacht, H. Recognition in International Law
Cambridge 1948
- Lavroff, D.-G. Les aspects actuels de l'Unification de
l'Afrique noire francophone, Annales Afri-
caines, Nr.1, 1961, S.45-65
- Lawrence, T.J. Les principes de droit international, Über-
setzung der 5.Aufl. von Dumas und de Lapra-
delle, Oxford 1920
- Lawson, R.C. International Regional Organizations, Con-
stitutional Foundations, New York 1962
- Lefever, E.W. State-Building in Tropical Africa, Orbis -
A Quaterly Journal of World Affairs, Bd.12,
1968, S.984-1003
- Le Fur, L. Précis de Droit international public, 3.Aufl.
Paris 1937
- Liszt, F.von Das Völkerrecht, 12.Ausfl.,bearbeitet von
M.Fleischmann, Berlin 1925
- Loewe, H. Interafrikanische Zusammenschlüsse bis zur
Organisation Afrikanischer Einheit 1963,
Zeitschrift für ausländisches öffentliches
Recht und Völkerrecht, Bd.24, 1964, S.122-
155
- Louter, J.de Le droit international public positif, Bd.1,
Oxford 1920
- Mabileau, A., Décolonisation et régimes politiques en
Meyriat, J. Afrique noire, Paris 1967
- MacIver, R.M. The Nations and the United Nations
New York 1959
- MacKay, V. Changing External Pressures, S.75-80, in:
W.Goldschmidt, The United States and Africa,
Revised Edition, New York 1963

- Maquet, J., Afrika- Die schwarzen Zivilisationen
Ganslmayr, H. München 1970
- Marek, K. Identity and Continuity of States in Public
International Law, Genf 1954
- Mason, P. Die Föderation von Rhodesien und Njassaland -
Ein gescheitertes Experiment, Europa-Archiv,
18.Jg., 1963, S.640-650
- Matthies, V. Schwarzafrika - Politische Konflikte und
Entwicklungskrisen, Opladen 1971
- Maunz, Th. Deutsches Staatsrecht - Ein Studienbuch
20.Aufl., München 1975
- Mayer-Tasch, P.C., Die Verfassungen Europas
I.Contiades Stuttgart 1966
- Mazrui, A.A. The United Nations and Some African Political
Attitudes, International Organization,
Bd.18, Nr.3, 1964, S.499-520
- derselbe Violent Contiguity and the Politics of Re-
tribalization in Africa, Journal of Inter-
national Affairs, Bd.23, 1969, S.89-105
- McWhinney, E. The "New" Countries and the "New" Interna-
tional Law: The United Nations' Special Con-
ference on Friendly Relations and Co-operation
among States, AJIL, Bd.60, 1966, S.1-33
- Meißner, B. Sowjetunion und Selbstbestimmungsrecht
Köln 1962
- Menzel, E. Völkerrecht - Ein Studienbuch
München, Berlin 1962
- derselbe Die Vereinten Nationen und das Selbstbestim-
mungsrecht der Völker, in: Festschrift für
Rudolf Laun, Göttingen 1962, S.270-302
- derselbe Aaland-Insel, S.21-24, in: Strupp-Schlochauer,
Wörterbuch des Völkerrechts, Bd.1,
Berlin 1960-62

- derselbe Regionale Abkommen, S.89-95, in: Strupp-Schlochauer, Wörterbuch des Völkerrechts, Bd.3, Berlin 1960-62
- Möller, K. Die funktionale Gliederung einer Hafenstadt mit überregionaler Bedeutung: Douala, Afrika Spektrum, Heft 2, 1971, S.77-83
- Molodcov, S.V. The Principle that States should refrain from the threat or use of force in International Relations, S.31-43, in: The Legal Principles Governing Friendly Relations and Co-operation among States, Leiden 1966
- Moresco, E. Les rapports de droit public entre la métropole et les colonies, dominions et autres territoires d-Outre-mer, Rec. Bd.1, 1936, S.511-592
- Mosler, H. Die völkerrechtliche Wirkung bundesstaatlicher Verfassungen, in: Festschrift für R.Thoma, Tübingen 1950, S.129-172
- derselbe Die Aufnahme in internationale Organisationen, in: Festgabe für Alexander N.Makarov, ZaöRV, Bd.19 Nr.1-3, Stuttgart, Köln 1958, S.275-317
- derselbe Völkerrechtsfähigkeit, S.665-676, in: Strupp-Schlochauer, Wörterbuch des Völkerrechts, Bd.3, Berlin 1960-62
- Mosler, H., Bräutigam, H.D. Staatliche Zuständigkeit, S.317-323, in: Strupp-Schlochauer, Wörterbuch des Völkerrechts, Bd.3, Berlin 1960-62
- Mouskhély, M. La naissance des Etats, Revue Générale de Droit International Public, 1962, S.469-485
- Münch, I.von Verselbständigung von Staatsteilen, S.523-527, in: Strupp-Schlochauer, Wörterbuch des Völkerrechts, Bd.3, Berlin 1960-62

- Mushkat, M. Bemerkungen zum Wesen des Neokolonialismus und afrikanischen Nationalismus, Zeitschrift für Politik, 1971, S.348-367
- Myers, D.P. Contemporary Practice of the United States Relating to International Law, AJIL, Bd.55, 1961, S.697-733
- Nawaz, M.K. Kolonialismus und Selbstbestimmungsrecht: geschichtliche und rechtliche Zukunftsfragen (deutsche Übersetzung), S.63-78, in: K.Rabl, Ausgewählte Gegenwartsfragen zum Problem der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrecht der Völker (2.Fachtagung) München 1965
- Nelms Lockwood, A. Lybia - Building a desert Economy, International Conciliation, 1956/57, Nr.509-513, S.313-377
- N'krumah, K. Neocolonialism, The last Stage of Imperialism, London 1965
- O'Brien, W.V.,
Goebel, U.H. United States Recognition Policy towards the New Nations, in: O'Brien, New Nations in International Law and Diplomacy London 1965
- Okondo, P. Prospects of Federalism in East Africa, S.29-38, in: Currie, Federalism and the New Nations of Africa, Chicago, London 1964
- Okonji, O. OAU and Pan-Africanism, Africa, Mai 1973, S.18-23
- Okoye, F.Ch. International Law and the New African States, London 1972
- Onuf, N.G. The Principle of Nonintervention, the United Nations, and the International System, International Organization, Bd.25, 1971, S.209-227

- Oppenheim, L.,
Lauterpacht, H. International Law, A Treatise, Bd.1, 8.Aufl.
London, New York, Toronto 1955
- Oppermann, Th. Guinea-Republik, S.734-736, in: Strupp-
Schlochauer, Wörterbuch des Völkerrechts,
Bd.1, Berlin 1960-62
- derselbe Kongo-Staat, S.271-272, in: Strupp-Schlo-
chauer, Wörterbuch des Völkerrechts, Bd.2,
Berlin 1960-62
- derselbe Nichteinmischung in innere Angelegenheiten.
Zur Abgrenzung der Nichteinmischung gegen-
über Intervention und Interzession, Archiv
des Völkerrechts, 1970, S.321-342
- Padelford, N.J. The Organization of African Unity, Interna-
tional Organization, Bd.18, Nr.3, 1964,
S.521-542
- Partsch, K.J. Repressalie, S.103-106, in: Strupp-Schlo-
chauer, Wörterbuch des Völkerrechts, Bd.2,
Berlin 1960-62
- derselbe Selbsterhaltungsrecht, S.255-260, in: Strupp-
Schlochauer, Wörterbuch des Völkerrechts,
Bd.3, Berlin 1960-62
- Pavithran, A.K. Substance of Public International Law
Western and Eastern, Bombay 1965
- Philip, K. Ostafrikanische Zusammenarbeit, Afrika
heute, 1967, S.341-345
- Pimont, Y. La subversion dans les relations interna-
tionales contemporaines, Revue Générale
de Droit International Public, Bd.76, 1972,
S.769-799
- Quaritsch, A. Kompendium des Europäischen Völkerrechts,
8.Aufl., ergänzt und durchgesehen von K.
Goesch, Berlin 1908

- Rabl, K. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Geschichtliche Grundlagen. Umriss der gegenwärtigen Bedeutung. Ein Versuch.
München 1963 (im Text mit I bezeichnet)
2. umgearbeitete und erweiterte Auflage
Köln 1973 (im Text mit II bezeichnet)
- derselbe Inhalt, Wesen und gegenwärtige praktische Bedeutung des Selbstbestimmungsrechts der Völker - Vorträge und Aussprachen -
1. Fachtagung, München 1964
- Radnitzky, E. Die rechtliche Natur des Staatsgebietes,
Archiv für Öffentliches Recht, Bd. 20, 1906,
S. 313-355
- Raschhofer, H. Selbstbestimmungsrecht und Völkerbund
Köln 1969
- derselbe Das Selbstbestimmungsrecht in westlicher Sicht, Internationales Recht und Diplomatie,
1962, S. 13-24
- Rauschnig, D. Das Ende des Treuhandsystems der Vereinten Nationen durch die Staatswerdung der ihr unterstellten Gebiete, Jahrbuch für internationales Recht, Bd. 12, 1965, S. 158-185
- derselbe Die Geltung des völkerrechtlichen Gewaltverbots in Bürgerkriegssituationen, in:
Schaumann, Völkerrechtliches Gewaltverbot und Friedenssicherung - Berichte - Referate - Diskussionen einer Studententagung der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
Baden-Baden 1971
- Redslob, R. Les principes du droit des gens moderne
Paris 1937
- Reichhold, W. Französisch-Westafrika
Bonn 1958

- | | |
|---------------------|--|
| Ritsher, W.E. | Criteria of Capacity for Independence
Jerusalem 1934 |
| Rivier, A. | Lehrbuch des Völkerrechts
Stuttgart 1889 |
| Roberts-Wray, K. | Common Wealth and Colonial Law
London 1966 |
| Ropp, K.Frh.von der | Die franko-afrikanischen Beziehungen,
Außenpolitik, 25.Jg., 1974, S.461-476 |
| derselbe | Strukturelle Änderungen in den franko-afri-
kanischen Beziehungen, Stiftung Wissenschaft
und Politik, Eggenberg 1974 |
| Rosenstock, R. | The Declaration of Principles of Interna-
tional Law Concerning Friendly Relations:
A Survey, AJIL, Bd.65, 1971, S.713-735 |
| Ross, A. | Constitution of the United Nations
New York 1950 |
| derselbe | Lehrbuch des Völkerrechts
Stuttgart, Köln 1951 |
| Rousseau, Ch. | Droit International Public, Paris 1953 |
| derselbe | L'indépendance de l'Etat dans l'ordre inter-
national, Rec. Bd.2, 1948, S.171-251 |
| Rudolf, W. | Neue Staaten und das Völkerrecht, Archiv
des Völkerrechts, 1976, S.1-45 |
| Rumpf, H. | Integrität, S.29-31, in: Strupp-Schlochauer,
Wörterbuch des Völkerrechts, Bd.2,
Berlin 1960-62 |
| Sahovic, M. | Codification des principes du droit inter-
national des relations amicales et de la
coopération entre les Etats, Rec. Bd.3,
1972, S.243-310 |
| Scelle, G. | Droit International Public, Paris 1944 |

- derselbe Quelques réflexions sur le droit des peuples à disposer d'eux-mêmes, in: Grundprobleme des Internationalen Rechts; Festschrift für Jean Spiropoulos, Bonn 1957, S.385-391
- Schaumann,W. Die Gleichheit der Staaten; Ein Beitrag zu den Grundprinzipien des Völkerrechts
Wien 1957
- derselbe Anerkennung, S.47-54, in: Strupp-Schlochauer, Wörterbuch des Völkerrechts, Bd.1, Berlin 1960-62
- Scherk,N. Dekolonisation und Souveränität. Die Unabhängigkeit und Abhängigkeit der Nachfolgestaaten Frankreichs in Schwarzafrika
Wien, Stuttgart 1969
- Scheuner,U. Kollektive Sicherheit, S.242-251, in: Strupp-Schlochauer, Wörterbuch des Völkerrechts, Bd.2, Berlin 1960-62
- Schlochauer,H.-J. Atlantik-Charta, S.95-97, in Strupp-Schlochauer, Wörterbuch des Völkerrechts, Bd.1, Berlin 1960-62
- derselbe Die Entwicklung des völkerrechtlichen Deliktrechts, Archiv des Völkerrechts, Bd.16, 1975, S.243-277
- Scholl-Latour,P. Afrikanische Schlichtung in Maghreb, Außenpolitik, 14.Jg. 1963, S.817-822
- Schröder,D. Die Konferenzen der "Dritten Welt"
Hamburg 1968
- derselbe Das Recht der interafrikanischen Intervention, Verfassung und Recht in Übersee, 2.Jg. Hamburg 1969, Heft 1, S.29-40
- Schücking,W. Autonomie, S.290-298, in: Wörterbuch des deutschen Staats- und Verwaltungsrechts, Bd.1, Tübingen 1911

- Schwarzenberger, G. International Law - as Applied by International Courts and Tribunals, 3. Aufl., Bd. 1, London 1957
- derselbe Power Politics, A Study of World Society, 3. Aufl., London 1964
- derselbe Die Legalität der Atomwaffen, Europa-Archiv, Bd. 1, 1958, S. 10671-10686
- Schwelb, E. Neue Etappen der Fortentwicklung des Völkerrechts durch die Vereinten Nationen, Archiv des Völkerrechts, 1966/67, S. 1-52
- Schupp, W. G. Grundrechte und Grundpflichten der Staaten, S. 723-733, in: Strupp-Schlochauer, Wörterbuch des Völkerrechts, Bd. 1, Berlin 1960-62
- Segal, R. Afrikanische Profile - Deutsche Übersetzung München 1963
- Seidl-Hohenveldern, I. Dekolonisierung, Politik und Positives Recht, Juristenzeitung, 1964, S. 489-492
- Shihata, I. F. I. The Attitudes of New States Toward the International Court of Justice, International Organization, 1965, S. 203-222
- Sinha, S. P. New Nations and the Law of Nations Leiden 1967
- Spencer, J. H. Africa at the UN: Some Observations, International Organization, Bd. 16, 1962, S. 375-386
- Springe, F. Die Beendigung des völkerrechtlichen Mandats durch Zweckerreichung Diss. Kiel 1935
- Stahn, E. Das Afrika der Vaterländer. Der Weg in die Unabhängigkeit, Frankfurt/M. 1975
- Starck, Ch. Zum Annexionsproblem im Völkerrecht, in: Recht und Staat, Festschrift für Gunther Küchenhoff, Berlin 1972, S. 851-867

- Steinberger, H. Bemühungen zur Kodifizierung und Weiterbildung des Völkerrechts im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen, ZaöRV, Bd.28, 1968, S.617-644
- Strauch, H.F. Panafrika - Kontinentale Weltmacht im Werden? Zürich 1964
- Strupp, K. Urkunden zur Geschichte des Völkerrechts, Bd.2, Gotha 1911
- derselbe Grundzüge des positiven Völkerrechts, 5. Aufl., Bonn, Köln 1932
- Svarlien, O. An Introduction to the Law of Nations New York, Toronto, London 1955
- Svendsen, K.E. The Economics of the Boundaries in West, Central and East Africa, S.33-64, in: Widstrand, African Boundary Problems, Uppsala 1969
- Tandon, Y.,
Mazrui, A. The East African Community as a Sub-regional Grouping, S.182-205, in: el-Ayouty, Africa and International Organization, Den Haag 1974
- Thiam, D. Die Außenpolitik der afrikanischen Staaten Düsseldorf, Wien 1966
- Timmler, M. Das große Palaver von Addis Abeba, Außenpolitik, 14.Jg., 2.Halbjahr 1963, S.524-532
- derselbe Zehn Jahre nach der Gründung der OAU, Außenpolitik, 24.Jg.1973, S.320-332
- Touré, S. African's Future and the World, Foreign Affairs, An American Quaterly Review, Bd.41, S.141-151
- Touret, L. Le principe de l'égalité de droits des peuples et de leur droit à disposer d'eux-mêmes, Revue de Droit International, de Sciences Diplomatiques et Politiques, Bd.53, 1975, S.241-271

- Toussaint, Ch.E. The Colonial Controversy in the United Nations, The Year Book of World Affairs, 1956, S.170-198
- Touval, S. The Organization of African Unity and African Borders, International Organization, Bd.21, Nr.1, 1967, S.102-127
- derselbe The Sources of Status Quo and Irredentist Policies, S.101-118, in: Widstrand, African Boundary Problems, Uppsala 1969
- Tucker, R.W. The Principle of Effectiveness in International Law, Law and Politics in the World Community, S.31-48
Berkeley, Los Angeles 1953
- derselbe Reprisals and Self-Defence: The Customary Law, AJIL, Bd.66, 1972, S.586-596
- Uhler, O.M. Besetzung, friedliche, S.193-195, Besetzung, kriegerische, S.195-198, in: Strupp-Schlochauer, Wörterbuch des Völkerrechts, Bd.1, Berlin 1960-62
- Vedovato, G. Les accords de tutelle, Rec. Bd.1, 1950, S.613-699
- Veicopoulos, N. Traité des territoires dépendants, Bd.1, Le système de tutelle d'après la Charte de San Francisco, Brüssel 1960
- Veit, W. Tendenzen des Neokolonialismus in Afrika, Blätter für deutsche und internationale Politik, 1973, S.743-757
- Vellas, P. Droit international public, Paris 1967
- Verdross, A. Völkerrecht, 5.Aufl., Wien 1964
- Vianney, J.I. Gibt es in Afrika ein Recht auf Sezession ? Afrika heute, 1968, S.313 f

- Virally, M. Droit International et Décolonisation devant les Nations Unies, AFDI, Bd.9, 1963, S.508-541
- Waldock, C.H.M. The Regulation of the Use of Force by Individual States in International Law, Rec., Bd.2, 1952, S.455-514
- Wallerstein, I. The Early Years of the OAU: The Search for Organizational Preeminence, International Organization, Bd.20, Nr.4, 1966, S.774-787
- derselbe The Role of the Organization of African Unity in Contemporary African Politics, S.18-28, in: el-Ayouty, Africa and International Organization, Den Haag 1974
- Waters, R. Liste und Karte afrikanischer Grenzkonflikte, Appendix 1, S.183, in: Widstrand, African Boundary Problems, Uppsala 1969
- Wehberg, H. Das Genfer Protokoll betreffend die friedliche Erledigung internationaler Streitigkeiten, Berlin 1927
- derselbe Krieg und Eroberung im Wandel des Völkerrechts, Frankfurt/M., Berlin 1953
- Wendte, M. Die friedliche Koexistenz und die Vereinten Nationen, Diss. Köln 1971
- Wengler, W. Völkerrecht, Bd.2
Berlin, Göttingen, Heidelberg 1964
- derselbe Das völkerrechtliche Gewaltverbot, Berlin 1967
- derselbe Le droit de la libre disposition des peuples comme principe du droit international, Revue Hellénique de droit international, 10.Jg. 1957, S.26-39
- Wernicke, K.G. Kommentierung (II b) zu Art.20 GG, in: "Bonner Kommentar"

- Westlake, J. Traité de Droit International, 2. Aufl.,
französische Übersetzung von de Lapradelle,
Oxford 1924
- Wheaton, H. Elements of International Law, Neudruck der
Auflage von 1866, London 1936
- Wildhaber, L. Gewaltverbot und Selbstverteidigung, S. 147-
173, in: Schaumann, Völkerrechtliches Ge-
waltverbot und Friedenssicherung - Berichte-
Referate - Diskussionen einer Studententagung
der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
Baden-Baden 1971
- Wolff, I. Die Rechtsbeziehungen zwischen den Ländern
der Bundesrepublik Deutschland
Diss. Marburg 1968
- Wright, Qu. The Strengthening of International Law, Rec.
Bd. 3, 1959, S. 5-286
- Wülker, G. Politische Probleme Togos, Europa-Archiv,
18. Jag. 1963, S. 185-192
- Yakemtchouk, R. L'Afrique en droit international, Paris 1971
- Yepes, I. M., Pereira
da Silva, F. C. Commentaire théorique et pratique du Pacte
de la Société des Nations et des Statuts
de L'Union Panaméricaine, Bd. 3, Paris 1939
- Yturriaga, I. A. de L'Organisation de l'Unité Africaine et les
Nations Unies, Revue Générale de Droit In-
ternational Public, 1965, S. 370-394
- Zartman, I. W. International Relations in the New Africa
Englewood Cliffs, N J, 1966
- derselbe Africa as a Subordinate State System in In-
ternational Relations, International Orga-
nization, Bd. 21, Nr. 3, 1967, S. 545-564

- derselbe The Foreign and Military Politics of African Boundary Problems, S.79-100, in: Widstrand, African Boundary Problems, Uppsala 1969
- Zemanek, K. State Succession after Decolonisation, Rec. Bd.3, 1965, S.187-291
- Zwecker, J. Die Sezession nationaler und subnationaler der Vereinten Nationen
Diss. Marburg

Q U E L L E N

- Hudson, M.O. International Legislation, A Collection of the Texts of Multipartite international Instruments of General Interest. 9 Bde Washington 1931-1950
- Legum, C. Pan Africanism, A Short Political Guide, Revised Edition, London 1965
- Martens, G.F.de Nouveau Recueil Général de Traités, Troisième Série, fortgeführt von H.Triepel, Bd.29 (1934) u. Bd.32 (1936), Leipzig

Neben den oben aufgeführten Quellensammlungen bestimmter Autoren sind die übrigen Quellenfundstellen in den jeweiligen Fußnoten enthalten.

Die Dokumente der Vereinten Nationen sind mit den offiziellen Bezeichnungen benannt worden; bei den Protokollen des sechsten Hauptausschusses der Generalversammlung wurde die ursprüngliche Dokumentenbezeichnung beibehalten; diese Dokumente sind auch in den "Official Records" der Generalversammlung veröffentlicht. Soweit UN-Dokumente in "paragraphs" gegliedert sind, wurden diese mit "§" bezeichnet.

Die Resolutionen der OAU wurden dem Verfasser vom Office of the Executive Secretary of the OAU in New York - in der Regel hekto-

graphiert - zur Verfügung gestellt; auch sie sind mit ihren offiziellen Bezeichnungen wiedergegeben.

A B K Ü R Z U N G E N

A	Publications de la Cour permanente de Justice Internationale. Série A
A/B	Publications de la Cour permanente de Justice Internationale. Série A/B
Abt.	Abteilung
AGG	Archiv der Gegenwart
AEF	Afrique Equatoriale Francaise
AFIN	Annuaire francais de droit international
afr.	afrikanisch
AHG	Assembly of Heads of State and Government
ANZUS	Australia, New Zealand, United States Pact
AOF	Afrique Occidentale Francaise
Äl	Außenpolitik
ArchVR	Archiv des Völkerrechts
Art.	Artikel
belg.	belgisch
BGBL.	Bundesgesetzblatt
BVerfGE	Bundesverfassungsgericht, Entscheidungen
EYBIL	The British Year Book of International Law
CM	Council of Ministers
Com.	Commission
Diss.	Dissertation
Doc.	Document
LÖV	Die Öffentliche Verwaltung
EA	Europa-Archiv
ECM	Extraordinary Council of Ministers
EG	Europäische Gemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsge- meinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
GAOR	United Nations General Assembly, Official Records
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GV	Generalversammlung der Vereinten Nationen
ICJ	International Court of Justice
IGH	Internationaler Gerichtshof
ILA	International Law Association
ILM	International Legal Materials, Hg. The Am. Society of
int.	international Int. Law, Wash.
JO	Journal officiel de la Société des Nations
JOSDN	Journal officiel de la Société des Nations
Konf.	Konferenz
OAS	Organisation der amerikanischen Staaten
OAU	Organisation of African Unity
ODECA	Organizacion de Estados Centroamericanos
op.par.	operative paragraph
OUA	Organisation de l'Unité Africaine
PCIJ	Permanent Court of International Justice
Rec.	Recueil des Cours de l'Académie de droit internatio- nal de la Haye
Res.	Resolution
Rev.	Revision
RGBl.	Reichsgesetzblatt
SR	Selbstbestimmungsrecht
spec.	special
SR	Summary Record
St.	Statement

StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
Suppl.	Supplement
SVB	Satzung des Völkerbundes
SVN	Satzung der Vereinten Nationen
UAS	Union Afrikanischer Staaten
UN	United Nations
unabh.	unabhängig
UNMC	United Nations Monthly Chronicle
UNTS	United Nations Treaty Series
UNYB	Yearbook of the United Nations
VAR	Vereinigte Arabische Republik
VBS	Völkerbundsatzung
VN	Vereinte Nationen
Vol.	Volume
Vr	Völkerrecht
YP	Yearbook
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
Z.A.R.	Zentralafrikanische Republik

Außer den im Abkürzungsverzeichnis aufgeführten Abkürzungen wurden allgemein übliche oder aus dem Text heraus verständliche Abkürzungen verwendet.

Einleitung

1. Umfang und Ziel der Untersuchung

Die Untersuchung beschränkt sich auf die neuen,¹⁾ südlich der Sahara gelegenen Staaten, die seit 1957 - beginnend mit Ghana - unabhängig wurden und Mitglieder der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) sind. Einbezogen wurde Madagaskar. Die Insel teilte, wie im Übrigen die anderen Inselstaaten auch, die inzwischen Mitglieder der OAU geworden sind, das koloniale Schicksal Afrikas; ihre Dekolonisation vollzog sich parallel zu der des Kontinents und als unabhängiger Staat verband sie sich politisch mit dem neuen Afrika. Die Mitgliedschaft Madagaskars in der OAU seit ihrer Gründung gibt dem deutlichen Ausdruck.

Afrika südlich der Sahara ist "eine Region, die trotz beträchtlicher ethnischer, sozialer, kultureller und politisch-wirtschaftlicher Divergenzen doch eine gewisse Homogenität aufweist, die vorsichtige Generalisierungen zuläßt."²⁾ Alle Staaten dieser Region sind gewissen objektiven Verhältnissen ausgesetzt und haben dieselben grundsätzlichen Probleme, so daß "die großen Linien einer gemeinsamen Außenpolitik zu erkennen"³⁾ sind; diese Gemeinsamkeiten führen dazu, daß diese Staaten sich im Erscheinungsbild der Völkergemeinschaft als ein Staatensystem mit deutlich eigenen Zügen abzeichnen.⁴⁾ Es ist daher erlaubt, sie für den hier zu untersuchenden Gegenstand gemeinsam zu betrachten.

Die neuen Staaten südlich der Sahara (im weiteren nur noch afrikanische Staaten genannt) haben die gleiche koloniale Vergangenheit. Ihre staatliche Existenz ist noch jung; manche von ihnen blicken nicht einmal auf ein Jahrzehnt der Selbständigkeit zurück. Für alle galt es, eine Kolonialverwaltung in eine effektive Staatsverwaltung umzugestalten. Ihnen angepaßte staatliche

1) Zum Begriff der "neuen" Staaten siehe Rudolf S.1-6.

2) Matthies S.12.

3) Thiam S.15.

4) Siehe Zartman, Africa as a Subordinate State System in International Relations.

und gesellschaftliche Strukturen mussten gefunden oder weiter entwickelt werden. Dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen. Neben der inneren Stabilität ist die äußere zu schaffen und zu sichern. Die Grenzziehung ist in vielen Fällen unsicher oder bestritten, was zu Konflikten mit den Nachbarn führte. Hinzu kommt, daß sie ohne Einschränkung Entwicklungs hinder sind. Ihre politischen und wirtschaftlichen Machtmittel sind in Verhältnis zu den Groß- und Mittelmächten des Wests, manchmal sogar unbedeutend. Sie sind deshalb in hohem Maße wirtschaftlich von anderen Staaten abhängig, insbesondere von den ehemaligen Verwaltungsmächten, auf die ihre Wirtschaftstätigkeit während der Kolonialzeit fast ausschließlich ausgerichtet war. Die wirtschaftliche Abhängigkeit beeinträchtigt ihre Entscheidungsfreiheit weit mehr als es in einer interdependenten Welt üblich ist.

Bei einer Betrachtung in Nachhinein erscheint - abgesehen von den portugiesischen Besitzungen - die Dekolonisierung der afrikanischen Gebiete Schwarzafrikas, soweit sie abgeschlossen ist, als ein Vorgang, der sehr schnell und ohne wesentliche Schwierigkeiten abgelaufen ist. Einer solchen Beurteilung würden jedoch die Führer der jungen Staaten widersprechen. Für sie ist die Unabhängigkeit ihrer Länder ein mühsam ertragenes Gut, dessen Besitz ihnen auch heute weiter ausreißend gesichert noch gefestigt erscheint. Die faktische Abhängigkeit von den Wirtschaftsmächten und den ehemaligen Kolonialherren, die Versuche der Einflußnahme vieler Staaten auf die Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten veranlassen sie, die Unabhängigkeit ihrer Länder durch einen Neokolonialismus, dessen genaue Definition nicht nur ihnen Schwierigkeiten macht, bedroht zu sehen. Es überrascht deshalb nicht, daß sie immer wieder ihren Willen bekundet haben, die Unabhängigkeit zu sichern und zu festigen.

In der Preamble der Charta der OAU¹⁾ erklären sie ihre Entschlossenheit, "à sauvegarder et à consolider l'indépendance et la

1) Text der Charta: Strauch, Anhang VI; EA 1963 S.D 314 ff.

souveraineté durement conquises, ainsi que l'intégrité territoriale de nos Etats."¹⁾ 1973, anlässlich des zehnjährigen Bestehens der OAU, haben sie diese Entschlossenheit erneut unterstrichen.²⁾

Die Sicherung und Konsolidierung der Unabhängigkeit ist zunächst Aufgabe der Politik, aber in hohem Maße auch des Völkerrechts. Es liegt deshalb auf der Hand, daß die jungen Staaten Afrikas eine Ordnung des Zusammenlebens der Völker wünschen, die ihr Lebensrecht sichert und ihren Interessen Rechnung trägt. Eine solche Gestaltung der Staatengemeinschaft verlangt eine universelle Rechtsordnung, die a u c h von den jungen Staaten getragen wird. Dies setzt ihre Beteiligung an der Schöpfung einer solchen Rechtsordnung voraus.

Es ist sicher kein Zufall, daß in den sechziger Jahren, als die Dekolonisation ihrem Höhepunkt zustrebte und die Staatengemeinschaft sich jedes Jahr um eine Reihe neuer Mitglieder vergrößerte, die Vereinten Nationen mit der Definition der "Prinzipien des internationalen Rechts über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten" begannen. 1970 wurden die Arbeiten zum 25jährigen Jubiläum der Organisation feierlich mit einer Deklaration³⁾ abgeschlossen.

Die Prinzipien der friedlichen Streitbeilegung und der Zusammenarbeit, die die Vereinten Nationen neben anderen untersuchten und in der Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten niederlegten, sind Eckpfeiler einer universellen Völkerrechtsordnung und tragen zweifellos auch zur Sicherung der Unabhängigkeit der neuen Staaten bei. Jedoch sind sie in ihrer Funktion abhängig von der Mitwirkung der betroffenen Staaten; sie haben gleichsam zweiseitigen Charakter und fordern die Übereinstimmung des politischen Willens der Betroffenen. Selbst eine Verpflichtung zur Zusammenarbeit, wenn es sie gibt, setzt voraus, daß eine solche Zusammenarbeit von beiden Seiten gewollt und in

1) Ebenso Charta von Casablanca, 1961 (Legum S.205); 1.Konf.unabh. afr.Staaten, Res.Nr.5 (Legum S.161).

2) OAU-Erklärung CM/St 9(XXI).

3) Text UNYB 1970 S.789 ff.

Anspruch genommen wird. Hier sollen dagegen die Normen im Vordergrund stehen, die ohne weiteres wirksam sind, also den Staaten Unterlassungspflichten (Verbote) auferlegen. Wie sich diese völkerrechtlichen Verbote, die der Sicherung und Konsolidierung der Unabhängigkeit dienen, im afrikanischen Völkerrechtsverständnis darstellen, soll Gegenstand der Untersuchung sein.

Es zeigte sich recht bald, daß es nicht genügt, zu völkerrechtlichen Normen wie dem Gewalt- und Interventionsverbot die afrikanischen Ansichten zusammenzutragen. Es war vielmehr notwendig, den Gegenstand im Zusammenhang mit der Dekolonisation zu sehen. Erst vor diesem Hintergrund ergibt sich ein vollständiges Bild. Die Entlassung in die Unabhängigkeit ist kein Vorgang, der die Dekolonisation schon endgültig abschließt. Sie ist nur eine Etappe auf einem langen Weg. So erkannten die Staatsmänner der neuen Staaten Afrikas sehr schnell, daß die formale Dekolonisation noch nicht die Erfüllung ihrer Träume bedeutete, daß es vielmehr notwendig ist, die Dekolonisation auch *m a t e r i e l l* - durch die Bildung stabiler, wirtschaftlich gesunder Staaten - zu verwirklichen. Vor dem Hintergrund der Dekolonisation, ihrem Ablauf und ihren Zielen mußte daher der Schutz der Unabhängigkeit im afrikanischen Völkerrechtsverständnis untersucht werden. Dabei kam es nicht darauf an, die afrikanischen Vorstellungen an dem geltenden Völkerrecht zu messen; im Vordergrund stand vielmehr die Frage, wie auf dem untersuchten Bereich nach afrikanischer Auffassung ein universelles Völkerrecht aussehen soll, nachdem sich die Staatengemeinschaft um die aus der Dekolonisation hervorgegangenen Staaten (in Afrika sind es über vierzig) vergrößert hat.

2. Die benutzten Quellen

Es wurde die afrikanische Staatenpraxis herangezogen: neben bilateralen und multilateralen Verträgen insbesondere Erklärungen der afrikanischen Staatenkonferenzen vor der Gründung der OAU und die Resolutionen der Versammlung der Staats- und Regierungschefs und des Ministerrats dieser Organisation.

Von großer Aussagekraft waren die Äußerungen der afrikanischen

Staatenvertreter bei den Bemühungen der Vereinten Nationen, die Prinzipien des Internationalen Rechts über freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit der Staaten in einer Erklärung niederzulegen.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen stellte auf ihrer 17.Sitzung sieben Prinzipien des Internationalen Rechts zusammen, denen sie grundlegende Bedeutung für die "progressive" Entwicklung des Völkerrechts beimaß; sie beschloß, diese einem Examen zu unterziehen.¹⁾ Im folgenden Jahr setzte sie einen Sonderausschuß zur Prüfung dieser Prinzipien ein;²⁾ seine Aufgabe war, einen Bericht mit Empfehlungen "aux fins du développement progressif et de la codification" vorzulegen. 1965 erweiterte die Generalversammlung, nachdem der Ausschuß 1964 zum ersten Mal getagt hatte, seine Zusammensetzung, so daß nunmehr 31 Länder vertreten waren, darunter die folgenden südlich der Sahara gelegenen Staaten: Dahomey, Ghana, Kamerun, Kenia, Madagaskar und Nigeria. Im Sechsten Hauptausschuß, dem Rechtsausschuß der Generalversammlung, der die Berichte des Ausschusses beriet und dazu Stellung nahm, hatten auch die übrigen afrikanischen Staaten Gelegenheit, sich zu äußern. Davon haben sie regen Gebrauch gemacht. Die Mitglieder der Ausschüsse waren keine unabhängigen Vertreter der Wissenschaft, sondern wurden als sachverständige Delegierte ihrer Staaten entsandt. Sie sahen ihre Aufgabe auch als einen politischen Auftrag an,³⁾ der eine enge Abstimmung mit den Hauptstädten erforderte.⁴⁾ Darüber hinaus sahen sich die afrikanischen Delegierten als Vertreter des gesamten Kontinents; deshalb hiel-

1) Res. 1815 (XVII), Text UNYB 1962 S.494 f; hinsichtlich der Vorgeschichte und des Ganges der Beratungen im einzelnen zu Dohna S.23-47; Wendte S.31-40; McWhinney S.3 ff; Sahovic S.243 ff; Steinberger S.617 ff.

2) Res. 1966 (XVIII), Text UNYB 1963 S.518 f.

3) Kamerun A/C6/SR 932 §16; Ghana A/AC 125/SR 8 u. SR 58 S.12 ("political jurists").

4) Kamerun A/AC 125/SR 43 S.4 (siehe auch A/6230 §404).

ten sie Kontakt mit den Missionen anderer afrikanischer Staaten.¹⁾ Deutlich wurde das Bestreben nach einer weitgehenden Vertretung Afrikas auch bei der Erörterung der - später beschlossenen - Erweiterung des Ausschusses. Sie forderten, daß alle Rechtssysteme und Doktrinen des neuen Afrikas vertreten sein sollten.²⁾ All dies erlaubt, die Äußerungen der afrikanischen Vertreter in den Ausschüssen als solche der Regierungen ihrer Staaten zu betrachten, die auch in hohem Maße repräsentativ für die anderen neuen afrikanischen Staaten sind.

Für die vorliegende Untersuchung wären diese Äußerungen von geringem Wert gewesen, wenn es allein darum gegangen wäre, die Prinzipien als eine Interpretation der Charta zum Zeitpunkt ihrer Verabschiedung zu formulieren. Dieser Versuch wurde mit Hinweisen auf die förmlichen Prozeduren einer Vertragsänderung³⁾ und die Unterschiede zwischen dem geltenden Recht und den Absichten zukünftiger Rechtssetzung gemacht.⁴⁾ Einer solchen einschränkenden Interpretation des Mandats der Ausschüsse haben die neuen Staaten energisch widersprochen;⁵⁾ sie verwiesen darauf, daß die Arbeiten der "progressiven Entwicklung des Internationalen Rechts" dienen sollten.⁶⁾ Für sie hatte das Unterfangen nur einen Sinn, wenn auch die Veränderungen der Staatenwelt, die durch den Prozeß der Dekolonisation eingetreten sind, berücksich-

1) Kamerun A/C 6/SR 832 §16.

2) Kamerun A/C 6/SR 886 §3; vgl. auch Mali A/C 6/SR 884 § 15.

3) A/6230 §35; siehe auch A/7429 §13.

4) A/6230 §36 und §44; siehe hierzu auch die afrikanische Auffassung: Senegal A/C 6/SR 889 §17; Mali A/C 6/SR 893 §22; Tansania A/C 6/SR 934 §40.

5) Mali A/C 6/SR 812 §17; Kamerun A/C 6/SR 814 §§21 ff; Ghana A/C 6/SR 815 §29; Tanganjika A/C 6/SR 832 §§26 ff; Togo A/C 6/SR 887 §§2-9; Obervolta A/C 6/SR 888 §16; Senegal A/C 6/SR 889 §17; Mali A/C 6/SR 893 §22; Tansania A/C 6/SR 934 §40; Zentralafr. Rep. A/C 6/SR 938 §2; Madagaskar A/C 6/SR 940 §6 und SR 1001 §41.

6) Ghana A/C 6/SR §29; vgl. auch A/6230 §§38 f; A/7429 §§12-16.

tigt würden.¹⁾ Obwohl am Grundsatz der Einstimmigkeit festgehalten wurde, was zu Kompromissen zwang, erblickten die Vertreter der neuen Staaten in dem Unternehmen die Möglichkeit, sich an der Bildung eines neuen Internationalen Rechts wirkungsvoll zu beteiligen.²⁾ Offensichtlich verwischten sich im Laufe der Ausschußberatungen die unsicheren Grenzen zwischen nur feststellender Kodifikation und neuer Rechtsetzung mehr und mehr. Denn alle Staaten haben, trotz der Unterschiedlichen Ausgangspunkte, nur geprüft, was ihnen zur Zeit der Beratungen wünschenswert, notwendig oder letztlich noch akzeptabel erschien. Ohne Zweifel haben sie dabei die Staatenwelt in ihrer augenblicklichen Verfassung berücksichtigt.

Da es in Wirklichkeit nicht mehr darum ging, das "traditionelle Völkerrecht" zur Zeit der Verabschiedung der Satzung der Vereinten Nationen noch einmal neu zu formulieren, sind die afrikanischen Äußerungen und Formulierungsvorschläge aussagekräftige Quellen im Hinblick auf ihre Vorstellungen über die Gestaltung des heutigen Völkerrechts. Sie wurden, soweit sie den hier untersuchten Gegenstand betreffen, gesammelt, systematisch geordnet und so dargestellt, wie das Ergebnis der Beratungen vermutlich gewesen wäre, wenn die afrikanischen Staaten allein die Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten zu formulieren gehabt hätten. Auf diese Weise ergibt sich ein Bild afrikanischer Vorstellungen, das auch einen Vergleich mit den von der Generalversammlung später verabschiedeten Texten erlaubt und eine rechtliche Beurteilung ermöglicht.

TUganda A/C 6/SR 882 §1; Mali A/C 6/SR 812 §17; Ghana A/C 6/SR 886 §5; Kamerun A/C 6/SR 992 §8; vgl. auch A/6230 §33,38; A/6799 §40; A/7429 §11,15; A/7809 §11.

Erster Teil

Die Dekolonisation

Erstes Kapitel

Das Ziel der Dekolonisation: Unabhängigkeit

1. Vorbemerkung

In der Dekolonisation kommt dem Begriff der Unabhängigkeit zentrale Bedeutung zu. Denn das Verlangen nach Unabhängigkeit beherrschte den Prozeß der Dekolonisation von Anfang an. Mit der Emanzipation der Kolonialgebiete hat aber die Unabhängigkeit ihre Bedeutung nicht verloren. Sie besitzt für die Staatsmänner der neuen Staaten, nicht nur Afrikas, immer noch einen besonderen Klang. Viele von ihnen führten Freiheitsbewegungen an, um die Unabhängigkeit der Kolonie zu erlangen, der sie entstammten, oder nahmen an ihnen maßgebend teil.¹⁾ Es überrascht nicht, daß sie, nachdem sie ihr Ziel erreichten, weiterhin die Unabhängigkeit in den Mittelpunkt internationaler Beziehungen rücken und ihr in zahlreichen internationalen Instrumenten einen besonderen Rang einräumen. Außerdem erscheint sie ihnen, wie in der Einleitung schon gesagt, noch nicht hinreichend gefestigt und gesichert.

Sicherung der Dekolonisation heißt deshalb Sicherung der Unabhängigkeit.

¹⁾Von den 42 afrikanischen Staaten, die Ende 1969 unabhängig waren, besaß die Hälfte noch dieselben Führer, die sie bei Beginn der Unabhängigkeit hatten (vgl. Kaufmann in FAZ vom 13.1. 1970). Siehe auch Yakemtchouk, S.19, zur Attraktivität der Unabhängigkeit für den afrikanischen Politiker.

Der Begriff der Unabhängigkeit hat in der völkerrechtlichen Terminologie noch keinen gesicherten Platz gefunden. Weder die Staatenpraxis noch die internationale Rechtsprechung verwenden ihn mit einem bestimmten Inhalt; dasselbe gilt für die Völkerrechtslehre.¹⁾ Im Emanzipationsprozeß mußte deshalb der Begriff der Unabhängigkeit im Hinblick auf die Zwecke der Dekolonisation näher bestimmt werden. Von dem Inhalt, den der Begriff dort gefunden hat, wird auszugehen sein.

2. Die Rolle der Vereinten Nationen in der Dekolonisation und die Bestimmungen der Satzung

2.1. Dekolonisation und die Vereinten Nationen

Die Dekolonisation Afrikas, soweit sie abgeschlossen ist, war, unabhängig von der Rolle, die das Selbstbestimmungsrecht spielte, vorwiegend ein politischer Prozeß, wenn man darunter die dynamische Veränderung nicht nur bestehender tatsächlicher, sondern auch rechtlicher Verhältnisse versteht, der durch außerrechtliche Faktoren in Gang gesetzt wurde. Dieser Prozeß setzte nicht erst mit der Gründung der Vereinten Nationen ein.²⁾ Die Weltorga-

1) vgl. Rousseau, Indépendance, S. 213-219.

2) Es kann hier nicht die Geschichte der Dekolonisation nachgezeichnet werden. Es ist aber interessant zu vermerken, daß Moresco, S. 589, schon 1936 in einer Abhandlung über die Rechtsbeziehungen zwischen den Kolonien und den europäischen Kolonialreichen folgende, sich bestätigende Schlußfolgerungen zog: "Ces relations se créent au-dela de la sphère juridique, par ce qu'on appelle le droit du plus fort. En se stabilisant elles prennent la forme d'un droit public.... Le résultat final, ou plutôt le terme idéal de cette évolution n'est autre que cette réalisation du droit qui s'appelle la liberté. Liberté sous la forme d'Etats souverains et séparés, sous celle de provinces de la métropole, ou enfin sous celle d'entités complètement autonomes, moins librement associées dans quelque société d'Etats d'un caractère (Fortsetzung folgende Seite)

nisation nahm ihn aber auf, beschleunigte ihn und wickelte ihn in ihrem Rahmen oder unter ihrer Aufsicht ab, wenn auch die eigentliche Dekolonisation den Verwaltungsmächten oblag.¹⁾

Die Zuständigkeiten der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet waren gering. Doch sie gestalteten nach und nach die "relativ schmale rechtliche Plattform",²⁾ die ihr die Satzung in den Bestimmungen über die abhängigen Gebiete und die Treuhandgebiete zur Verfügung stellte, mit dem Hinweis auf ein Selbstbestimmungsrecht der Völker (Art. 1 u. 55 SVN) zu einer allgemeinen Pflicht der Kolonialmächte zur schnellen Dekolonisation aus. So wurde die Endphase der Dekolonisation, jedenfalls in den öffentlichen Diskussionen und in den Debatten innerhalb der Weltorganisation, immer mehr von rechtlichen Gesichtspunkten beherrscht, welche die politischen Hintergründe oft verdeckten. Virally³⁾ bezeichnet zutreffend die Dekolonisation als ein Feld, wo Recht und Politik in ständiger Spannung miteinander gestanden hätten.

Im Rahmen dieser Untersuchung besteht keine Notwendigkeit zu entscheiden, ob die Vereinten Nationen, insbesondere die General-

Fortsetzung

nouveau.

Le rythme de ces développements dépendra partout des circonstances extrêmement différentes, mais leur tendance est partout la même." Ein kurzer Abriss der Dekolonisation in allen Teilen der Welt seit Ende des 2. Weltkrieges findet sich bei Kunz, Selbstbestimmung, S. 179-193; eine umfassende Darstellung gibt Grimal; zur Dekolonisation Schwarzafrikas siehe auch Mabileau u. Meyriat. 1) vgl. dazu Jacobsen S. 37 ff, insbesondere S. 47; Kunz, Selbstbestimmung, S. 171-205 (193, 200, 203-205) und Virally S. 508 ff, der sich insbesondere mit den aufgeworfenen Rechtsfragen beschäftigt; Emerson, Colonialism, S. 484 ff (490-493), äußert sich dagegen eher zurückhaltend über die Rolle der VN in der Dekolonisation.

2) Virally S. 509.

3) S. 509.

versammlung, die in diesem Prozeß sehr bald die Initiative ergriff¹⁾, ihre Kompetenzen überschritten haben, oder ob ihr Vorgehen durch ein Selbstbestimmungsrecht der Völker gerechtfertigt wird.²⁾ An dieser Stelle soll nur darauf verwiesen werden, daß die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, die zuletzt in fast einmütiger Übereinstimmung das Selbstbestimmungsrecht im Zusammenhang mit der Dekolonisation beschworen haben, sich auch bei den Bemühungen der Vereinten Nationen, die Prinzipien über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten festzulegen, auf

1) Hinsichtlich der Gründe im einzelnen siehe bei Jacobsen S. 38.

2) Die Literatur ist kaum mehr zu übersehen; ein Selbstbestimmungsrecht der Völker bejahen u.a.: Brownlie S. 575-578, Raschhofer, Selbstbestimmungsrecht, S. 22; vgl. dort auch die ein Selbstbestimmungsrecht bejahenden Thesen des Verfassungsausschusses des Königsteiner Kreises vom 23.9.1961 (S. 71); Nawaz S. 77; Scelle, *Réflexions*, S. 385; Dölle, Reichert-Facilides, Zweigert S. 37; zurückhaltend Virally S. 541 und Schwelb, *Neue Etappen*, S. 1 ff (25,51); ablehnend: v. Blittersdorff S. 33, 43, 68; Seidl-Hohenveldern S. 490; ablehnend wohl mehr aus praktischen Überlegungen auch Armbruster, *Selbstbestimmungsrecht*, S. 250-255 (254); Kunz, *Selbstbestimmung*, S. 175, nennt es einen programmatisch-politischen Grundsatz. Rabl, *Selbstbestimmungsrecht I*, S. 173, einen Leitsatz, der im VR zunehmend Geltungskraft erlange; daran hält er grundsätzlich auch in der Neuauflage (S. 478 f, 485) fest, jedoch geht er einen Schritt weiter; er meint, daß es nicht mehr im freien Ermessen eines Staates steht, in einem gegebenen Fall dem Selbstbestimmungsgrundsatz zu entsprechen oder ihm entgegen zu handeln, wenn der betreffende Staat sich auf irgendeine Weise für ihn entschieden hat oder sein eigenes Dasein auf diesem Grundsatz beruht (S. 479); ähnlich F. Klein S. 28; vgl. auch Higgins, S. 104, zum Selbstbestimmungsrecht in der Dekolonisation. Im übrigen ist die Terminologie unklar; sie reicht von einer positiven Rechtsnorm bis zu unverbindlichen Grundsätzen; siehe v. Blittersdorff S. 41 f und dort Anm. 92 mit weiteren Nachweisen.

eine Bestimmung des Inhalts dieses Rechts einigen konnten.¹⁾ Das Selbstbestimmungsrecht hat auch den Begriff Unabhängigkeit entscheidend mitgeprägt; darauf wird noch zurückzukommen sein.²⁾

Für die Bestimmung des Inhalts des Begriffs "Unabhängigkeit" in der Dekolonisation sind mithin die Aussagen der Vereinten Nationen zur Dekolonisation von Bedeutung.

Für ihre Aktivitäten auf diesem Feld boten sich die Bestimmungen der Kapitel XI, XII und XIII SVN an.

2.2. Die Kapitel XI, XII und XIII SVN

Die Satzung der Vereinten Nationen widmet die Kapitel XI und XII den Völkern, die weder Selbstregierung noch Unabhängigkeit besitzen.

Kapitel XI SVN behandelt die sogenannten "abhängigen Gebiete". Sind sie jedoch zu bestimmen. Die Kolonialmächte England, Frankreich und Belgien erkannten 1946 ihre afrikanischen Besitzungen, soweit sie sie nicht unter Treuhänderschaft stellen, sofort als "abhängige Gebiete" im Sinne der Art. 73, 74 SVN an.³⁾ Etwas

1) Res. 62 (XIV) vom 21.10.1946, Text UNYB 1946/2 S. 785 ff (789); Gleichwohl nicht zu Ionas, S. 22, in der Erklärung zum Selbstbestimmungsrecht kein geltendes Völkerrecht; a.A. Teerdt S. 296.

2) siehe insb. 4. Kapitel.

3) Auf Anfrage des Generalsekretärs der VN nannten acht Staaten (Australien, Belgien, Dänemark, Frankreich, die Niederlande, Neuseeland, das Vereinigte Königreich und die USA) insgesamt 14 abhängige Gebiete, die unter ihrer Verwaltung standen; die Liste dieser Gebiete wurde in der Res. 66 (I) vom 14.12.1946, Text UNYB 1946/47 S. 571 f bestätigt; vgl. Goodrich-Hambro-Simons, Art. 73 (S. 453 f).

anderes gilt für Portugal und Spanien.¹⁾ Der Widerstand dieser Staaten, den Spanien 1960, Portugal aber erst 1974 aufgegeben hat, konnte den Dekolonisationsprozeß ihrer Besitzungen verzögern, aber nicht aufhalten.

Die Kapitel XII und XIII beschäftigen sich mit den Treuhandgebieten und dem Treuhandrat. Die Kolonialmächte haben ihre ehemaligen Völkerbundmandate, soweit sie nicht nach dem 2. Weltkrieg unabhängig wurden, der Treuhandschaft unterstellt und für sie mit den Vereinten Nationen Treuhandabkommen geschlossen.

Wenden wir uns diesen Kapiteln im Hinblick auf eine Verpflichtung der Kolonialmächte zur Gewährung der Unabhängigkeit zu; dabei ist zu fragen, ob diese Bestimmungen auch den Begriff Unabhängigkeit definieren.

Art. 73 b SVN verpflichtet die Kolonialmächte, die abhängigen Gebiete zur Selbstregierung zu entwickeln. Diese Verpflichtung, ebenso "vage formuliert" ²⁾ wie die übrigen Bestimmungen des Art. 73 SVN, ist höchst problematisch, da ihre Erfüllung von den "besonderen Verhältnissen des Gebietes, seiner Bevölkerung und deren jeweiliger Entwicklungsstufe" abhängig sein soll, und die Entscheidungsbefugnis darüber letztlich der Kolonialmacht überlassen ist.³⁾ Eine Verpflichtung zur Gewährung der Unabhängigkeit

1) Portugal, das erst am 14.12.1955 in die Vereinten Nationen aufgenommen wurde, erklärte, daß es seine afrikanischen Besitzungen als Übersee-Provinzen betrachte und deshalb die Bestimmungen der Art. 73, 74 SVN auf diese Gebiete nicht anzuwenden seien (vgl. dazu UNYB 1956 S. 291 u. Art. 1 II u. III der Verfassung Portugals in der Fassung vom 21.3.1961 - nach der deutschen Übersetzung bei Mayer-Tasch und Contiades S. 424). Spanien, das zuerst den gleichen Standpunkt eingenommen hatte (vgl. UNYB 1958 S. 298), änderte seine Haltung 1960 (vgl. UNYB 1960 S. 512/13 u. Res. 1542 (XV) a.a.O.), während Portugal von seinem Standpunkt erst 1974 abrückte. Zur Kolonialpolitik Portugals bis dahin vgl. Bahr S. 173 f.

2) Kelsen, Law of Nations, S. 557.

3) Kelsen, Law of Nations, S. 558.

enthält nach traditioneller Ansicht diese Vorschrift nicht,¹⁾ wenn auch manche Autoren²⁾ - und insbesondere die Vertreter neuer Staaten schon früh in den Beratungen der Generalversammlung³⁾ - die Ansicht vertreten haben, daß der Begriff Selbstregierung hier auch die Unabhängigkeit erfasse.

Im Gegensatz zu Art.73 SVN bezeichnet Art.76 b SVN die Entwicklung der Treuhandgebiete zur Selbstregierung oder U n a b h ä n g i g k e i t als Zweck des Treuhandverhältnisses. Aus der uneingeschränkten Gleichsetzung der Unabhängigkeit mit der Selbstregierung ist zu folgern, daß die Verwaltungsmächte keine Wahl zwischen beiden Formen der Emanzipation haben. Das Ziel der Treuhandverwaltung bleibt vielmehr die völlige Unabhängigkeit, wenn sich die Bevölkerung mit der Selbstregierung ohne Unabhängigkeit nicht zufrieden geben will.⁴⁾ Zwar spricht Art.76 SVN, anders als Art.73 SVN, nur von Zwecken (objectives) des Treuhandverhältnisses, jedoch sind darunter ebenso wie im Anwendungsbereich des Art.73 SVN Pflichten zu verstehen.⁵⁾ Auch aus den Treuhandabkommen, die nach Art.76 SVN abzuschließen waren, ergibt sich eindeutig, daß es sich um eine Verpflichtung handelt.⁶⁾ Jedoch sind diese

1) vgl. Kelsen, Law of Nations, S.559; Veicopoulos S.92; Lahn I S.178; Wengler II S.1141; Verdross S.594; Kunz, Chapter XI, S.103 (105); derselbe, Selbstbestimmung, S.196; zur Entstehungsgeschichte siehe auch Fliegener S.10 f.

2) Abendroth S.4; Ross, Constitution, S.186; Toussaint, S.170-198 (185), weist darauf hin, daß die Kolonialmächte in den Beratungen in San Franzisko nicht ausgeschlossen hätten, daß Selbstregierung unter Umständen auch Unabhängigkeit bedeuten könne.

3) vgl. dazu Toussaint S.184 f.

4) vgl. Kelsen, Law of Nations, S.639+40; Veicopoulos S.89-93; a.A. Kunz, Selbstbestimmung, S.196.

5) Kelsen, Law of Nations, S.636; Dahm I S.568; Verdross S.592.

6) vgl. Art.3 u. 6 der Treuhandabkommen über Britisch Togoland, Kamerun, Tanganjika, Belgisch Ruanda-Urundi und Art.2 u. 5 der Abkommen über Französisch Togoland und Kamerun, Text UNYB 1946/47 S.188 ff.

Rechtspflichten ebenso wie die Verpflichtungen des Art.73 b SVN " zurückhaltend verklausuliert " ¹⁾ niedergelegt worden; auch hier ist die Gewährung von Selbstregierung oder Unabhängigkeit von den besonderen Verhältnissen des Gebietes und seiner Bevölkerung abhängig. ²⁾ Hinzu kommt, daß die Treuhandabkommen - mit Ausnahme des Abkommens für das Treuhandgebiet Somalia ³⁾ - weder ein Verfahren für die Erreichung der Selbstregierung oder Unabhängigkeit festgelegt, noch ein Datum gesetzt haben, bis zu dem die gesteckten Ziele erreicht werden mußten, obwohl nach Art. 76 b SVN diese Frage in den Treuhandabkommen geregelt werden konnte. ⁴⁾ Zuletzt ist daran zu erinnern, daß die Verpflichtungen der Art.73 und 76 SVN von keinen Sanktionen begleitet sind; ⁵⁾ insbesondere besitzen die Vereinten Nationen nicht das Recht, gegen den Willen der Verwaltungsmacht einseitig die Treuhandschaft (vgl. Art.79 SVN) oder die Verwaltung eines abhängigen Gebietes zu beenden, es sei denn, es liegen eklatante Verletzungen des Treuhandverhältnisses vor, wie sie im Falle Südafrikas in der Handhabung des Mandatsverhältnisses über Namibia festgestellt wurden. ⁶⁾

So stellte sich die Rechtslage der Generalversammlung dar, als sie begann, sich mehr und mehr der Dekolonisation zu widmen. Den Begriff der Unabhängigkeit erklärt die Satzung nicht.

2.3. Die Rolle der Generalversammlung in der Dekolonisation

2.3.1. Die Generalversammlung als Motor der Dekolonisation

Es liegt auf der Hand, daß die eben skizzierten Bestimmungen

1) Dahm I S.568.

2) siehe Art.76 b SVN.

3) vgl. dazu allgemein Vedovato S.668/69; Text des Abkommens mit der Festlegung der Verfassungsprinzipien: UNYB 1950, S.802 ff.

4) vgl. Vedovato S.668/69.

5) vgl. dazu van Asbeck S.464.

6) siehe dazu die Darstellung der Entwicklung unter Berücksichtigung der Entscheidungen des IGH bei Elias, Int.Law, S.88-106.

nicht ausreichten, um die Dekolonisation im Sinne des Vollzugs einer eindeutigen Verpflichtung voranzutreiben. Um hier Fortschritte zu erzielen, ergriff die Generalversammlung nach und nach zu Lasten der eigentlich zuständigen Prozesse selbst die Initiative¹⁾ und setzte ihr ganzes politisches Gewicht ein. Der wachsende Einfluß der anti-kolonialen Staaten erleichterte ihr das Vorhaben, die Dekolonisation rasch voran zu treiben.

1.1.2. Art. 73 (e) SVN und die Aktivitäten der Generalversammlung
Es konnte nicht ausbleiben, daß die Generalversammlung auch zum Inhalt des Begriffes "Unabhängigkeit", der die Sitzung selbst nicht erklärt, wichtige Aussagen machte. Dies wurde notwendig, als es galt, festzustellen, ob ein Territorium seine koloniale Abhängigkeit angesprochen hatte und somit aus dem Anhang I des Kapitels IV des VN-Charters ausgeschlossen war. Diese Feststellungen wollten die Vereinten Nationen nicht allein den Kolonialmächten überlassen. Der eigentliche Inhalt für eine solche Entscheidung war der Bescheid über die Identifizierung der Berichtspflicht nach Art. 73 (a) SVN; diese Vorschrift legt den Kolonialmächten auf, den Vereinten Nationen jährlich über die Entwicklung ihrer Kolonialgebiete zu berichten.

Die Entscheidung über die Beendigung der Berichtspflicht nahm die Generalversammlung besonders ernst, da ihr diese Vorschrift neben dem Selbstbestimmungsrecht und den Bestimmungen über die Treulandschaft²⁾ eine der Grundlagen für ihre Aktivität im Bereich der Dekolonisation bot, die sie ohne Einschränkung nutzte.³⁾

Die Auskunftspflichten, die Art. 73 (e) SVN den Kolonialmächten

1) vgl. Jakobsen S. 38; Toussaint S. 193-198; Goodrich-Hambro-Simons, Art. 73 (S. 452).

2) vgl. dazu Decker S. 213-217, insbesondere S. 216.

3) Decker S. 217 f; Kunz, Selbstbestimmung, S. 199; hinsichtlich der Entwicklung der Berichtspflicht und der mit ihr verbundenen Fragen im einzelnen wird auf Fliedner verwiesen.

gegenüber den Vereinten Nationen auferlegt, sind von Rechts wegen gering. Sie betreffen lediglich statistische und sonstige Informationen technischer Art über die wirtschaftliche Entwicklung und das Sozial- und Bildungswesen, wobei die Verwaltungsmächte Rücksicht auf "Sicherheit und Verfassung" nehmen dürfen. Die Berichte sollen lediglich der Unterrichtung des Generalsekretärs dienen; ihre Prüfung durch den Generalsekretär oder die Generalversammlung sieht Art. 73 (e) SVN nicht vor.

Sogenannte "politische" Informationen haben nach dieser Vorschrift die Staaten nicht zu liefern. Darunter sind solche Angaben zu verstehen, die "das Ausmaß betreffen, in welchem das Selbstbestimmungsrecht von den Völkern der Territorien ausgeübt wird;" das sind "insbesondere solche Angaben, die sich auf den politischen Fortschritt der Bevölkerung und die Maßnahmen beziehen, welche ... die Fähigkeit der Bevölkerung zur Selbstregierung fördern, ihren politischen Aspirationen Rechnung tragen und die fortschreitende Entwicklung ihrer freien politischen Einrichtungen gewährleisten sollen."¹⁾ Um in diesem Sinne Einfluß nehmen zu können, entwickelte die Generalversammlung aus der Bestimmung über die Berichtspflicht nach und nach ein System der Überwachung, das - abgesehen von dem Recht der Vereinten Nationen, die Gebiete zu besuchen und Petitionen der Bevölkerung entgegenzunehmen - der Einrichtung ähnlich war²⁾, die die Satzung für die Treuhandgebiete (Kapitel XIII SVN) geschaffen hatte. Schon 1947³⁾ empfahl die Generalversammlung den Kolonialmächten - und sie hat diese Empfehlung laufend wiederholt⁴⁾ -, auch freiwillig politische Informationen, wie es in Art. 88 SVN für die Treuhandgebiete vorge-

1) UN-Res. 637 (VII) B vom 16.12.1952, Text UNYB 1952 S. 446.

2) Virally S. 526 spricht davon, daß ein "Kap. XI a", parallel zu Kap. XIII, von der Generalversammlung durch Resolutionen redigiert und in der Praxis angewandt worden sei. Mit Recht kann hier von dem "kleinen Treuhandsystem" gesprochen werden; so Dahm I S. 579; vgl. dazu auch Decker S. 218; Kunz, Selbstbestimmung, S. 198-200.

3) Res. 144 (II) vom 3.11.1947, Text UNYB 1947/48 S. 153.

4) vgl. z.B. Res. 637 (VII) B v. 16.12.52, Text UNYB 1952 S. 446; Res. 848 (Fortsetzung folgende Seite)

sehen ist, zu liefern. Dieser Empfehlung sind die Kolonialmächte nur teilweise¹⁾, widerstrebend und unter Vorbehalt gefolgt²⁾. Zur Bewältigung der mit der Berichtspflicht verbundenen Aufgaben bildete die Generalversammlung zunächst einen ad hoc-Ausschuß³⁾, der bis zu seiner Ablösung durch den Dekolonisationsausschuß⁴⁾ unter der Bezeichnung " Informationsausschuß " zu einer quasi ständigen Einrichtung wurde⁵⁾, die mit dem Treuhandrat verglichen werden kann.⁶⁾ 1961 wurde der Informationsausschuß ermächtigt, politische Informationen nicht nur in die Berichte aufzunehmen, sondern auch zu prüfen. Mit der Einrichtung des Dekolonisationsausschusses fielen alle weiteren Beschränkungen; der Ausschuß hörte Petenten und gab Empfehlungen ab. Ein Überwachungssystem, ähnlich dem Treuhandsystem, war damit abgeschlossen.⁷⁾

2.4. Unabhängigkeit als Ziel der Dekolonisation; die Resolutionen 742 (VIII) und 1541 (XV) der Generalversammlung

Für die Begriffsbestimmung der Unabhängigkeit sind die Resolutionen der Generalversammlung, die sie im Hinblick auf die Informationspflicht nach Art.73 (e) SVN verabschiedete, heranzuziehen. Denn die Feststellung über das Ende der kolonialen Abhängigkeit konnte nur getroffen werden, nachdem geklärt war, welchen neuen Status ein abhängiges Gebiet erhalten mußte, um aufzuhören, eine Kolonie zu sein.

(Fortsetzung)(IX), Text UNYB 1954 S.316; Res.1468(XIV), Text UNYB 1959 S.315; Res.1535(XV), Text UNYB 1960 S.518:

1) vgl. Res.848(IX) u. 1469(XIV), Texte Anm.4 oben; Fließner S.49 Anm.2; vgl. dazu Toussaint S.191; Jacobsen S.45.

2) Goodrich-Hambro-Simons, Art.73 (S.455).

3) Res.66(I) vom 14.12.1946; Text gekürzt UNYB 1946/47 S.572.

4) Res.1970(XVIII) vom 16.12.1963, Text UNYB 1963 S.442; der Dekolonisationsausschuß wurde 1961(Res.1654(XVI) vom 27.11.1961, siehe UNYB 1961 S.44-56) eingerichtet und 1962(Res.1810(XVII)v.17.12.62, Text UNYB 1962 S.65) erweitert.

5) vgl. Virally S.527; Abendroth S.5.

6) vgl. Toussaint S.189; Virally S.527; Goodrich-Hambro-Simons, Art. (Fortsetzung folgende Seite)

Die Generalversammlung nannte schon sehr bald, im Gegensatz zum Wortlaut des Art.73 (b) SVN, auch die U n a b h ä n g i g - k e i t als ein Ziel der Emanzipation der abhängigen Gebiete.¹⁾ Sie behauptete, daß gerade die Unabhängigkeit den typischen Fall der Selbstregierung, von der Art.73 (b) SVN ausschließlich spricht, darstelle.²⁾ Mithin mußte sie in diesem Zusammenhang auch den Status der Unabhängigkeit beschreiben.

Der eigentliche Anlaß für die Aussagen der Generalversammlung zum Begriffsinhalt der Unabhängigkeit waren die wiederholten Auseinandersetzungen zwischen den Vereinten Nationen und einzelnen Kolonialmächten über die Frage, ob die Pflichten aus Art.73 (b) SVN erloschen sind. Zu solchen Auseinandersetzungen kam es, wenn sie behaupteten, die in Art.73 (b) SVN vorgesehenen Ziele seien erreicht worden, während die Vereinten Nationen dies bestritten.³⁾ Es lag deshalb der Generalversammlung daran, Kriterien für die Entscheidung festzulegen,⁴⁾ wann ein abhängiges Gebiet die "volle Selbstregierung" im Sinne des Art.73 (b) SVN, zu der nach ihrer Ansicht auch die Unabhängigkeit zu rechnen ist, erreicht hat.⁵⁾

Einen ersten Abschluß der Entwicklung, verbindliche Kriterien für die Beendigung der Berichtspflicht aufzustellen, brachte die

(Fortsetzung) 73 (S.457) mit Angabe der einzelnen Resolutionen.

7) Goodrich, Hambro, Simons, Art.73 (S.458).

1) vgl. z.B. Res.637 (VII) A vom 16.12.1952, Text UNYB 1952 S.445; Res.742 (VIII) vom 27.11.1953, Text UNYB 1953 S.526 ff.

2) vgl. Ziff.6 der o.a. Res.742 (VIII).

3) vgl. Fahrni S.39/40; Kunz, Chapter XI, S.107.

4) Wenn eine Pflicht zur Berichterstattung besteht, müssen die VN auch bestimmen können, wann diese Verpflichtung erlischt; a.A. Fliedner S.76; er meint, die VN können hier empfehlen, aber nicht entscheiden; vgl. zur Diskussion dieser Frage Kunz, Chapter XI, S.105 ff und Fahrni S.40.

5) Erstmals wurde in der Res.334 (IV) vom 2.12.1949, Text UNYB 1948/49 S.732 dieses Recht beansprucht.

Resolution 742 (VIII) vom 27.11.1953¹⁾; sie legte die Faktoren fest, die bei der Entscheidung, ob die Bevölkerung eines Territoriums "ein volles Maß an Selbstregierung" erreicht hat, zu berücksichtigen sind.

Die Resolution kennt drei Formen der Selbstregierung, welche die koloniale Abhängigkeit beenden. Es sind:

- a) Status der Unabhängigkeit,
- b) Status der Assoziation,
- c) Status der Integration.

Im Paragraphen 6 des operativen Teils drückt die Resolution trotz der formellen Gleichstellung des einen Status mit den anderen in aller Deutlichkeit aus, daß die volle Selbstregierung der abhängigen Gebiete regelmäßig durch die Gewährung der Unabhängigkeit verwirklicht wird. Höhepunkt dieser Entwicklung bildete die "Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an die Kolonialländer und -völker" vom 14.12.1960.²⁾ Sie verkündete auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts und der Menschenrechte, daß die völlige Unabhängigkeit aller Kolonialgebiete das Ziel einer schnellen Beendigung des Kolonialismus in allen seinen Erscheinungsformen sei, die an keine Bedingungen geknüpft werden dürfe.

Die Faktoren, die das Erreichen der Unabhängigkeit bestätigen, sind:

"A. International status

1. International responsibility. Full international responsibility of the Territory for the acts inherent in the exercise of its external sovereignty and for the corresponding acts in the administration of its internal affairs.
2. Eligibility for membership in the United Nations.
4. General international relations. Power to enter into direct relations of every kind with other governments and with international institutions and to negotiate, sign and ratify international instruments.

1) Text: UNYB 1953 S. 526 ff.

2) Res. 1514 (XV) vom 14.12.1960, Text UNYB 1960 S. 49 f.

4. National defence. Sovereign right to provide for its national defence.

B. Internal self-government

1. Form of government. Complete freedom of the people of the Territory to choose the form of government which they desire.

2. Territorial government. Freedom from control or interference by the government of another State in respect of the internal government (legislature, executive, judiciary, and administration of the Territory).

3. Economic, social and cultural jurisdiction. Complete autonomy in respect of economic, social and cultural affairs"

Die Faktorenliste befriedigte nicht alle Mitglieder der Vereinten Nationen; insbesondere die wachsende Zahl der neuen, antikolonialen Staaten übte Kritik.¹⁾ Dies hatte zur Folge, daß im Jahre 1960²⁾ diese Faktoren durch eine Liste von Prinzipien abgelöst wurden,³⁾ welche die Vereinten Nationen und die Mitgliedstaaten bei der Beurteilung leiten sollten, ob die Verpflichtung zur Übermittlung von Informationen nach Art. 73 (e) SVN erloschen ist.

Im Vergleich zur Res. 742 (VIII) fällt auf, daß die neue Prinzipienliste, die sich teilweise wesentlich detaillierter als die Faktorenliste äußert, der Assoziation und der Integration drei Prinzipien (VII-IX) widmet, jedoch die eigentliche Form der Selbstregierung, die Unabhängigkeit, nicht mehr näher bestimmt. Es heißt im Prinzip VI lapidar:

"A Non-Self-Governing Territory can be said to have reached a full measure of self-government by:

a) Emergency as a sovereign independent State.⁴⁾"

1) Goodrich-Hambro-Simons, Art. 73 (S. 462).

2) Res. 1541 (XV) vom 15. 12. 1960 mit Anhang, Text UNYB 1960 S. 509 ff.

3) Dies gilt aber nur, soweit sie Bestimmungen enthält; für die Unabhängigkeit kann Res. 742 (VIII) weiter herangezogen werden; so auch Fahrni S. 51 f.

4) Fortsetzung des Prinzips VI: "b) Free association with an independent State; or c) Integration with an independent State". (b und c interessieren hier nicht.)

Dieser Verzicht ist darauf zurückzuführen, daß es inzwischen die Regel geworden war, den Kolonialstatus durch die Gewährung der Unabhängigkeit zu beenden. Der Generalversammlung lag in jener Zeit nur noch daran, andere Formen der Selbstregierung, die unterhalb der Unabhängigkeit liegen, genau zu definieren. Sie dachte hier wohl in erster Linie an sehr kleine Territorien und Inseln, für die sich die staatliche Unabhängigkeit nicht empfahl.

Da eine nähere Bestimmung der Unabhängigkeit in der Prinzipienliste fehlt, muß weiterhin auf die Faktorenliste zurückgegriffen werden.¹⁾ Dies fällt umso leichter, als die Beschreibung des Status der Unabhängigkeit kaum Kritik ausgesetzt war.

3. Der Begriff der Unabhängigkeit in der Dekolonisation

3.1. Die koloniale Abhängigkeit als Ausgangspunkt

Bevor der Begriff der Unabhängigkeit, wie ihn die Generalversammlung versteht, auf der Grundlage der Resolution 742 (VIII) ermittelt wird, ist in knapper Form die koloniale Abhängigkeit zu beschreiben. Denn sie hat als Gegensatz die Formulierung des Abschnitts "Unabhängigkeit" entscheidend beeinflußt.

Obwohl die koloniale Abhängigkeit faktisch von gleichen Tatbeständen und Verhältnissen geprägt ist, gibt es keinen eigentlichen, ausschließlichen, an bestimmte Qualifikationsmerkmale gebundenen Rechtstypus der "Kolonie".²⁾ Die Abhängigkeit ist staatsrechtlich bestimmt - so bei der Kolonie im eigentlichen Sinne und dem kolonialen Protektorat³⁾ - oder beruht - wie das

1) vgl. Anm. 3 auf S. 21.

2) Kirchschläger S. 257.

3) Staatsrechtlich war auch das Verhältnis der afrikanischen Gliedstaaten zur französischen Gemeinschaft bestimmt; vgl. Art. 78 Abs. 1 u. 2 der Verfassung vom 4.10.1958, der den Gemeinschaftsorganen die wesentlichen staatlichen Kompetenzen übertrug.

völkerrechtliche Protektorat - auf Völkerrecht; hier sind als Beispiele die ehemaligen Protektorate Marokko und Tunesien zu nennen.¹⁾

Schwierig ist die Zuordnung der Treuhandgebiete, die ebenfalls zu den Kolonialgebieten zu zählen sind,²⁾ zu einer der beiden Gruppen. Denn über den eigentlichen Träger der Hoheitsgewalt, die über diese Territorien ausgeübt wird, besteht keine Einigkeit.³⁾ Diese Frage bedarf hier jedoch keiner Antwort; denn unabhängig davon, wer als Träger der Hoheitsgewalt angesehen werden muß, ist ihre A u s ü b u n g den Verwaltungsmächten überlassen.⁴⁾ So bestimmten die Treuhandabkommen für die hier interessierenden Gebiete, daß die Verwaltungsmächte "shall have full powers of

1) Marokko, dessen staatliche Souveränität trotz des Protektoratsverhältnisses vom IGH (Urteil vom 27.8.1952, ICJ Reports 1952 S. 185,188) anerkannt worden ist, wurde gleichwohl - wie Tunesien auch - von den VN in der Liste abhängiger Gebiete geführt (vgl. UFRB 1946/47 S. 571), weil Protektorate nicht vollständig entscheidungs- und handlungsfähig sind.

2) Auch sie wurden in der Liste abhängiger Gebiete geführt; vgl. Anm. 1.

3) Hinsichtlich der verschiedenen Lösungsmöglichkeiten vgl. die bei Dahm I, S. 574 ff, Chowdhuri S. 229-236 und Veicopoulos S. 150-152 angegebenen Literaturhinweise sowie die eigenen Stellungnahmen der genannten Autoren. Nach Verdross, S. 591, übt die Verwaltungsmacht ihre Verwaltung nicht in eigenem Namen, sondern "unter der Autorität der VN" aus; vgl. auch die bei Oppenheim-Lauterpacht I, S. 238 Anm. 2, wiedergegebenen Stellungnahmen der Verwaltungsmächte.

4) Dahm I, S. 575, unterscheidet hier zwischen der Substanz der Souveränität, die den Treuhandgebieten verbleibt, und ihrer Ausübung durch die Verwaltungsmacht. So auch Oppenheim-Lauterpacht I S. 236, wenn er auch die VN als eigentlichen Träger der Souveränität ansieht.

legislation, administration, and jurisdiction..."¹⁾ Von dieser Befugnis her gesehen, ist es gleichgültig, wer rechtlich als der eigentliche Träger der Herrschaftsgewalt in den Treuhandgebieten bezeichnet werden muß; denn die Verwaltung der Treuhandgebiete wird durch die Organe der Verwaltungsmacht nicht nur tatsächlich ausgeübt, sondern ihnen auch zugerechnet.

Es kann deshalb mit Zemanek²⁾, der die Frage ebenfalls unbeantwortet läßt, gesagt werden, daß sich der Status des Treuhandgebiets von dem der Kolonie nur dadurch unterscheidet, daß die Verwaltungsmacht über das Gebiet nicht einseitig verfügen darf und ihre Herrschaftsgewalt durch ein internationales Statut beschränkt ist.³⁾ Es handelt sich bei der Treuhandverwaltung also um einen Mischtypus, bei dem die koloniale Abhängigkeit des Gebiets völkerrechtlich und staatsrechtlich bestimmt ist.

Die Zuordnung eines kolonialen Verhältnisses zum Völkerrecht, Staatsrecht oder zu beiden ist jedoch letztlich für die koloniale Abhängigkeit bedeutungslos. Wichtig ist nur, daß sich die tatsächliche Abhängigkeit auch in entsprechenden Rechtsbeziehungen ausdrückt. Dies ist ein Charakteristikum des Kolonialverhältnisses und unterscheidet es von anderen faktischen Abhängigkeiten. Jedoch unabhängig von der Art der kolonialen Rechtsbeziehungen zur Metropole werden alle Formen kolonialer Verhältnisse von einem - im wesentlichen - gleichen Maß t a t s ä c h l i c h e r Abhängigkeit bestimmt. Sie ist der eigentliche Kern kolonialer Beziehungen. Van Asbeck⁴⁾ beschreibt die Fremdbestimmung der Bevölkerung eines Kolonialgebiets treffend so:

1) vgl. die Treuhandabkommen über Tanganjika (Art. 5a), Rwanda-Urundi (Art. 5) und Somalia (Art. 7); Text UNYB 1946/47 S. 188 ff u. 1950 S. 802 ff.

2) S. 207 u. Anm. 94.

3) Zemanek S. 206; so auch Kelsen, Law of Nations, S. 688-690 u. insb. Anm. 3 S. 690, der aber die Souveränität der Verwaltungsmacht ausdrücklich bejaht. Eine Verfügungsbeschränkung wurde später auch für die "abhängigen Gebiete" angenommen; siehe S. 106 ff.

4) S. 353.

a) Les décisions suprêmes sur leur sort et leur vie, quelle que soit éventuellement leur autonomie locale, régionale, interne, relèvent d'une autorité extérieure, étrangère, éloignée, le plus souvent en même temps d'une autre race, autorité qui peut imposer ses propres décisions en passant outre aux vues ou protestations du pays dépendant; donc statut d'inégalité, d'infériorité pure ou mitigée.

b) L'exécution de ces décisions est confiée à un apparatus de nouveau en grande partie (et surtout dans ses rangs supérieurs) extérieur, étranger, même s'il se sert - ce qui est toujours le cas - de corps autochtones subordonnés, et quelle que soit l'extension de la liberté de mouvement laissée à ceux-ci, quelle que soit leur "détutélisation."

Die Generalversammlung hat den Status der kolonialen Abhängigkeit in den Resolutionen 742 (VIII) und 1541 (XV) nicht definiert.¹⁾ Die Prinzipienliste enthält nur einige vage formulierte "prima facie" Vermutungen (Prinzip IV u. V) für das Vorliegen eines "Territoriums kolonialen Typus" (Prinzip I S. 1).²⁾ Sieht man von dem unbestimmten, rechtlich wenig brauchbaren Kriterium "willkürlich begründeter tatsächlicher und rechtlicher Abhängigkeit" ab, dienen diese Hinweise in erster Linie der geographischen Bestimmung der abhängigen Gebiete im Sinne der in der Generalversammlung vorherrschenden "salt-water-theory"; sie besagt, daß es sich bei Kolonien regelmäßig um "Überseegebiete" handelt. Damit sollte die "Belgische These",³⁾ nach der auch "ethnische Enklaven innerhalb souveräner Staaten" dem Regime des Art. 73 SVN zu unterwerfen seien, nochmals abgelehnt werden.

1) vgl. Flidner S. 24.

2) Es heißt dort: "The authors of the Charter...had in mind that Chapter XI should be applicable to territories which were then known to be of the colonial type."

3) Zur "Belgischen These" vgl. Fahrni S. 40 und die dort gegebenen Hinweise: Flidner S. 27.

Zutreffend stellt Rabl¹⁾ fest, daß die Generalversammlung davon ausgeht, daß ein nach der "salt-water-theory" geographisch bestimmtes Gebiet von der Metropole abhängig ist, solange es nicht einen Status erreicht hat, der in den Resolutionen 742 (VIII) und 1541 (XV) der Generalversammlung festgelegt worden ist.

Vor diesem Hintergrund wird auch die politische Absicht der Faktorenliste deutlich. Sie ist die Darstellung des Gegenteils kolonialer Abhängigkeit. Sie verfolgt den Ausschluß jeder Bindung an einen anderen Staat, die - und wenn auch nur im entferntesten - an die Kolonialzeit erinnern könnte. Deshalb behandeln die Faktoren alle Bereiche staatlicher Hoheitsbefugnisse, die einst die Kolonialmächte in ihren Kolonien ausübten und die nun ungeschmälert von den neuen Staaten beansprucht werden. Denn der Entzug dieser Befugnisse verdeutlichte besonders augenfällig die koloniale Herrschaft. Er wurde umso schmerzlicher empfunden, je mehr bodenständige Politiker an der Verwaltung der Kolonie beteiligt wurden. Auch im Laufe einer fortschreitenden Autonomie²⁾ behielten sich die Kolonialmächte in diesen Bereichen weitgehende Entscheidungsbefugnisse vor.³⁾ Diese Befugnisse besaßen die

1) 1. Fachtagung, S. 228

2) Unter Autonomie wird hier nicht die Autonomie im engeren Sinne, die staatsrechtliche, verstanden, die durch die Normsetzungsbefugnisse eines n i c h t s t a a t l i c h e n Verbandes gekennzeichnet ist (vgl. Schücking, Autonomie, S. 290), sondern nur die Übertragung von Entscheidungsbefugnissen an autochthone Gremien in den Kolonien, unabhängig von ihrer staats- oder völkerrechtlichen Einordnung; zum Begriff der Autonomie innerhalb des Kolonialstatus, insbesondere im Hinblick auf Art. 73 u. 76 SVN vgl. van Asbeck S. 356-372 (369-372) und Fahrni, S. 46 f, im Hinblick auf die Faktorenliste.

3) Nach Art. 78 Abs. 1 u. 2 der Verfassung der französischen Gemeinschaft vom 4. 10. 1958 umfaßte der Zuständigkeitsbereich der Gemeinschaft die Außenpolitik, die Verteidigung, das Geldwesen, die gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie die Politik der strategisch wichtigen Rohstoffe (Fortsetzung folgende Seite)

Kolonialmächte ebenfalls, wenn sie bei der Begründung der Kolonialherrschaft den einheimischen Herrschern ein gewisses Maß an Autonomie belassen hatten (koloniale Protektorate)¹⁾ Entsprechende Rechte nahmen sie auch innerhalb eines völkerrechtlichen Protektoratsverhältnisses in Anspruch. Besonders in der Außen- und Verteidigungspolitik haben die Kolonialmächte bis zuletzt ihre Zuständigkeiten aufrecht erhalten; kein Wunder, daß sich die Faktorenliste ihnen besonders widmet.

3.2. Die Doppeldeutigkeit des Begriffs: Unabhängigkeit als Ausdruck der Staatlichkeit und der vollständigen Selbstregierung

Bei einer ersten Durchsicht beider Resolutionen fällt auf, daß die Unabhängigkeit mit zwei Inhalten verstanden wird. Einmal bezeichnet der Begriff ohne nähere Beschreibung eine Erscheinung der Völkerrechtsgemeinschaft, den Staat. So stellt die Resolution 1541 (XV) lapidar fest, daß das Ziel der Dekolonisation, die vollständige Selbstregierung (a full measure of self-govern-

(Fortsetzung) und ferner, in Ermangelung einer besonderen Vereinbarung ,die allgemeine Organisation des Verkehrs- und Fernmeldewesens.Zur inneren Autonomie Ghanas vor der Unabhängigkeit siehe Clausen,S.110-115,und hinsichtlich des Wegs der französischen Kolonien in Afrika über Autonomie und Gliedstaatlichkeit zur Unabhängigkeit Scherk S.15-47.

1)Das gilt z.B. für die dem englischen Verfassungsrecht eigentümlichen "Protected States", die, wie etwa Sansibar, nicht zu "Her (His) Majesty's dominions", also zum eigentlichen britischen Staatsgebiet, zählten und in denen verfassungsrechtlich die britische Herrschaftsgewalt gegenüber einem lokalen Herrscher beschränkt war;trotzdem besitzen diese "Staaten" regelmäßig keine internationale Persönlichkeit;sie sind also keine völkerrechtlichen Protektorate(vgl.dazu Roberts-Wray S.23,48,49,127/28).Diese Autonomie ist von der zu unterscheiden, die aufgrund der "indirect rule"auf unterer Verwaltungsebene gewährt wurde und nur eine Form der unverbindlichen Selbstbeschränkung der Kolonialverwaltung darstellt (vgl.dazu Elias,Government,S.25-30).

ment) des abhängigen Gebietes, mit der Entstehung eines "souveränen, unabhängigen S t a a t e s " ¹⁾erreicht sei. ²⁾

Aber auch in der Resolution 742 (VIII), in der die Generalversammlung den Status der Unabhängigkeit im einzelnen definiert, ³⁾ findet sich, wenn auch verklausuliert, dieselbe Aussage wieder. Unter den dort aufgezählten Faktoren fordert Faktor A 2 die Wählbarkeit des ehemaligen Kolonialterritoriums in die Vereinten Nationen.

Art.4 Abs.1 SVN, der die Aufnahme neuer Mitglieder in die Organisation regelt, verlangt vom Antragsteller Staatsqualität; d.h. das neue Mitglied muß die Merkmale eines Staates aufweisen. ⁴⁾ Dazu gehört, daß der aufzunehmende Staat ein "Gemeinwesen mit rechtlich unbeschränkter Selbstregierung" ⁵⁾ ist. Faktor A 2 sagt demnach dasselbe wie das Prinzip VI a der Prinzipienliste aus.

Daneben, und das ist der zweite Inhalt des Begriffs "Unabhängigkeit", beschreiben die anderen unter A (völkerrechtliche Stellung) und B (eigenständige Regierungsgewalt im Inneren) aufgezählten Merkmale im einzelnen die neue Freiheit des ehemals abhängigen Gebietes nach innen und außen. Hier wird Unabhängigkeit also mit einem engeren Inhalt (vollständige Selbstregierung im eigentlichen Sinne) verstanden. Es geht an dieser Stelle nur um die Beschreibung e i n e s Merkmales des Staates, seiner Unabhängigkeit.

Unabhängigkeit wird also mit zwei verschiedenen Inhalten verstanden: einmal wird sie als besondere Qualifikation des Staates oder als ein konstitutives Merkmal des Staates (das hängt allein davon ab, welchem Staatsbegriff man folgt) aufgefaßt, das andere Mal ist die staatliche Existenz des dekolonisierten Gebietes,

1)Prinzip VI a; siehe Text auf S.21.

2)Auf die hier verwandte Verbindung der Begriffe Souveränität und Unabhängigkeit wird später eingegangen.

3)siehe Faktorenliste auf S.20 f.

4)Hyong-Kon Han S.42.

5)Mosler, Aufnahme, S.287.

seine S t a a t l i c h k e i t insgesamt -als die notwendige Voraussetzung vollständiger Selbstregierung - gemeint. Hier verbindet sich Unabhängigkeit mit dem Prozeß der Staatswerdung, den die Dekolonisation bewirken soll. Folgerichtig faßt später die Prinzipienliste beide Inhalte mit den Worten zusammen: " Emergency as a sovereign independent State."

3.3. Die Untersuchung beider Inhalte

3.3.1. Unabhängigkeit als vollständige Selbstregierung

Die Verwirklichung des in den Resolutionen 742 (VIII) und 1541 (XV) beschriebenen Ziels setzt als erstes voraus, daß die staatsrechtlichen oder völkerrechtlichen Bindungen des abhängigen Gebietes zur Kolonialmacht, die ein Eingliederungs- oder Unterordnungsverhältnis begründeten, beseitigt werden; erforderlich ist also bei einer Kolonie oder einem kolonialen Protektorat die Aufhebung der staatsrechtlichen Bindungen zur Kolonialmacht, bei den Treuhandgebieten die Auflösung der staats- und völkerrechtlich bestimmten Abhängigkeit vom Treuhänder und von der internationalen Kontrollinstanz, bei einem völkerrechtlichen Protektorat die Wiederherstellung der aufgrund Vertrags eingeschränkten oder gar beseitigten Handlungsfähigkeit und Verantwortlichkeit des protegierten Staates in allen Bereichen, die das Protektoratsverhältnis erfaßt, also insbesondere auf dem Gebiet der auswärtigen Beziehungen und der Verteidigung.

Mit der Auflösung der die koloniale Abhängigkeit begründenden Rechtsbeziehungen zwischen dem abhängigen Gebiet und der Metropole vollzieht sich und erschöpft sich, wenn man das weitere Schicksal des betroffenen Gebiets unberücksichtigt läßt, formal der Vorgang der Dekolonisation; denn die koloniale Abhängigkeit ist nicht allein ein Verhältnis tatsächlicher Abhängigkeit (faktische Abhängigkeiten sind eine häufige Erscheinung in der Staatenwelt), sondern wird gerade dadurch gekennzeichnet, daß sich dieser Zustand auch in entsprechenden Rechtsbeziehungen ausdrückt. Es hätte demnach genügt, wenn die Generalversammlung in der Resolution 742 (VIII) die Beseitigung nur dieser Rechtsbe-

ziehungen zum Kriterium der Beendigung kolonialer Abhängigkeit gemacht hätte. Dies entsprach aber nicht ihrer politischen Absicht, auch den neuen Status der emanzipierten Kolonie umfassend zu beschreiben; erst bei der Verabschiedung der Resolution 1541 (IV) im Jahre 1960, nachdem die Dekolonisation schon ihren Lauf genommen hatte, glaubte die Generalversammlung auf eine positive Beschreibung der Unabhängigkeit verzichten zu können. Zur Zeit der Verabschiedung der Faktorenliste stellte sich die Lage noch anders dar; deshalb beschränken sich die unter A 1,3,4 und B 1-3 aufgezählten Merkmale nicht darauf, nur koloniale Abhängigkeiten auszuschließen, sondern beschreiben darüber hinaus positiv die "vollständige Selbstregierung" eines Territoriums, die Kennzeichen seiner Unabhängigkeit sein soll. Auf den politischen Hintergrund dieser Beschreibung wurde schon hingewiesen.

Der Begriff der vollständigen Selbstregierung als Ausdruck der Unabhängigkeit ist der völkerrechtlichen Literatur nicht fremd. Verdross¹⁾ bezeichnet die "volle Selbstregierung" als ein Existenzmerkmal des souveränen Staates.²⁾ Darunter versteht der Autor, "daß ein Staat seine Staats- und Regierungsform, seine innere Organisation und das Verhalten seiner Angehörigen, sowie seine Innen- und Außenpolitik grundsätzlich frei und selbständig regeln kann." Weiterhin gehört nach Verdross neben der Verfassungshoheit dazu, daß die Selbstregierung in r e c h t l i - c h e r Unabhängigkeit von anderen Staaten, also lediglich dem Völkerrecht unterworfen, ausgeübt wird.³⁾

Ein Vergleich der vollen Selbstregierung, wie sie von Verdross beschrieben wird, mit den Merkmalen der Faktorenliste ergibt, daß der Begriff der vollen Selbstregierung inhaltlich mit den die Unabhängigkeit ausweisenden Faktoren im wesentlichen identisch

1) S. 192; vgl. auch Mosler, Aufnahme, S. 287.

2) Zum Staatsbegriff, wie er hier verstanden werden soll, wird noch im dritten Kapitel Stellung genommen.

3) S. 192/93.

ist, wenn auch terminologische Unterschiede bestehen. So bedeutet internationale Verantwortlichkeit (Faktor A 1) hier mehr als nur die Pflicht eines Staates zur Wiedergutmachung eines Schadens aus völkerrechtlichem Delikt.¹⁾ Verantwortlichkeit bezeichnet vielmehr auch die Entscheidungsfreiheit und das alleinige Einstehenmüssen für die getroffenen Entscheidungen;²⁾ sie meint Fähigkeiten, die den Kolonien auch bei weitgehender Autonomie vorenthalten wurden. Im Sinne voller Entscheidungsfreiheit und Verantwortlichkeit ist auch die Erwähnung der Rechtsmacht³⁾ zu verstehen, in direkte Beziehungen zu anderen Staaten zu treten, selbständig Verträge abzuschließen sowie das Recht, allein für die Verteidigung zu sorgen (Faktoren A 3,4). Neben diesen die äußere Freiheit beschreibenden Merkmalen betreffen die Faktoren B 1-3 die Verfassungshoheit eines Staates und seine Befugnis, auch im Inneren alle notwendigen Entscheidungen allein zu treffen. So bedeutet vollständige Selbstregierung uneingeschränkte Freiheit im Inneren und nach außen.

Als Ergebnis ist festzuhalten: Für die Generalversammlung bedeutet Unabhängigkeit v o l l s t ä n d i g e Selbstregierung; sie versteht darunter den Tatbestand, der auch im Schriftum in

1) Zur internationalen Verantwortlichkeit (responsabilité internationale): Basdevant S. 656-675; Schlochauer, Deliktsrecht, S. 243 ff.

2) Mit Recht weist Marek, S. 189, darauf hin, daß eine wichtige Folge der Unabhängigkeit die internationale Verantwortung ist; so auch Bonfils S. 132.

3) Das englische Wort "power" sagt hier nichts über die materielle Fähigkeit aus, diese Beziehungen auch aufzunehmen; man könnte es auch mit "Befugnis" übersetzen.

der Regel mit dem Begriff Unabhängigkeit o d e r Souveränität bezeichnet¹⁾ und gewöhnlich als ein Merkmal des Staates aufgefaßt wird. Folglich ist erst dann, wenn ein Kolonialgebiet die vollständige Selbstregierung erlangt hat, das Ziel der Dekolonisation, die Unabhängigkeit, erreicht.²⁾

1) Identität zwischen Unabhängigkeit und Souveränität nehmen an: Akehurst S.27; Despagnet S.82; Gould S.184; Lawrence S.57; de Louter S.175; Pavithran S.112 (114); Redslob S.7; Westlake S.21; Quaritsch S.33. Hinsichtlich der Verwendung des Begriffs Unabhängigkeit in der Staatenpraxis und Judikatur vgl. auch Rousseau, Indépendance, S.214-219; Gunst S.110-114. Im übrigen ist die Terminologie in der Völkerrechtsliteratur ebenso unsicher wie die Bestimmung des Inhalts der Begriffe Unabhängigkeit und Souveränität im einzelnen sowie ihre Einordnung in den Staatsbegriff. Neben der Verwendung der Bezeichnungen "äußere und innere Souveränität und äußere und innere Unabhängigkeit" findet sich häufig die Verbindung beider Begriffe. So auch in der VN-Resolution 1514 (XV) über die Gewährung der Unabhängigkeit an die Kolonialländer und -völker. Diese Verbindung ist auch in afrikanischen Instrumenten sehr häufig. Sie soll die Selbständigkeit unterstreichen. Mit Recht meint Fenwick, S.126, daß Souveränität "has come to represent the will on the part of the smaller states to exist as separate and independent members of the community." Hinsichtlich der Unterschiede in der völkerrechtlichen Terminologie vgl. auch die Zusammenstellungen bei Korowicz, S.76-80 und 80-85.

2) Res.742 (VIII) op.par.Nr.4: "Considers that the manner in which territories referred to in Chapter XI of the Charter can become fully self-governing is primarily through the attainment of independence."

Natürlich beantworten diese Feststellungen nicht alle Fragen zur Unabhängigkeit, die die Völkerrechtslehre beschäftigen. Doch unabhängig vom Inhalt des Begriffs der Unabhängigkeit oder Souveränität im einzelnen, seiner Stellung innerhalb des Staatsbegriffes und den unterschiedlichen Ansichten darüber, wie weit die Souveränität oder Unabhängigkeit tatsächlich und rechtlich eingeschränkt werden darf, ohne ihren Inhalt zu verlieren, werden alle Auffassungen die Staaten als souverän oder unabhängig bezeichnen, welche die Fülle der Entscheidungsfreiheit besitzen, die die Generalversammlung in der Resolution 742 (VIII) beschrieben hat. Diesen Fragen braucht deshalb hier nicht nachgegangen zu werden.

Für die weitere Untersuchung ist jedoch noch zu prüfen, ob diese Entscheidungsfreiheiten, die der vollständigen Selbstregierung zugrunde liegen, nur als rechtliche Befugnisse verstanden werden oder aber von der Fähigkeit, tatsächlich unabhängig zu entscheiden, begleitet sein müssen; damit ist die Frage aufgeworfen, ob nicht nur rechtliche, sondern auch tatsächliche Unabhängigkeit (actual independence) gemeint ist.

Nach überwiegender Ansicht¹⁾ werden Souveränität oder Unabhängigkeit lediglich rechtlich bestimmt; es wird also nicht verlangt,

1) Wheaton S. 44: "The sovereignty of a particular State is not impaired by its occasional obedience to the commands of other States or even the habitual influence exercised by them over its councils. It is only when this obedience, or influence assumes the form of express compact, that the sovereignty of a State, inferior in power is legally affected by its connection with the other. Treaties of equal alliance, freely contracted between independent States, do not impair their sovereignty." Für die übrigen vgl. Verdross S. 193, Berber I S. 126, Dahm I S. 79.

daß der formalen Unabhängigkeit im gleichen Maße die tatsächliche entspricht.¹⁾ Obwohl die neuen Staaten tatsächliche Unabhängigkeit (actual independence) anstreben, ist die Generalversammlung von der vorherrschenden Auffassung nicht abgewichen.

Die Resolution 742 (VIII) formuliert lediglich Befugnisse; die Festlegung von Kriterien tatsächlicher Unabhängigkeit hätte dagegen einer sehr genauen Darstellung des Maßes zulässiger Abhängigkeit bedurft, von der die Staatenwelt heute geprägt ist. Mit Recht weist Schwarzenberger²⁾ darauf hin, daß politische Souveränität letztlich nur den führenden Mächten zukommen kann; auch die Generalversammlung übersah nicht, daß ein Gebiet, das gerade erst seine koloniale Abhängigkeit abgestreift hat, faktisch noch in besonderem Umfang von der ehemaligen Metropole abhängig ist und mit der Gewährung der Unabhängigkeit keinesfalls das Maß an Freiheit erlangt hat, das Staaten besitzen, die auf eine lange selbständige Entwicklung zurückschauen können. Deshalb scheute sich die Generalversammlung, wie an anderer Stelle noch darzulegen ist, die Dekolonisation durch materielle Erfordernisse zu erschweren. Auch die neuen Staaten erkannten, daß die Dekolonisation sich zunächst auf den Abbau der Rechtsgrundlagen der kolonialen Abhängigkeit und die Herstellung rechtlicher Unabhängigkeit beschränken mußte. In diesem Sinne ist der operative Paragraph 7 der Resolution 742 (VIII) zu verstehen: "Reaffirms that the factors...should in no way be interpreted as a hindrance to the attainment of a full measure of self-government by a Non-Self-

1) "Actual independence" fordern dagegen Marek S. 169-180, Lauterpacht S. 27, 28. Es ist aber zweifelhaft, ob der Hinweis auf den Marionettenstaat Mandschukuo u. andere extreme Fälle bloßer formeller Abhängigkeit die Forderung nach tatsächlicher Unabhängigkeit stützt; mit Recht fragt Dahm, I S. 79, wo die Grenze liege. Vgl. auch Higgins, S. 26, die "actual independence" den Vorzug gibt; die von ihr angeführte Praxis der VN gibt aber keinen eindeutigen Hinweis darauf, daß "actual independence" für die Aufnahme in die VN gefordert wird; die Argumentation der betroffenen Staaten ist zu offensichtlich nur von politischen Gesichtspunkten bestimmt (vgl. auch ihre Ausführungen auf S. 27-31).

Governing Territory." Ein Hindernis wären die Faktoren sicherlich gewesen, wenn sie als Kriterien tatsächlicher Unabhängigkeit aufgefaßt worden wären.¹⁾ Die rechtliche Beurteilung der Faktorenliste bestätigt, daß ein Kolonialverhältnis in erster Linie ein Verhältnis rechtlicher Abhängigkeit ist und deshalb Dekolonisation zunächst eine Beseitigung dieser Rechtsbeziehungen erfordert.

Zusammenfassend ist festzustellen: Die Generalversammlung versteht unter Unabhängigkeit die **r e c h t l i c h** unbeschränkte innere und äußere Selbstregierung.²⁾

3.3.2. Unabhängigkeit als Staatlichkeit

Die Resolution 742 (VIII) beschränkt sich darauf, den Begriff der Unabhängigkeit als rechtlich vollständige Selbstregierung zu definieren; sie setzt ohne weiteres voraus, daß das Kolonialterritorium mit der Gewährung der Unabhängigkeit ein **S t a a t** im Sinne des Völkerrechts wird. Daß die Gewährung der Unabhängigkeit auch die Staatswerdung mit umfaßt, bestätigt - wie schon ausgeführt - Faktor A 2; er fordert die Wählbarkeit des emanzipierten Kolonialgebietes in die Vereinten Nationen, was dessen Staatlichkeit voraussetzt. Auch das Prinzip VI a verbindet Unabhängigkeit mit Staatlichkeit.³⁾

Der Inhalt des Begriffes Unabhängigkeit geht also noch über das formale Kriterium vollständiger Selbstregierung hinaus, mit dessen Hilfe der übliche Status eines Staates im internationalen Recht bestimmt wird;⁴⁾ er umfaßt auch dessen eigentliche **E x i s t e n z** als Staat. Gemeint ist auch der Staat als ein Phänomen der sozialen Wirklichkeit. Die Generalversammlung gibt damit

1) vgl. dazu im weiteren die Ausführungen auf S.49-53.

2) Der indische Gelehrte Pavithran, S.113, spricht in diesem Zusammenhang von "allround independence."

3) siehe S.21,27 f.

4) "L'indépendance...la condition normale des Etats d'après le droit internationale..." (Anzilotti A/B 41 S.57).

der Unabhängigkeit auch den umfassenden Inhalt, den Anzilotti¹⁾ in seinem Sondervotum zum Rechtsgutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofs über die deutsch-österreichische Zollunion mit den Worten beschrieben hat: "L'indépendance...n'est autre chose que l'existence ... comme Etat séparé et non soumis à l'autorité d'aucun autre Etat ou groupe d'Etats." Hier ist Unabhängigkeit die Beschreibung eines Phänomens der Erscheinungswelt, des Staates. Es handelt sich um die Vorstellung, die sich regelmäßig mit der Entlassung eines Kolonialgebietes in die Unabhängigkeit verbindet: Ein neuer Staat ist entstanden, ein Staat mit den gleichen Rechten und Pflichten wie die anderen auch.

4. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Unabhängigkeit ist das eigentliche Ziel der Dekolonisation. Sie bedeutet die Emanzipation eines abhängigen Gebietes von der Kolonialmacht. Sie muß vor dem Hintergrund der kolonialen Abhängigkeit, deren tatsächlichen Auswirkungen und deren rechtlicher Ausgestaltung gesehen werden; sie wird vor diesem Hintergrund erst deutlich.

Unabhängigkeit im Rechtssinne bedeutet mithin vollständige Selbstregierung im Inneren und nach außen. Sie schließt sämtliche Rechtsbeziehungen staatlicher und völkerrechtlicher Art zu einem anderen Staat aus, die nach traditionellem Völkerrecht koloniale Abhängigkeiten begründen. Unabhängigkeit im Sinne vollständiger Selbstregierung ist rechtliche Unabhängigkeit; sie wird nicht als ein tatsächlicher Zustand (actual independence), sondern als ein Katalog von Befugnissen verstanden.

Unabhängigkeit in der Dekolonisation ist aber mehr als nur die Beschreibung vollständiger Selbstregierung eines Staates im Rechtssinne. Sie erfaßt darüber hinaus auch dessen eigentliche Existenz als Staat.

1) A/B 41 S.57.

Die bisher erzielten Ergebnisse lassen noch eine Reihe von Fragen offen, für deren Beantwortung in den hier behandelten Resolutionen keine Veranlassung bestand und die, soweit sie systematische und dogmatische Überlegungen betreffen, sicherlich kaum von völkerrechtlichen Instrumenten beantwortet werden. So sagt Unabhängigkeit als vollständige Selbstregierung nichts darüber aus, welche Stellung der Unabhängigkeit im Aufbau des völkerrechtlichen Staatsbegriffes zukommt. Auch bleibt offen, wieweit sie rechtlich eingeschränkt werden kann, ohne neue koloniale Abhängigkeiten zu begründen. Der letzten Frage kommt eine nicht geringe Bedeutung zu, da die emanzipierten Kolonien umfangreiche Vertragsbeziehungen zu ihren ehemaligen Kolonialmächten eingegangen sind. Auch ist zu beantworten, welchen politischen Inhalt die Unabhängigkeit in der Dekolonisation besitzt. Auf diese Frage wird im übernächsten Kapitel eingegangen.

Unabhängigkeit ist das Ziel der Dekolonisation; insoweit sind beide Begriffe unauflöslich miteinander verbunden. Die bisherigen Ergebnisse haben auch den formalen Inhalt der Dekolonisation erkennen lassen.

Dekolonisation bedeutet die völlige Aufgabe der die koloniale Abhängigkeit begründenden Rechtsbeziehungen durch die Kolonialmacht. Die Dekolonisation ist regelmäßig ein Prozeß, an dessen Ende die Zustimmung der Metropole zur Beendigung ihrer Kolonialherrschaft steht, mögen auch lange und heftige kriegerische Auseinandersetzungen wie in Algerien oder den portugiesischen Kolonien vorausgegangen sein. Deshalb wird die einseitige Beseitigung der Bindungen zur Kolonialmacht, wie in Rhodesien geschehen, nicht als Dekolonisation anerkannt.¹⁾ Am Anfang der Unabhängig-

¹⁾ Da hier die Aufkündigung durch eine weiße Minderheit erfolgte, wurde in Afrika die Unabhängigkeit Rhodesiens als illegal bezeichnet und die weitere Verantwortung Großbritanniens betont; vgl. OAU-Res: AHG/Res.1 (II); CM/Res.153(XI), 259(XVIII), 267(XIX), 298 (XXI); ECM/St. 15(IX). Erst nachdem Großbritannien seine Verantwortung als Kolonialmacht wieder aufnahm und 1980 eine Dekolonisation klassischen Musters mit freien Wahlen durchführte, wurde Zimbabwe allgemein als dekolonisiert anerkannt.

keit steht also der Verzicht auf die die Kolonialherrschaft begründenden Rechtsbeziehungen zu Gunsten der einheimischen Bevölkerung. Darin erschöpft sich in der rechtlichen Betrachtung der formale Akt der Dekolonisation.

In der Praxis dagegen hat die Dekolonisation den Anschein eines Aktes der Verleihung der Befugnis zur Selbstregierung durch die Metropole erhalten. O'Brien, Goebel¹⁾ nennen diese Erscheinung "Existence of a new state through an orderly transfer of sovereignty from a metropolis state to a former dependency." In der Tat scheint sich in der Wirklichkeit dieser Vorgang so abzuspielen; deshalb wird so häufig - und auch hier wurde die Formulierung oft verwandt - von der "Gewährung der Unabhängigkeit" gesprochen. Genauer sollte er jedoch mit "Entlassung in die Unabhängigkeit" bezeichnet werden. Ob die Unabhängigkeit aber verwirklicht wird, hängt von Bedingungen ab, die außerhalb dieses Vorgangs liegen. Dies ist zu verdeutlichen.

Unabhängigkeit und Staatlichkeit sind keine Gegenstände des Verkehrs, die übertragen werden können und dem neuen Inhaber die gleichen Befugnisse gewähren, die dem Vorgänger zustanden.²⁾ Unabhängigkeit und Staatlichkeit knüpfen vielmehr an einen ganz bestimmten qualitativen Zustand eines Gemeinwesens ("physical attributes,"³⁾ "capacité physique"⁴⁾) an. Die Kolonialmacht, die die Unabhängigkeit "gewährt", läßt sie nicht auf dem Territorium der Kolonie zur freien Verfügung zurück, sondern beschränkt in Wirklichkeit ihren eigenen Wirkungskreis, die Ausübung ihrer Staatsgewalt, in der räumlichen Ausdehnung.

Unabhängigkeit und Staatlichkeit sind also nicht übertragbare Eigenschaften, sondern der Ausdruck eines Zustandes; sie sind

1) S. 212.

2) siehe zur sog. Übertragung von Hoheitsrechten auf überstaatliche Organisationen wie die EG, Hoffmann, Eur. Gemeinschaften, S. 436 f; so auch Lefever S. 989.

3) O'Brien, Goebel S. 212.

4) Vellas S. 226.

das Ergebnis einer bestimmten gesellschaftlichen Organisation, die von Menschen gemeinsam auf einem Territorium errichtet wird und der sie sich unterwerfen. Um den Dekolonisationsprozeß in seiner Gesamtheit erfassen zu können, muß neben seinem negativen, formalen Aspekt, dem Abbau der kolonialrechtlichen Beziehungen zur Metropole, auch sein positiver in das Gesamtbild eingeordnet werden; dieser Aspekt der Dekolonisation ist die Staatswerdung des emanzipierten Kolonialterritoriums, die sich in der Dekolonisation mit der Vorstellung von Unabhängigkeit verbindet.

Es genügt also nicht, um die Dekolonisation insgesamt zu erfassen, sich mit dem bisher erreichten Ergebnis zu begnügen. Es ist vielmehr notwendig, sich auch dem positiven Aspekt der Dekolonisation, der S t a a t s w e r d u n g zuzuwenden; sie hat ebenfalls teil an der Sicherung der Dekolonisation, zu der sie gehört. Eine rechtlich vollständige, aber auch die soziale Wirklichkeit berücksichtigende Bestimmung des geschützten Rechtsgutes hat sie zu beachten. Das nächste Kapitel wird diesem Aspekt gewidmet sein; dabei wird insbesondere zu ermitteln sein, ob die Generalversammlung, die die Unabhängigkeit als Selbstregierung mit Akribie bestimmte, auch Kriterien für die Staatswerdung, den positiven Aspekt der Dekolonisation, aufgestellt hat.

Zweites Kapitel

Die materiellen Voraussetzungen der Dekolonisation: Staatswerdung und Staatsreife

1. Die Problematik

Die Generalversammlung geht davon aus, daß mit dem Abbau der rechtlichen Abhängigkeit vom Mutterland ohne weiteres ein neuer, unabhängiger Staat entsteht. Diese Erwartung müßte nicht weiter erörtert werden, wenn es sich bei den Kolonien durchweg um Staaten gehandelt hätte, deren internationaler Status nur durch das Fehlen rechtlicher Unabhängigkeit eingeschränkt gewesen wäre.

Die rechtliche Unabhängigkeit, wie sie auf der Grundlage der Re-

solutionen der Generalversammlung definiert wurde, ist entweder ein Tatbestandsmerkmal des souveränen Staates, wenn man der Unabhängigkeit oder Souveränität innerhalb des Staatsbegriffs konstitutive Bedeutung beimißt, oder stellt ein besonderes Qualifikationsmerkmal des Staates dar, wenn man glaubt, ihn auch ohne das Erfordernis, unabhängig zu sein, beschreiben zu können.¹⁾ Abgesehen von der dogmatischen Einordnung des Merkmals der Unabhängigkeit in den Staatsbegriff ist beiden Anschauungen gemein, daß sie an eine Gesellschaftsordnung in einem territorial fixierten Gemeinwesen anknüpfen, die bestimmten materiellen Anforderungen genügt. Damit sind die Voraussetzungen der Staatlichkeit gemeint. Ein treffendes Beispiel dafür, daß Unabhängigkeit an die staatliche Organisation eines Gemeinwesens gebunden ist, bieten die "abhängigen Staaten", die das Völkerrecht von jeher kennt.²⁾

Im Vergleich dieser Staaten mit dem unabhängigen Staat läßt sich das Wesen der Unabhängigkeit eindrucksvoll darstellen. Diesen Weg beschritt Anzilotti³⁾ im schon erwähnten Sondervotum; er sagt: "Rien ne saurait préciser la notion d'indépendance, considérée comme la qualité normale des Etats en tant que sujets de droit international, mieux que la comparaison avec la catégorie exceptionnelle et de quelque manière anormale des Etats dits "Etat dépendants." Ce sont des Etats soumis à l'autorité d'un ou de plusieurs autres Etats."

Die ehemaligen Kolonialgebiete waren in der Regel keine abhängigen Staaten, denen nur die vollständige Selbstregierung fehlte. Nur wenige der abhängigen Gebiete waren echte Protektorate, die Staatseigenschaft besaßen. Den Treuhandgebieten, in denen auch nur ein kleiner Teil der Kolonialbevölkerung lebte, wurde vor ihrer Unabhängigkeit zwar eine beschränkte Rechtsfähigkeit, aber

1) Zu diesen Fragen wird im nächsten Kapitel Stellung genommen.

2) Zum Begriff, den Formen und einzelnen Fällen abhängiger Staaten siehe Berber I S. 147-159.

3) S. 57.

keine Staatseigenschaft zuerkannt.¹⁾ In der überwiegenden Zahl der Fälle vollzogener Dekolonisation war das abhängige Gebiet "Nicht-Staat"²⁾ und stand in staatsrechtlicher Abhängigkeit zur Kolonialmacht. Aber selbst dort, wo möglicherweise Kolonialterritorien im Wege einer fortschreitenden Emanzipation über das Stadium staatsrechtlicher Autonomie³⁾ hinaus zur - noch nicht unabhängigen - Staatlichkeit gelangten,⁴⁾ war diese Staatlichkeit, ebenso wie eine weitgehende innere Autonomie, noch in den Herrschaftsverband der Kolonialmacht eingefügt. Den Beweis für die Lebensfähigkeit als Staat außerhalb des Kolonialverbandes konnte eine solche gelockerte Gestaltung kolonialer Abhängigkeit nicht ohne weiteres erbringen. Trotzdem hat die Gleichsetzung der Entlassung in die Unabhängigkeit mit der Staatswerdung in der Staatenpraxis keine Schwierigkeiten bereitet.

2. Die Gleichsetzung der Entlassung in die Unabhängigkeit mit der Staatswerdung der emanzipierten Gebiete in der Staatenpraxis

2.1. Ihre Aufnahme in die Vereinten Nationen

Es überrascht nicht, daß die Gleichsetzung des Abbaus der rechtlichen Abhängigkeit mit der Staatswerdung auch der Aufnahmepraxis der Vereinten Nationen entspricht. Soweit Afrika südlich der Sahara betroffen ist, haben die Organe der Weltorganisation die Staatseigenschaft der Antragsteller keiner eigentlichen Prüfung unterzogen, sondern sie vorausgesetzt.⁵⁾ So erfolgt die Aufnahme in die Vereinten Nationen regelmäßig unmittelbar nach der Erklä-

1) h.L.: für alle Dahm I S. 565, Verdross S. 192 Anm. 6, S. 211, 591; a.A. Guggenheim S. 173 Anm. 4, S. 225.

2) Kirchschläger S. 257.

3) siehe Anm. 2 auf S. 26.

4) Dies ist zum Beispiel von den Mitgliedern der Französischen Gemeinschaft anzunehmen.

5) Im Jahre 1960 wurden 16 afrikanische Staaten auf einstimmige Empfehlung des Sicherheitsrates durch Akklamation in die V.N. aufgenommen (UNYB 1960 S. 201/202).

rung der Unabhängigkeit.¹⁾

Lediglich bei der Aufnahme Mauretaniens und Angolas in die Weltorganisation kam es innerhalb der Vereinten Nationen zu einer Kontroverse über die Unabhängigkeit der Antragsteller; diese Meinungsverschiedenheit bedeutete jedoch nicht eine Abweichung vom üblichen Verfahren, die Aufgabe der kolonialen Abhängigkeit mit dem Erlangen der Staatseigenschaft gleichzusetzen. Der Streit um Mauretanien, der zum Veto der UdSSR im Sicherheitsrat gegen die Aufnahme des Landes führte, wurde vom Anspruch Marokkos auf das Staatsgebiet Mauretaniens ausgelöst; Marokko betrachtete Mauretanien als integrierenden Bestandteil seines Territoriums. Die marokkanische Regierung behauptete, die territoriale Souveränität Marokkos sei durch die militärische Besetzung des mauretanischen Gebiets durch Frankreich am Anfang des Jahrhunderts nur suspendiert worden.²⁾ Im Verlauf der Auseinandersetzung wurde auch die Unabhängigkeit Mauretaniens als "rein fiktiv"³⁾ in Zweifel gezogen und als "politisches Manöver"⁴⁾ der französischen Kolonialisten bezeichnet. Gleichwohl kann in diesen Vorfällen keine eigentliche Prüfung der Staatseigenschaft Mauretaniens erblickt werden; die politischen Motive der Beteiligten waren zu offensichtlich.⁵⁾ So wurde Mauretanien schon ein Jahr später in die Vereinten Nationen aufgenommen, nachdem die USA und die UdSSR vereinbart hatten, ihre Zustimmung zur Aufnahme Mauretaniens und der Äußerer Mongolei, deren Aufnahme bisher die USA verhindert hatte, zu geben.⁶⁾ Da-

1) siehe dazu bei O'Brien, Goebel S. 224-228.

2) Zu den Debatten im 1. Ausschuß, im Sicherheitsrat und in der Generalversammlung siehe UNYB 1960 S. 140-142, 199-201, 503; vgl. dazu auch Higgins S. 18-20 u. S. 29; Loewe S. 122.

3) Stellungnahme des Vertreters von Marokko, UNYB 1960 S. 141.

4) Stellungnahme der Vertreter Polens und der UdSSR, UNYB 1960 S. 199.

5) vgl. im einzelnen Higgins S. 29.

6) vgl. Anm. 2; zum Verfahren der Aufnahme und seiner Unterordnung unter die Politik siehe auch die Kommentierung zu Art.

4 SVN bei Goodrich-Hambro-Simons.

mit wurde beiden Staaten im Wege eines politischen "Geschäfts" der Beitritt zur Weltorganisation ermöglicht. Die vorläufige Nichtaufnahme Angolas Anfang 1976 aufgrund des Vetos der USA im Sicherheitsrat wurde mit der Anwesenheit kubanischer Truppen in Angola begründet, die nach amerikanischer Auffassung die Unabhängigkeit des neuen Staates beeinträchtigte; aber auch hier sind nach der gesamten Vorgeschichte die politischen Hintergründe zu offensichtlich.¹⁾

2.2. Ihre Anerkennung durch die Staaten

Nicht anders als die Vereinten Nationen bei der Aufnahme der ehemals abhängigen Territorien in die Weltorganisation sind die Staaten bei der Anerkennung dieser Gebiete als Mitglieder der Völkergemeinschaft verfahren. Dies ist nicht verwunderlich, da eine Vermutung für die Anerkennung durch die Zustimmung zur Aufnahme in eine internationale Organisation besteht.²⁾ In der Regel wurde aber die Anerkennung vor der Aufnahme in die Vereinten Nationen ausgesprochen.

Eine Untersuchung der amerikanischen Anerkennungspraxis³⁾ bis zum Jahre 1964 kommt zu einem Ergebnis, das auch für die anderen Mitglieder der Staatengemeinschaft als repräsentativ gewertet werden kann.⁴⁾ Danach haben die USA seit 1943 in "ungefähr"⁵⁾ 43 Fällen regelmäßig den neuen Staat zum offiziellen Unabhängigkeitstag anerkannt. In 13 Fällen erfolgte die Anerkennung sogar schon davor. In etwa⁶⁾ 18 Fällen wurde den Staaten die beabsich-

1) siehe FAZ vom 25.6.1976.

2) Schaumann, Anerkennung, S. 51.

3) O'Brien, Goebel, United States Recognition Policy towards the New Nations; vgl. auch die Untersuchung von Myers, S. 703-720, die der amerikanischen Anerkennungspraxis gewidmet ist.

4) vgl. dazu Zwecker, S. 101, für den Belg. Kongo.

5) Die Autoren (S. 208) benutzen den Ausdruck "approximately", weil der Anerkennungsverfahren oft komplex und es deshalb in manchen Fällen nicht leicht gewesen sei zu entscheiden, ob die Anerkennung schon vorher oder erst zum Unabhängigkeitstag ausgesprochen wurde.

6) siehe Anm. 5.

tiste Anerkennung immerhin schon vor der Unabhängigkeit angekündigt.¹⁾ Zur letzten Gruppe gehören, abgesehen von Guinea,²⁾ das seine Unabhängigkeit gegen die Absichten Frankreichs erzwingen hatte,³⁾ auch die afrikanischen Staaten südlich der Sahara.⁴⁾ Als unbedingt gesichertes Ergebnis stellt die Untersuchung fest,⁵⁾ daß in 40 von 54 Fällen die Anerkennung sofort vollzogen wurde, ohne daß die USA irgendeine Möglichkeit besaßen hätten, eine Entscheidung darüber zu treffen, ob der neue Staat die "physical attributes" eines souveränen Staates aufweist. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis: "Today, demonstration of the capacity to exist independently is not usually required of new states. The simple certification of the existence of a new state through an orderly transfer of sovereignty from a metropolis state to a former dependency is taken, in most instances, without question, as satisfactory evidence that a new state, actually exercising sovereign powers, has come into existence and is eligible for recognition."⁶⁾

6. Zweifel an der Staatlichkeit, Unabhängigkeit und Lebensfähigkeit der emanzipierten Gebiete

Es überrascht nicht, daß bei der Schnelligkeit, mit der die Dekolonisation seit dem Ende der fünfziger Jahre fortgeschritten ist, in der Literatur der "ersten Stunde" Zweifel an der Staatlichkeit und Lebensfähigkeit der ehemaligen Kolonialgebiete geäußert wurden, wobei in erster Linie auf die besondere Lage der

1) a.a.O., S. 208.

2) Die Gründe für die etwa 4-monatige Verzögerung der Anerkennung liegen in einer "ideologischen" Zurückhaltung der USA gegenüber der östlichen Orientierung des Regimes und in einer Rücknahme der Annahme auf Frankreich, O'Brien, Goebel S. 196/97 u. S. 213/14.

3) Guinea hatte von der Möglichkeit der Verfassung der V.Republik Gebrauch gemacht, nicht in die Franz. Gemeinschaft einzutreten (vgl. Oppermann, Guinea-Republik, S. 736; siehe auch Scherk S. 32 f, 145).

4) a.a.O., S.208 Anm. 356-358 (Fortsetzung folgende Seite)

neuen afrikanischen Länder¹⁾ verwiesen wurde. Diese zurückhaltende Beurteilung der Staatlichkeit der emanzipierten Gebiete, das ist voranzuschicken, beruhte in der Regel nicht auf einer völkerrechtlichen Untermauerung,²⁾ sondern vielmehr auf politischen und wirtschaftlichen Überlegungen.

Die vorgebrachten Bedenken gegen die Staatlichkeit, Unabhängigkeit und Lebensfähigkeit der ehemaligen Kolonialgebiete lassen sich in drei Gruppen einteilen.

Die erste Gruppe betrifft die mangelnde Vorbereitung der Staatswerdung durch die Kolonialmächte, die zweite das Fehlen einer staatstragenden, homogenen Gesellschaftsstruktur in den ehemaligen Kolonien, die dritte bezieht sich auf die dürftigen materiellen Voraussetzungen für die Lebensfähigkeit und damit die Unabhängigkeit der neuen Staaten.³⁾

Im einzelnen wird vorgebracht:

Die Entlassung der Kolonien in die Unabhängigkeit sei oft nicht das Ergebnis eines abgeschlossenen Entwicklungsprozesses zur Freiheit hin gewesen, sondern die Folge von Zweifeln an der Be-

(Fortsetzung) 5) S. 209; Myers S. 703, 706, meint: "Recognition of new states by the U.S. has become a simultaneous formality with the attainment of independence..." 6) S. 212.

1) O'Brien, Goebel S. 215: "Africa offers the most disturbing examples of nonviable states." Vellas meint (S. 226): "Peu importe que l'Etat nouveau ne dispose que d'une population de 100 000 habitants comptant 80% d'analphabètes et soit dépourvu des ressources financières et techniques indispensables pour organiser le plus élémentaire des services étatiques pourvu qu'il soit reconnu." vgl. auch Higgins S. 21-23; sie meint, daß Rwanda und Burundi im Augenblick ihrer Unabhängigkeit nicht allen traditionellen Erfordernissen der Staatlichkeit entsprochen hätten (S. 23).

2) So räumt Coulmas S. 176 (vgl. S. 177-182) durchaus ein, daß die neuen Staaten Staaten im "juristischen Sinne" sein könnten; sozio-logisch-politisch seien sie aber noch unfertig.

3) siehe insgesamt u.a.: Calvocoressi S. 34-67; Coleman S. 47-61, O'Brien, Goebel S. 210 ff.

rechti gung und Nützlichkei t des Kolonialismus auf seiten der Kolonialmä chte¹⁾, gepaart mit dem Verlust der Fähigkeit - und wohl auch des Wunsches - ,den Forderungen ihrer Kolonien auf so- fortige Unabhä ngigkei t zu widerstehen. Deshalb rechtfertigte die Entlassung in die Unabhä ngigkei t für sich allein kaum die An- nahme, daß die Erfordernisse der Staatseigenschaft als Bedingung für die Unabhä ngigkei t vorgelegen hätten. Häufig habe man die Unabhä ngigkei t nicht im Vertrauen auf die Lebensfähigkeit der neuen Staaten gewährt, sondern lediglich mit dem Gefühl der Er- leichterung, nunmehr von einer als Bürde empfundenen Verantwor- tung befreit zu sein.²⁾

Viele Bedenken haben ihren Ursprung darin, daß in einer Reihe von Fällen der Beweis nicht habe erbracht werden können, daß in den Kolonien schon eine staatstragende Gesellschaftsstruktur und eine ausreichend breite Führungsschicht³⁾ vorhanden sei. Die Unabhä ngigkei t sei regelmäßig auf friedlichem Wege gewährt und nicht etwa durch einen Revolutionskrieg erzwungen worden, in dem die Rebellen ihre staatsbildende Kraft in den von ihnen be- herrschten Gebieten durch ihre Organisationsfähigkeit und Regie- rungstätigkeit hätten unter Beweis stellen können. So sei die Unabhä ngigkei t nur selten das Ergebnis des Drucks kämpferischer Revolutionsbewegungen gewesen, der, die ursprüngliche (koloniale) Herrschaftsgewalt aus ihren Machtpositionen v e r d r ä n - g e n d, in der Geschichte oft zur Unabhä ngigkei t eines Gebietes geführt habe;⁴⁾ vielmehr sei die Unabhä ngigkei t die Folge

1) O'Brien, Goebel S.211 f; Calvocoressi S.36 f.

2) O'Brien, Goebel S.211 f.

3) Scelle, Réflexions, S.387, meint, sicher in Verken nung der Dekolo- nisation, es genüge nicht, daß eine Gruppe "machthungriger" Politi- ker in der Lage sei, eine Bevölkerung zu verwirren und zu fanati- sieren unter dem Zeichen eines übertriebenen Nationalismus.

4) So Eagleton, S.88-93(92) mit dem Stolz des Amerikaners auf sei- ne anti-koloniale Vergangenheit: "In the good old days, a people got their independence by fighting for it, as did the United States of America... But now appeal is to the United Nations." (Fortsetzung folgende Seite)

anderer politischer, aber ihre staatsbildende Kraft weniger ausweisenden Bewegungen, wie die generelle Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, gewesen. Der Druck, den die einheimischen Eliten, oft ohne Unterstützung einer wirklich unterrichteten Bevölkerung, ausgeübt hätten, sei häufig zwar stark genug gewesen, "to make continuance of the colonial relationship unbearable or unprofitable for the metropolitan power but that in themselves were not necessarily evidence of positive forces, within the indigenous community, sufficient to build a nation."¹⁾ Im übrigen, so wird betont, hätte der innere Druck auf die Kolonialmächte sicherlich nicht ausgereicht, die Unabhängigkeit zu vollenden, wenn nicht noch äußere Einflüsse, also keine aus der sich zur Staatlichkeit hin entwickelnden Gemeinschaft stammenden Kräfte - wie der Druck anti-kolonialer Staaten und der USA - hinzugetreten wären, um innerhalb²⁾ und außerhalb³⁾ der Vereinten Nationen den Prozeß der Dekolonisation zu beschleunigen.

Neben den Zweifeln an der Stärke der staatsbildenden gesellschaftlichen Kräfte innerhalb des emanzipierten Territoriums sind außerdem wichtige materielle Voraussetzungen für Funktion und Bestand eines Staatswesens bestritten worden: eine für die Staatsbildung günstige geographische Lage, weil die Grenzziehung willkürlich ohne Rücksicht auf ausreichende natürliche Hilfsquellen⁴⁾ vorgenommen wurde, eine ausreichende Wirtschafts- und Finanzkraft,⁵⁾ eine genügende Zahl qualifizierten Regierungspersonals, so daß wichtige Positionen in Regierungsstellen mit

(Fortsetzung) So auch Lefever S.987 f. Ob die Organisation physischer Gewalt wirklich ein Kriterium der Staatsreife ist, bezweifelt zu Recht Ritsher S.1,2.

1) O'Brien, Goebel S.210; vgl. auch Benaviste, Moran S.20.

2) MacKay S.75-80.

3) MacKay S.75-112; Emerson, Pan-Africanism, S.7-22.

4) Emerson, American Interest, S.23, Coleman S.49.

5) vgl. O'Brien, Goebel S.217 Anm.381,382 hinsichtlich der Finanzhilfe internationaler Organisationen und der ehemaligen Mutterländer, die die neuen Staaten Afrikas erhalten.

ausländischem Personal besetzt werden mußten,¹⁾ sowie eine hinreichende materielle Unabhängigkeit, da die Staaten auf massive ausländische Hilfe angewiesen sind.²⁾

Crozier³⁾ stellt - obwohl er die förmliche Souveränität nicht bezweifelt - die Unabhängigkeit der neuen Staaten mit den einfachen Worten in Frage: "I consider a country to be independent when it runs its own army and civil service, pays its way, and controls its own foreign policy."

Ihre Besorgnis über das mögliche Auseinanderklaffen von Macht- und Rechtsposition in der modernen Staatenwelt für die Entwicklung des Völkerrechts drücken O'Brien und Goebel⁴⁾ mit den Sätzen aus: "The traditional formula for linking power and law had run thus: Real power creates legal sovereignty that engenders legal rights and duties; power creates legal responsibility."

Diese Bedenken sind Ausdruck des Zweifels, ob die ehemals abhängigen Gebiete neuer "Staatsreife" sind. Der Völkerrechtler wird hier an den Begriff der "Staatsreife" erinnert. Dazu gilt insbesondere die Ansicht Croziers zur Unabhängigkeit der neuen Staaten Anlaß, die eigene Kriterien der "Staatsreife" in das Gedächtnis zurückruft, die im Jahre 1921 von der Mandatskommission im Hinblick auf die Beendigung eines Völkerbundmandats aufgestellt wurden.

3.1. Der Begriff der Staatsreife

In der Literatur wird nicht selten bei der Beurteilung der Neubildung von Staaten der Begriff der "Staatsreife" herangezogen.

1) Lemarch S. 175, 177; Benveniste, Moran S. 60 - 62; vgl. auch Lefever S. 999.

2) O'Brien, Goebel S. 214 u. Anm. 373 a.E.

3) Crozier, The Morning After, S. 16 f; derselbe, Neo-Colonialism, S. 74.

4) S. 221.

gen.¹⁾ Es handelt sich hierbei um eine Reihe materieller Voraussetzungen für die Existenz eines unabhängigen Staates, die vom Völkerbund bei der Beendigung eines Völkerbundmandats entwickelt worden sind und seitdem als eine gültige Beschreibung des lebensfähigen Staates gelten.²⁾

Bevor diese Kriterien behandelt werden, ist zu untersuchen, welche Haltung die Generalversammlung gegenüber dem Erfordernis der Staatsreife eingenommen hat. Insbesondere wird zu fragen sein, ob sie ähnliche Kriterien wie die Mandatskommission aufgestellt hat.

3.1.1. Die Haltung der Generalversammlung gegenüber Kriterien der Staatsreife

Das Verfahren der Vereinten Nationen bei der Festlegung der Kriterien für die Unabhängigkeit, aber auch bei der Aufnahme neuer, aus ehemaligen Kolonien hervorgegangener Mitglieder, läuft letztlich darauf hinaus, den Verzicht auf die die koloniale Abhängigkeit begründenden Rechtsbeziehungen durch die Kolonialmacht mit der Staatswerdung des Territoriums gleichzusetzen. Dem ist auch die Staatenpraxis mit der Anerkennung der emanzipierten Kolonien als unabhängige Staaten gefolgt.³⁾ Diese Haltung drückt das Bestreben aus, die Dekolonisation schnell voranzutreiben und nicht mit tatsächlichen oder rechtlichen Hindernissen zu belasten.

Diese Entwicklung setzte recht früh ein. Schon 1949 hatten die Vereinten Nationen für Libyen das Jahr 1951 und für Somaliland das Jahr 1960 als unverrückbare Daten für die Unabhängigkeit

1) Die Bezeichnung "Staatsreife" in der deutschen Literatur für diese Kriterien geht wohl auf Menzel, Völkerrecht, (S. 137) zurück. Er wird u.a. ebenfalls verwandt bei Fahrni S. 63 Anm. 131; Hoffmann, Teilung, S. 20; Rauschnig, Treuhandsystem, S. 158-185 (179); vgl. auch Berber I S. 124

2) vgl. neben der oben angegebenen deutschen Literatur: Mouskhôly S. 483; Wright S. 188; die Kriterien selbst sind auf S. 20 dargestellt.

3) siehe oben S. 43 f.

der damals noch italienischen Besitzungen festgesetzt;¹⁾ sie wählten damit ein Verfahren, das die Prüfung der Staatsreife im Augenblick der Unabhängigkeit ausschloß. Im Jahre 1953 machte die Resolution 742 (VIII), die die Faktoren vollständiger Selbstregierung bestimmte, im operativen Paragraphen 7 deutlich, daß die Faktoren keineswegs ein Hindernis auf dem Wege zur vollen Selbstregierung darstellen dürften. Seit 1958 verlangten die antikolonialen Staaten mit zunehmendem Druck auf die Kolonialmächte die sofortige und endgültige Festsetzung bestimmter Termine für die Unabhängigkeit der Kolonialgebiete.²⁾

So zeichnete sich schon 1949 die Bewegung ab, den materiellen Voraussetzungen für eine spätere, gesicherte Existenz der Gebiete als unabhängige Staaten, also dem Auftrag der Satzung, "den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und erzieherischen Fortschritt" im Hinblick auf die Entwicklung zur Selbstregierung oder Unabhängigkeit zu gewährleisten (vgl. Art. 73, lit. b SVN), weniger Bedeutung beizumessen, als der Unabhängigkeit selbst. Diese Bewegung fand ihren Höhepunkt in der schon erwähnten Resolution 1514 (XV) der Generalversammlung vom 14.12.1960 über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker.³⁾

Paragraph 3 des operativen Teils dieser Erklärung bestimmt entgegen dem in den Artikeln 73 und 76 SVN niedergelegten Auftrag, eine befriedigende materielle Entwicklung zur Selbstregierung zu gewährleisten, daß eine u n z u r e i c h e n d e politische wirtschaftliche, soziale und ausbildungsmäßige Entwicklung nicht als ein Vorwand dienen dürfe, die Unabhängigkeit vorzuenthalten.⁴⁾

1) vgl. Res. 289 (IV) vom 21.11.1949, Text UNYB 1949 S. 275; hinsichtlich der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Libyens siehe Nelms Lockwood S. 313-378.

2) vgl. Kunz, Selbstbestimmung, S. 200.

3) siehe Anm. 1 auf S. 20.

4) Kritisch dazu Yakemtchouk S. 291.

Weiter heißt es in Paragraph 5 der Erklärung: "In Treuhandgebieten...sowie in solchen Gebieten, die noch nicht unabhängig sind, müssen unverzüglich Maßnahmen eingeleitet werden, um alle öffentliche Gewalt bedingungs- und vorbehaltlos auf die Bevölkerung in Übereinstimmung mit ihren frei geäußerten Wünschen....zu übertragen und ihr so zu ermöglichen, sich völliger Unabhängigkeit und Freiheit zu erfreuen." Zwar entsprach die Generalversammlung nicht dem Antrag der UdSSR,¹⁾ die Unabhängigkeit sofort zu gewähren. Sie rugte jedoch erst ein Jahr²⁾ später mit dem Hinweis auf den operativen Paragraphen 5 der Resolution 1514 (XV) ihre mangelnde Befolgung und setzte den schon erwähnten Dekolonisationsausschuß³⁾ ein, um die unverzügliche Durchführung der Resolution zu sichern.

Auch die Resolution 742 (VIII) und die Resolution 1541 (XV)⁴⁾ stellen, wie schon festgestellt wurde,⁵⁾ keine materiellen Voraussetzungen für die Staatswerdung auf; sie beschränken sich darauf, die Unabhängigkeit rechtlich als Selbstregierung (Res.742) zu beschreiben oder sehen überhaupt davon ab, die Unabhängigkeit näher zu erläutern (Res.1541). Es trifft deshalb nicht zu, wie einige Autoren⁶⁾ meinen, daß die Vereinten Nationen mit der Faktorenliste den Vorgang, Kriterien für die Staatsreife aufzustellen, wiederholt hätten.⁷⁾

1) vgl. UNYB 1960 S.44-48.

2) Res.1654 (XVI) vom 27.11.1961, Text UNYB 1961 S.56.

3) siehe S.18.

4) vgl. S.19 u.21.

5) vgl. S.34 f.

6) Menzel, Selbstbestimmungsrecht, S.270-302 (288), der nur auf die Res.648 (VII) Bezug nimmt, die der Res.742 (VIII) vorausging; Mouskhély S.469-485 (484 f); Wright S.5-286 (188).

7) So zutreffend Rauschnig, Treuhandsystem, S.179.

Die Zurückhaltung der Vereinten Nationen gegenüber Kriterien der Staatsreife bestätigt deutlich ihr Vorgehen bei der Beendigung einiger Treuhandverhältnisse. So wies die Generalversammlung, die gemäß Art.79 und 85 SVN über ihre Beendigung zu beschließen hat, bei der Aufhebung der Treuhandschaft über Britisch-Togo¹⁾ und Somalia²⁾ auf die Erreichung der Ziele der Treuhandverhältnisse mit den dürren Worten hin: "The objectises of trusteeship having been attained." Bei den entsprechenden Beschlüssen über Französisch-Kamerun³⁾ Französisch-Togo⁴⁾ und die britischen Kameruns⁵⁾ begnügte sich die Generalversammlung nur noch damit festzustellen, daß die Treuhandschaft " in Übereinstimmung mit Art.76 b SVN " beendet werde, ohne noch zu erwähnen, daß die materiellen Voraussetzungen des Art.76 SVN erfüllt seien. Die Treuhandschaft über Tanganjika⁶⁾ und Rwanda-Urundi⁷⁾ fand im Jahre 1961 ein Ende, ohne daß die Zweckerreichung überhaupt noch erwähnt wurde. Damit zog die Generalversammlung die Folgerungen aus der Resolution 1514 (XV), die die Berücksichtigung der Entwicklung des abhängigen Gebietes als einen Vorwand für die Verzerrung der Unabhängigkeit verwarf. Eine Erwähnung der Zweckerreichung wäre hinsichtlich Rwanda-Urundi schwerlich mit einigen weiteren Bestimmungen der die Unabhängigkeit bestätigenden Resolutionen zu vereinbaren gewesen; So beschlossen die Vereinten Nationen, je einen Beauftragten in die Staaten Rwanda und Burundi, die aus dem Treuhandgebiet Rwanda-Urundi hervorgegangen waren, zu senden, um den beiden Ländern bei der Organisation der Verwaltungskader und dem Aufbau der inneren Sicherheitskräfte zu helfen. In dem

1) Res.1044 (XI) vom 13.12.1956, Text UNYB 1956 S.371.

2) Res.1418 (XIV) vom 5.12.1959, Text UNYB 1959 S.360.

3) Res.1349 (XIII) vom 13.3.1959, Text UNYB 1959 S.377.

4) Res.1416 (XIV) vom 5.12.1959, Text UNYB 1959 S.379.

5) Res.1608 (XV) vom 21.4.1960, Text UNYB 1960 S.476 f.

6) Res.1642 (XVI) vom 6.11.1961, Text UNYB 1961 S.483 f; vgl. auch Res.1626 (XVI) vom 18.10.1961, Text UNYB 1961 S.497 hinsichtlich West-Samoa.

7) Res.1746 (XVI) vom 27.6.1961, Text UNYB 1961 S.459 f.

operativen Paragraphen 5 der Resolution wird darüber hinaus der Generalsekretär ermächtigt, bis zu einer Höhe von 2 Millionen US-Dollar Verpflichtungen einzugehen, wenn dies für die Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der wesentlichsten staatlichen Dienstzweige in den beiden Ländern erforderlich sein sollte.¹⁾

Es kann somit festgestellt werden, daß die Generalversammlung mehr und mehr die materiellen Voraussetzungen unabhängiger staatlicher Existenz in den Hintergrund gedrängt und deshalb - von ihrem Standpunkt aus folgerichtig - keine Regel für die Staatsreife aufgestellt hat.

Es ist deshalb geboten, auch heute noch auf die von der Mandatskommission des Völkerbundes entwickelten Regeln zurückzugreifen, wenn man die ehemaligen Kolonien an den Kriterien der Staatsreife messen will.

3.1.2. Die vom Völkerbund entwickelten Kriterien der "Staatsreife "

Vor der Entlassung des Irak, eines A-Mandats,²⁾ in die Unabhängigkeit³⁾ im Jahre 1932 hatte der Völkerbund die Mandatskommission beauftragt, allgemeine Grundsätze aufzustellen, nach denen bestimmt werden könne, wann das Ziel der Mandatsverwaltung erreicht sei. Gemäß Art.22 Abs.1 SVB sollte das Mandat enden, wenn die Mandatsgebiete in der Lage seien, "...to stand by themselves under the strenuous conditions of the modern world."

Die Mandatskommission, deren Ergebnisse vom Völkerbundsrat in

1) Res.1746(XVI) vom 23.2.1962, Text UNYB 1962 S.459f o.p.Nr.4 d,e u.Nr.5; vgl.hierzu auch Higgins S.21-23; sie ist sogar der Meinung, daß Rwanda und Burundi zum Zeitpunkt der Entlassung in die Unabhängigkeit nicht alle traditionellen Voraussetzungen der Staatlichkeit hätten aufweisen können.

2) Ob ein A-Mandatsverhältnis vorlag, war nicht unbestritten; vgl. Springe S.39 f.

3) Über den Verlauf siehe: Springe S.46-50; Yepes S.215/16; Ritscher S.4-8; derselbe untersucht auch die Kriterien der Staatsreife im Hinblick auf den Irak (S.15-40).

einer Resolution vom 4.9.1931 bestätigt wurden,¹⁾ sah in der Emanzipation - im Gegensatz zur Generalversammlung der Vereinten Nationen - zunächst einen t a t s ä c h l i c h e n Vorgang. Sie führte aus:²⁾ "La Commission des mandats a estimé qu'il conviendra de subordonner l'émancipation d'un territoire soumis au régime du mandat à deux ordres de conditions préalables, savoir:

1. L'existence, dans le territoire en question, d'un état de fait autorisant la présomption que ce pays a atteint ce stade d'évolution où un peuple est devenu capable, pour reprendre les termes de l'article 22 du Pacte, "de se conduire seul dans les conditions difficiles du monde moderne;"

2.....

La question de savoir si un peuple considéré jusqu'ici comme mineur a acquis l'aptitude à se gouverner seul, sans l'aide ni les conseils d'un mandataire, est une question de fait et non de principe. Elle ne pourra être résolue que par l'observation attentive de l'évolution politique, sociale et économique de chaque territoire...

Il est cependant certaines conditions dont, en tout état de cause, l'existence sera le signe de l'aptitude d'une communauté politique à se conduire seule et à assurer son existence en tant qu'Etat indépendant.

Sous réserve des considérations générales qui précèdent, la Commission suggère que les conditions à exiger, avant qu'un territoire sous mandat soit soustrait à l'application du régime mandataire, et qui devront porter sur l'ensemble du territoire et de sa population, soient les suivantes:

- a) Etre doté d'un gouvernement constitué et d'une administration propre à assurer le fonctionnement régulier des services essentiels de l'Etat;
- b) Etre capable de maintenir son intégrité territoriale et son indépendance politique;
- c) Etre en mesure d'assurer la tranquillité publique dans toute l'étendue territoire;
- d) Etre assuré de disposer des ressources financières telles qu'elles puissent régulièrement pourvoir aux besoins normaux de l'Etat;
- e) Posséder une législation et une organisation judiciaire qui assurent une justice régulière à tous les justiciables."

1) JOURNAL 1931 S.2055 ff.

2) JOURNAL 1931 S.2057.

Das Vorgehen der Vereinten Nationen bei der Dekolonisation unterscheidet sich also grundlegend von dem Verfahren, das der Völkerbund wählte, um den Abschluß der Entwicklung eines Mandats zur Unabhängigkeit festzustellen. Die Vereinten Nationen sehen in der Staatswerdung in erster Linie einen Rechtsvorgang, während der Völkerbund darin zunächst einen materiellen Prozeß ertlickte.

3.2. Ihre Anwendung auf die emanzipierten Gebiete

Es bietet sich an, die Staatlichkeit der ehemals abhängigen Gebiete unter dem Gesichtspunkt der Staatsreife zu untersuchen:¹⁾ diesen Versuch hat Rauschning²⁾ für einige Treuhandgebiete, die in den sechziger Jahren unabhängig wurden, unternommen. Dabei kommt er zu dem Ergebnis³⁾: "daß man bei Überprüfung...nach einigen Jägern sagen kann, formal würden alle Erfordernisse von allen betreffenden Staaten erfüllt." Er fährt fort: "Zu diesem Ergebnis kommt man aber nur, wenn man sich damit begnügt, daß die Verwaltung in den Spitzenpositionen noch weitgehend von ausländischen Fachkräften getragen wird, daß die territoriale Integrität im wesentlichen nur durch das internationale Friedenssicherungssystem garantiert wird, und daß alle Staaten ihren Finanzbedarf für Entwicklungsaufgaben, drei sogar ihren Haushaltsbedarf nur mit auswärtigen Zuschüssen decken. Die Selbständigkeit dieser Staaten beruht also mehr oder weniger auf einer zunächst anhaltenden internationalen Hilfe."

1) Menzel, Völkerrecht, S. 138, meint zwar, daß für die Geltendmachung der Staatsreife bei bereits anerkannten Staaten in der Regel kein Raum sei, jedoch entbindet die Anerkennung nicht von der Prüfung der Staatlichkeit, da sie nach herrschender Lehre (als Beispiele für viele: Kunz, Anerkennung, S. 84; Arendt S. 94 f; Erich S. 467; Brown S. 106-108; Briggs S. 120; Verdross S. 246 f; Ross, Völkerrecht, S. 114; Rousseau, Droit International, S. 284; Hoffmann, Teilung, S. 47) nicht konstitutiv wirkt und somit trotz Anerkennung durch die Staatenwelt die Staatsqualität eines neuen Staates zweifelhaft sein kann.

2) Rauschning, Treuhandsystem, S. 158-185 (179-182).

3) aaO S. 182.

Diese Schlußfolgerungen verkehren die von der Mandatskommission aufgestellten Bedingungen der Staatsreife in ihr Gegenteil; denn die Kommission beabsichtigte nicht formale, sondern materielle Voraussetzungen unabhängiger Staatlichkeit aufzustellen und zwar unter Berücksichtigung der besonderen Festlegungen, die Art.22 Abs.1 u.4 SVB für die Beendigung eines Mandats getroffen hatte. Für die Mandatskommission ging es also nicht um eine formalrechtliche Beschreibung des Staates oder nur der effektiven Herrschaft als eines Teils des Staatsbegriffes, sondern allein um die Anwendung einer völkerrechtlichen Vertragsnorm, die in Art.22 Abs.1 u.4 SVB niedergelegt worden war; die Kommission sah also ihre Aufgabe nur darin, festzustellen, wann ein Volk den tatsäc h l i c h e n Zustand ("existence...d'un état de fait") erreicht hat, den Art.22 SVB mit den Worten beschreibt: "...de se conduire seul dans les conditions difficiles du monde moderne... sans l'aide ni conseil d'un mandataire..."

Die Mandatskommission hätte, wenn sie heute auf der Grundlage des Art.22 SVB über die Beendigung der Treuhandverhältnisse entscheiden müßte, die Notwendigkeit äußerer materieller, finanzieller¹⁾ und personeller Hilfe als unvereinbar mit einer unabhängigen Staatlichkeit ansehen müssen.²⁾

Die Schlußfolgerungen Rauschnings für die emanzipierten Treuhandgebiete an Hand der Kriterien der Staatsreife sind somit mit

1) vgl. hierzu Springe S.82, insbesondere zur Finanzhilfe S.72f u.83.

2) Daraus darf aber nicht geschlossen werden, daß sich die Kommission politischen Gegebenheiten völlig verschlossen hätte. Hinsichtlich der Sicherstellung des Schutzes vor äußeren Angriffen wurde die Bedeutung des Art.10 SVB nicht verkannt und deshalb an diese Voraussetzung in Erwartung auf die Mitgliedschaft im Völkerbund geringere Anforderungen gestellt (vgl. Springe S.77, 79 f.). Die Kommission hielt es sogar für geraten, daß der unabhängig gewordene Staat auch später fremden Beistand und Hilfe beansprucht (Springe S.78).

deren ursprünglichem Inhalt nicht zu vereinbaren.

4. Ergebnis

Der Versuch Rauschnings macht deutlich, daß die Kriterien der "Staatsreife" im Zusammenhang mit der Dekolonisation ungeeignet sind, die Staatlichkeit der ehemaligen Kolonien festzustellen; es sei denn, ihr Sinn wird, indem man ihren materiellen Inhalt in einen nur formalen umdeutet, ins Gegenteil verkehrt. Dies heißt jedoch nicht, daß dem Begriff der Staatsreife mit seinem ursprünglichen Inhalt keine Bedeutung zukommt. Im Gegenteil, er stellt Kriterien auf, die in der Regel an die Effektivität¹⁾ einer staatlichen Herrschaft gestellt werden; er enthält insoweit Merkmale des völkerrechtlichen Staatsbegriffes; es kann deshalb mit seiner Hilfe - unter Berücksichtigung des gesamten völkerrechtlichen Staatsbegriffes - p o s i t i v festgestellt werden: ein Staat im Sinne des Völkerrechts ist entstanden; jedoch das entgegengesetzte Urteil kann mit seiner Hilfe nicht gefällt werden. Diese Einschränkung ist nötig, weil die Kriterien, so wie sie in Auslegung des Art.22 UNP formuliert wurden, die nach dem Zweiten Weltkrieg gewachsene internationale Solidarität und Kooperation, wie sie sich in der Entwicklungshilfe ausdrückt, unbeachtet lassen. So ist insbesondere das Kriterium Buchstabe d, worauf auch schon Rauschning hingewiesen hat²⁾, mit den in der Staatenwelt üblichen Finanzausweisungen an Entwicklungsländer, die sogar soweit gehen, Zuschüsse zum Staatshaushalt selbst zu gewähren,³⁾ nicht zu vereinbaren.

1)Menzel,Völkerrecht,S.137,schreibt in diesem Zusammenhang:"Da die Staatengemeinschaft dem Effektivitätsgrundsatz ein so großes Gewicht beimißt,ist es nur folgerichtig,daß sie Regeln dafür auszuprüfen versucht,wann eine politische Gemeinschaft als Staat anzuerkennen ist."So auch Hoffmann,Teilung,S.21,für die Kriterien a,c,e.

2)S.182.

3)Siehe Anm.3 auf S.53.

Die Kriterien der Staatsreife spiegeln aber Vorstellungen wieder, die gewöhnlich mit dem Erscheinungsbild eines Staates verbunden werden.

Zusammenfassend ist festzustellen: Obwohl sich die Vereinten Nationen bemühten, günstige materielle Bedingungen für eine unabhängige Staatlichkeit eines jeden Kolonialgebietes zu fördern, ist doch die Verwirklichung dieser Voraussetzungen gegenüber dem Bestreben, die Unabhängigkeit möglichst unverzüglich zu erreichen, weit in den Hintergrund getreten. Kriterien materieller Bedingungen unabhängiger Staatlichkeit wurden nicht aufgestellt; sie wurden als gegeben vorausgesetzt. Mithin ist von der Staatengemeinschaft das Ergebnis der Dekolonisation, die unabhängige Staatlichkeit der emanzipierten Gebiete, regelmäßig anerkannt worden. Diese, gleichsam automatische, Verwirklichung des Zwecks der Dekolonisation bedarf der Begründung.

Drittes Kapitel

Das formale Ergebnis der Dekolonisation: Unabhängige Staatlichkeit

1. Vorbemerkung

Der Untersuchung ist voranzuschicken, daß sie ihrem Gegenstand nach allgemein ist; es geht nicht um die Staatseigenschaft eines Staates oder einer Staatengruppe, sondern die Überzeugung ist zu überprüfen, daß mit der Aufgabe kolonialer Rechtsbeziehungen regelmäßig ein Staat entsteht. Dabei wird auf afrikanische Verhältnisse beispielhaft zurückgegriffen.

Die Gleichsetzung zwischen Unabhängigkeit und Staatswerdung in der Dekolonisation ist im Schrifttum nicht ohne Kritik hingenom-

men worden;¹⁾ schließlich ist sie für den Völkerrechtler nicht ohne weiteres bindend, mögen auch einzelne oder die Mehrheit der Mitglieder der Staatengemeinschaft diese Gleichsetzung durch einen Akt der Anerkennung bestätigen.

Ein Beispiel dafür, daß die Loslösung vom Mutterland nicht mit der Staatswerdung zusammenfallen muß, bietet das Schicksal Finnlands²⁾ am Ende des Ersten Weltkrieges nach seiner einseitigen, von der Sowjetregierung jedoch später, am 4.1.1918, bestätigten Unabhängigkeitserklärung.³⁾ Sie führte zur Anerkennung des neuen "Staates" durch eine Reihe von Mächten.⁴⁾

Eine vom Völkerbund eingesetzte Juristenkommission, die die territoriale Zugehörigkeit der Aalandinseln, einer geographisch und politisch zu Finnland gehörenden Inselgruppe, bestimmen sollte,⁵⁾ hatte sich auch über die Staatswerdung Finnlands auszusprechen. Im Hinblick auf die Unabhängigkeitserklärung und die von anderen Staaten ausgesprochenen Anerkennungen erklärte die Kommission: "Cependant ces faits à eux seuls ne sauraient suffire pour faire admettre que dès ce moment la Finlande a réalisé toutes les conditions d'un Etat souverain."⁶⁾

Während die Juristenkommission noch Unabhängigkeitserklärung und Anerkennung als ungenügende Bedingungen der Staatlichkeit betrachtete, sieht dagegen Vellas⁷⁾ heute eine neue Konzeption des Staatsbegriffs sich entwickeln: "Il semble résulter de l'existence politique et juridique actuelle de nombreux Etats nouveaux

1) vgl. Ausführungen auf S. 44-48.

2) siehe: The Aaland Islands Question - Report of the Committee of Jurists, JOSIN suppl. spec. Nr. 3.

3) vgl. Raschhofer, Selbstbestimmungsrecht und Völkerbund, S. 23 f.

4) vgl. Report S. 7 f.

5) Über das Schicksal der Inselgruppe im einzelnen siehe Menzel, Aaland-Inseln, S. 21-24; Raschhofer, Selbstbestimmungsrecht und Völkerbund, S. 21-27.

6) Report S. 8.

7) S. 226.

qu'une seule condition désormais est exigée pour bénéficier de la qualité étatique, une condition nécessaire et suffisante: exercer les compétences internationales. Il n'y a plus aucune exigence de capacité physique." In die gleiche Richtung weisen die Überlegungen O'Briens und Goebels¹⁾, wenn sie auch nicht von einer neuen Konzeption des Staatsbegriffes sprechen; sie meinen jedoch: "...the new nations and those that recognize them are diluting the concept of Statehood and stretching it downward to include entities that would never have been considered sovereign in the past..." Auch afrikanische Stimmen schließen dies nicht aus; so sagt Okoye²⁾: "It was seen... that many of these (African) States are small, underdeveloped, and frequently lacking in effective central government. To this extent, their unquestioned entitlement as nation States to the rights and privileges of sovereignty, including membership of international legal order has diluted the concept of statehood as understood in traditional law."

Die Staatseigenschaft der emanzipierten Kolonien bedarf einer rechtlichen Klärung anhand des völkerrechtlichen Staatsbegriffes. Nur so kann beurteilt werden, ob die von den Vereinten Nationen vorgenommene Gleichsetzung der Beseitigung kolonialer Abhängigkeit mit der Staatswerdung möglich und gerechtfertigt ist.

Es geht hier nicht darum, die Staatlichkeit der nun unabhängigen Kolonien in Zweifel zu ziehen, sondern sie zu bestätigen. Im Vordergrund steht dabei, wie die unabhängige Staatlichkeit der emanzipierten Gebiete rechtlich zu begründen ist und welche Folgerungen daraus zu ziehen sind. Denn wenn es wirklich so ist, daß die Staatlichkeit eines Gemeinwesens nur davon abhängt, ob es seine "internationalen Kompetenzen" wahrnimmt (Vellas) oder der Staatsbegriff so ausgedehnt, "verwässert" wurde, daß er heute Gemeinwesen erfaßt, die in der Vergangenheit nicht als

1) S. 221.

2) S. 175; vgl. auch Yakemtchouk S. 19 f.

souveräne Staaten angesehen worden wären, müßte dieser Mangel an Substanz auf der anderen Seite, nämlich bei der Sicherung der Existenz der Staaten, wieder ausgeglichen werden; dem Weniger hier würde dort ein Mehr entsprechen. Das gleiche könnte gelten, wenn der völkerrechtliche Staatsbegriff im wesentlichen nur formalen Inhalts wäre. Jede dieser drei Hypothesen könnte dazu führen, daß die - in der Dekolonisation durch die allgemeinen politischen Umstände begünstigte - Staatswerdung der ehemaligen Kolonialgebiete noch keine ausreichende Gewähr für eine wirklich unabhängige, in sich selbst gesicherte Existenz bieten würde. Dies könnte auf die Normen, welche die staatliche Existenz der emanzipierten Gebiete zu sichern hätten, nicht ohne Einfluß bleiben.

2. Die Herrschaft (Staatsgewalt) als das wesentliche Element des Staatsbegriffes

Die Bestimmung des Inhalts des völkerrechtlichen Staatsbegriffes gehört zu den umstrittenen Gebieten des Völkerrechts;¹⁾ jedoch können folgende drei Elemente des Staatsbegriffes als seine gesicherten Bestandteile gelten: Staatsgebiet, Staatsvolk und effektive Staatsherrschaft.²⁾

Die Zuordnung der drei Elemente zueinander im völkerrechtlichen Staatsbegriff beschreibt unter Berücksichtigung der hinter diesem Begriff stehenden gesellschaftlichen Wirklichkeit die von Hoffmann³⁾ gegebene Definition des Staates. Sie wird hier zunächst noch unvollständig, d.h. auf die oben genannten Elemente des Staates bezogen, wiedergegeben. Sie lautet: "Ein Staat ist gegeben, wenn bestimmte Menschen in bezug auf ein bestimmtes Gebiet über die dort ansässigen Menschen effektiv Herrschaft ausüben, indem sie Recht setzen und durchsetzen."

1) Die Meinungen gehen u.a. darüber auseinander, welche Attribute der Staatsgewalt zugerechnet werden müssen (Souveränität, Unabhängigkeit oder Originarität).

2) h.M.; vgl. Kunz, Staatenverbindungen, S. 13 f mit Nachweisen; Dahm I S. 76 - 80; Verdross S. 192 - 194.

3) Teilung, S. 20.

Diese Definition macht deutlich, daß das wesentliche Element des Staatsbegriffes die Herrschaft ist; denn sie bestimmt regelmäßig¹⁾ nicht nur die Grenzen des Staatsgebietes²⁾, sondern auch das Staatsvolk.³⁾ Das Staatsgebiet ist also lediglich der Raum, in dem die staatliche Herrschaft mit dem Anspruch auf Ausschließlichkeit wirkt und wirken darf, während das Staatsvolk von der Bevölkerung gebildet wird, die auf dem Staatsgebiet ansässig und der dort ausgeübten Herrschaft unterworfen ist. Weitere Kriterien zur Bestimmung des Staatsvolkes bedarf es deshalb nicht.

Da nicht nur das Staatsvolk und das Staatsgebiet durch effektive Herrschaft konstituiert werden, sondern auch die weitere Existenz eines Staates von deren Bestand abhängt, erfordert die Systematik, sich zunächst der effektiven Herrschaft als dem ersten der Staatselemente zuzuwenden.⁴⁾

1) Verdross weist darauf hin, daß nicht immer der räumliche Bereich der Ausübung von Staatsgewalt mit dem Gebiet des Staates, der diese Gewalt ausübt, zusammenfallen muß (S. 270). Dies schließt aber nicht aus, daß gerade bei der Staatswerdung der Wirkungsbereich der neuen Herrschaftsordnung auch den Umfang des Staatsgebietes bestimmt, hier also imperium und dominium räumlich übereinstimmen.

2) Zur Tatsache, daß die Gebietshoheit gegenüber dem Gebiet der primäre Begriff ist, sagt Radnitsky, S. 341, der Begründer der territorialen Kompetenztheorie: "Das Gebiet ist demnach die örtliche Kompetenzsphäre...der Staatsgewalt." Vgl. dazu auch Rousseau, Droit International, S. 85 f.

3) Dahl I S. 76: "Unter dem Volk als einer Vorbedingung staatlicher Existenz muß man...das Staatsvolk, die Gesamtheit der Staatsbürger verstehen, die einer bestimmten Staatsgewalt unterstehen. Der Begriff des Volkes in diesem Sinne ist also auf den Staat bezogen. So verstanden wird das Volk durch den Staat konstituiert."

4) So auch Strupp, Grundzüge, S. 94 ff, der die Staatsgewalt innerhalb des Staatsbegriffes in den Vordergrund rückt.

2.1. Die Effektivität als Merkmal der Staatsgewalt

2.1.1. Der Inhalt des Begriffs der Effektivität

Herrschaft als konstitutives Element der Staatsgewalt setzt notwendigerweise ihre Effektivität voraus;¹⁾ denn von Herrschaft als der Fähigkeit, Recht zu setzen und durchzusetzen,²⁾ kann nur dort gesprochen werden, wo sie tatsächlich wirkt, also effektiv ist. Jedoch bedeutet es keine Tautologie, wenn das Völkerrecht innerhalb des Staatsbegriffes der Herrschaft das Adjektiv "effektiv" zuordnet; es werden damit vielmehr bestimmte, vom Völkerrecht herausgebildete Eigenschaften der Herrschaft bezeichnet, die deren Umfang und Dauerhaftigkeit beschreiben.³⁾ Um welche Eigenschaften handelt es sich?

Es wurde schon gesagt, daß die Kriterien der "Staatsreife", die die Mandatskommission aufgestellt hat,⁴⁾ Merkmale effektiver Herrschaft enthalten. Sie sind daraufhin zu untersuchen. Dabei wird sich herausstellen, was unverzichtbare Bestandteile und was zwar wünschenswerte, aber nicht notwendige Voraussetzungen effektiver Herrschaft sind.

Eine Gruppe dieser Kriterien bezieht sich auf Einflüsse von außen; dazu ist zu sagen: Die Fähigkeit, die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit zu gewährleisten (Buchstabe b), ist kein inherentes Merkmal effektiver Herrschaft; sie berührt diese nur mittelbar, indem sie ihre Ausbildung oder ihren Fortbestand beeinflussen kann; ein Eigenwert einmal etablierter Herrschaft ist sie aber nicht. Die Bedeutung dieses Kriteriums wurde auch vom Völkerbund im Hinblick auf die Garantien des Art. 10 SVB

1) Zur Effektivität siehe Krüger S. 265-285 (282-285); v. d. Heydte S. 172-199 (192-194); Tucker S. 31-48 (36).

2) vgl. Hoffmann, Teilung, S. 20.

3) So Zwecker S. 112; vgl. auch die Ausführungen des Autors zu Umfang und Beständigkeit effektiver Herrschaft auf S. 112-114 und die dort enthaltenen weiteren Nachweise.

4) vgl. S. 57 f.

nicht überschätzt.¹⁾ Heute dagegen kann im Hinblick auf das Gewaltverbot (Art.2 Abs.4 SVN) die Effektivität einer Herrschaft wegen fehlender Aussicht auf Dauerhaftigkeit nicht mehr bestritten werden,²⁾ wenn die Mittel, über die eine Herrschaftsgewalt verfügt, unzureichend sind, um eine äußere Bedrohung, die das Völkerrecht verletzen würde, abzuwehren. Zwar mag das Fehlen von Machtmitteln zur Verteidigung nach außen zu einer Zeit, als die Anwendung von Gewalt noch nicht verboten war, gewöhnlich die Bildung von Staaten verhindert oder sie später wieder beseitigt haben, jedoch kann heute die Beständigkeit einer Herrschaft - als Ausdruck ihrer Effektivität - nicht mehr verneint werden, wenn sie nur durch völkerrechtswidriges Verhalten von Mitgliedern der Staatengemeinschaft in Frage gestellt wird oder werden könnte. Es ist deshalb mit der Völkerrechtsordnung nicht zu vereinbaren, von einem Staat die Fähigkeit zu verlangen, äußeren völkerrechtswidrigen Bedrohungen mit Erfolg begegnen zu können.

Die Beständigkeit einer effektiven Herrschaft, d.i. die auf die tatsächlichen Verhältnisse gestützte Würdigung der Aussicht auf ihren weiteren Fortbestand, kann nur noch dort bestritten werden, wo völkerrechtsgemäß - wie etwa im Falle einer Sezession - eine junge Herrschaftsgewalt noch bekämpft werden darf und deshalb ihr Schicksal ungewiß bleibt.³⁾

Ähnliches gilt für das Erfordernis ausreichender Finanzmittel (Buchstabe d). Fehlen sie, werden sie meistens vom Ausland aufgebracht. Es berührt jedoch die Effektivität der Herrschaft nicht, wenn sie vom Ausland "subventioniert" wird;⁴⁾ ein Staat vermag sogar einen Teil seines ordentlichen Finanzbedarfs aus dem Ausland decken. Denn ebenso wie die Fähigkeit einer effektiven Herrschaftsgewalt, sich gegen Bedrohungen von außen zu be-

1) Springe S.80.

2) Hoffmann, Teilung, S.26; Rauschnig, Treuhandsystem, S.181.

3) Zwecker S.118.

4) vgl. dazu Hoffmann, Teilung, S.25/26; hinsichtlich der Subvention afrikanischer Staaten durch die ehemaligen Metropolen vgl. Timmler, Das große Palaver, S.526; Rauschnig, Treuhandsystem, S.182.

haupten, unbeachtlich ist, kann auch die Unabhängigkeit von äußerer finanzieller Unterstützung kein Eigenwert effektiver Herrschaft sein.

Finanzzuweisungen können zwar, wenn sie ausbleiben, die Effektivität einer Herrschaft, also ihren Fortbestand, gefährden; jedoch bleibt dies bedeutungslos, so lange nicht feststeht, daß die Zuweisungen für immer ausbleiben, also nicht von anderer Seite ersetzt werden. Das Schicksal Guineas beweist, daß der völlige Rückzug der Verwaltungsmacht aus einer unabhängig gewordenen Kolonie und ihre Weigerung, irgendwelche Hilfe zu leisten, nicht den Zusammenbruch der Herrschaftsgewalt bedeuten müssen, weil sofort andere Hilfsquellen zu fließen beginnen.¹⁾

Was für die Beurteilung der Kriterien der Staatsreife insgesamt festgestellt wurde, gilt insbesondere auch für die unter den Buchstaben b und d aufgestellten Erfordernisse: ihr Vorhandensein ist ein Ausdruck effektiver Staatsgewalt; ihr Fehlen schließt sie aber nicht aus.

Unabhängig davon, daß die Effektivität einer Herrschaft von außen günstig oder ungünstig beeinflusst werden kann, muß sich also ihre Prüfung allein auf ihre Wirksamkeit im I n n e r n beschränken. Nach Eliminierung dieser äußeren Einflüsse könnte in Anlehnung an die Kriterien der Staatsreife effektive Herrschaft so beschrieben werden:²⁾ Sie setzt eine gefestigte Regierung und Verwaltung voraus, die ein regelmäßiges Arbeiten der wesentlichen staatlichen Dienstzweige gewährleistet, sowie die Fähigkeit, die öffentliche Sicherheit und Ordnung im ganzen Gebiet aufrecht zu erhalten; außerdem muß eine Rechtsordnung und eine Gerichts-

1) vgl. Scherk S.32 f, 145.

2) In Anlehnung der deutschen Übersetzung der Kriterien der Staatsreife bei Rauschnig, Treuhandsystem, S.179.

organisation¹⁾ vorhanden sein. Wenn sich Herrschaft in dieser Weise etabliert hat, sind sicherlich alle Voraussetzungen dafür gegeben, daß sie wirksam und dauerhaft Recht setzt und durchsetzt.

Jedoch kann eine solche Beschreibung nur eine Faustregel sein. So lassen sich diese Kriterien auf unterschiedliche Weise mit Leben füllen: Es kann entweder ein Standart²⁾ effektiver Herrschaftsgewalt aufgestellt werden, wobei festgelegt werden muß, wie hoch dieser Standart anzusetzen ist, an welchem Staat oder an welcher Staatengruppe er sich orientieren soll, oder es wird auf jede Standardisierung verzichtet, so daß die Anforderungen an die Effektivität einer Herrschaft anhand aller politischen und sonstigen tatsächlichen Umstände und rechtlichen Gegebenheiten für jeden Einzelfall gesondert ermittelt werden müssen.

2.1.2. Effektivität in der Dekolonisation; es gibt keinen Standart effektiver Herrschaft

In einer Untersuchung zur Staatlichkeit des Kongo (Leopoldville)³⁾

1) Buchstabe e der Kriterien, wonach für jedermann eine ordentliche Gerichtsbarkeit gesichert sein soll, ist kein Erfordernis der Effektivität, sondern der Gerechtigkeit. Der Völkerbund wollte damit verhindern, daß den Europäern nach der Unabhängigkeit der Mandatsgebiete wieder gewisse Rechtsprivilegien (Kapitulationen) eingeräumt werden, die vor der Unterstellung unter die Mandatsverwaltung bestanden hatten (siehe Springe S. 82).

2) Mouskhély (S. 484) spricht in diesem Zusammenhang von einem "Etat standart". Auch Ritscher hält es für möglich, allgemein verbindliche Kriterien (standarts) für die Staatsreife aufzustellen, die er anhand der Liste der Mandatskommission entwickelt; vgl. Introduction S. 1-14 u. Conclusion S. 120-137; dabei versucht er alle Bedingungen zu eliminieren, die nicht unbedingt notwendig sind, etwa gesteigerte zivilisatorische Anforderungen sowie solche, die nicht allseitig anerkannt werden (vgl. insbesondere S. 11-13).

3) heute Zaire.

im Zeitpunkt der Gewährung der Unabhängigkeit hat Zwecker¹⁾ auf Grund induktiven, deduktiven und teleologischen Vorgehens überzeugend nachweisen können, daß die Staatenpraxis an die Effektivität der Herrschaftsgewalt der neuen Staaten, die aus der Dekolonisation hervorgegangen sind, geringe Anforderungen stellt.²⁾

Grundlage dieses Urteils, für dessen Richtigkeit auch die hier dargestellte Anerkennungspraxis der Staaten sowie das Aufnahmeverfahren der Vereinten Nationen sprechen, ist die Erkenntnis, daß Effektivität keinen qualitativ festgelegten Inhalt besitzt; das Völkerrecht hat vielmehr von jeher die effektive Herrschaft an unterschiedlichen Voraussetzungen gemessen, die von den allgemeinen Umständen, welche die Begründung der neuen Herrschaft begleiteten, bestimmt wurden. So stellte die Staatengemeinschaft damals geringe Anforderungen an die Effektivität der Herrschaft bei Inbesitznahme von Kolonialterritorien; im Gegensatz dazu stehen die gesteigerten Anforderungen, denen eine neue Herrschaftsgewalt -auch heute noch- bei einer gewaltsamen Sezession genügen muß.³⁾ Im Ergebnis hängen die Anforderungen an die Effektivität vom Widerstand ab, auf den die Veränderung innerhalb der Staatenwelt stößt. Folgerichtig verzichtet das Völkerrecht ganz auf das Erfordernis der Effektivität, wenn ein Gebietsteil auf Grund eines Vertrages im Wege der Zession an einen anderen Staat abgetreten wird. In der Erkenntnis, daß Effektivität Span-

1) S. 114-118 und insb. S. 120-145.

2) Zum gleichen Ergebnis kommt Higgins, S. 24: "...the degree of authority and control required is now much less in the case of newly independent territories emerging from colonial rule. Where the secession from a well established state is involved, or a division of what was formerly one independent state into new states the criterion of effective government remains valid and must be closely adhered to." vgl. auch O'Brien, Goebel S. 212 sowie Hoffmann, Teilung, S. 26.

3) siehe Higgins a.a.O.

nungen zwischen Wirklichkeit und Rechtszustand auszugleichen hat, und sie deshalb dort an Bedeutung verliert, wo sich der Übergang der Gebietshoheit in rechtlich geordneten Bahnen vollzieht, führt Zwecker¹⁾ im Hinblick auf die in die Unabhängigkeit entlassenen Kolonien aus: "Die Widerstände gegen den neu entstandenen Staat sind gering, und die mit der Entlassung des Gebiets in die Unabhängigkeit entstandene tatsächliche Lage hat bereits weitgehend eine rechtliche Regelung gefunden (entsprechend der Regelung bei der Zession), so daß zur Anwendung des Prinzips der Effektivität zur Überbrückung der Kluft zwischen rechtlicher Beurteilung und tatsächlicher Situation kaum Raum bleibt."²⁾

Seine auf induktivem und deduktivem Vorgehen beruhenden Ergebnisse sichert Zwecker³⁾ durch eine teleologische Untersuchung ab. Er meint, das Anlegen traditioneller Maßstäbe an die Effektivität der Herrschaft neuer, aus der Dekolonisation hervorgegangener Staaten hätte dazu führen müssen, in den meisten Fällen zunächst staatsfreie Räume anzunehmen; es sei denn, man erkenne den werdenden Staat (*nasciturus*)⁴⁾ als ein Völkerrechtssubjekt eigener Art an, das sich von einem "Vollstaat" dadurch unterscheide, daß die auf dem Gebiet des "späteren" Staates etablierte Herrschaft noch nicht einen bestimmten Standart erreicht habe. Ein solches Rechtssubjekt eigener Art lasse sich jedoch - wie der Autor mit Recht feststellt - in der Staatenpraxis nicht nach-

1) S. 138.

2) vgl. Jazu O'Brien, Goebel S. 212: "The simple certification of the existence of a new state through an orderly transfer of sovereignty from a metropolis state to a former dependency is taken, in most instances, without question, as satisfactory evidence that a new state, ..., has come into existence..."

3) S. 138-142.

4) ie von Iahm I S. 84 beschriebene Rechtsstellung eines "*nasciturus*" und die dort angegebenen Beispiele treffen auf den schon in die Unabhängigkeit entlassenen Staat nicht zu.

weisen.¹⁾ Es ist zweifelhaft, ob für Zwecker noch die Notwendigkeit bestand, seine überzeugenden Ergebnisse auf diese Weise teleologisch abzusichern. Auch ist es nicht sicher, ob es tatsächlich traditionelle Maßstäbe für die Beurteilung der Effektivität staatlicher Herrschaftsgewalt gegeben hat oder noch gibt, die dazu hätten führen müssen, zunächst staatsfreie Räume anzunehmen. Wichtig ist aber, daß hier nochmals deutlich wird, daß es keinen Standart effektiver Herrschaftsgewalt gibt.

Ein solcher Standart würde notwendigerweise neben dem "Vollstaat" oder "Standartstaat" Rechtssubjekte als Vorstufen zur Vollstaatlichkeit erfordern, etwa den "werdenden Staat" als ein Rechtssubjekt *sui generis*, das noch nicht einen Standart üblicher effektiver Herrschaftsgewalt aufweist.²⁾ Ein solches Rechtssubjekt gibt es nicht: staatsfreie Räume kann es also nur dort geben, wo sich überhaupt noch keine, ein Territorium erfassende Herrschaftsgewalt im Sinne des Staatsbegriffs gebildet hat. Hat sich aber einmal eine solche Herrschaft etabliert, beginnt sie mit dem Anspruch auf Allzuständigkeit - auch im Hinblick auf die Teilnahme am internationalen Leben - zu existieren, und ist sie auch nicht mehr durch *erlaubte* Eingriffe - wie bei der Abwehr einer Sezession - bedroht, kann ihre Effektivität nicht wegen Nichterfüllung gewisser qualitativer Maßstäbe bestritten werden. Dies gilt in besonderem Maße für die Dekolonisation, wo keine Kluft zwischen der faktischen Situation und ihrer rechtlichen Beurteilung zu überbrücken ist.

1) Zwecker S.141; Hoffmann, Europäische Gemeinschaften, S.434, sagt: "...es gibt nur Staaten, aber keine "Halbstaaten" oder "Quasi-Staaten"."

2) Lefever, S.992, unterscheidet zwischen "minimum state" und "mature state". Einen minimum state beschreibt er so: "A minimum state by definition, may be poor, weak and economically stagnant, but it manages to survive because its central government is not seriously challenged from within and it is sustained from without by nonhostile neighbors, foreign assistance, and a balance of power in the area."

Das Erfordernis der Effektivität der Herrschaftsgewalt wird somit im Völkerrecht r e l a t i v i e r t. Doch wird man einwenden, diese Relativierung sei lediglich das Ergebnis einer Betrachtung von außen, vom Standpunkt der Staatengemeinschaft und des Völkerrechts; es dürfe nicht übersehen werden, daß der gesellschaftlichen Wirklichkeit jeder Herrschaft ein bestimmter materieller Kern innewohne, der auch von der Staatengemeinschaft und vom Völkerrecht vorausgesetzt und verlangt werde. Dem ist entgegen zu halten, daß auch die Anforderungen, die im Inneren an die Effektivität der Herrschaft gestellt werden, von den besonderen Gegebenheiten, insbesondere von den gesellschaftlichen Strukturen des betreffenden Gebiets abhängen und auf diese Weise ebenfalls relativiert werden. Denn effektive Herrschaft - als Element der Staatsgewalt - richtet sich nach den Erfordernissen eines Gemeinwesens, wird also nicht als Selbstzweck ausgeübt. Staatsgewalt als Ausdruck einer das gesamte Territorium erfassenden Organisation ist in ihrer quantitativen und qualitativen Ausübung abhängig von den Anforderungen, die an sie gestellt werden, um funktionsfähig zu sein. Allein von daher gibt es notwendigerweise Unterschiede. Es gehört deshalb nicht zum Wesen des Imperiums, "daß die Herrschaft alle vorstellbaren Lebens- und Sachbereiche, diese regelnd, erfaßt."¹⁾

Schon in der Kolonialzeit entwickelte sich eine "Symbiose zwischen alten afrikanischen politischen Systemen und der Kolonialmacht"²⁾ als der das Gesamtterritorium erfassenden Herrschaftsgewalt. In Gebieten, in denen heute noch, wie in Afrika, der Stamm, die Großfamilie oder andere mehr oder weniger sich selbst erhaltende Gesellschaftsstrukturen zu finden sind, die das Leben des einzelnen im Verband ermöglichen, und wo im Wege einer weit-

1) Hoffmann, Strafrechtliche Verantwortung, S. 11.

2) Ansprenger, Versuch, S. 34; Stahn S. 63 f.

gehenden Bedarfswirtschaft auch in hohem Maße die materiellen Bedürfnisse befriedigt werden,¹⁾ kann sich staatliche Herrschaft zunächst - im Vergleich zu anderen älteren Staatswesen - mit einem embryonalen Zustand²⁾ begnügen. Ansprenger³⁾ sagt dazu: "In den Dörfern Afrikas, ganz gleich wo, und das heißt für 80% der afrikanischen Bevölkerung noch im Stadium der Entkolonisierung, war staatliche Obrigkeit in Permanenz ohnehin nur in der Person des Dorfältesten oder -häuptlings sichtbar." Der Staatsgewalt fallen deshalb zunächst die Aufgaben zu, die unverzichtbar mit der Gemeinschaftsorganisation verbunden sind. Dazu gehört in erster Linie die "capacité internationale;" von der Vellas meint, ihr werde heute die entscheidende Bedeutung beigemessen. Dies aber nicht von ungefähr; denn sie sichert nicht nur die äußere Existenz eines Staates, insbesondere durch die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen, durch den Abschluß regionaler, multilateralen oder bilateralen Verteidigungsabkommen, Allianzen und anderer Verträge, sondern öffnet auch die Kanäle internationaler Entwicklungshilfe und schafft damit Voraussetzungen einer fortschreitenden "Verstaatlichung" der gesamten gesellschaftlichen Organisation.⁴⁾ Dieser Prozeß wird durch die Industrialisierung gefördert. Maquet und Ganslmayr⁵⁾ führen dazu aus: "In der Geschichte der afrikanischen Gesellschaften wird die Periode der Kolonialherrschaft als ziemlich kurze Episode erscheinen. Ihre Bedeutung liegt darin, daß sie in Afrika die industrielle Technik eingeführt hat, die Grundlage einer neuen Zivilisation. Diese Zivilisation ist noch nirgends voll zur Entwicklung gekommen,

1) Eine eindrucksvolle Darstellung afrikanischer Zivilisation in allen ihren Aspekten enthält das Werk: "Afrika - Die schwarzen Zivilisationen" von Maquet und Ganslmayr.

2) S. u. J.Comhaire-Sylvain S.50.

3) Versuch, S.34.

4) Vellas (S.227) sagt zu Recht: "S'il en est ainsi c'est parce que l'incapacité physique de l'Etat nouveau peut être palliée aujourd'hui par des moyens inexistants jadis, ceux de la coopération technique et financière internationale multilatérale ou
(Fortsetzung folgende Seite)

in manchen Gegenden läßt sich ihr Vorhandensein kaum wahrnehmen. Aber sie ist bereits die Zivilisation des modernen Afrika - und vor allem wird sie es sein." Der Herrschaft - als Element der Staatsgewalt - werden also nach und nach Aufgaben zuwachsen, welche die traditionellen Strukturen nicht erfüllen können.¹⁾ Die neuen Obliegenheiten sind insbesondere die allgemeine zivilisatorische Entwicklung, die Förderung des Handels, des Verkehrs, die Verbesserung der Infrastruktur u.s.w. Bei einer fortschreitenden Entwicklung wird die Staatsgewalt nach und nach die traditionellen Herrschaftsstrukturen integrieren oder auflösen.²⁾

Ein Beispiel am Rande, das aber deutlich macht, worum es sich handelt, gibt in Afrika die fortschreitende Einwanderung in die Städte (Urbanisierung).³⁾ Sie führt zu wachsender Arbeitslosigkeit⁴⁾ und wirft große soziale und gesundheitliche Probleme auf, da die Verbindungen zu den traditionellen Einheiten, die die Existenz des einzelnen sicherten, sich lockern oder ganz verloren gehen.⁵⁾ Hier muß also eine andere Instanz, nämlich der Staat, die "Daseinsvorsorge" übernehmen.⁶⁾ Seine Verwaltung befriedigt damit Ansprüche, die erst an sie gestellt werden, weil traditionelle Einheiten sie nicht mehr befriedigen können.

(Fortsetzung) bilatérale qui aideront l'Etat nouveau à se doter des services nécessaires à son existence étatique et à l'exercice des compétences internationales."

5) S.418 (vgl. auch S.400 f, 406).

1) Maquet, Ganslmayr S.437: "Die traditionellen afrikanischen Gesellschaften können sich bis auf seltene Ausnahmen nicht in moderne Staaten verwandeln." vgl. auch Stahn S.161.

2) Lefever S.990f; Yakemtchouk S.88f; Matthies S.13-20.

3) Das Deutsche Institut für Afrika-Forschung widmet Heft 2/71 des "Afrika Spektrum" der Urbanisierung in Afrika und ihren Problemen.

4) vgl. Möller, S.78 mit Angaben für die Stadt Douala; Stahn S.122.

5) Maquet, Ganslmayr S.431, 423, 433; vgl. dazu Fischer, Urbanisierung als sozialer Prozeß in der o.a.Nr. des Afrika Spektrums und Collomb, Diop S.90 ff.

6) Matthies S.16.

Zuletzt ist daran zu erinnern, daß effektiver Herrschaft ein Element der Macht, der Möglichkeit, Gewalt und Zwang auszuüben, innewohnt. Es ist aber nichts leichter, als Instrumente unmittelbaren Zwanges wie Polizei und Militäreinheiten aufzustellen und sie auf Grund ihrer technisch überlegenen Ausrüstung den traditionellen Herrschaftsformen überlegen zu machen.¹⁾ Insoweit setzen die neuen Herren alte Kolonialstrukturen fort. Im Übrigen ist in Afrika die Verflechtung von Militär und Verwaltung ein besonderes Charakteristikum der Herrschaftsstrukturen, da der Armee im wesentlichen nur Aufgaben im Inneren, auch reine Verwaltungsaufgaben, anvertraut werden. Darin wird insbesondere ein Grund für die zahlreichen Staatsstreiche des Militärs gesehen, das glaubt, auf Grund seiner straffen hierarchischen Organisation besser geeignet zu sein, den Staat effektiv zu regieren, als eine manchmal noch unerfahrene, oft auch korrupte Zivilverwaltung.²⁾ Nur einige Militärregime waren erfolgreich.³⁾ In Afrika stellt sich der Staatsführung die Aufgabe, den neuen Staat als übergreifende Organisation erst aufzubauen, um stabile Verhältnisse zu schaffen. " Nation building " ist das bezeichnende, auch von den afrikanischen Staatsmännern gebrauchte Schlagwort. Es geht um die Suche nach neuen wirksamen, stabilen und dauerhaften Strukturen. Die Einparteiherrschaft⁴⁾ und auch die Militärregime,⁵⁾ die Afrika kennzeichnen, sind Ausdruck solcher Versuche. Für die völkerrechtliche Betrachtung sind alle Formen von gleicher

1)Ansprenger (Versuch, S.44) konnte Anfang der siebziger Jahre noch keine " totalitären Regime " in Afrika feststellen, wie sie sich später in Uganda, Äquatorial-Guinea und der Zentralafrikanischen Republik (Kaiserreich) etablierten, bezeichnete jedoch einige schwarzafrikanische Systeme durchaus als Diktaturen; siehe aber auch Elias, Int. Law, S.37-41, zur demokratischen Legitimation traditioneller u. neuer Herrschaft in Afrika.

2)Maquet, Ganslmayr S.440f; Stahn S.123; vgl. auch Ansprenger aaO. S.86f.

3)Ansprenger, Versuch, S.91.

4)Zum Aufstieg u. Niedergang der Einheitsparteien siehe Ansprenger, Versuch, S.51ff (S.59f); Matthies S.22 ff (S.24-26), auf S.63 findet sich eine Liste der politischen Systeme in Afrika.

5)Ansprenger, Versuch, S.79 ff; Matthies S.30 ff u. S.88 f.

Bedeutung, weil sie darauf gerichtet sind, effektive Herrschaft zu festigen und zu bewahren.

Kommen wir zum Ursprung zurück. Das Völkerrecht relativiert die Anforderungen an die Effektivität einer Herrschaft gemäß den tatsächlichen und rechtlichen Umständen einer Staatsbildung. Auch die Anforderungen, die an die Effektivität einer Herrschaft im Inneren gestellt werden, sind abhängig von den tatsächlichen und rechtlichen Verhältnissen in einem Territorium und sind von daher relativiert. Es gibt deshalb auch von einer Betrachtung her, die allein auf innere Verhältnisse abstellt, keinen Standard effektiver Herrschaft.

Zusammenfassend ist zu sagen: Eine Herrschaft, die sich auf einem Gebiet nicht nur im Einverständnis mit dem ehemaligen Gebietsherren, sondern auch mit der gesamten Staatengemeinschaft etabliert, ist effektiv, wenn sie das gesamte Gebiet erfährt, anderen Herrschaftsformen, die auf dem Gebiet anzutreffen sind, überlegen ist oder von ihnen nicht bestritten wird, und deshalb den Anspruch erheben kann, das Gebiet als Ganzes gegenüber der Staatengemeinschaft zu vertreten.

Daraus folgt, daß an die Herrschaft der aus der Dekolonisation hervorgegangenen Staaten auch geringe Anforderungen gestellt werden können; selbst bescheidene Ansätze einer Herrschaftsordnung genügen der Staatengemeinschaft als Nachweis effektiver und auf Dauer angelegter Staatsgewalt im Sinne des völkerrechtlichen Staatsbegriffes.¹⁾ Die auf der Grundlage der Kriterien der Staatsreife ermittelte Beschreibung effektiver Herrschaft muß deshalb nicht schon notwendig am Beginn staatlicher Existenz erfüllt sein, sondern kann durchaus erst Endpunkt einer Entwicklung darstellen.

1) So auch Zwecker S. 142 f.

2.2. Die Ausübung effektiver Herrschaft in den ehemals abhängigen Gebieten

Auf der Grundlage der oben erzielten Ergebnisse fällt es nicht schwer, festzustellen, daß in den ehemals abhängigen Gebieten effektive Herrschaft im Sinne des völkerrechtlichen Staatsbegriffes ausgeübt wird. Die Entwicklung seit der Dekolonisation zeigt, daß sich die neuen autochthonen Herrschaftsgewalten, wenn auch manchmal strukturell verändert, gefestigt haben. Abgesehen von den Wirren, die der belgische Kongo¹⁾ in den ersten Jahren nach seiner Unabhängigkeit durchlebte, kennen wir in Afrika kein Beispiel eines dauernden Verfalls der Zentralgewalt. Trotz einiger periodischer Krisen²⁾, die aber nach allgemeinem Völkerrecht die Staatlichkeit eines Staates nicht berühren³⁾, geht also die Entwicklung zur Festigung und Ausdehnung der Staatsgewalt weiter fort.

2.3. Die Originarität als Merkmal der Staatsgewalt

2.3.1. Die Unterscheidung staatlicher Herrschaft von der Herrschaft anderer Territorialverbände

Nicht nur der Staat, sondern auch andere Territorialverbände üben effektive Herrschaft aus. Deshalb bedarf es eines weiteren Kennzeichens, das einen territorialen Herrschaftsverband nicht nur in den Rang eines Staates erhebt, sondern ihn auch zu einem "notwendigen"⁴⁾ oder "ursprünglichen"⁵⁾ Völkerrechtssubjekt macht, das ihn von den aus dem Willen der Staaten "abgeleiteten"⁶⁾ oder anderen gegenüber der Völkerrechtssubjektivität des Staates

1) vgl. dazu Zwecker S.15-18, 40-50.

2) vgl. Stahn S.68 ff.

3) Dahm I S.90 f.

4) Mosler, Verfassungen, S.135.

5) Verdross S.189.

6) Mosler, Verfassungen, S.135.

beschränkten Rechtssubjekten¹⁾ unterscheidet.

Diesem weiteren Merkmal effektiver Herrschaft kommt bei der Festlegung des Staatsbegriffes überragende Bedeutung zu, weil es den Staat von allen anderen territorialen Herrschaftsverbänden abgrenzt. Dabei ist es gleichgültig, ob man dieses Kennzeichen gesondert neben die effektive Herrschaft stellt, oder es ihr als besondere Eigenschaft zuordnet. Einige französische Rechtslehrer²⁾ bezeichnen es als das eigentliche völkerrechtliche Kriterium des Staates (*critère juridique de l'Etat*) gegenüber seinen übrigen materiellen Merkmalen, die sie der politisch-sozialen Wirklichkeit zuordnen (*l'Etat comme phénomène politico-social*³⁾).

In der internationalen Rechtsprechung und Lehre⁴⁾ wird überwiegend die Unabhängigkeit oder Souveränität, ungeachtet des Inhalts, mit dem dieser Begriff im einzelnen verstanden wird, als das eigentliche Kriterium der Staatsgewalt, das sie von anderen Herrschaftsverbänden unterscheidet, angesehen. Auch die Generalversammlung folgt offensichtlich dieser Ansicht.⁵⁾ Jedoch ist dies kein Grund, dieser Auffassung bei der theoretischen Abhandlung der Staatlichkeit der ehemals abhängigen Gebiete beizutreten. Auf die Rolle der Unabhängigkeit innerhalb des völkerrechtlichen Staatsbegriffes, wie sie hier verstanden wird, wird noch unter einem anderen Gesichtspunkt zurückzukommen sein.⁶⁾

1) Mosler, Völkerrechtsfähigkeit, S. 671: "Die Staaten... besitzen die größtmögliche subjektive Rechtsposition, die es in dieser Rechtsordnung geben kann. Neben den unabhängigen Staaten können auch abhängige Staaten die volle Rechtsfähigkeit besitzen... Alle anderen Rechtssubjekte sind nur beschränkt völkerrechtsfähig."

2) Delbez S. 77; vgl. auch Colliard, Institutions, S. 76-79; Rousseau, Indépendance, S. 178-180, 251 f und Scelle, Droit Int., S. 73.

3) Rousseau, Indépendance, S. 175.

4) vgl. dazu Rousseau, Indépendance, S. 181-219 (213-219).

5) vgl. Ausführungen auf S. 31 f.

6) vgl. Ausführungen auf S. 86-90.

2.3.2. Die Originarität der Herrschaft als das rechtliche Unterscheidungsmerkmal

Die Untersuchung folgt auch hier der von Hoffmann gegebenen Definition des Staates; danach sind weder Souveränität noch Unabhängigkeit die Kriterien der Unterscheidung des Staates von anderen territorialen Herrschaftsverbänden, sondern die Originarität der sich aus der Herrschaftsgewalt herleitenden Rechtsordnung.

Die Gründe dafür sind einfach: Souveränität und Unabhängigkeit, auch wenn sie lediglich rechtlich verstanden werden- also die "actual independence" ausgeschlossen wird- knüpfen an einen komplexen Tatbestand an, dessen einzelne Merkmale überdies noch umstritten sind. Dem gegenüber bietet die Originarität ein rechtliches Kriterium der Abgrenzung, das lediglich an eine Voraussetzung gebunden ist und sich deshalb zuverlässig beschreiben und ermitteln läßt. Diese einer klaren Rechtsanwendung dienlichen Überlegungen treten aber hinter der Tatsache zurück, daß - wie noch darzulegen ist - die Originarität als das entscheidende Kennzeichen der Staatsgewalt in der Dekolonisation eindeutig bestätigt wird und den Wechsel des Rechtsstatus von der Kolonie zum völkerrechtsfähigen Staat einleuchtend erklärt.

Im Hinblick auf die Originarität ist nunmehr die von Hoffmann gegebene Definition des Staatsbegriffes, die zunächst nur unvollständig wiedergegeben worden war, erneut aufzugreifen.¹⁾ Es heißt dort weiter: " Die im Rahmen der Herrschaftsgewalt erlassene Rechtsordnung muß originär (unabgeleitet, ursprünglich) sein, d.h. sie darf ihre Rechtszugehörigkeit nicht aus einer anderen Rechtsordnung ableiten."

Der Begriff der Originarität der staatlichen Rechtsordnung hat

¹⁾Hoffmann, Teilung, S. 20.

seinen Ursprung im Staatsrecht;¹⁾ er ist jedoch auch für die Bestimmung des völkerrechtlichen Staatsbegriffes unerlässlich.²⁾

Originär ist eine Rechtsordnung, wenn sie ihre Verbindlichkeit für die Normadressaten, d.h. die Staatsbürger und Personen, die sich auf dem Territorium aufhalten, nicht aus einer anderen Rechtsordnung - etwa aus dem Völkerrecht oder irgendeinem anderen Staatsrecht - ableitet,³⁾ sondern ihre Geltung allein aus der Tatsache bezieht, daß auf einem Gebiet effektiv Herrschaft ausgeübt wird. Deshalb ist nicht irgendeine Einsetzungsnorm - insbesondere keine völkerrechtliche⁴⁾ -, sondern die effektive Herrschaft selbst "als ein Phänomen der sozialen Wirklichkeit"⁵⁾ der alleinige und eigentliche Geltungsgrund der staatlichen Rechtsordnung. Mithin ist jede staatliche Rechtsordnung letztlich "Aus-

1) EVerfG E 1/18 u. 34; Hoffmann, Staatsangehörigkeit, S. 310; Maunz S. 213, 216; Wernicke, Kommentierung (IIb) zu Art. 20 GG im "Bonner Kommentar".

2) Hoffmann, Teilung, S. 20 f, 31 f (vgl. auch S. 26 f); ähnlich auch Carvaré S. 336 f; er bezeichnet es als wesentliches Merkmal der Staatsgewalt, die er als Möglichkeit begreift, Entscheidungen zu treffen (pouvoir de décision), daß sie "définitif" und "originnaire" ist: definitiv im Sinne, daß "aucune autorité d'un autre groupe, mais du même ordre, ne peut réduire à néant la décision prise" (es sei denn durch Richterspruch) und originär in der Weise: "...qu'il ne dérive d'aucun autre organ que les siens, d'aucune institution extérieure à lui." Er schließt: "Dans l'ordre international, ensuite, le caractère originnaire du pouvoir de décision de l'Etat suffit à le distinguer d'autres groupements." (So auch schon die 2. Aufl. 1961, S. 309 f.) v. Münch, S. 526, sieht als Erfordernis der Verselbständigung eines Teils eines Staatsgebietes an, "daß sich die neue Rechtsordnung des verselbständigten Staates als originär-eigene Ordnung gegenüber derjenigen des alten Staatsverbandes versteht."

3) Hoffmann, Teilung, S. 21.

4) vgl. Hoffmann, Strafrechtliche Verantwortung, S. 10 f; derselbe, Europäische Gemeinschaften, S. 435. Eine theoretische Auseinandersetzung mit der um eine Einsetzungsnorm kreisenden monistischen (Fortsetzung folgende Seite)

druck effektiver Herrschaft."¹⁾

Die originäre Ableitung der staatlichen Rechtsordnung allein aus der sozialen Wirklichkeit ist nur den Staaten eigentümlich; sie findet sich nicht in Gemeinden, Provinzen oder Kolonien im staatsrechtlichen Sinn,²⁾ weil deren Rechtssetzungsbefugnisse, mögen sie auch von einer weitgehenden Autonomie³⁾ getragen sein, auf einer staatlichen Kompetenzzuweisung beruhen und aus dieser ihre Verbindlichkeit für die Normadressaten beziehen.⁴⁾

2.3.3. Die Ausübung originärer Herrschaft in den ehemals abhängigen Gebieten

Bei der Prüfung, ob in den ehemals abhängigen Gebieten originäre Herrschaft, also Staatsgewalt, ausgeübt wird, ist an den Vorgang der Dekolonisation anzuknüpfen. Sie erfordert, wie die Untersuchung gezeigt hat, zunächst die Beseitigung rechtlicher, insbesondere staatsrechtlicher Abhängigkeit von der Kolonialmacht. Ist dies geschehen, muß sich notwendigerweise die Originarität der sich bildenden oder schon vorhandenen autochtonen Herrschaft und der von ihr begründeten Rechtsordnung einstellen. Denn die Verbindlichkeit der neuen Rechtsordnung für die Normadressaten ist nun in ihr selbst begründet und leitet sich nicht mehr aus dem geschriebenen oder ungeschriebenen

(Fortsetzung) Rechtstheorie würde den Rahmen der Untersuchung sprengen; es genügt, darauf hinzuweisen, daß mit der Annahme der Verbindlichkeit der staatlichen Rechtsordnung aus ihrer Effektivität zugunsten des Dualismus Stellung bezogen wird.

5) Hoffmann, Europäische Gemeinschaften, S. 436.

1) Hoffmann, Strafrechtliche Verantwortung, S. 11.

2) Hoffmann, Teilung, S. 21; vgl. auch Cavaré S. 336.

3) Zum Begriff der Autonomie im Sinne des Staatsrechts vgl. Forsthoff S. 446 mit weiteren Nachweisen.

4) Auf das Verhältnis des Bundesstaates zu seinen Gliedstaaten wird an anderer Stelle noch eingegangen.

Recht der Metropole ab. Nur dort also, wo die neue, die Kolonialmacht ablösende Herrschaft auch die Originarität der von ihr gesetzten oder übernommenen Rechtsordnung im Gefolge hat, kann das Ziel der Dekolonisation, die rechtliche Unabhängigkeit, erreicht werden.

Der Weg von der kolonialen Abhängigkeit zur rechtlichen Unabhängigkeit schließt mithin die Originarität der neuen Rechtsordnung mit ein. Es wäre nämlich unsinnig anzunehmen, daß die neuen Herrscher auch nach der Unabhängigkeit die Verbindlichkeit ihrer Befehle aus der Rechtsordnung der ehemaligen Kolonialmacht herleiteten und auf dieser Grundlage Gehorsam erwarteten. Mag auch die neue Rechtsordnung dem Recht des ehemaligen Mutterstaates weiterhin entsprechen, erforderlich ist nur, worauf v. Münch, ohne der Lehre von der Originarität zu folgen, zu Recht hinweist,¹⁾ "daß sich die neue Rechtsordnung des selbstständigen Staatsteiles als originär-eigene Ordnung gegenüber derjenigen des alten Staatsverbandes versteht."

Dieses Ergebnis bestätigt auch eine Untersuchung, die Scherk²⁾ den Rechtsbeziehungen gewidmet hat, die die ehemaligen afrikanischen Kolonien Frankreichs vor oder nach der Unabhängigkeit mit der Metropole eingegangen sind. Es handelt sich um Kooperations- und sonstige Abkommen, die der Kolonialmacht den Verzicht auf die Kolonien und den neuen Staaten den Weg in die Unabhängigkeit erleichtern sollten. Diese Abkommen sicherten Frankreich weitgehende Befugnisse. Gleichwohl gelangt Scherk³⁾ zu dem Ergebnis, "daß die afrikanischen Staaten formell die oberste gesetzgebende und vollziehende Gewalt auf ihrem Gebiet ausüben, und daß ihre Organe nur unter ihrer Autorität handeln." Dies besagt nichts anderes, als daß die Originarität der neuen afrikanischen Herrschaftsordnungen gegeben ist.

1) S. 526.

2) vgl. S. 49 ff u. 141.

3) S. 141 f.

3. Der räumliche und persönliche Wirkungsbereich der Staatsgewalt

3.1. Das Staatsgebiet

Das Staatsgebiet ist der Raum, in dem die Staatsgewalt mit dem Anspruch auf Ausschließlichkeit wirkt und wirken darf. Diese Feststellung erfordert einen - insbesondere für die aus der Dekolonisation hervorgegangenen Gebiete Afrikas - wichtigen Hinweis. Das Völkerrecht geht zwar regelmäßig von der eindeutigen Festlegung der Ausdehnung eines Territoriums aus,¹⁾ jedoch schließt dies nicht aus, daß der Grenzverlauf oder die Zugehörigkeit von Gebietsteilen zwischen den Staaten streitig ist.²⁾ Das Völkerrecht verlangt deshalb nur, daß "ein unbestrittenes Kerngebiet"³⁾ vorhanden ist. Über dieses Gebiet müssen die Träger der Herrschaftsgewalt verfügungsbefugt sein.⁴⁾

3.2. Das Staatsvolk

Das Staatsvolk bildet die Bevölkerung, die auf dem Staatsgebiet als dem räumlichen Geltungsbereich effektiver und originärer Herrschaftsmacht ansässig und dieser Herrschaft unterworfen ist. Das Band, das sie zu einem Staatsvolk zusammenfaßt, ist lediglich ein staatsrechtliches. Es ist deshalb unbeachtlich, ob das Staatsvolk eine "Nation im soziologischen Sinne" darstellt. Die Menschen, die das Staatsvolk bilden, können vielmehr verschiedene Sprachen sprechen, verschiedenen Rassen, Religionen, Volksteilen und Völkern angehören.⁵⁾ Auch diese Feststellung ist wichtig

1) Dahm I S. 76

2) Dahm I S. 76; vgl. dazu auch Higgins S. 17-20, insbesondere S. 20.

3) Verdross S. 194.

4) Hoffmann, Teilung, S. 20 (vgl. auch Hoffmann, Europäische Gemeinschaften, S. 435); Verdross S. 267 f.

5) vgl. dazu Berber I S. 116; vgl. auch Hoffmann, Teilung, S. 21 f; Dahm I S. 76.

für die afrikanischen Verhältnisse.

3.3. Staatsgebiet und Staatsvolk der ehemals abhängigen Gebiete

Die beiden Staatselemente "Volk und Gebiet" werden von im wesentlichen formalen Gesichtspunkten bestimmt; ihre Beurteilung fällt deshalb auch hier nicht schwer. Die Staatsgrenzen entsprechen den ehemaligen Kolonialgrenzen; gleichgültig ob sie natürliche oder von den Kolonialmächten willkürlich, ohne Rücksicht auf die Volkszugehörigkeit der Bevölkerung gezogene Grenzen sind. Es ist auch nicht erforderlich, daß sich die neuen Staatsgrenzen schon in der Staatenwirklichkeit als scharfe Trennungslinien zwischen zwei Herrschaftsgebieten herausgebildet haben, wenn die Staatsgewalt einen Kern eines Herrschaftsreiches aufweisen kann.

In den emanzipierten Gebieten sind Menschen ansässig, die der Staatsgewalt unterworfen sind. Sie bilden das Staatsvolk. Ob sich die Bevölkerung schon in einer homogenen Gesellschaft im Sinne des soziologischen Nationenbegriffes organisiert hat, ist bedeutungslos, so lange dieser Mangel nicht die Entstehung einer - vielleicht erst bescheidenen - Staatsgewalt verhindert.

4. Die Staatlichkeit der ehemals abhängigen Gebiete als Ergebnis

Es genügt, wie dargelegt, nur von ganz geringen, im wesentlichen formalen Voraussetzungen auszugehen, um die Staatlichkeit der ehemals abhängigen Gebiete anerkennen zu können. Diesen Anforderungen kann jede junge Herrschaft genügen. Es reicht letztlich aus, festzustellen, daß die Gewährung der Unabhängigkeit nicht von Anarchie begleitet wurde. Selbst ein später nachfolgender vorübergehender Zusammenbruch jeder Staatsgewalt¹⁾ wie im ehemals belgischen Kongo bleibt bedeutungslos, wenn sie sich nachher wieder festsetzt. Auch ein Ringen um die Macht im Staate, das seinen Bestand nicht in Frage stellt, weil die widerstreitenden

¹⁾ vgl. Dahm I S.90 f.

Gruppen keine Sezession betreiben, ist unbeachtlich.¹⁾ Die Staatseigenschaft der emanzipierten Kolonien kann, so gewichtig die Bedenken hinsichtlich der Staatsreife und der Lebensfähigkeit mancher neuen Staaten als sich selbsttragende, unabhängige Gemeinschaften sind, nicht bezweifelt werden.

Die Gleichsetzung der Aufhebung der kolonialen Abhängigkeit mit der Begründung der Staatlichkeit des ehemaligen Kolonialgebiets hält einer rechtlichen Überprüfung stand. Es bleibt deshalb nur noch zu fragen, wie es sich mit der internationalen Rechtspersönlichkeit und Unabhängigkeit verhält.

5. Die Rechts- und Handlungsfähigkeit der aus der Dekolonisation hervorgegangenen Staaten

5.1. Originarität und Völkerrechtssubjektivität

Ein unverzichtbares Kriterium der Staatlichkeit eines territorialen Herrschaftsverbandes ist die Originarität seiner Rechtsordnung. Es stellt sich die Frage, ob die Originarität ohne weiteres auch die Völkerrechtssubjektivität des Staates im Gefolge hat; das kann zweifelhaft sein, denn auch der Gliedstaat eines Bundesstaates übt originäre Herrschaft aus,²⁾ ohne daß er notwendigerweise Völkerrechtssubjektivität besitzen muß.

Es ist der besondere Vorteil des Begriffes der Originarität, nicht auf den völkerrechtlichen Staatsbegriff beschränkt zu sein,

1) Dafür gibt das unruhige Dahomey - heute Benin - (5 Staatsstreichs und 8 Staatschefs in 10 Jahren) ein Beispiel. 1970 stritten sich 3 Präsidentschaftskandidaten mit regionalem Anhang um die Macht, wobei auch mit Sezession gedroht wurde. Zuletzt bildeten sie - ohne damit Erfolg zu haben - einen Präsidentschaftsrat mit wechselndem Vorsitz alle 2 Jahre (vgl. Krabbe in FAZ v. 9.4., 15.4., 24.4., 14.5.1970). Im übrigen haben wir in Afrika keine Beispiele erfolgreicher Sezession oder Dismembration.

2) Cavaré S.337; Hoffmann, Staatsangehörigkeit, S.310; Maunz S.213, 216; Wolff S.16; Wernicke, Erläuterungen (IIB) zu Art.20 GG im " Bonner Kommentar ".

sondern auch den Staat im Sinne des Staatsrechtes zu erfassen und damit auch die Staatlichkeit der Gliedstaaten eines Bundesstaates erklären zu können. Gleichwohl sind Völkerrechtssubjektivität und Staatlichkeit nicht notwendig miteinander verbunden.¹⁾ Im Gegenteil, ebenso wie ein Territorium (z.B. ein Treuhandgebiet) Völkerrechtssubjektivität besitzen kann, ohne ein Staat zu sein, kann Staaten die Völkerrechtsfähigkeit fehlen. Dies ist der Fall bei Staaten, die einen Bundesstaat bilden, wenn sie vom internationalen Rechtsverkehr durch die Bundesverfassung "abgeriegelt" sind.²⁾

Teilen sich auf einem Territorium die Gliedstaaten mit dem Bundesstaat die einem Staat regelmäßig zustehenden Herrschaftsbefugnisse, so üben die Gliedstaaten nur insoweit eigene Staatsgewalt aus, als sie originär Recht setzen. Ihre Staatlichkeit ist somit auf den Bereich beschränkt, auf dem ihnen die Bundesverfassung Kompetenzen belassen hat.³⁾ Völkerrechtsfähigkeit könnte ihnen also auch nur dort zukommen, wo sie in den ihnen überlassenen Bereichen originäre Herrschaft ausüben. Die Völkerrechtsfähigkeit wäre mithin beschränkt. Weiterhin könnte aus der Tatsache, daß die Ausübung originärer Herrschaft zwischen dem Bund und seinen Gliedern aufgeteilt ist, folgen, daß auch der Bundesstaat selbst nur eine beschränkte Völkerrechtsfähigkeit besitzt.⁴⁾ Für das Völkerrecht sind aber andere Kriterien maßgebend.

Aus seiner Sicht ist die gliedstaatliche Gewalt in die Staatsgewalt des Bundesstaates, der in der Regel auch die auswärtige Kompetenz allein ausübt,⁵⁾ gleichsam eingefügt. Unabhängig von der inneren, verfassungsmäßigen Kompetenzverteilung geht das Völkerrecht davon aus, daß der Bundesstaat die originäre Herrschaft eines Gliedstaates beseitigen oder wenigstens in ihren Wirkungen

1) vgl. Mosler, Verfassungen, S. 143; Hoffmann, Staatsangehörigkeit, S. 311.

2) Mallmann S. 641, 642; Mosler, Verfassungen, S. 145, 146.

3) Wolff S. 16.

4) vgl. auch Mosler, Verfassungen, S. 162.

5) Mosler, Verfassungen, S. 138; Verdross S. 195.

nach außen beschränken kann. Denn der Bundesstaat ist eine ausschließlich staatsrechtliche Verbindung, deren Organisation also vom Staatsrecht, nicht vom Völkerrecht bestimmt wird. Nach internationalem Recht steht es daher dem Staat frei, seine Gliederung selbstständig zu regeln und damit auch die Staatsgewalt selbst zu dezentralisieren, also zwischen Bund und Ländern aufzuteilen.¹⁾²⁾

Dem stehen auch verfassungsrechtliche Hindernisse - wie etwa Art. 79 GG - nicht entgegen, da der "Staat durch den Träger des pouvoir constituant jederzeit im Stande ist, derartige verfassungsrechtliche Verbote zu beseitigen."³⁾

Für das Völkerrecht ist deshalb allein der Bundesstaat ein notwendiges Völkerrechtssubjekt. Daneben kann dem Gliedstaat eine partielle Völkerrechtsfähigkeit⁴⁾ zukommen, wenn er nach der Bundesverfassung äußere Rechts- und Handlungsfähigkeit besitzt. Diese Teilrechtsfähigkeit ist jedoch nur abgeleiteter Natur; sie ist zwar ursprünglich insofern, als sie auf der Ausübung originärer Herrschaft beruht, aber nicht dergestalt, daß sie von der Staatengemeinschaft einfach hingenommen werden muß. Sie bedarf vielmehr der konstitutiven Anerkennung durch die Staaten.⁵⁾⁶⁾ Auch dies folgt daraus, daß der Bundesstaat die Voraussetzungen partieller Völkerrechtsfähigkeit seiner Gliedstaaten - für die Völkerrechtsordnung verbindlich - beschränken oder beseitigen kann.⁷⁾ Mithin hat die Originarität einer Herrschaftsordnung - als konstitutives Merkmal der Staatlichkeit - die geborene Völkerrechtssubjektivität dort u n n o t t e l b a r im Gefolge, wo keine Möglichkeit besteht, sie wirksam durch eine andere staatliche -

1) Verdross S. 195; Mosler, Verfassungen, S. 140

2) Heilborn S. 685; Verdross S. 195; Berber I S. 144.

3) Hoffmann, Europäische Gemeinschaften, S. 438.

4) vgl. Hoffmann, Staatsangehörigkeit, S. 311.

5) Verdross S. 196; Mosler, Verfassungen, S. 132.

6) Also im Gegensatz zu der deklarativen Wirkung der Anerkennung der Staaten (vgl. Anm. 1 auf S. 53).

7) Verdross S. 195; Mosler, Verfassungen, S. 132.

also bundesstaatliche - Rechtsordnung zu beschränken.¹⁾

Abgesehen von dem Ausnahmeverhältnis der Gliedstaaten zum Bundesstaat ist die Originarität einer Herrschaftsordnung nicht nur eine unverzichtbare Voraussetzung der Staatlichkeit, sondern macht auch den Staat zu einem notwendigen Völkerrechtssubjekt.

5.2. Die Völkerrechtssubjektivität der neuen Staaten

Die Völkerrechtssubjektivität der neuen Staaten folgt also aus der Originarität ihrer Herrschaftsordnung; von ihr ist auszugehen. Dort, wo die Dekolonisation Bundesstaaten geschaffen hat, wie in Nigeria, ist der Bundesstaat völkerrechtsfähig.

5.3. Ihre Unabhängigkeit

5.3.1. Originarität und Unabhängigkeit

Aus der Tatsache, daß die Originarität einer Herrschaftsordnung nicht nur den Staat begründet (siehe oben), sondern auch regelmäßig seine Völkerrechtssubjektivität zur Folge hat, ergibt sich nicht, daß dem Begriff der Unabhängigkeit oder Souveränität keine

¹⁾ Auch völkerrechtliche Verträge können die Handlungsfähigkeit der Staaten in bestimmten Bereichen üblicher staatlicher Betätigung einschränken (vgl. z.B. StIGH, Fall Wimbledon, Urteil v. 28.6.1923, Serie A, Nr.1 S.25; Dahm I S. 168-169), ebenso internationale Gemeinschaften - wie die Europäischen -, wenn ihnen auf Grund völkerrechtlicher Gestattung auf bestimmten Gebieten staatliche Betätigung ermöglicht wird, selbst effektive Herrschaft auszuüben (siehe dazu Hoffmann, Europäische Gemeinschaften, insbesondere S. 437); aber beide Erscheinungen berühren regelmäßig nicht die geborene Völkerrechtssubjektivität der betroffenen Staaten.

Bedeutung mehr zukommt.¹⁾ Denn die Originarität einer Rechtsordnung sagt nichts darüber aus, auf welche Weise der Inhalt dieser Rechtsordnung bestimmt wird. Es berührt die Originarität einer Rechtsordnung nicht, wenn ihr Inhalt entweder durch das Völkerrecht, insbesondere durch völkerrechtliches Vertragsrecht, oder durch fremdes staatliches Recht bestimmt wird.²⁾ Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn ein Gliedstaat ein Gesetz erläßt, mit dem ein bundesstaatliches Rahmengesetz ausgefüllt wird. Dagegen läßt sich Unabhängigkeit schlagwortartig als die Freiheit der Staatsorgane von rechtlich verbindlichen Weisungen von außen kennzeichnen.³⁾

Werden unter diesem Gesichtspunkt Originarität und Unabhängigkeit gegenübergestellt, wird offensichtlich, daß es auf die Originarität keinen Einfluß hat, wenn an die zuständigen Organe des Staates verbindliche Weisungen von außen gerichtet werden, solange den Staatsorganen die Möglichkeit verbleibt, solche Weisungen selbst in originäres, also auf ihrer Rechtsetzungsbefugnis beruhendes nationales Recht umzusetzen oder ihnen auf Grund einer - wiederum in Ausübung effektiver, originärer Herrschaft gesetzten - nationalen Norm für die Adressaten (Organe oder Einzelpersonen) Verbindlichkeit zu verleihen. In beiden Fällen ist für die Normadressaten nur die effektive, originäre Herrschaft des eigenen Staates der eigentliche Geltungsgrund für die Verbindlichkeit des Rechts, mag auch sein Inhalt fremdes bestimmt sein.⁴⁾

Man wird einen Staat, der solche Weisung regelmäßig hinzunehmen verpflichtet ist, schwerlich als unabhängig bezeichnen können, die Originarität berührt ein solcher Tatbestand aber nicht.

1) So wohl Zwecker S.150-156.

2) vgl. Hoffmann, Teilung, S.28; Zwecker S.155 f.

3) vgl. dazu Berber I S.126.

4) vgl. Hoffmann, Teilung, S.26-28. Für eine Fremdbestimmung staatlichen Rechts bieten die EWG-Richtlinien nach Art.189 Abs.3 EWGV ein treffendes Beispiel, ebenso die Transformation von völkerrechtlichem Vertragsrecht in nationales Recht.

Fehlende Unabhängigkeit läßt also die Originarität einer Rechtsordnung solange unberührt, wie sie, die Originarität, selbst nicht eingeschränkt oder beseitigt wird. Wird die Originarität einer Herrschaft von einem anderen Staat beseitigt, geht nicht nur die Unabhängigkeit, sondern auch die Staatlichkeit unter, denn eine neue, originäre Rechtsordnung verdrängt die alte und wird damit der Geltungsgrund des neuen Rechts. Der ehemals unabhängige Staat sinkt in den Rang einer Provinz ab. Wird sie dagegen nur eingeschränkt, verliert der Staat ebenfalls seine Unabhängigkeit, existiert aber als Gliedstaat weiter. Es wird eine staatsrechtliche Abhängigkeit begründet.

Aus allem folgt: Originarität ist kein Synonym für die Unabhängigkeit, noch ersetzt sie die Unabhängigkeit durch eine neue Rechtsfigur. Originarität ist ein konstitutives Merkmal des Staates und als solches Voraussetzung für eine unabhängige Staatlichkeit. Der völkerrechtliche Inhalt des Begriffes Unabhängigkeit ist auf dieser Grundlage zu definieren.

5.3.2. Unabhängigkeit als Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit

Die Handlungsfähigkeit eines völkerrechtsfähigen Staates hat verschiedene Aspekte: sie umfaßt neben der eigentlichen Handlungsfähigkeit auch die Entscheidungsfähigkeit,¹⁾ die dem staatlichen Handeln vorausgeht; außerdem wirkt sie nach außen und innen: sie hat also eine internationale, völkerrechtliche, aber auch eine innerstaatliche Seite.

Die völkerrechtliche Handlungsfähigkeit ist "die Fähigkeit, völkerrechtliche Rechtswirkungen durch eigene Handlungen zu erzeugen."²⁾ Im innerstaatlichen Bereich wirkt sich die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit dahingehend aus, daß sich der Staat in-

1) Darauf wies schon Bluntschli, S. 88, hin; er spricht von der Freiheit des Staates, "ohne Behinderung fremder Staaten seinen eigenen Staatswillen selbst zu bestimmen und nach eigenem Ermessen zu äußern und zu betätigen."

2) Kunz, Handlungsfähigkeit, S. 520.

nerhalb seines staatlichen Kompetenzbereiches, d.h. innerhalb des Sachbereiches, "der der autonomen Regelung der Staaten innerhalb ihres Herrschaftsgebietes vorbehalten ist,"¹⁾ frei betätigen kann.

Die Handlungsfähigkeit knüpft an die Völkerrechtssubjektivität des Staates an; Völkerrechtssubjektivität und Handlungsfähigkeit sind aber nicht notwendig miteinander verbunden, beide Rechtsinstitute heben sich vielmehr scharf voneinander ab.²⁾ So ist zum Beispiel ein Treuhandgebiet rechts-, aber nicht handlungsfähig. Dieses Auseinanderklaffen von Rechts- und Handlungsfähigkeit finden wir auch bei Staaten. Der Rechtsfähigkeit, die ein Staat als geborenes Völkerrechtssubjekt besitzt, braucht demnach nicht die volle Handlungsfähigkeit zu entsprechen; sie kann vielmehr eingeschränkt sein oder völlig fehlen.³⁾ Das ist aber ein ungewöhnlicher Zustand. In der Regel unterliegt ein Staat solchen Einschränkungen nicht.

Die Unabhängigkeit ist mithin die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit eines völkerrechtsfähigen Staates. Die tatsächliche Fähigkeit, unabhängig zu entscheiden und zu handeln (actual independence) ist auch hier nicht zu fordern. Die Gründe sind die gleichen, die schon beim Unabhängigkeitsbegriff der Vereinten Nationen dargelegt wurden.⁴⁾ Die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit ist eine rechtliche Befugnis, die Rechtsmacht eines Staates. Es handelt sich hier also um rechtliche Unabhängigkeit.

Dieses Ergebnis läßt sich auch mit der Begriffsbestimmung der Unabhängigkeit, wie sie die Generalversammlung in der Faktorenliste vorgenommen hat, vereinbaren.

Da sich Staatlichkeit und Völkerrechtssubjektivität nach anderen Kriterien bestimmen, als sie in der Liste der Befugnisse, die nach Ansicht der Generalversammlung einen unabhängigen Staat aus-

¹⁾ Mosler, Bräutigam S.317.

²⁾ Kunz, Handlungsfähigkeit, S.521; Verdross S.190.

³⁾ Knubben S.263; Kunz, Handlungsfähigkeit, S.520; Mosler, Völkerrechtsfähigkeit, S.667; Verdross S.196 f.

⁴⁾ vgl. Ausführungen auf S.33-35.

zeichnen, enthalten sind, kann nach der hier vertretenen Auffassung die Beschreibung der Unabhängigkeit (oder der vollständigen Selbstregierung) in der Faktorenliste nichts anderes sein als eine umfassende Beschreibung der Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit eines Staates. Auch wenn die Originarität in das Zentrum des Staatsbegriffes gerückt wird, behält die vollständige Selbstregierung als Beschreibung der Unabhängigkeit durchaus ihre Bedeutung. Sie konstituiert zwar weder den Staat, noch begründet sie seine Völkerrechtssubjektivität, sie ist aber Ausdruck seiner Fähigkeit, seine inneren und äußeren Angelegenheiten selbst zu regeln.

5.3.3. Die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit als Gegenstand vertraglicher Vereinbarungen

Völkerrechtliche Vereinbarungen erfassen regelmäßig, weil der Vertragsgegenstand zur Disposition der Vertragsparteien stehen sollte, Bereiche, in denen die Vertragsparteien Entscheidungs- und Handlungsfreiheit besitzen. Folglich hat eine völkerrechtliche Vereinbarung gewöhnlich Einfluß auf die Entscheidungs- und Handlungsfreiheit der Vertragspartner. Dies gilt insbesondere für Regelungen zukünftiger Tatbestände; denn Gegenstand solcher Verträge ist das spätere Verhalten eines Staates. Mithin wird die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit für die Zukunft eingeschränkt; ein Abweichen vom vereinbarten Verhalten wäre Vertragsbruch.

Die Frage, wieweit die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit durch Vertrag eingeschränkt werden kann, ohne die Unabhängigkeit des Staates zu vernichten, stellt sich in der Dekolonisation; so haben beispielsweise in Afrika die Nachfolgestaaten Frankreichs mit der Metropole weitreichende Vereinbarungen zur Regelung zukünftiger Sachverhalte getroffen, die Zweifel an der Unabhängigkeit aufkommen ließen.

5.3.3.1. Die Auswirkungen vertraglicher Vereinbarungen auf die Unabhängigkeit

5.3.3.2. Das Problem

Schwierig ist die Feststellung, wie weit vertragliche Abmachungen reichen können, ohne die Unabhängigkeit des Staates zu beeinträchtigen. Es gilt auch hier, rechtliche Kriterien zu finden, die - ohne praktische Schwierigkeiten - zu einer einheitlichen Beurteilung führen können.

5.3.3.3. Die Begründung eines Verhältnisses rechtlicher Über- / Unterordnung als Verlust der Unabhängigkeit

Die Staaten stehen sich bei Vertragsverhandlungen in rechtlicher Gleichordnung gegenüber und schließen ihre Verträge auf dem Boden der Gleichberechtigung ab. Der StIGH stellte in seinem Urteil vom 28.6.1937 über die Ableitung von Wasser aus der Mosel fest,¹⁾ daß aus der Gleichberechtigung der Vertragspartner ihre Absicht abzuleiten sei, sich gleiche Rechte zu gewähren und gleiche Pflichten aufzuerlegen. Eine diesen Grundsatz verletzende "vereinbarte" Ungleichheit müsse sich eindeutig aus dem Vertrag ergeben.²⁾ Aber selbst die auf dem Austausch von Leistung und Gegenleistung beruhenden "gleichen" Verträge, insbesondere solche, die zukünftige Tatbestände regeln, berühren die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Vertragschließenden und haben somit Einfluß auf die tatsächliche Unabhängigkeit der Vertragspartner. Da die Staaten in vielfältige Vertragsbeziehungen zueinander treten, ist ihre Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit vertraglichen Bindungen unterworfen, die mehr oder weniger ihre tatsächliche Unabhängigkeit einschränken. Es ist zu fragen, wann ein Zustand erreicht wird, der nicht nur die tatsächliche, sondern auch die rechtliche Unabhängigkeit beseitigt.

Ein solcher Zustand tritt nicht schon dann ein, wenn kein ausgewogenes Verhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung besteht. Selbst Friedensverträge oder sonstige aus einer überlegenden Machtstellung heraus geschlossene Verträge, die einseitige Verpflichtungen für einen Vertragspartner begründen, müssen nicht

1) StIGH Serie A/B Nr. 70.

2) StIGH a.a.O. S. 20.

notwendig dessen Unabhängigkeit beeinträchtigen.

Bei Verträgen, die die Ausgewogenheit von Leistung und Gegenleistung verletzen, ist die mögliche Beeinträchtigung der Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit nicht gleichmäßig auf die Vertragsparteien verteilt. Sieht man aber von diesem Mißverhältnis ab und betrachtet allein den belasteten Vertragspartner, ist festzustellen, daß seine Lage nicht anders wäre, wenn er - nicht aus einer ungleichen Position handelnd - dem anderen Vertragspartner gleichwertige Zugeständnisse abgerungen hätte. Es kommt also nicht auf die Unausgewogenheit von Leistung und Gegenleistung an; es muß vielmehr auch die Gleichordnung der Vertragspartner selbst beeinträchtigt werden.

Welche Verträge können diese Auswirkung haben? Ein treffendes Beispiel für den Verlust der ursprünglichen Stellung des Vertragspartners bietet der Abschluß eines Vertrages zur Gründung eines Bundesstaates.

Ein Vertrag, der einen Bundesstaat errichtet, hat zur Folge, daß der Bundesstaat nunmehr geborenes Völkerrechtssubjekt wird und den Vertragspartnern als Gliedstaaten, soweit sie überhaupt noch äußere Handlungsfähigkeit besitzen, nur eine beschränkte Völkerrechtsfähigkeit verbleibt. Der den Bundesstaat konstituierende völkerrechtliche Vertrag, der mit seinem Abschluß durch Rezeption auch zum Staatsrecht wird,¹⁾ begründet die äußerste Form der Abhängigkeit, nämlich die staatsrechtliche. Er ist das auffälligste Beispiel eines die völkerrechtliche Stellung verändernden Vertrages. Doch interessiert er hier nicht weiter, da er nicht nur die völkerrechtliche Handlungsfähigkeit, sondern auch die Rechtsfähigkeit des Staates selbst beseitigt oder beschränkt. Er kann, da hier die Unabhängigkeit uneingeschränkt rechtsfähiger Staaten untersucht wird, außer Betracht bleiben.

Es muß sich also um Verträge handeln, die die Völkerrechtsfähigkeit nicht berühren, aber gleichwohl die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit eines Staates über das übliche Maß hinaus einschränken; das sind solche Verträge, die nicht einen Sachverhalt

¹⁾vgl. Verdross S.354 f.

abschließend oder bestimmte Sachverhalte für die Zukunft regeln, sondern einfach Hoheitsbereiche des Staates, wie etwa die Außenpolitik, die Verteidigungspolitik, die Finanzpolitik eines Vertragspartners ganz oder teilweise übertragen, ohne daß über allgemeine Versicherungen hinaus die Ausübung der Befugnisse im einzelnen geregelt ist; aber selbst dort, wo die Ausübung näher geregelt ist, wird es sich nur um eine generelle Bindung des Ermessens für die Zukunft handeln. In solchen Verträgen werden also nicht mehr konkrete Sachverhalte behandelt, sondern die Entscheidungs- und Handlungsfreiheit für bestimmte Hoheitsbereiche s e l b s t zum Gegenstand des Vertrages gemacht und übertragen.¹⁾ Es liegt auf der Hand, daß nach Abschluß solcher Verträge die Stellung des einen Vertragspartners zum anderen nicht mehr die gleiche ist.

Verträge, die Entscheidungs- und Handlungsbefugnisse übertragen, treten in drei Ausgestaltungen auf, jedoch nicht jede vernichtet die Gleichordnung der Vertragspartner. Es handelt sich um folgende Verträge:

Die Vertragsstaaten gründen einen Staatenbund, dem sie - wie es die Regel ist - Befugnisse übertragen, die ihre Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit beschränken. Aber selbst wenn dem Staatenbund in bestimmten staatlichen Bereichen eigene Kompetenzen eingeräumt werden, bleibt es sein Kennzeichen, daß seine Beziehungen zu seinen Mitgliedern auf Völkerrecht beruhen und die ihm eingeräumte Rechtsfähigkeit - gegenüber der seiner Mitglieder - nur partiell und von ihnen abgeleitet ist.²⁾

Eine ähnliche Situation ergibt die Gründung einer mehrere Staaten verbindenden supranationalen Organisation wie etwa die Europäischen Gemeinschaften, die man als "Herrschaftsverbände mit eigener und eigenständiger (originärer) Rechtsordnung" bezeichnen kann.³⁾ Auch sie sind, unabhängig vom Umfang der ihnen über-

1) Hoffmann, Teilung, S. 32.

2) siehe oben S. 83-86; Verdröss S. 190, 195 f.

3) Hoffmann, Europäische Gemeinschaften, S. 435. Sie sind aber keine Staaten, weil sie kein "Staatsgebiet", über das sie verfügen können (Hoffmann aaO S. 435; vgl. auch S. 81 u. dort Anm. 4), besitzen.

tragenen Befugnisse, nur partielle, abgeleitete Völkerrechtssubjekte,¹⁾ welche die Völkerrechtsfähigkeit der Mitglieder unberührt lassen. Der Mitgliedschaft in einem Staatenbund oder in einer - wie oben näher bezeichneten - supranationalen Organisation ist also gemein, daß sie die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit einschränkt, aber die geborene Rechtsfähigkeit der Mitgliedstaaten nicht berührt.

Zuletzt kann ein Vertragspartner einem anderen Staat seine völkerrechtliche Handlungs- und seine Entscheidungsfähigkeit in wichtigen Hoheitsbereichen ganz oder teilweise überlassen mit der Folge, daß dieser berechtigt ist, seinen Vertragspartner, soweit die Übertragung reicht, zu binden und gegebenenfalls auch völkerrechtlich zu vertreten, ohne von irgendwelchen Weisungen oder nur von allgemeinen, bei Vertragsschluß formulierten Richtlinien abhängig zu sein. Die Überlassung der völkerrechtlichen Vertretung in solchen Verträgen ist nur der sichtbare Ausdruck der neuen Beziehungen der Vertragspartner zueinander, notwendig ist eine solche Überlassung nicht. Denn ein Staat kann sich, auch ohne die Vertretungsmacht zu übertragen, materiell ebenso binden, indem er sich mit völkerrechtlicher Verbindlichkeit hinsichtlich bestimmter Hoheitsbefugnisse auf Dauer den Weisungen des anderen Vertragspartners unterwirft oder seine Entscheidungen von dessen Zustimmung abhängig macht.²⁾ Auch bei solchen Rechtsbeziehungen bleibt die geborene Völkerrechtsfähigkeit des Staates, der sich in der oben genannten Weise seiner Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit begibt, erhalten.³⁾

Soweit auf einen Staatenbund oder eine supranationale Organisation Befugnisse übertragen werden, tritt materiell eine Unterordnung des Mitglieds zum neu geschaffenen Rechtssubjekt ein. Gleichwohl berührt dieses Verhältnis die Unabhängigkeit nicht.

1) Windschledler, Internationale Organisation, S. 79 f.

2) vgl. dazu bei Rousseau, Indépendance, S. 234, als Beispiele die Stellung Monacos zu Frankreich und die Österreichs unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg.

3) vgl. den Status des Protektorats Marokko (ICJ Reports 1952 S. 188).

Selbst wenn überlassene Befugnisse denen des Protektors ähneln, kann die Unterordnung unter den Willen des Staatenbundes oder der internationalen Organisation nicht darüber hinwegtäuschen, daß beide nur partielle, vom Willen ihrer Schöpfer abhängig Rechtssubjekte sind, die erst durch die Vereinbarung, aus der die tatsächliche Unterordnung folgt, geschaffen und durch Vereinbarung wieder beseitigt werden können. Neben diesem nicht nur formalen Unterschied ist jedoch entscheidend, daß bei einem Staatenbund oder bei einer supranationalen Organisation die Mitgliedstaaten durch ihre Vertreter bei der Willensbildung in den Gemeinschaftsorganen mitwirken. Dem abhängigen Staat ist jedoch eine Mitwirkung an den Entscheidungen des Staates, von dem er abhängt, versagt.¹⁾

Das völkerrechtliche Über-/Unterordnungsverhältnis muß also zu einem Staat eingegangen worden sein. Die Begründung eines solchen Verhältnisses verändert nicht nur die Stellung der Vertragspartner zueinander, sondern zeigt darüber hinaus Wirkungen. Denn dort, wo ein Staat zu einem anderen ein Verhältnis rechtlicher Über-/Unterordnung eingeht, verzichtet er nicht nur auf seine Gleichberechtigung gegenüber diesem Staat, sondern verkürzt auch seine Rechtsstellung gegenüber dritten Staaten.²⁾

1)Herber I S.147 f beschreibt die Abhängigkeit wie folgt:"...der abhängige Staat...ist an der Bildung des staatlichen Willens des herrschenden Staates nicht beteiligt, seine Bürger sind rechtlich benachteiligt gegenüber den Bürgern des herrschenden Staates, da ihnen die Kontrolle über einen Teil ihrer Angelegenheiten entzogen ist, während die Bürger des herrschenden unabhängigen Staates nicht nur ihre eigenen Angelegenheiten allein kontrollieren, sondern auch einen Teil der Angelegenheiten eines fremden Staates."

2)v.Liszt-Fleischmann S.99 f."Der halbsouveräne Staat ist... nicht vollberechtigtes Mitglied der Völkerrechtsgemeinschaft." Die Staatengleichheit als direkten Ausfluß aus der Souveränität oder Unabhängigkeit sehen ebenfalls an:Rivier S.116;Goodrich, Hambro(2.Aufl.)S.100;Delbez S.83;Vellas S.247;Schwarzenberger, International Law,S.125.

Denn die Staaten erkennen nur entscheidungs- und handlungsbefugte (unabhängige) Staaten als gleichberechtigt an, weil der Verlust der Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit auch den Verlust effektiver Rechtsmacht bedeutet. So sind, abgesehen von den originären Mitgliedern - unter denen sich auch nicht unabhängige Staaten, wie etwa die Ukraine, Weißrussland und das noch nicht vollständig dekolonisierte Indien¹⁾ befanden - abhängige Staaten wie die Protektorate Marokko und Tunesien - erst nach ihrer Unabhängigkeit in die Vereinten Nationen aufgenommen worden, obwohl ihre Staatslichkeit und Völkerrechtsfähigkeit vorher anerkannt wurden.²⁾ Es fehlte ihnen die unvorvernechte Gleichheit³⁾, auf die sich die Beziehungen der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen untereinander gründen (Art. 2 Abs. 1 UNF. S. 545). Aus diesen Gründen sehen auch manche Autoren Unabhängigkeit und unvernechte Gleichheit als ideologische Begriffe an.⁴⁾ In diesem Sinne

1) Vgl. dazu Klein S. 304-309 (Fol. f.); vgl. dazu auch Jellin S. 70-72 f.

2) Vgl. dazu Frowdembert, Marokko, Tunesien, S. 470 f. und S. 481.

3) Vgl. Higgins S. 41-47; sie schreibt: "Where the claim has been for comprehensive participation, the UN has required the applicant to maintain a high degree of sovereignty in the conduct of its foreign relations (S. 71 f)...an examination of practice before the General Assembly and Security Council reveals that the lack of ability of a state to conduct its own foreign relations has been regarded as significant, and in no case where sovereign rights in this regard have been curtailed has an entity been admitted to membership in the United Nations." (S. 36 f.)

4) Die Gleichheit der Staaten gehört zu den meistdiskutierten Grundsätzen des Völkerrechts (Schaumann, Gleichheit, S. 2). Die grundsätzliche Anerkennung des Prinzips der Gleichheit als Rechtsgleichheit kann aber als herrschend bezeichnet werden. Für viele: Delbez S. 83; Mourquin S. 47; MacIver S. 59; Goodrich, Hambro (2. Aufl.) S. 100; Clark, Sohn S. 85.

5) So Gunst S. 94-104 (103 f.); Dahm LS. 164; Westlake S. 338; so wohl auch Scherk S. 5 f. und Guggenheim S. 164.

hat Gleichheit hier nicht die Bedeutung eines Grundrechtes, unter dem man gewöhnlich bestimmte einzelne Rechte¹⁾, in der Regel Verfahrensbestimmungen in internationalen Organisationen²⁾ und vor internationalen Gerichten³⁾ zusammenfaßt, sondern ist die Beschreibung der normalen Rechtsstellung⁴⁾ eines Staates in der Staatengemeinschaft. Mit Recht wies Gunst⁵⁾ schon 1953 darauf hin, daß das Streben nach Unabhängigkeit und Souveränität in erster Linie ein Streben nach Gleichberechtigung ist. Die Unabhängigkeit eines Staates geht mithin verloren, wenn er ein Rechtsverhältnis der Unterordnung zu einem anderen Staat eingeht.

5.4. Ergebnis der Untersuchung des Unabhängigkeitsbegriffes

Auch die rechtliche Unabhängigkeit kann, ungeachtet einer möglichen faktischen Abhängigkeit von einem anderen Staat und ungeachtet der Interdependenz der Staaten in der heutigen Staatengemeinschaft, nach einem - wenn auch formalen - Kriterium sicher bestimmt werden.

Unabhängigkeit ist die rechtliche Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit eines v ö l k e r r e c h t s f ä h i g e n Staates. Sie besteht fort, unabhängig von der Zahl und dem Gewicht der eingegangenen Verträge, es sei denn, der Staat geht vertraglich ein Unterordnungsverhältnis zu einem anderen Staat ein.⁶⁾

Tatsächliche Unabhängigkeit (actual independence) ist nicht Teil

1) vgl. dazu Schwarzenberger, International Law, S.125; Berber I S.210-221; Wengler II S.1036 f.

2) vgl. dazu besonders Boutros-Ghali, Le principe, S.22-29.

3) vgl. Berber I S.217.

4) Dies kommt deutlich bei Rivier, S.116, zum Ausdruck: Gleichheit wird vermutet, Ungleichheiten müssen bewiesen werden.

5) S.103; vgl. auch für Afrika: Touré S.146 f; Mazrui, UN, S.513; Yakemtchouk S.17.

6) Ähnlich auch Anzilotti im o.g. Sondervotum (A/B 41); er fordert eine "autorité légale" über den abhängigen Staat.

des Rechtsbegriffs der Unabhängigkeit. Sie kann als p o l i -
t i s c h e Unabhängigkeit bezeichnet werden.

5.5. Die Unabhängigkeit der aus der Dekolonisation hervorgegan- genen Staaten

Dekolonisation bedeutet den völligen Abbau unterordnender Rechts-
beziehungen zu einem anderen Staat. Deshalb sind Vertragsbezie-
hungen zu anderen Staaten, welche die Unabhängigkeit ausschlies-
sen, mit der Dekolonisation schlechthin unvereinbar. Folglich
lassen sich Fälle, in denen ein neuer Staat trotz weiter beste-
hender r e c h t l i c h e r Abhängigkeit von der alten Kolo-
nialmacht Aufnahme in die Vereinten Nationen gefunden hat, nicht
ermitteln. Es gilt auch hier der völkerrechtliche Grundsatz, daß
eine Vermutung für die Unabhängigkeit besteht, solange nicht das
Gegenteil bewiesen ist.¹⁾

Dem zu folgen, fällt umso leichter, wenn man sich daran erinnert,
daß die Unabhängigkeit lediglich rechtlich zu bestimmen ist und
aus diesem Grunde möglicherweise verbliebene faktische Abhängig-
keiten von der einstigen Verwaltungsmacht, solange sich diese
nicht in einer Beziehung rechtlicher Unterordnung ausdrücken,
keine Rolle spielen. Im übrigen bestätigt eine Untersuchung
Scherks über die Unabhängigkeit der Nachfolgestaaten Frankreichs
in Afrika eindrucksvoll, daß die rechtliche Unabhängigkeit der
neuen Staaten nicht bezweifelt werden kann.²⁾

Diese Untersuchung gibt auch ein überzeugendes Beispiel für die
Regelung faktischer Abhängigkeitsverhältnisse in bestimmten
wichtigen Bereichen, die die rechtliche Unabhängigkeit und die
Gleichheit der Partner nicht verletzt. Es handelt sich um die Zu-
sammenarbeit Frankreichs mit seinen afrikanischen Nachfolgestaa-
ten zu Beginn ihrer Unabhängigkeit³⁾ im Bereich der Währungs-

1) vgl. Bluntschli S.89.

2) vgl. Scherk S.149.

3) Zur heutigen Ausgestaltung der Franc-Zone vgl. S.101 u.dort
Anm.4.

und Finanzpolitik,¹⁾ soweit sie sich im Rahmen der Franc-Zone abwickelte.²⁾

Die Franc-Zone, die Frankreich und seine Nachfolgestaaten vereinigt und ihren Ursprung noch in der kolonialen Epoche hat,³⁾ wurde durch Kooperationsabkommen in eine internationale Organisation für monetäre Zusammenarbeit⁴⁾ umgestaltet, ohne eigene Organe zu schaffen.⁵⁾ Sie mußte sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben weiterhin der Bank von Frankreich und des französischen Finanzministers bedienen. In der Franc-Zone ist der CFA-Franc (CFA= Communauté Financière Africaine) Währungseinheit. Die Zone kennzeichnet folgende Grundsätze: fester Wechselkurs zwischen dem französischen Franc und dem CFA-Franc in den Nachfolgestaaten, Konvertibilität, freier Kapitaltransfer, Pool der Devisen, gemeinsame Devisenvorschriften.

Die Zusammenarbeit wurde so geregelt: Die Notenbanken der Mitgliedstaaten besitzen sogenannte Operationskonten (compte d'opérations) bei der französischen Staatskasse, auf die sie ihre sämtlichen Verfügbarkeiten und Devisen einzahlen, wofür sie in unbeschränktem Ausmaß französische Franken abrufen können; dadurch übernimmt die französische Staatskasse praktisch die uneingeschränkte Garantie der betreffenden Währungen.⁶⁾ Auf der anderen Seite sichert sich Frankreich durch die Einräumung paritätischer Vertretungen oder durch die Festsetzung qualifizierter Mehrheiten in den internationalisierten gemeinschaftlichen Notenbanken⁷⁾

1) vgl. Scherk S. 65-71, 118-125. Eine ähnliche Zusammenarbeit spielt sich im südlichen Afrika innerhalb des Rand-Währungsgebietes zwischen Südafrika, Lesotho, Swasiland und Botswana ab; Botswana verläßt dieses Währungsgebiet (FAZ v. 26.4.1976).

2) Der Franc-Zone gehören heute noch an: Benin, Elfenbeinküste, Gabun, Kamerun, Kongo (Brazzaville), Niger, Obervolta, Senegal, Togo, Tschad.

3) vgl. dazu Scherk S. 66.

4) Scherk S. 66, 119; v. d. Ropp, AP 1974, S. 463.

5) Scherk S. 119.

6) Scherk S. 66 f.; v. d. Ropp, AP 1974, S. 464.

Fortsetzung folgende Seite

und Währungsausschüssen davor, in währungspolitischen Fragen überstimmt zu werden; wo diese Einrichtungen nicht bestehen, nehmen französische Vertreter paritätisch an den Entscheidungen staatlicher Organe teil.¹⁾

Auf diese Weise wird die Entscheidungsbefugnis Frankreichs einerseits rechtlich mediatisiert, indem sie nicht mehr direkt von französischen Behörden ausgeht, andererseits dadurch blockiert, daß zwar nichts gegen den Willen Frankreichs, aber auch nichts gegen den Willen der Afrikaner entschieden wird.²⁾ Selbst dort, wo Behörden Frankreichs in einem "dédoublement fonctionnel", d.h. in Form der Organanleihe Entscheidungen treffen,³⁾ stellen sich diese rechtlich nicht als Entscheidungen Frankreichs, sondern als die einer internationalen Organisation dar. Im übrigen haben die Mitgliedstaaten die Möglichkeit, die Revision der Verträge zu verlangen⁴⁾ oder sie zu kündigen.⁵⁾

(Fortsetzung) 7) Die zentralafrikanischen Staaten Gabun, Kongo-B., Tschad und Z.A.R. sowie Kamerun bildeten die Union Monétaire Equatoriale mit der gemeinsamen Notenbank BCEAEC, die westafrikanischen Staaten die Union Monétaire Ouest-Africaine mit der gemeinsamen Notenbank BCEAO; vgl. Scherk S.68-70.

1) So z.B. im Verwaltungsrat der madagassischen Notenbank vor dem Ausscheiden Madagaskars aus der Zusammenarbeit; vgl. Scherk S.69.

2) vgl. Thiam S.165; Scherk S.141; im übrigen wird den an dieser Stelle vom Autor im Hinblick auf die Souveränität gemachten Ausführungen nicht beigestimmt, da die Umsetzungsbefugnis der dort genannten Beschlüsse in innerstaatliches Recht nur die Originarietät der betreffenden Rechtsordnungen bestätigt, aber nichts über die Unabhängigkeit aussagt. Im Ergebnis ist ihm aber zuzustimmen.

3) vgl. Scherk S.140 f.

4) 1964 verlangte z.B. der Tschad die Revision mehrerer Verträge (vgl. Scherk S.149).

5) So hat z.B. Madagaskar am 22.5.1973 beschlossen, aus der Franczone auszutreten (vgl. EA 1973, S.2 128); ebenso hat Mauretanien die Franc-Zone verlassen (v.d.Ropp, AP, S.469); zur Revision und Kündigung allgemein siehe Scherk S.68 u.125.

Hier liegt ein besonders treffendes Beispiel dafür vor, daß - wie dargelegt - die Bindung eines Staates an Entscheidungen eines mit anderen Staaten gemeinsam geschaffenen partiellen Völkerrechtssubjekts seine rechtliche Unabhängigkeit nicht beeinträchtigt. Selbst eine ausgeprägte faktische Beschränkung der Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit auf einem so wichtigen Gebiet wie dem Bereich der Finanzen muß auf Grund der besonderen Ausgestaltung der sie regelnden Rechtsbeziehungen die rechtliche Unabhängigkeit nicht berühren. Mag dies auch zunächst als Formalismus erscheinen, so kann andererseits nicht geleugnet werden, daß die rechtliche Gleichordnung allein aus sich heraus Abhängigkeiten sachlich mildert und den Weg eröffnet, diese abzubauen.¹⁾

Mit Recht sieht Scherk²⁾ in der damals noch sehr engen Kooperation zwischen Frankreich und seinen afrikanischen Nachfolgestaaten eine Etappe im Emanzipationsprozeß Afrikas; die weitere Praxis der 1960 unterzeichneten Verträge bestätigt die Entwicklung zu mehr materieller Unabhängigkeit. Er stellt fest:³⁾ "Die Entwicklung machte sich in allen Bereichen im Sinne einer Abschwächung der Bindungen bemerkbar." Diese Entwicklung setzt sich fort. Im Jahre 1973 wurden die Beziehungen durch eine Stärkung des afrikanischen Einflusses bei den Entscheidungen und im Sinne einer größeren Afrikanisierung des Personals wesentlich zugunsten der afrikanischen Staaten verbessert.⁴⁾

1) Auf die fortschreitende Abschwächung der Bindungen mit den sich daraus ergebenden rechtlichen Konsequenzen (wie z.B. das Verlangen des Tschad nach Revision einer Reihe von Kooperationsverträgen im Jahre 1964) weist Scherk (S. 148 f) zu Recht hin.

2) S. 146.

3) S. 147.

4) vgl. v.d. Ropp, AP 1974, S. 467, 469 f; derselbe, Strukturelle Änderungen, S. 44 - 53. Im übrigen besteht keine Notwendigkeit, hier das weitere Schicksal der Franc-Zone zu verfolgen.

6. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Bedenken gegen die unabhängige Staatlichkeit der ehemals abhängigen Gebiete sind völkerrechtlich nicht gerechtfertigt. Die Gleichsetzung der Entlassung eines Kolonialgebietes in die Unabhängigkeit mit seiner Staatswerdung ist ohne weiteres möglich.

Kriterien der Staatsreife, die der Völkerbund als Voraussetzung für die Beendigung eines Mandats betrachtete, haben im Dekolonisationsprozeß keine Rolle gespielt. Es führt deshalb zu nichts, sie im Dekolonisationsprozeß heranzuziehen; sie erschweren die Beurteilung der Staatlichkeit der ehemals abhängigen Gebiete nur in einer Weise, die völkerrechtlich nicht gerechtfertigt ist.

Der im wesentlichen formale Charakter des völkerrechtlichen Staatsbegriffs erlaubt, ohne Schwierigkeiten ein positives Urteil über die formale Verwirklichung des Ziels der Dekolonisation zu fällen. Denn das Erfordernis eines Staatsgebiets und eines Staatsvolkes bezeichnet nicht mehr als die räumliche Ausdehnung einer Staatsgewalt und ihre Erstreckung auf die auf dem Gebiet ansässigen Menschen. Das eigentliche materielle Element des Staatsbegriffs, die Effektivität der Staatsherrschaft, wird im Völkerrecht relativiert; das gleiche geschieht bei einer nur auf die Verhältnisse im Inneren ausgerichteten Betrachtung. Mit Recht bezeichnet Mouskhély¹⁾ das Kriterium der Effektivität als "fortément grossier". Der Staat "an sich", als Standart existiert im Völkerrecht nicht. Nicht der Staat als "phénomène politico-social", sondern als juristisch-gedankliche Konstruktion tritt in den Vordergrund der völkerrechtlichen Betrachtung. Dem rechtlichen Kriterium (critère juridique de l'Etat) kommt die zentrale Bedeutung zu; dies ist die Originarität der Rechtsordnung, die eine Herrschaft setzt und durchsetzt. Originarität, die in der Regel auch die Völkerrechtssubjektivität im Gefolge hat, ist aber lediglich ein formales Kriterium; seine Verwirklichung stellt sich in der Dekolonisation mit dem Verzicht der

¹⁾S.475.

Metropole auf die kolonialen Rechtsbeziehungen, man könnte sagen, von selbst ein.

Die Feststellungen, die für den völkerrechtlichen Staatsbegriff getroffen wurden, haben ebenfalls für den Begriff der Unabhängigkeit Gültigkeit. Auch die Unabhängigkeit ist ein formaler Begriff, mit dem sich ausgeprägte faktische Abhängigkeiten vereinnbaren lassen, solange diese nicht in einem Rechtsverhältnis der Über- und Unterordnung ihren Niederschlag finden.

Nach allem ist festzustellen: Der Staatsbegriff hat sich weder verändert, noch ist er in der Staatenpraxis "verwässert" worden. Anders sind vielmehr die politischen Voraussetzungen seiner praktischen Anwendung. Denn die Dekolonisation hat ungewöhnlich günstige Bedingungen für die Staatswerdung der neuen Staaten geschaffen. Diese Bedingungen sind aber nicht das Ergebnis einer Verleumdung des völkerrechtlichen Staatsbegriffs, sondern der politischen Umstände. Die Staatengemeinschaft war fast einstimmig bereit, die Staatswerdung zu ermöglichen und zu fördern, anstatt sie mit Gewalt im Keim zu ersticken. Hierin unterscheidet sich die Epoche der Dekolonisation vom Zeitalter des Imperialismus, der sich über die einheimischen Ordnungen hinweggesetzt und damit die Entwicklung zur Staatlichkeit unterbunden und dort, wo sie schon abgeschlossen war, beseitigt hat. In der Anerkennung der neuen Staaten und ihrer Aufnahme in die Vereinten Nationen findet die Begünstigung der Staatswerdung ihren beredten Ausdruck. Denn das Schicksal eines neuen Staates hängt maßgeblich von seiner Anerkennung durch die Staatengemeinschaft ab. Sie stellt seine Staatlichkeit außer Streit, macht deutlich, daß er den Schutz des Völkerrechts, insbesondere des internationalen Systems der Friedenssicherung, beanspruchen kann, ermöglicht die uneingeschränkte Teilnahme am diplomatischen Verkehr und eröffnet die Kanäle der Entwicklungshilfe. Kurz, die Anerkennung ist ein wesentliches, stabilisierendes Element, das die weitere Existenz des Staates begünstigt. In diesem - politischen - Sinne ist die Anerkennung in hohem Maße konstitutiv. Auch dafür bietet die Dekolonisation

ein Beispiel.

Nach der Vorstellung der Schöpfer der Satzung der Vereinten Nationen sollte die Dekolonisation kein formaler, sondern ein materieller - und sicher auch langfristiger - Prozeß sein, der ähnlichen Kriterien, wie sie die Mandatskommission im Hinblick auf Art.22 SVB aufgestellt hat, folgen sollte. Dafür geben die Art.73 und 76 SVN deutliche Anhaltspunkte. Diese Vorschriften stellen ganz auf eine fortschreitende Entwicklung nicht nur der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, sondern auch der staatlichen Institutionen ab. Jedoch wurde in der Praxis der Dekolonisation das Prinzip einer abgeschlossenen materiellen Entwicklung zur Unabhängigkeit verworfen.

Die Auffassung, die materiellen Ziele der Dekolonisation wären heute durchweg und uneingeschränkt verwirklicht, würde die Verhältnisse gründlich verkennen. Die Entwicklungshilfe in allen ihren Erscheinungsformen besagt das Gegenteil. Diese Feststellung belegt das Schlagwort "nation building",¹⁾ mit dem die Staatsmänner Afrikas ihre Aufgaben für die Zeit nach der Unabhängigkeit beschrieben haben.

Wichtig ist die Dekolonisation in der Regel kein Prozeß materieller Entwicklung gewesen, sondern vielmehr die Verwirklichung eines Anspruchs auf Freiheit von Fremdherrschaft. Gegenüber diesem Anspruch traten die Bemühungen zurück, die Entwicklung zur Freiheit im Rahmen der kolonialen Abhängigkeit zu ermöglichen, wie es die Verfasser der Satzung des Völkerbundes und der Vereinten Nationen noch vorgesehen hatten. Die Verlängerung der Vormundschaft wäre auch kaum mit der Würde²⁾ der erwachenden Völker zu vereinbaren gewesen.

Der eingeschlagene Weg war richtig. Denn es war eine Illusion zu glauben, daß die von der UN-Charta vorgezeichnete Entwicklung von den Kolonialmächten selbst zu einem guten Ende hätte geführt wer-

1) vgl. Ansprenger, Nationenbildung, S.181-195; Bonny Iwala M'bedy S.292-319 (312-315).

2) vgl. dazu auch Mazrui, UN, S.513.

den können. Fremdherrschaft, Fremdbestimmung, Ausschluß der Eigenverantwortung, die Würde des Menschen verletzende Vormundschaft, Rassismus und alle anderen Erscheinungsformen, in denen sich der Kolonialismus immer wieder äußerte, waren keine geeigneten Bedingungen für eine Entwicklung der Kolonialgebiete zur Freiheit hin. Nicht das Ziel selbst, sondern der Rahmen, in dem es verwirklicht werden sollte, wurde verworfen.

Es liegt auf der Hand, daß die Dekolonisation sich nicht in der formalen Änderung des Status eines Territoriums erschöpfen kann. Es ist abschließend auch ihr eigentlicher, materieller Inhalt zu ermitteln.

Viertes Kapitel

Der materielle Inhalt der Dekolonisation: Selbstbestimmung

1. Vorbemerkung

In den Entschlüssen der Vereinten Nationen, die sich mit den abhängigen Gebieten befassen, treten beide Begriffe stets in Verbindung miteinander auf. Es wird dort regelmäßig vom "right to self-determination and independence"¹⁾ gesprochen.

Es geht hier nicht darum, eine Konzeption des Selbstbestimmungsrechts zu entwickeln; es ist auch nicht nötig, zu untersuchen, ob das Selbstbestimmungsrecht tatsächlich mehr als ein politisches Prinzip ist, also als ein Recht im eigentlichen Sinne bezeichnet werden kann.²⁾ Es ist hier nur festzustellen, mit welchem Inhalt es in der Dekolonisation, und zwar allein in

¹⁾ Auch in den Resolutionen der OAU finden wir diese Verbindung; vgl. z.B. Res. über die Dekolonisation vom 25.5.1963; AHG/Res. 9 (I); CM/Res. 34 (III); CM/Res. 152 (XI); CM/Res. 243 (XVII); CM/Res. 259 (XVIII); CM/Res. 268 (XIX); CM/Res. 352 (XXIII) u. CM/St. 13 (XXIII).

²⁾ vgl. dazu auch die Ausführungen auf S. 10 f.

der Dekolonisation, wirksam geworden ist.¹⁾ Mit dieser Einschränkung sind die folgenden Ausführungen zu verstehen. Trotz dieses Vorbehalts besteht aber kein Anlaß, auf die Bezeichnung Selbstbestimmungsrecht zu verzichten; denn unter diesem Namen hat es die Dekolonisation bestimmt und ist in alle einschlägigen Texte der Vereinten Nationen eingegangen.

2. Der Inhalt des Selbstbestimmungsrechtes in der Dekolonisation

Das Selbstbestimmungsrecht hat im Rahmen des Dekolonisationsprozesses eine zweifache Ausprägung gefunden. Es wird einerseits mit einem formellen Inhalt, nämlich als eine Verfahrensnorm zur Bestimmung des internationalen oder internen Status eines Territoriums, andererseits mit einem bestimmten materiellen Inhalt verstanden; die Satzung der Vereinten Nationen bestimmt allerdings weder seinen Inhalt noch die anzuwendenden Verfahren.²⁾

2.1. Der formelle Inhalt des Selbstbestimmungsrechtes

Das Selbstbestimmungsrecht als Verfahrensregel verwirklicht sich im internationalen Plebiszit; es ermöglicht den Einwohnern eines Gebietes, durch Volksentscheid darüber zu entscheiden, ob das von ihnen bewohnte Gebiet bei dem Staat, zu dem es zur Zeit gehört, verbleiben, zu einem anderen kommen, unter ein besonderes Regime gestellt oder unabhängig werden soll.³⁾

1) Auch für Menzel, Selbstbestimmungsrecht, S. 285, ist die Dekolonisation der Hauptanwendungsfall des Rechts; Becker, S. 196, erkannte schon 1955, daß die Kolonialprobleme die genaue Bestimmung des Selbstbestimmungsrechtes verhindern, da für die abhängigen Völker der Wunsch nach Unabhängigkeit im Vordergrund steht. Inzwischen wird klar, daß die in der Dekolonisation entwickelten Grundsätze kaum über die koloniale Situation hinaus auszudehnen sind (so auch zu Lohna S. 202, 207 f.); selbst Rabl, Selbstbestimmung II, S. 496 f., sieht Gefahren für seine Selbstbestimmungskonzeption.

2) vgl. Kunz, Selbstbestimmung, S. 174.

3) so Kunz, Plebiszit, S. 770; H. S. Johnson S. 59; v. Blittersdorff S. 70.

Jedoch ist der Volksentscheid in seiner klassischen Ausprägung nicht eine notwendige Verfahrensvoraussetzung für die Durchführung der Selbstbestimmung in der Dekolonisation.¹⁾ Die Vereinten Nationen haben die Verfahrensregeln frei gehandhabt. Dies gilt insbesondere in den Fällen, wo die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts zur Unabhängigkeit eines Kolonialterritoriums führt.²⁾

So sehen weiter die Faktorenliste der Resolution 742 (VIII) noch die Prinzipienliste der Resolution 1541 (XV) bei der Gewährung der Unabhängigkeit eine Konsultation der Bevölkerung im Sinne eines traditionellen Plebiszits vor. Dagegen verlangen beide Resolutionen für Formen der Assoziation eines Kolonialterritoriums mit der ehemaligen Kolonialmacht oder seiner Integration³⁾ in den Staatsverband der Metropole ausdrücklich eine freie Entscheidung der Bevölkerung;⁴⁾ darüber hinaus fordern sie eine ausreichende Unterrichtung der Bevölkerung. Damit soll sichergestellt werden, daß die Bevölkerung eine Entscheidung, die nicht zur Unabhängigkeit führt, in voller Kenntnis der sich daran knüpfenden Folgen trifft.⁵⁾

1) siehe die Tabelle über die Durchführung von Plebisziten in Treuhandgebieten und abhängigen Gebieten bei H.S.Johnson, S.78 und S.82-89.

2) So wurden z.B. die Treuhandgebiete Franz.Kamerun und Tanganjika ohne Konsultation der Bevölkerung unabhängig, da man die Absichten der gesetzgebenden Körperschaften als repräsentativ für den Bevölkerungswillen ansah (siehe H.S.Johnson S.82/83).

3) Über den Inhalt der beiden Begriffe "Assoziation und Integration" in den oben genannten Resolutionen siehe Fahrni S.47 f u. 52 f.

4) Res.742 (VIII) op.par.5 und 2.u.3.Teil der Faktorenliste; Res. 1541 (XV), Prinzipien VII u.IX.

5) Res.742 (VIII), Faktorenliste, 2.Teil, A 1 u.5; Res.1541 (XV), Prinzipien VII a u.IX; bei der Assoziation der Cook Islands mit Neuseeland (Res.2064 (XX), Text UNYB 1965 S.574) hat der Beauftragte der VN ausdrücklich auf das Verständnis der Bevölkerung über die Bedeutung der Abstimmung hingewiesen (vgl.UNYB 1965 S.571).

Die Beschränkung plebiszitärer Verfahren auf die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts, die n i c h t zur Unabhängigkeit, sondern zu anderen Formen der Selbstregierung führen soll, mag auf den ersten Blick willkürlich sein. Jedoch wird diese Haltung sofort verständlich, wenn man sich daran erinnert, daß die staatliche Unabhängigkeit, also "independence", als eigentliches Ziel der Dekolonisation gilt, das regelmäßig von der Bevölkerung angestrebt wird. Daraus ergibt sich zwangsläufig, daß nur eine Entscheidung, die von der allgemeinen Entwicklung abweicht und zu Formen der Selbstregierung u n t e r h a l b unabhängiger Staatlichkeit führt, von der betroffenen Bevölkerung in voller Kenntnis der Tragweite ihres Entschlusses in einem plebiszitären Verfahren getroffen werden muß.

Wenn auch für die Unabhängigkeit ein plebiszitäres Verfahren nicht vorausgesetzt wird, so darf daraus nicht geschlossen werden, daß für die Verwirklichung dieser Form der Selbstbestimmung keine Verfahrensregeln entwickelt worden sind. Jedoch liegen die Akzente hier nicht auf der Auswahl der Verwirklichungsformen der Selbstbestimmung wie Unabhängigkeit, Assoziation oder Integration, da diese Entscheidung schon zu Gunsten der Unabhängigkeit gefallen ist; sie betreffen vielmehr die Gestaltung der i n n e r e n Strukturen des neuen Staates (also die Verfassung, den Aufbau der Staatsorgane usw.), die der Billigung durch die Bevölkerung unterworfen werden; in diesem Zusammenhang kommt auch der Ermittlung der stärksten politischen Gruppe oder Partei des Landes für die Übernahme der Macht in dem neuen Staat, was in der Regel in Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften geschieht, große Bedeutung zu. Dieses Vorgehen hat sich im allgemeinen bewährt. Insbesondere die Einsetzung der zukünftigen Machthalter auf Grund demokratischer Verfahren, mit denen ihr Einfluß in der Bevölkerung ermittelt wurde, trug wesentlich zur inneren Stabilität der neuen Staaten im Augenblick der Staatsvertragsunterzeichnung bei. Immerhin konnte Kaufmann¹⁾ noch am Ende des Jahres 1969 feststellen, daß in Afrika die Hälfte aller aus der

1) vgl. H. Kaufmann, Afrikakorrespondent der FAZ, in FAZ v. 13.1.1970.

Dekolonisation hervorgegangenen Führer der jungen Staaten zu diesem Zeitpunkt noch die Macht in ihren Händen hielten. In diesem Zusammenhang meint Rauschnig¹⁾, man könne von einer "Prämie auf den Vorempfang der Macht" sprechen; denn die Gruppe oder Partei, die in dem politischen Kampf unter der Aufsicht der Metropole die Macht erhalte, könne sie nunmehr uneingeschränkt verteidigen.

Die Bedeutung dieses Vorganges unterstreichen die Ereignisse im Belgischen Kongo bei der Entlassung in die Unabhängigkeit, wo es nicht rechtzeitig gelang, eine Regierung, die sich auf eine dauerhafte Mehrheit stützen konnte, einzusetzen.²⁾

Es ist verständlich, daß die Vereinten Nationen diesen Prozeß mit Sorgfalt überwachten und versuchten, widerstreitende Gruppen zu versöhnen.³⁾ Denn "ein Volk bildet sich, wenn auch unbewußt, nach dem demokratischen Prinzip"⁴⁾, das dem übereinstimmenden Willen der einzelnen bei der Staatswerdung Rechnung trägt. Deshalb müssen das demokratische Prinzip und die Selbstbestimmung in dem früher Stadium der Staatswerdung, das mit dem Dekolonisationsprozeß eingeleitet wird, gemeinsam wirksam werden.⁵⁾ Da die Staaten, wenn sie entstehen, regelmäßig auf der Übereinstimmung der Bevölkerung in dem Ziel, einen Staat zu bilden, beruhen, und das Staatsvolk für diesen Zweck seine politische Führung wählt, müssen auch bei dem ungewöhnlichen Prozeß einer durch die Staatengemeinschaft g e r e g e l t e n Staatswerdung diese Grundsätze beachtet werden. Zu Recht tragen

1) Treuhandsystem, S. 180.

2) vgl. dazu Zwecker S. 7-10 (insb. S. 9) u. Gendebien S. 16-23 (insb. S. 19).

3) vgl. dazu z.B. Res. 1579 (XV) v. 20.12.1960 (Text UNYB 1960 S. 465) u. 1743 (XVI) v. 23.2.1962 (Text UNYB 1962 S. 491).

4) v. Blittersdorff S. 47; vgl. auch Rabl, Selbstbestimmungsrecht I, S. 157: "Volk ist ein demokratischer Begriff (demos = Volk), d.h. er umschließt grundsätzlich gleichberechtigte Menschen."

5) vgl. v. Blittersdorff S. 46.

also die Vereinten Nationen dieser Tatsache mit der Beachtung demokratischer Verfahren bei der Ermittlung der politisch führenden Kraft der Kolonie Rechnung. Dort, wo sich die Kolonialmacht sträubt, den Dekolonisationsprozeß einzuleiten, gilt die Freiheitsbewegung als Vollstrecker des Volkswillens; ihr fällt die Macht zu, wenn die Metropole ihren Widerstand aufgibt (so geschehen in Moçambique).¹⁾

Mithin können sich in der Dekolonisation die verfahrensrechtlichen Inhalte des Selbstbestimmungsrechts auf die Regelung der inneren Verhältnisse des zukünftigen Staates beschränken. Damit sollen stabile politische Verhältnisse begünstigt werden, die die Voraussetzung materieller Selbstbestimmung sind. Nur ausnahmsweise, wenn die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes nicht zur Unabhängigkeit führt, erlangen traditionelle plebiszitäre Verfahren ihre ursprüngliche Bedeutung zurück.

2.2. Der materielle Inhalt des Selbstbestimmungsrechtes

2.2.1. Der externe Aspekt des Selbstbestimmungsrechtes

In den Resolutionen der Generalversammlung zur Dekolonisation lassen sich zunächst zwei Aspekte des Selbstbestimmungsrechtes erkennen. Der eine betrifft die äußeren, der andere die inneren Auswirkungen des Selbstbestimmungsrechtes.

Diese Zweiteilung ist auch dort erkennbar, wo das Selbstbestimmungsrecht nicht nur innerhalb des Dekolonisationsprozesses un-

¹⁾Atypisch für die Dekolonisation sind Angola und Spanisch-Sahara. In Angola gelang es der Kolonialmacht nicht, die Macht ordentlich zu übertragen, bevor sie das Land verließ. Die Macht wurde erst in einem Bürgerkrieg zwischen drei rivalisierenden Befreiungsbewegungen von einer Gruppe erkämpft. In Spanisch-Sahara überließ die Kolonialmacht das Gebiet zwei Nachbarstaaten zur Aufteilung. Beide Fälle können als Ausnahmen vom üblichen Verfahren hier unbeachtet bleiben; zu Spanisch-Sahara vgl. auch Gutachten des IGH v. 16.10.1975, Arch VR 1976 S.137 ff. Die endgültige Dekolonisation Rhodesiens erfolgte 1980 dagegen wieder nach dem üblichen Verfahren (vgl. S. 37 Anm. 1).

tersucht wird. So spricht Wengler¹⁾ von externer und interner Selbstbestimmung; er versteht unter externer Selbstbestimmung - im Gegensatz zur Freiheit, die inneren Angelegenheiten selbstständig zu regeln (interne Selbstbestimmung) - das Recht einer Bevölkerung, zu entscheiden, welchem Staate sie mit dem von ihr bewohnten Territorium angehören will. Fügt man noch hinzu, daß sie sich auch dazu entschließen kann, keinem anderen Staat anzugehören, sondern einen e i g e n e n zu bilden, dann entspricht die externe Selbstbestimmung dem Recht der Bevölkerung, den "politischen Status" des Territoriums, das sie bewohnt, in Freiheit selbst zu bestimmen. So heißt es zum Selbstbestimmungsrecht in den Artikeln 1 (1) der beiden Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen:²⁾ "By virtue of that right they freely determine their political status." Mit diesem Inhalt wurde es auch in die Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an die Kolonialländer und -völker³⁾ sowie in die Erklärung über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten aufgenommen.⁴⁾ Unter dem Recht der Bevölkerung, "ihren politischen Status" zu bestimmen, ist also die Möglichkeit zu verstehen, über die Unabhängigkeit, Assoziation, Integration oder "einen anderen frei bestimmten Status" des von ihr bewohnten abhängigen Gebietes zu entscheiden. Mit dieser Entscheidung werden die formalen Voraussetzungen materieller Selbstbestimmung geschaffen.

¹⁾Libre disposition, S.27. Ebenso der australische Delegierte im 4.Ausschuß (GAOR 4th Com.153 S.77): "...Independence is an external attribute, whereas self-government is an internal attribute." Auch H.S.Johnson unterscheidet zwischen interner und externer Selbstbestimmung. Er sagt: "The first concerns the right of a nation to form a nation. The second concerns the right of a nation to determine its own destiny in the form of a state."

²⁾Text der Pakte: BGBl Teil II, 1973, S.1534 u.1570.

³⁾Res.1514 (XV) op.par.2.

⁴⁾Res.2625 (XXV) v.24.10.1970, Text UNYB 1970 S.789 ff.

2.2.2. Der interne Aspekt des Selbstbestimmungsrechts

Neben der Bestimmung des Status eines Territoriums (externe Selbstbestimmung) kommt dem internen Aspekt des Selbstbestimmungsrechts in der Dekolonisation jedoch *p r a k t i s c h* die größere Bedeutung zu. Diese Feststellung mag zunächst überraschen. Sie wird aber verständlich, wenn man sich daran erinnert, daß in der Dekolonisation die Veränderung des politischen Status eines kolonialgebietes schon eine "beschlossene Sache" ist. Taggegen handelt es sich beim internen Aspekt des Selbstbestimmungsrechts darum, die neu erworbene Position in der politischen Wirklichkeit mit Leben zu erfüllen.

Aus diesem Grunde erschöpft sich der Inhalt des Selbstbestimmungsrechtes, wie es im Dekolonisationsprozeß verstanden wird, nicht nur darin, der Bevölkerung eines Territoriums das Recht einzuräumen, dessen internationale Stellung zu bestimmen. Denn dieser äußere Aspekt des Selbstbestimmungsrechtes betrifft eher die rechtliche Qualifikation des Ergebnisses der Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes, als etwas über den materiellen Inhalt dieses Rechtes auszusagen.

Frägt man sich nach dem materiellen Inhalt des Selbstbestimmungsrechtes in der Dekolonisation, so stellt man fest, daß sein eigentlicher *K e r n* die Freiheit der Bevölkerung ist, ihre *e i g e n e n* Angelegenheiten selbst, also ohne Einmischung von außen, zu regeln. Diese Fähigkeit bezieht sich, da auch die Außenpolitik ein wichtiger Bestandteil der eigenen Angelegenheiten ist, nicht nur auf die Regelung der inneren Verhältnisse des Gebietes.

Mit diesem Inhalt ist die Formulierung der schon erwähnten Artikel 1 (1) der beiden Menschenrechtspakte¹⁾ zu verstehen. Es heißt dort: "All people have the right to self-determination. By virtue of the right they freely determine their status and freely pursue their economic, social and cultural development." Dieser Wortlaut, der schon 1955²⁾ festgelegt wurde, ist auch in die Er-

1) siehe Anm. 2 auf S.111.

2) siehe Anm. 2 auf S.115.

klärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an die Kolonialländer und -völker (Res.1514 (XV))¹⁾ eingegangen. In der Erklärung von Bandung²⁾ hieß es: "Indeed, all nations should have the right freely to choose their own political and economic systems and their own way of life..." In der Belgrader Erklärung³⁾ von 1961 betonten die Staaten der Dritten Welt das gleiche mit den Worten: "All peoples and nations have to solve the problems of their own political, economic, social and cultural systems in accordance with their own conditions, needs and potentialities." In der Erklärung über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten wird diese Auffassung mit folgenden Worten bestätigt: "En vertu du principe de l'égalité de droits des peuples et de leur droit à disposer d'eux-mêmes, principe consacré dans la Charte, tous les peuples ont le droit de déterminer leur statut politique, en toute liberté et sans ingérence extérieure, et de poursuivre leur développement économique, social et culturel."⁴⁾ Diese Beschreibungen des Selbstbestimmungsrechts entwickeln den Gedanken der Atlantik-Charta⁵⁾ vom 14.8.1941, die die Idee der Selbstbestimmung in der Dekolonisation wesentlich beeinflusst

1)Op.par.1:Die gleiche Formulierung findet sich auch in den Erklärungen der Dritten Welt von Belgrad (Journal of the Belgrad Conference, No.5/1961, veröffentlicht durch Review of Int.Affairs, Belgrad; deutscher Text:EA 1961 I: 587 ff) und Kairo (Conference of the Heads of State and Government of Non-Aligned Countries, Cairo, Press Centre, 10.10.1964; deutscher Text:EA 1964, S.590 ff).
2)Declaration on the Promotion of World Peace and Cooperation (Text:The New York Times v.25.4.1955; deutscher Text:EA 1955, S.7563-67).

3)Punkt II der Erklärung; ebenso die Kairoer Erklärung.

4)Res.2625 (XXV) v.24.10.1970, UNYB 1970 S.789 ff.

5)Text in AJIL 1941, Official Documents S.191 ff(192); über die Rechtsnatur der Charta vgl.Decker S.177 ff(178,180); Schlochauer, Atlantik-Charta, S.96; Schwarzenberger, Power Politics, S.289 f.

hat,¹⁾ fort, daß alle Völker das Recht haben sollen, die "Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen."²⁾ Damit lehnte die Atlantik-Charta, worauf schon Becker hinwies,³⁾ das Prinzip der Selbstbestimmung auf die Regelung der inneren Angelegenheiten der Völker aus. In diesem Sinne kann man in der Tat sagen, daß sich der Begriff der Selbstbestimmung in der Dekolonisation zu demjenigen des "self-government" verengt habe.⁴⁾ Diese "Verengung" bedeutet jedoch keine Verkürzung, sondern eine Beschränkung auf das Wesentliche des Selbstbestimmungsrechtes in der Dekolonisation, auf seinen materiellen Kern, nämlich die Freiheit eines Volkes, seine eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln.⁵⁾

2.2.3. Im Dekolonisationsprozeß besonders betonte Aspekte des Selbstbestimmungsrechtes

2.2.3.1. Der wirtschaftliche Aspekt

Die interne Selbstbestimmung erfaßt alle Bereiche des staatlichen Lebens; deshalb kann sie als ein "umfassender Lebensstil, der auch für das Gebiet der Wirtschaft, der Gesellschaft und der Kultur Gültigkeit besitzt,"⁶⁾ bezeichnet werden. Mithin dürfen seine gesellschaftlichen und kulturellen Elemente nicht unterschätzt werden. Ein Aspekt bedarf der besonderen Betonung; es ist der wirtschaftliche, der in der Dekolonisation eine hervorragende Rolle gespielt hat. Die Artikel 1(2) der Menschenrechtspakte sehen vor, daß "the peoples may, for their own ends, freely dispose of their natural wealth and resources without prejudice to

1) vgl. Jazu Die Resolution des Pan-Afrikanischen Kongresses in Manchester 1945; insb. Punkt III 1, IV u. V (Legum S. 153 ff).

2) Punkt III der Charta.

3) S. 180.

4) So Menzel, Selbstbestimmungsrecht, S. 272; Wengler, Libre disposition, S. 26.

5) Hier sind Ähnlichkeiten zur sowjetischen Auffassung des Selbstbestimmungsrechtes festzustellen, das dort auch die Bestimmung des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Status erfaßt (Meißner, Sowjetunion und Selbstbestimmungsrecht, S. 47 ff (52)).

6) Nawaz S. 73.

any obligations arising out of international economic co-operation, based upon the principle of mutual benefit, and international law. In no case may a people be deprived of its own means of subsistence." Auch diese Formulierung ist in der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an die Kolonialländer und -völker eingegangen. Die Faktorenliste betont gleichfalls die wirtschaftlichen Aspekte nachdrücklich.¹⁾ So ist die Forderung nach der "permanenten Souveränität der Völker und Nationen über ihre Naturreichtümer und Hilfsquellen" Teil des Selbstbestimmungsgedankens geworden.²⁾

Dies ist ebenfalls das Ergebnis der Konzentration des Selbstbestimmungsrechts auf den Anspruch einer Bevölkerung, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Dieser Anspruch ist im Bereich der Wirtschaft besonders schwer zu verwirklichen, deshalb wird er so ausdrücklich betont.

Mit der Ausdehnung des Selbstbestimmungsgedankens auf den Bereich der Wirtschaft haben sich die Vereinten Nationen erheblich von den traditionellen kontinental-europäischen Auffassungen entfernt.³⁾

2.2.3.2. Der territoriale Aspekt

Das Selbstbestimmungsrecht ist in Wirklichkeit ein Personenrecht.⁴⁾

1) 2. Teil, C 3; 3. Teil, C 5.

2) Schon mit aller Deutlichkeit in den Entwürfen der Menschenrechtspakte (UNYB 1955 S. 158); vgl. auch Präambel zur Res. 1514 (XV); Res. 1803 (XVII) v. 14. 12. 1962, UNYB 1962 S. 503; vgl. dazu auch Wengler, Libre disposition, S. 35-37; Okoye S. 179-182.

3) Menzel, Selbstbestimmungsrecht, S. 287; vgl. auch S. 302.

4) Wengler, Libre disposition, S. 32: "...le droit collectif de la libre disposition n'est qu'une conséquence du droit de chaque individu de décider à quel Etat il veut appartenir..." Rabl, Selbstbestimmungsrecht I, S. 158: "Träger des SBR sind daher jede zum "Volk" gehörenden Personen..."; auf die Verbindung des Selbstbestimmungsrechts mit den Menschenrechten, insbesondere im Hinblick auf die rassische Diskriminierung, wurde in der Dekolonisation wiederholt hingewiesen (Fortsetzung folgende Seite)

Gleichwohl wirkt sich die Entscheidung einer Bevölkerung über den politischen Status eines Gebietes, also über seine Unabhängigkeit, Assoziation oder Integration in erster Linie auf die Rechtsstellung des Territoriums aus.

In der Präambel zur Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an die Kolonialländer und -völker unterstrich die Generalversammlung auch das unveräußerliche Recht auf Unverletzlichkeit des nationalen Gebiets.¹⁾ Der Anspruch auf den Schutz der territorialen Einheit wird in den Paragraphen 4 und 6 des operativen Teils der Erklärung verdeutlicht. Paragraph 4 der Resolution schließt mit der Forderung: "The integrity of their national territory shall be respected." Paragraph 6 der Erklärung führt diese Bestimmung weiter aus: "Any attempt aimed at the partial or total disruption of the national unity²⁾ and the territorial integrity of a country is incompatible with the Charter of the United Nations." Daß mit dieser Bestimmung der Schutz der territorialen Integrität des abhängigen Gebietes und nicht etwa des späteren Staates oder gar der Kolonialmacht selbst gemeint ist, stellt die Resolution 1654 (XVI)³⁾ vom 27.11.1961 über die Durchführung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an

(Fortsetzung) (vgl. z.B. Res. 637(VII) v. 16.12.1952, Text UNYB 1952 S.445 u. Res. 1775(XVII) v. 7.12.1962, Text UNYB 1962 S.352); siehe dazu auch v. Blittersdorff S.34; Decker S.197 ff; Menzel, Selbstbestimmungsrecht, S.280 f.

1) "Convinced that all peoples have an inalienable right to complete freedom, the exercise of their sovereignty and the integrity of their national territory." Die gleiche Formulierung wiederholte die GV in der Algerien-Res. 1573(XV) v. 11.11.1960 (UNYB 1960 S.135 f.). In der Res. 1724(XVI) v. 20.12.1961 (UNYB 1961 S.99) heißt es: "...to ensure the successful and just implementation of the right to self-determination on the basis of respect for the unity and territorial integrity of the Algeria."

2) Zur Bedeutung des Begriffs "national unity" siehe S.121 f.

3) Text UNYB 1961 S.56.

die Kolonialländer und -völker klar. Es heißt in der Präambel: "Deeply concerned that, contrary to the provisions of paragraph 6 of the declaration, acts aimed at the partial or total disruption of national unity and territorial integrity are still being carried out in certain countries in the process of decolonisation..."

In den folgenden Jahren hatte die Generalversammlung mehrmals Gelegenheit, diesen Grundsatz zu wiederholen. Insbesondere im Laufe der Dekolonisation der britischen Hochkommissariatsländer Basutoland, Betschuanaland und Swasiland konnte sie ihren Standpunkt näher erläutern. Die Versammlung äußerte die Befürchtung, die insbesondere von den blockfreien Staaten und den Mitgliedern der Organisation der Afrikanischen Einheit gehegt wurde,¹⁾ die Südafrikanische Republik, deren wirtschaftlicher Einfluß in diesen Ländern allein schon wegen der geographischen Lage beträchtlich war, könne diese Territorien annektieren oder ihren Weg zur Unabhängigkeit stören.²⁾ Um das Recht der Völker dieser Territorien zu sichern, ihren eigenen unabhängigen Staat zu bilden, erklärte die Generalversammlung, daß jeder Versuch, diese Länder zu annektieren oder ihre territoriale Integrität in irgendeiner Weise zu beeinträchtigen ("...or to encroach upon their territorial integrity in any way...") von den Vereinten Nationen als ein Akt der Aggression betrachtet werde, der die Charta verletze.³⁾

¹⁾ vgl. OAU-Res.:CM/Res.40 (III);CM/Res.68 (V).

²⁾ In Res.1817(XVII)v.18.12.1962, Text UNYB 1962 S.67, heißt es in der Präambel: "Expressing its profound concern at the declared intention of the Government of the Republic of South Africa to annex these Territories, and condemning any attempt to jeopardize the right of the peoples of these Territories to establish their own independent States." vgl. auch Res.1954(XVIII)v.11.12.1963, Text UNYB 1963 S.457 f; Res.2063(XX)v.16.12.1965, Text UNYB 1965 S.566; Res.2134(XXI)v.29.9.1966, Text UNYB 1966 S.573; Res. des Sonderausschusses v.22.5.1968 betreffend Swasiland, UNMC 1968, Nr.6 S.84.

³⁾ op.par.6 der Res.1817(XVII).

Die Verwendung des Begriffes der Aggression in diesem Zusammenhang wäre nicht ungewöhnlich gewesen, wenn damit ein gewaltsames Vorgehen gegen die Verwaltungsmacht Großbritannien, deren interrierender Bestandteil diese Gebiete nach traditionellem Völkerrecht zu jener Zeit waren, verurteilt werden, oder die territoriale Integrität der später unabhängigen Staaten¹⁾ gemeint sein sollte. Diesen Inhalt hatten die Erklärungen der Generalversammlung auch dann nicht, als Großbritannien klarstellte, daß eine Übertragung der Gebiete an Südafrika nicht in Frage komme,²⁾ und daß es für die Sicherung der territorialen Integrität bis zur in Kürze zu erwartenden Unabhängigkeit der Gebiete sorgen wolle.³⁾ Die Resolutionen der Vereinten Nationen beziehen sich vielmehr auf die Integrität der Kolonialgebiete als solche. Der Schutz der territorialen Integrität der Kolonialgebiete leitet sich also hier allein aus dem Selbstbestimmungsrecht ab.

Diese Ableitung ist nur folgerichtig, nachdem die Generalversammlung den Schutz der territorialen Integrität der abhängigen Gebiete in die Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an die Kolonialländer und -völker aufgenommen hatte. Dieser Betrachtungsweise entspricht, daß bei einem äußeren Angriff auf ein Kolonialgebiet die nach traditionellem Völkerrecht gerechete Verletzung der territorialen Integrität der Verwaltungsmacht zurücktritt. Schließlich hat a u c h sie die territoriale Integrität des von ihr verwalteten Kolonialgebietes zu achten. Auf diese Weise wird ihre Gebietshoheit im Hinblick auf ein Verfügungsrecht, die territoriale Souveränität, nach

¹⁾ Zur Frage der Sicherung der territorialen Integrität nach der Unabhängigkeit vgl. UNYB 1966, S. 571 u. UNMC 1968 Nr. 6, S. 83.

²⁾ Diese Erklärung gab die britische Delegation schon 1962 ab (UNYB 1962 S. 62 u. Res. 1817 (XVII), S. 67).

³⁾ vgl. für Swasiland UNMC 1968, Nr. 6 S. 82.

Auffassung der Vereinten Nationen beschränkt. Damit wird der Schutz der territorialen Integrität auch gegenüber der Verwaltungsmacht gewährleistet. Hierfür lassen sich einige Beispiele anführen.

Im Verlauf der Emanzipation der Inselgruppe Mauritius wies die Generalversammlung die Verwaltungsmacht Großbritannien "in tiefer Sorge" darauf hin, daß jeder Schritt zur Abtrennung von bestimmten Inseln der Inselgruppe eine Verletzung des operativen Paragraphen 6 der Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an die Kolonialländer und -völker bedeuten würde¹⁾ und forderte die Kolonialmacht auf, "to take no action which would dismember the Territory of Mauritius and violate its territorial integrity..."²⁾ Eine ebenso deutliche Haltung nahm die Versammlung im Dekolonisationsprozeß Äquatorial-Guineas ein.³⁾ Alle Zwei-

1) Res. 2066 (XX) v. 16.12.1965, Text UNYB 1965 S. 587.

2) op. par. 4 der oben genannten Res. 2066 (XX).

3) Res. 2230 (XXI) v. 20.12.1966, UNYB 1966 S. 575 f: "Requests the administering Power to ensure that the Territory accedes to independence as a single political and territorial unit and that no step is taken which would jeopardize the territorial integrity of Equatorial Guinea." Vgl. auch Res. des Dekolonisationsausschusses v. 1.4.1968 betreffend Äquatorial-Guinea, UNMC 1968, Nr. 5 S. 45f; den allg. Grundsatz der Unverletzlichkeit der territorialen Integrität der Kolonialgebiete betonte nochmals Res. 2592 (XXIV) betreffend "25 kleine Gebiete", in UNMC 1970, Nr. 1 S. 124. Ebenso die Belgrader Konferenz von 1961 der blockfreien Staaten, Punkt III Nr. 2: "...to enable them (the dependent peoples) to exercise peacefully and freely their right to complete independence and that the integrity of their national territory should be respected;" die Kairoer Konferenz von 1964, Res. V (siehe Anm. 1 S. 113); OAU-Resolutionen: AHG/Res. 54(V); CM/Res. 352(XXIII); CM/Res. 421 (XXV); ECM/Res. 23(IV); CM/St. 13(XXIII).

fel beseitigt die Erklärung über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten zum Selbstbestimmungsrecht; es heißt dort: "Le territoire d'une colonie ou d'un autre territoire non autonome possède, en vertu de la Charte, un statut séparé et distinct de celui du territoire de l'Etat qui l'administre; ce statut séparé et distinct en vertu de la Charte existe aussi longtemps que le peuple de la colonie ou du territoire non autonome n'exerce pas son droit à disposer de lui-même conformément à la Charte des Nations Unies et, plus particulièrement, à ses buts et principes."

Die territoriale Einheit der abhängigen Gebiete zu erhalten wird aber nicht nur als eine Pflicht der Verwaltungsmächte betrachtet, mit ihr ist auch der Appell an die Bevölkerung und ihre Führung¹⁾ verbunden, die Einheit zu bewahren. In diesem Sinne üben die Vereinten Nationen stets ihren Einfluss aus.²⁾

Der politische Hintergrund des Verlangens, die territoriale Integrität gegen Angriffe von außen oder Teilungen durch die Verwaltungsmacht zu schützen, sowie des Bestrebens, die territoriale Einheit auch gegenüber Teilungswünschen der Bevölkerung und ihrer Führung zu sichern, ist der Wunsch, die oft in ihrer territorialen Ausdehnung oder nach der Einwohnerzahl unbedeutenden Kolonialgebiete nicht noch in weitere, noch kleinere und für

1) Res. 1541 (XVII) v. 17.12.1962, Text UNYS 1962 S. 67 f. op. par. 4: "Appeals to all the people of Zanzibar to achieve national unity, having in view the independence of Zanzibar at the earliest date;" Res. 1812 (XVII) v. 17.12.1962, Text UNYB 1962 S. 67, op. par. 1: "Requests the administering Power and all concerned to make every effort, including the promotion of harmony and unity among the people of Kenya..." vgl. auch den Appell der 2. Konferenz unabhängiger afrikanischer Staaten in Addis Abeba, 1960, an die politischen Führer in den noch abhängigen afrikanischen Gebieten, Res. Nr. 10 Ziff.5 (Legum S.172). 2) Die Bemühungen sind besonders auffallend im Falle der Unabhängigkeit des Treuhandgebietes Rwanda-Urundi; Res. 1743 (XVI) v. 20.2.1962, Text UNYB 1961 S. 491 f.; vgl. auch Res. 1605 (XV) v. 21.4.1961, Text UNYB 1961 S. 466 ff (468). op. par. 15.

eine unabhängige staatliche Existenz immer weniger geeignete Gemeinwesen aufzuspalten.¹⁾

Dieses Bestreben war nicht immer erfolgreich. Bei der Emanzipation des Treuhandgebietes Rwanda-Urundi konnten die Vereinten Nationen das Auseinanderfallen des Territoriums in zwei unabhängige Staaten, nämlich Rwanda und Burundi, nicht verhindern. Sie versuchten vergeblich, auf einer Konferenz in Addis Abeba die Einheit zu erhalten. Die schwierigen inneren Verhältnisse in dem Treuhandgebiet standen einer Einigung zwischen den Regierungen beider Teilgebiete jedoch entgegen.²⁾

Es kann also mit Recht gesagt werden, daß das Selbstbestimmungsrecht die territoriale Integrität des abhängigen Gebietes gegen Angriffe von außen sowie gegen Beeinträchtigung durch die Verwaltungsmächte schützend mit umfaßt.³⁾ Lediglich die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit kann ausnahmsweise im Dekolonisationsprozeß die territoriale Einheit sprengen; sie darf dabei aber nicht mit der Unterstützung der Vereinten Nationen rechnen. Ein Hinwirken auf eine Entscheidung der Bevölkerung, die zu einer Teilung des Gebietes führen könnte, ist der Verwaltungsmacht untersagt. Von ihr wird erwartet, daß sie die Einheit fördert.

Die Betonung der territorialen Integrität bleibt auf die Forderung nach "nationaler" Selbstbestimmung, soweit damit ein Anspruch einer ethnisch bestimmten Gemeinschaft auf ein eigenes Staatswesen gemeint ist, nicht ohne Einfluß. Denn nationale und territoriale Einheit sind verschiedene Bezugsgrößen.

In der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an die Kolonialländer und -völker werden zwar "national unity" und "territorial integrity" nebeneinander gesetzt, jedoch ist daraus - wie dargelegt - nicht abzuleiten, daß der Wunsch nach nationaler

1) siehe Anm. 1 auf S. 120.

2) Die Versammlung nahm Kenntnis "of the desire of the Governments of Rwanda and Burundi to attain independence as separate states.." Res. 1746(XVI) v. 27.6.1962, Text UNYB 1962 S. 459.

3) Auch Rabl, Selbstbestimmung II, S. 221, sieht hier ein Verbot der "Gebietszerstückelung"

Einheit, geboren aus dem Gefühl der Zusammengehörigkeit einer Bevölkerung gleicher rassischer, geschichtlicher und gesellschaftlicher Herkunft, gleichberechtigt neben die Wahrung territorialer Einheit tritt. Deshalb ist zweifelhaft, ob in der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an die Kolonialländer und -völker "national unity" als "nationale Einheit" verstanden werden darf. Es fragt sich vielmehr, ob sich "national" hier von "nation" als Synonym für "Staat" ableitet.¹⁾ Rabl²⁾ übersetzt den Begriff "national unity" in der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an die Kolonialländer und -völker mit "staatlicher Einheit eines Landes," obwohl man annehmen könnte, daß mit "national unity" etwas anderes als mit "territorial integrity" ausgedrückt werden sollte. Wenn man sich aber vergegenwärtigt, daß in erster Linie die territoriale Einheit zu wahren ist, trifft die von Rabl gewählte Übersetzung den territorialen Bezug besser als der auf die Volkzugehörigkeit verweisende Begriff der nationalen Einheit, mag auch im Wort "staatlich" schon ein Vorgriff auf das Ergebnis der Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes liegen.

Als Ergebnis ist festzuhalten: In der Dekolonisation steht die nationale Einheit nicht gleichberechtigt neben der territorialen.³⁾ Es ist vielmehr zuerst die territoriale Einheit des Gebietes zu bewahren. Dem gegenüber hat das Prinzip der nationalen Einheit zurückzutreten. Damit wurde die territoriale Einheit in die Konzeption des Selbstbestimmungsrechtes aufgenommen. Sie ist nicht mehr ausschließlich das Ergebnis der Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes, sondern gehört jetzt zu seinem Inhalt und genießt den gleichen Schutz wie das Recht selbst. Auch hier entspringt das Selbstbestimmungsrecht in der Dekolonisation von traditionellen Vorstellungen. Das heißt nicht, daß dort die territoriale Einheit keine Rolle spielte; sie stellte sich aber

1) Kunz, Selbstbestimmungsrecht, S. 172, weist ausdrücklich darauf hin, daß in der englischen Rechtssprache "nation" Staat bedeutet.

2) Selbstbestimmungsrecht II, S. 218.

3) So auch Spencer S. 381-384; Higgins S. 104.

erst durch die Verwirklichung des Grundsatzes der *n a t i o - n a l e n* Einheit als ein mögliches, aber nicht notwendiges Ergebnis ein. Deshalb empfand man ein Recht der Nationen auf Verselbständigung im Sinne einer *R e g e l u n g* der territorialen Einheit als ein Widerspruch zum Selbstbestimmungsrecht.¹⁾

5. Der Träger des Selbstbestimmungsrechtes in der Dekolonisation
Das Prinzip der Wahrung der territorialen Einheit überwindet die Schwierigkeit, den Träger des Selbstbestimmungsrechtes zu bestimmen, den die Satzung der Vereinten Nationen nicht nennt.

Wengler²⁾ hat vorgeschlagen, um die Schwierigkeiten, die sich mit der Bestimmung des Begriffs "Volk" verbinden, zu vermeiden, als Träger des Selbstbestimmungsrechtes "*la population habitant un territoire*" anzuerkennen. Dabei versteht er unter Territorium nicht das Staatsgebiet als Ganzes, sondern auch kleinere territoriale Einheiten.

Wengler läßt offen, nach welchen Kriterien - politischen, administrativen oder geographischen - die territoriale Einheit letztlich zu bestimmen sei. In der Dekolonisation treten aber in dieser Hinsicht keine Schwierigkeiten auf. Aus dem Grundsatz der Wahrung der territorialen Einheit folgt nämlich, daß das Selbstbestimmungsrecht von der Gesamtheit der auf dem Kolonialgebiet ansässigen Bevölkerung ausgeübt werden muß,³⁾ unabhängig davon, ob sich durch gemeinsame Abstammung, Kultur und Sprache, Religion, Geschichte und sonstige Wesensart ein Zusammengehörigkeitsgefühl in der Bevölkerung gebildet hat.

Schlagwortartig läßt sich das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Dekolonisationsprozeß als das Selbstbestimmungsrecht der

1) vgl. Decker S. 231.

2) Libre disposition, S. 30-34 (32).

3) Higgins, S. 104, beschreibt diesen Tatbestand so: "Self-determination refers to the right of the majority within a generally accepted political unit...In other words, it is necessary to start within stable boundaries and to permit political change within them."

Kolonial t e r r i t o r i e n bezeichnen - vorausgesetzt natürlich, man ist sich bewußt, daß der eigentliche Träger des Rechtes die auf dem Territorium ansässige Bevölkerung ist.¹⁾ Der Vorschlag, den v.Blittersdorff²⁾ in Beziehung auf die Treuhandgebiete macht, nämlich für den Begriff "peoples" im Sinne "ethnischer Gemeinschaften" den neutralen Ausdruck "Bevölkerung" zu verwenden, ist mithin für den gesamten Dekolonisationsprozeß zutreffend. Um den Träger des Selbstbestimmungsrechtes zu ermitteln, bleibt also nichts weiter zu tun, als das Territorium zu bestimmen, dessen Bevölkerung als Ganzes in den Genuß der Ausübung dieses Rechtes kommen soll. Das sind die Kolonien in ihren kolonialen Grenzen, also regelmäßig die Gebiete, die in die Liste der abhängigen Gebiete aufgenommen wurden, die die Vereinten Nationen 1946 aufstellten. Aber auch andere, jüngere verwaltungsmäßige Zusammenfassungen von Gebieten zu einer Kolonie werden als einheitliche Territorien anerkannt.³⁾

Es ist aber zu beachten, daß sich die territorial bezogene Festlegung des Trägers des Selbstbestimmungsrechtes nicht über die

1) In dieser im Rahmen der Dekolonisation entwickelten Konzeption sind durchaus Ähnlichkeiten zur sowjetischen Stellung zum Selbstbestimmungsrecht festzustellen. Meißner, Sowjetische Stellung, (S.104) weist darauf hin, daß dort der Begriff Volk auch in einem anderen Sinne gebraucht werden kann, nämlich einfach als Bevölkerung eines bestimmten Gebietes als Vorstufe eines Staatsvolkes; und weiter (S.105), daß wegen der Betonung des Territorialprinzips im sowjetischen Völkerrecht die Nation, d.h. das Volk, als ein Territorialverband angesehen wird.

2) S.29; vgl. auch Wengler, Libre disposition, S.33: "En pratique, c'est donc toujours la population habitant un territoire que l'on fait voter..."

3) vgl. z.B. Res.2230(XVI) v.20.12.1966, Text UNYB 1966 S.576: "Recalling the Basic Law of 1963 which recognized Fernando Poo and Rio Muni as one entity thereafter to be called Equatorial Guinea..."

Dekolonisation hinaus verallgemeinern läßt.¹⁾

Damit haben die Bedenken gegen die Annahme eines Selbstbestimmungsrechtes der Völker, die darauf beruhen, daß es nicht möglich sei, seinen Träger zu bestimmen,²⁾ im Zusammenhang mit der Dekolonisation ihre Durchschlagkraft verloren.

4. Ergebnis

Unabhängigkeit ist das Ziel der Dekolonisation. Unabhängigkeit und Selbstbestimmung sind demnach insoweit miteinander verknüpft, als Unabhängigkeit den Status bezeichnet, der mit der Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes verwirklicht werden soll. Der Status der Unabhängigkeit ist jedoch nur der *f o r m a l e* Ausdruck dessen, was in Wirklichkeit angestrebt wird. Der materielle Kern der Unabhängigkeit liegt in der Möglichkeit und Fähigkeit der Bevölkerung eines ehemaligen Kolonialterritoriums, die eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln. Dies ist der eigentliche Inhalt des Selbstbestimmungsrechtes. Es geht also beim Selbstbestimmungsrecht in Wirklichkeit um "actual independence", die vom Begriff rechtlicher Unabhängigkeit nicht erfaßt wird. Letztlich ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Dekolonisationsprozeß dazu berufen, Fremdherrschaft³⁾ in Form des Kolonialismus zu beseitigen und abzuwehren. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Dieser Anspruch ist nur nach außen, gegen die Staatengemeinschaft gerichtet; er begründet kein Recht auf repräsentative, demokratische (nicht-diktatorische) Regierung.⁴⁾

Nachdem in den vorangegangenen Kapiteln die formalen Aspekte des Dekolonisationsprozesses behandelt wurden, ermöglichte die Untersuchung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, den Inhalt der Form zu bestimmen.

1) So auch zu Dohna S.207 f.

2) vgl. Armbruster, Selbstbestimmungsrecht, S.254; Kunz, Selbstbestimmungsrecht, S.174.

3) vgl. auch Rabl, Selbstbestimmungsrecht II, S.498; v. Blittersdorff S.60; zu Dohna S.207 f.

4) vgl. zu Dohna S.195, 206, 208; a.A. Touret S.264, 269.

Fünftes Kapitel

Schlußfolgerungen aus dem ersten Teil

1. Zusammenfassung

Die Dekolonisation ist zunächst ein formaler Prozeß. Seine erste Phase ist die Aufhebung der Rechtsbeziehungen, auf denen die koloniale Abhängigkeit beruht. Sie muß nicht notwendigerweise alle faktischen Abhängigkeiten beseitigen. Der Abbau der kolonialen Rechtsbeziehungen schafft die Voraussetzungen für die zweite Phase der Dekolonisation, die Staatswerdung. Sie ist ebenfalls im wesentlichen ein formaler Vorgang und das beinahe zwangsläufige Ergebnis der ersten Phase. Der sich bildende Staat ist rechtlich - also formal - unabhängig. Da der völkerrechtliche Staatsbegriff überwiegend auch nur formaler Natur ist, konnten in der Dekolonisation die materiellen Bedingungen unabhängiger Staatlichkeit vernachlässigt werden. Es kam also nicht darauf an, sofort aus sich selbst heraus lebensfähige, im Innern stabile und nach außen tatsächlich unabhängige Staaten zu schaffen, sondern zunächst die formalen, aber für die weitere Entwicklung notwendigen Voraussetzungen unabhängiger Staatlichkeit zu verwirklichen.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist der Motor und die Rechtfertigung dieses Prozesses. Sein eigentlicher Kern ist die Freiheit der Bevölkerung eines Kolonialgebietes, ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln. Dieses Recht erschöpft sich nicht nur in der Gewährung des entsprechenden Rechtsstatus und der damit verknüpften rechtlichen Befugnisse, sondern gipfelt in dem Anspruch, diese Befugnisse auch tatsächlich und ungestört ausüben zu können.

Wird aber Selbstbestimmung als das Recht der Völker verstanden, frei "ihre politischen und ökonomischen Systeme" zu wählen und eigene Wege zu gehen, so kann es sich beim Selbstbestimmungsrecht nicht nur um einen einmaligen Vorgang

handeln;¹⁾ es gewinnt vielmehr über den Zeitpunkt der formalen Dekolonisation hinaus für die Zukunft Bedeutung. Auch die Garantie der territorialen Unversehrtheit eines Territoriums gegenüber der Staatenwelt im Selbstbestimmungsrecht weist in die Zukunft. Sie ist eine vorweggenommene Garantie der Unversehrtheit des S t a a t s gebiets. Mit Recht warnt Bonny Duala M'bedy²⁾ nachdrücklich den europäischen Betrachter davor, in der Dekolonisation, der Staatsbildung, nur einen formalen Prozeß und nicht auch eine neue Ausgangssituation zu erblicken.

Selbstbestimmung als das Recht der Völker, die eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln, ist also auf die Verwirklichung eines Zustandes gerichtet. Es verbietet sich deshalb, Selbstbestimmung nur als einen einmaligen Vorgang plebiszitärer Bestimmung des Status eines Territoriums aufzufassen. Der materielle Kern des Selbstbestimmungsrechts, den die Dekolonisation verwirklichen soll, ist also der Anspruch eines Volkes, die eigenen Angelegenheiten d a u e r h a f t selbst zu regeln. Die formale Dekolonisation bedarf der Ergänzung durch die materielle. Zu Recht stellt Boutros-Ghali³⁾ fest: "L'indépendance politique est la promesse d'une libération, elle n'est pas la libération elle-même. L'indépendance réelle existera lorsque la domination de l'Etat colonial cessera de s'exercer et lorsque l'Etat africain aura parachevé son propre développement. C'est dire que la décolonisation est une oeuvre de longue haleine, toujours à recommencer."

Diese Feststellungen und die Erkenntnis, daß das personale Element der Selbstbestimmung - also die Nation im ethnischen, soziologischen Sinne - zurücktritt hinter der territorialen Bestands-garantie, führen dazu, anzuerkennen, daß das Selbstbestimmungs-

1) So aber Kloss, S. 64, 66, 69, der die Problematik sieht, aber gleichwohl zu dem Schluß kommt, daß das Selbstbestimmungsrecht ein einmaliges Gestaltungsrecht (Einfachformel: Schaffung eines neuen (nationalen) Staates) sei gegenüber den laufenden Ausgestaltungsbeschlüssen, die er aus dem Recht ausklammert.

2) S. 293.

3) OUA, S. 95.

recht der Völker in der Dekolonisation eigentlich nichts anderes ist als das Selbstbestimmungsrecht der Staaten, das in dem Gewand eines Selbstbestimmungsrechts der Völker die Staaten zwar erst schafft, aber inhaltlich von ihm nicht verschieden ist.¹⁾

Das Selbstbestimmungsrecht der Staaten kennt kein Recht auf Ver selbständigung von Bevölkerungsgruppen. In der Dekolonisation steht ebenfalls die territoriale Integritätsgarantie des Kolonialterritoriums im Vordergrund. Eine Teilung des Territoriums als Ergebnis eines Aktes der Selbstbestimmung der Kolonialbevölkerung ist unerwünscht. Auch das Selbstbestimmungsrecht der Staaten enthält kein Recht auf Sezessionen. Diese werden, wohl einmütig, von den neuen Staaten abgelehnt.²⁾

1) Arzinger, S. 229, stellt "ähnliche Konsequenzen" aus dem Selbstbestimmungsrecht sowie aus dem Prinzip der staatlichen Souveränität fest und meint: "Die Achtung ihres Selbstbestimmungsrechtes ist nunmehr untrennbar verbunden mit der Achtung der Souveränität ihres Staates." Auch v. Blittersdorf, S. 36, meint, hier scheine das Selbstbestimmungsrecht nur ein anderer Ausdruck für staatliche Souveränität zu sein; siehe auch S. 44 mit Hinweisen auf den anglo-amerikanischen Bereich. Auf Ähnlichkeiten mit der sowjetischen Konzeption des Selbstbestimmungsrechtes wurde an anderer Stelle schon hingewiesen.

2) Ghana A/AC 125/SR 91 S. 115; SR 68 S. 18; Touval, Int. Org., S. 117: "Kenya and Ethiopia... argue that the principle of self-determination should apply only to colonial territories and not to parts of sovereign independent states." Ebenso der Vertreter Ghanas A/AC 125/SR 91 S. 115: "...the right to self-determination could be exercised only once... From then onwards, any moves towards secession born no relation to the right to self-determination; they were strictly revolutionary, and the principles proscribing intervention and force resumed their traditional relevance." Genauso deutlich der Generalsekretär der VN, U Thant, im Biafra-Krieg (Pressekonferenz in Dakar, 1970, UNMC 1970, Heft 2, S. 36); zur afrikanischen Haltung im Biafra-Krieg im Hinblick auf das Selbstbestimmungsrecht siehe insbesondere Baker S. 518-533 (530) und die GAU-Resolutionen AHG/Res. 54(V) und (Fortsetzung folgende Seite)

Das Selbstbestimmungsrecht der Staaten ist kein einmaliges Gestaltungsrecht, sondern auf Dauer angelegt. Das Element der Dauer findet sich ebenfalls im Selbstbestimmungsrecht der Völker wieder in dem Anspruch auf Regelung der eigenen Angelegenheiten; neben dem einmaligen Gestaltungsrecht gehören also auch "die laufenden Ausgestaltungsbeschlüsse"¹⁾ dazu.

Der Anspruch auf die selbständige Regelung der eigenen Angelegenheiten, der dem Selbstbestimmungsrecht der Staaten zugrunde liegt, ist nach außen gerichtet; sein Adressat sind die Mitglieder der Staatengemeinschaft. Auch insoweit besteht kein wirklicher Unterschied zum Selbstbestimmungsrecht der Völker, das keinen Anspruch auf repräsentative (nicht-diktatorische) Regierung enthält, sondern sich gegen die Einmischung der Kolonialmächte oder anderer Mächte in die Angelegenheiten der Kolonialvölker zur Wehr setzt. Denn in Wahrheit ist Kolonialismus nichts anderes als Einmischung in die eigenen Angelegenheiten der Kolonialvölker. Von daher sind Kolonialismus und Neo-Kolonialismus materiell identisch.²⁾ Denn beide sind Formen der Einmischung. So wird verständlich, daß die Abwehr des Neo-Kolonialismus eine Hauptsorge der jungen Staaten ist. Denn der Neo-Kolonialismus will nicht die formale Unabhängigkeit beseitigen; er steht also nicht im Gegensatz zur formalen Dekolonisation, widerspricht aber der materiellen.³⁾ Er ver-

(Fortsetzung) AHG/Res. 58(VI). Die ablehnende Haltung gegenüber Sezessionen entspricht wohl der überwiegenden Auffassung der GV (vgl. Eagleton S.91); zum Selbstbestimmungsrecht u. Sezession vgl. auch Menzel, Selbstbestimmungsrecht, S.275; Scelle, Réflexions, S.387; Wengler, Libre disposition, S.30; Vianney S.313 f; v.Blittersdorff S.62; Yakemtchouk S.90.

1) Anm.1 auf S.127.

2) Zum Neo-Kolonialismus u. Afrika siehe Veit S.743 ff; Mushkat S.348 ff; Boutros-Ghali, OUA, S.78 ff; 2.Konf.unabh.afr.Staaten, Res.Nr.9 u. 10 (Legum S.171 f); Casablanca-Charta (Legum S.205), Präambel der OAU-Charta.

3) N'krumah, S.IX, meint, das Wesen des Neo-Kolonialismus bestehe darin, daß der Staat theoretisch unabhängig bleibe mit allen Attributen der Souveränität, aber seine Wirtschaft und sein politisches Verhalten von außen gesteuert würden.

letzt den Kern des Selbstbestimmungsrechtes, den Anspruch der Völker, ihre eigenen Angelegenheiten dauerhaft selbst zu regeln.

2. Folgerungen

Welche Folgerungen sind zu ziehen?

Die materielle Mürftigkeit des völkerrechtlichen Staatsbegriffes, der formale Charakter des Unabhängigkeitsbegriffes machen deutlich, daß beide Rechtsinstitute aus sich selbst heraus keine Garantie für eine gesicherte Existenz eines unabhängigen Staates sind. Mit anderen Worten: Die völkerrechtliche Feststellung, ein Staat ist entstanden, sagt nichts über seine Qualität, seine Lebensfähigkeit und seine Möglichkeit, tatsächlich unabhängig zu sein, aus. Die Formel, daß der Staat die höchste, allen anderen überlegene Gesellschaftsordnung ist, schließt nicht aus, daß der Staat selbst nach außen und innen schwach ist, daß innerhalb des Staatsgebietes andere Gesellschaftsordnungen vorhanden sind, die den Staatsbürger in viel größerem Maße erfassen als der Staat.

Das Völkerrecht teilt also die Staatseigenschaft nicht nur Staaten zu, die, um mit den Worten des Artikels 22 SVB zu sprechen, in der Lage sind, "to stand by themselves under the strenuous conditions of the modern world." Die aus diesem Artikel der Völkerbundsatzung entwickelten Kriterien der Staatsreife sind deshalb keine notwendigen Voraussetzungen völkerrechtlicher Staatlichkeit. Gerade diese Erkenntnis liegt Art. 22 SVB und den Bestimmungen der Art. 73 und 76 SVB, soweit sie eine Entwicklung zur materiellen Staatlichkeit fördern sollten, zugrunde. Insbesondere die Notwendigkeit, eine Bestimmung wie den Art. 22 in die Völkerbundsatzung aufzunehmen, zeigt, daß nicht allein die Staatlichkeit im Sinne des Völkerrechts eine ausreichende Qualifikation und Garantie für eine unabhängige Existenz darstellt, also nicht ohne weiteres die Fähigkeit mit einschließt, "sich selbst ohne Hilfe und Rat" anderer zu regieren.

Die afrikanischen Staaten sind in der Regel politisch, wirtschaftlich und strukturell schwache Staaten, deren Verwaltung erst im Aufbau begriffen ist. Dies ist kein Urteil, das aus Überheblich-

keit gefällt wird, sondern Voraussetzung für eine gerechte Beurteilung der Fortschritte in Afrika und der bisher erbrachten Leistung der afrikanischen Staaten. Diese Schwäche wird auch in Afrika anerkannt. "Il saute aux yeux que les nouvelles entités étatiques sont vulnérables, la proclamation de l'indépendance politique n'ayant souvent été qu'un acte juridique formel, sans reposer sur des assises socio-économiques suffisantes, les seules pouvant garantir une indépendance réelle. Pour une population totale de quelque 350 millions d'habitants, le continent africain compte actuellement une quarantaine d'Etats indépendants, pour la plupart peu habités. Neuf pays seulement ont une population au-dessus de 10 millions d'habitants alors que certains Etats n'atteignent - ou à peine - un million d'habitants (Botswana, Gabon, Congo-Brazzaville, Gambie, Mauritanie, Lesotho). C'est dire que le potentiel économique de telles entités est loin d'égalier en importance d'innombrables villes européennes, américaines, soviétiques ou asiatiques...".¹⁾

Die schwierige Lage der neuen Staaten am Anfang ihrer Existenz legt folgende Schlussfolgerung nahe: Neben der internationalen Solidarität, die in der Entwicklungshilfe ihren Ausdruck findet, wird dem V ö l k e r r e c h t eine ganz besondere Bedeutung bei der Sicherung der unabhängigen Existenz der neuen Staaten zukommen. Es werden also nicht mehr völkerrechtliche Vertragsnormen - wie ehemals die Satzung des Völkerbundes und heute die Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen, soweit sie die Kolonialgebiete betreffen -, sondern Normen des allgemeinen Völkerrechts sein, die die Entwicklung zur wirklichen Unabhängigkeit unterstützen müssen. Aber auch die Satzung der Vereinten Nationen wird diesem Phänomen durch neue Interpretationen ihres Inhalts Rechnung tragen. Die Erklärung der Vereinten Nationen über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten von 1970²⁾ ist ein

1) Yakemtchouk S. 19; vgl. dazu auch Svendsen S. 40; Stahn S. 142 ff u. S. 147 ff; Kruse S. 743.

2) Res. 2625 (XXV) v. 24.10.1970, Text UNYB 1970 S. 789 ff.

Ausdruck dafür.

Wenn es gilt, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das sich in der Dekolonisation als ein Vorstadium des Selbstbestimmungsrechtes der Staaten von diesem materiell nicht unterscheidet, zu sichern und vielleicht erst noch zu vollenden, werden sich - kürzelnhaft formuliert - dem Völkerrecht folgende Aufgaben stellen: Sicherung der formalen Staatlichkeit, der formalen Unabhängigkeit, des territorialen Bestandes sowie Ausschluß fremder Einmischung in die eigenen Angelegenheiten der neuen Staaten.

An einem solchen Schutz durch das Völkerrecht wird den jungen, aus der Dekolonisation hervorgegangenen Staaten besonders gelegen sein, weil er erlaubt, neben der formalen Dekolonisation auch die materielle abzuschließen. Damit hat das Völkerrecht teil an der Aufgabe, die Unabhängigkeit zu sichern und zu konsolidieren.¹⁾

7. Der Schutz der Dekolonisation als neue Aufgabe des allgemeinen Völkerrechts

Mit Unabhängigkeit ist in der Dekolonisation zunächst Staatswerdung gemeint. Ist dieser Prozeß abgeschlossen, beschreibt Unabhängigkeit - im umfassenden Sinne - nichts anderes als die Existenz als Staat in der Völkerrechtsgemeinschaft. Wenn es gilt, die Unabhängigkeit eines Staates zu schützen, ist also zunächst seine staatliche Existenz zu sichern. Dieser Schutz wird oft aus den Grundrechten des Staates abgeleitet, die sich unmittelbar aus seiner Existenz als Staat ergeben. Hierzu heißt es bei v. Liszt-Fleischmann²⁾ zutreffend: "Die Völkerrechtsgemeinschaft beruht auf dem Gedanken des Nebeneinanderbestehens verschiedener Staaten mit gegeneinander abgegrenzten Herrschaftskreisen, mit gegenseitig anerkanntem Machtbereich. Aus diesem Grundgedanken der Gleichberechtigung folgt unmittelbar eine ganze Reihe von Rechtssätzen, durch welche Rechte und Pflichten der Staaten un-

¹⁾siehe Einleitung.

²⁾S. 115 f.

tereinander bestimmt werden, die keiner besonderen vertragsmäßigen Anerkennung bedürfen, um bindende Kraft zu besitzen. Sie bilden den festen Grundstock des ungeschriebenen Völkerrechts, seinen ältesten, wichtigsten, heiligsten Bestand. Sie versinnbildlichen geradezu, daß die Rechtsordnung der Schutz der Schwachen ist, was in der Staatenwelt mit ihren widerstrebenden politischen Interessen nicht stark genug betont werden kann."

Die Zahl der Grundrechte ist umstritten. Jedoch haben sich fünf "klassische Grundrechte" herausgebildet: Recht auf Selbsterhaltung, auf Unabhängigkeit, auf Gleichheit, auf Achtung und auf Verkehr.¹⁾ Diese Rechte findet man bei den meisten Autoren in mannigfaltigen Abwandlungen und unter verschiedenen Bezeichnungen wieder.²⁾ Diesen Verschiedenheiten ist hier nicht nachzugehen, wie auch die Geschichte der Lehre von den Grundrechten sowie ihre Behandlung in der Staatenpraxis vernachlässigt werden darf. Jedoch soll hier der Gedanke festgehalten werden, daß diese Grundrechte in der Wirklichkeit nichts anderes sind als Ableitungen aus dem eigentlichen Grundrecht des Staates auf Existenz.³⁾ Dieses Recht ist nicht mit dem Recht auf die zukünftige staatliche Existenz eines Gebietes zu verwechseln, wie es Inhalt des Selbstbestimmungsrechtes in der ersten Phase des Le-kolonisationsprozesses ist. Mit Recht weist Svarlien darauf hin, daß es sich nur um ein Recht auf fortdauernde (continued) Existenz handeln kann.⁴⁾

Schwierigkeiten bereitet die Tatsache, daß gewisse Grundrechte, wie etwa die Unabhängigkeit, als Element des Staatsbegriffes aufgefaßt werden, so daß sich teilweise das Recht mit seinem

1) Scupin S.723, besonders S.726-732.

2) Die Aufzählung und die Bezeichnung der Grundrechte sind bei jedem Schriftsteller verschieden. Die Abweichungen sind aber mehr scheinbar als wirklich; verschiedene Ausdrücke bezeichnen oft dasselbe Recht (Bonfils-Fauchille S.124).

3) Bonfils-Fauchille S.124 f; Grafton Wilson S.73; Fauchille S.408; Le Fur S.382; Svarlien S.123; Fenwick S.271; Heffter §§ 26, 29-32.

4) S.123.

Träger zu einer Einheit verbinden.¹⁾ Diese Widersprüchlichkeiten vermeidet die Annahme eines Grundrechtes auf Existenz, das zunächst die Integrität des Staates in seiner Gesamtheit, also alle Elemente des völkerrechtlichen Staatsbegriffes erfasst und aus dem alle weiteren Grundrechte abgeleitet werden.²⁾

Es ist nicht verwunderlich, daß das Grundrecht auf Existenz auf die Vertreter junger Staaten eine große Anziehungskraft ausübt.³⁾ Schließlich verdanken sie ihre staatliche Existenz der Dekolonisation, einem Verfahren, dessen erklärtes Ziel ihre unabhängige Staatlichkeit ist. Es wäre nicht einzusehen, daß die von der Völkergemeinschaft im Hinblick auf ein Selbstbestimmungsrecht durchgesetzte staatliche Existenz nicht weiterhin völkerrechtlich garantiert sein sollte.

Kann ein solches Grundrecht auf Existenz aus sich heraus der unabhängigen Staatlichkeit Schutz gewähren? Die Grundrechte sind lediglich "Ausdruck für eine von der Rechtsordnung geschaffene und geschützte vorteilhafte Position"⁴⁾, die den Gegensatz zu den Pflichten bildet, die anderen Rechtspersonen auferlegt worden sind. Insoweit sind sie in Wirklichkeit abstrakte Beschreibungen einer Rechtslage. Wirksam geschützt sind diese Grundrechte erst, wenn ihnen gewisse Grund p f l i c h t e n, die den anderen Mitgliedern der Völkergemeinschaft auferlegt sind, entsprechen. Mit Recht meint Verdross,⁵⁾ es müsse "Recht" als Anspruch einer Person auf ein bestimmtes Verhalten einer anderen Person verstanden werden. "Nur solche Rechte, denen die Pflicht eines anderen entspricht, sind Vollrechte im juristischen Sinne. Daraus ergibt sich, daß echte Grundrechte nur dort vorhanden sind, wo ihnen korrespondierende Grundpflichten gegenüberstehen."

1) Oppenheim-Lauterpacht, S.255, bezeichnen sie deshalb nicht als Rechte, sondern als "protected qualities of States as Int. Persons."

2) vgl. S.133 Anm.3.

3) siehe 6.Kapitel.

4) Ross, Völkerrecht, S.183.

5) S.226.

Dieser Überlegung ist zuzustimmen. Sie wird auch den Interessen der neuen Staaten gerecht, denen weniger an allgemeinen Deklarationen als an konkreten Verpflichtungen der Mitglieder der Staatengemeinschaft ihnen gegenüber gelegen ist.¹⁾ Ein wirksamer Schutz der unabhängigen Existenz der neuen Staaten kann also nur in konkreten Verhaltensnormen liegen, die den ü b r i g e n Mitgliedern der Staatengemeinschaft auferlegt sind.

Welche Normen sind das? Diese Frage ist vom Rechtsgut her zu beantworten. Wenn die Unabhängigkeit - als Ausdruck staatlicher Existenz - das zu schützende Ergebnis der Dekolonisation ist, so folgt daraus, daß die unabhängige staatliche Existenz zu erhalten ist. Es muß also das Verbot an die anderen Staaten ergehen, die staatliche Existenz zu bedrohen oder zu zerstören. Diese Aufgabe übernimmt das Gewaltverbot, das schon im Selbstbestimmungsrecht der Völker, in dem auch ein Gewaltverbot gegen die territoriale Integrität zu erkennen ist, angelegt wurde.

Weiterhin muß die Staatsgewalt, ihre ungestörte Entfaltung und Ausübung innerhalb des Staatsgebietes sowie ihre Entscheidungsfähigkeit nach innen und außen geschützt sein. Wie die Vorwürfe des Neo-Kolonialismus beweisen, ist das wesentliche Anliegen der neuen Staaten, ihre neue Freiheit ohne Einmischung tatsächlich ausüben zu können. Unzulässige Einmischungen werden durch das Interventionsverbot abgewehrt, welches das Selbstbestimmungsrecht der S t a a t e n, das in der Dekolonisation mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker im wesentlichen identisch ist, gewährleistet.

Mithin werden G e w a l t- u n d I n t e r v e n t i o n s- v e r b o t als Verpflichtungen, die jedem Mitglied der Staatengemeinschaft gegenüber dem anderen obliegen, im Mittelpunkt der weiteren Untersuchung stehen.

¹⁾ Kelsen, Draft Declaration, S. 264, meint, daß die Formulierung von Grundrechten überflüssig sei, wenn die Pflichten der Staaten genau festgelegt worden sind.

Zweiter Teil

Sicherung und Konsolidierung der Ergebnisse der Dekolonisation im afrikanischen Völkerrechtsverständnis

Erstes Kapitel

Das Recht auf unabhängige Existenz: Die nachkoloniale Ordnung in Afrika

1. Die Entwicklung der nachkolonialen Ordnung in Afrika

1.1. Die Gegebenheiten, von denen auszugehen war

Das koloniale Afrika war bis zum Beginn der Dekolonisation einem einheitlichen Rechtssystem unterworfen, das vom Völkerrecht und dem Staatsrecht der einzelnen Kolonialmächte geprägt war.¹⁾ Die Kolonie in ihren völkerrechtlichen und staatsrechtlichen Erscheinungsformen beherrschte den Territorialstatus der einzelnen abhängigen Gebiete. Hinzu kamen völkerrechtliche Sonderregelungen, wie sie -etwa für die Treuhandgebiete- durch die Satzung der VN und die Treuhandabkommen geschaffen wurden. Die völkerrechtlichen Regelungen, die die Beziehungen der Kolonialmächte untereinander betrafen, vervollständigten das Bild eines einheitlichen kolonialen Rechtssystems.²⁾

Die Kolonialmächte hatten innerhalb ihrer Kolonialgebiete zusammenfassende Einheiten gebildet wie beispielsweise Französisch-Westafrika (AOF)³⁾ und Französisch-Äquatorial-Afrika (AEF)⁴⁾. In Britisch-Ostafrika gab es mit der "East African High Commission"

¹⁾ siehe dazu Okoye S.5 ff.

²⁾ Hier ist insb. die am 26.2.1885 unterzeichnete Generalakte der Berliner Kongokonferenz, auch Kongo-Akte genannt (Text: Strupp, Urkunden, S.202 ff), zu nennen; vgl. auch Oppermann, Kongo-Staat, S.271f; Elias, Int.Law, S.16-22.

³⁾ Reichhold S.25 ff, insb. S.31-38.

⁴⁾ Hänel S.38 ff.

und der ihr nachfolgenden "East African Common Service Organisation"¹⁾ eine überterritoriale verwaltungsmäßige Zusammenfassung.

Alle diese überterritorialen Zusammenschlüsse haben die Dekolonisation nicht überdauert.²⁾ Die Mali-Föderation, mit der der Versuch gemacht wurde, wenigstens einen Teil Französisch-Westafrikas in einer die einzelnen Kolonien überschreitenden Einheit zur Unabhängigkeit zu führen, scheiterte.³⁾ Die Föderation von Rhodesien und Njassaland (Zentralafrikanische Föderation), in der drei Kolonialgebiete vereint zur Unabhängigkeit geführt werden sollten, zerbrach an ihren inneren Widersprüchen; es gelang nicht, die schwarzafrikanische Bevölkerung entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil an der Regierungsgewalt zu beteiligen.⁴⁾ Die Forderung der Afrikaner⁵⁾ nach ihrer Auflösung war deshalb verständlich. Die überregionale Zusammenarbeit in Ostafrika, die sich mit der East African High Commission und der Common Service Organisation angeeignet hatte, verkümmerte;⁶⁾ sie wurde erst später mit der Gründung der "Ostafrikanischen Gemeinschaft"⁷⁾ unvollkommen wieder aufgenommen; ihre Zukunft ist ungewiß.⁸⁾

Afrikas Weg zur Unabhängigkeit vollzog sich durch die Gründung einer Vielzahl - oft kleiner, bevölkerungsschwacher - Staaten;

1) vgl. dazu Johns S. 633 ff; Kloman S. 398-400.

2) Borella, Regroupements, S. 790

3) Eine knappe, aber ausführliche Darstellung des Scheiterns der Mali-Föderation gibt Gandolfi, S. 881 ff, insbesondere S. 895 ff; vgl. auch Borella, Regroupements, S. 791 f; Hamon S. 106 f; Loewe S. 128; Yturriaga S. 41.

4) Mason S. 640 ff, insbesondere S. 646 f.

5) All African Conference, Tunis 1960 (Legum S. 264 f).

6) Tandon, Mazrui S. 187; Johns S. 633 ff (S. 637 f); Okoye S. 184.

7) vgl. Schröder, Konferenzen S. 282 f; Philip S. 341 ff; Tandon, Mazrui S. 182 ff; Okoye S. 169-171; Texte: Kenya, Tanganjika, Uganda: Kampala Agreement on redressing trade imbalance, III. Vol. III Nr. 6 S. 1106; Kenya, Tansania, Uganda: Treaty for East African Co-operation, ILM Vol. VI Nr. 5 S. 932.

8) Sie hatte sich während der Herrschaft Amins in Uganda praktisch aufgelöst.

Staaten, die mehrere Kolonialterritorien zusammenfaßten, sind die Ausnahmen geblieben. Die Union zwischen Tanganjika und Sansibar, heute Tansania, ist locker.¹⁾ Die beiden größten afrikanischen Kolonialgebiete hatten Schwierigkeiten, nach der Unabhängigkeit ihren territorialen Bestand zu sichern. Nigeria, einer der größten afrikanischen Staaten und das volkreichste Land des Kontinents, das als Bundesstaat organisiert wurde, machte durch den zeitweiligen Abfall Biafras eine existenzbedrohende Krise durch.²⁾ Der belgische Kongo, heute Zaire, wäre an der zeitweiligen Sezession Katangas fast zerbrochen.³⁾ Afrikas Dekolonisation vollzog sich regelmäßig auf der Ebene der Kolonie, also der kleinsten territorialen Einheit.⁴⁾

1.2. Die Aufgabe des neuen Systems

Nachdem das koloniale System beseitigt war, galt es, für das dekolonisierte Afrika ein neues Ordnungssystem zu schaffen. Dabei mußten die Beziehungen zu den ehemaligen Kolonialmächten sowie zur übrigen Welt geregelt werden;⁵⁾ aber auch die Beziehungen der neuen Staaten untereinander waren zu ordnen. Hier gab es besondere praktische Schwierigkeiten, weil die bisherigen Kolonien einseitig auf die jeweilige Kolonialmacht ausgerichtet waren; diese Probleme erschweren auch heute noch den Ausbau der innerafrikanischen Beziehungen. Dafür bieten Beispiele der noch ge-

1) vgl. Tanganjika und Sansibar: Articles of Union and implementing legislation, ILM Vol. III Nr. 4 S. 763.

2) vgl. Nigeria Government Paper on the Nigerian Crisis (Status of the federation; Biafra) ILM Vol. VII S. 162; Proklamation der Republik Biafra, ILM Vol. VI Nr. 4 S. 665.

3) vgl. dazu Zwecker S. 25-29, S. 61-93.

4) Boutros-Ghali, OUA, S. 9, und Thiam, S. 28-32, nennen die Aufsplittierung Afrikas "micro-nationalism".

5) vgl. dazu Boutros-Ghali, OUA, S. 24.

ringe Handelsaustausch der afrikanischen Staaten¹⁾ untereinander und die Insuffizienz interafrikanischer Kommunikation in allen Bereichen.²⁾

Die Beziehungen zur ehemaligen Metropole regeln heute Verträge, die gewöhnlich noch vor der Unabhängigkeit - jedenfalls materiell - vereinbart worden waren. Sie wurden nach dem Vollzug der Dekolonisation oft als belastend empfunden, als ungleiche Verträge kritisiert und mit dem Status der Unabhängigkeit als unvereinbar bezeichnet. Ihre Revision ist im Gange.

Bei der rechtlichen Organisation des nachkolonialen Afrikas kam jedoch der Regelung der Beziehungen der afrikanischen Staaten untereinander größere Bedeutung zu als der Ordnung der Beziehungen zu den ehemaligen Metropolen und den anderen außerafrikanischen Staaten, denn es galt, die Verhältnisse auf dem Kontinent neu zu gestalten.

1.3. Die ersten Gestaltungsversuche eines neuen Systems

Für die Organisation des nachkolonialen Afrikas wäre es denkbar gewesen, daß Afrika den Weg zu größeren Einheiten oder sogar zur umfassenden afrikanischen Einheit durch den Zusammenschluß der aus der Dekolonisation hervorgegangenen Staaten gefunden hätte, nachdem dieses Ziel in der Dekolonisation nicht erreicht werden konnte.³⁾

Der Gedanke der afrikanischen Einheit hat Afrika ebenso bewegt

1) 6 v.H. des Exports der afrikanischen Staaten entfielen 1972 nur auf den kontinentalen, innerafrikanischen Handel (vgl. dazu Kruse S.733; FAZ v.27.3.1972); im übrigen weist Kruse, S.736, darauf hin, daß auffallend viele afrikanische Staaten ihre Ausfuhren auf die ehemaligen Mutterländer konzentrieren.

2) vgl. zu diesem Komplex Hoskyns S.165; Zartman, Relations, S.62; OAU-Res.CM/159 (XI).

3) Zur Geschichte des Aufbaus einer kontinentalen Organisation der afrikanischen Staaten insgesamt siehe Strauch S.82-144.

wie das Streben nach Freiheit von kolonialer Unterdrückung.¹⁾ Nachdem die Kolonien einzeln zur Unabhängigkeit gelangt waren, erschallte der Ruf: "Africa must unite" und beherrschte zunächst die politische Szene Afrikas.²⁾ N'krumah, der Staatschef Ghanas, war der Wortführer der Einigungsbewegung,³⁾ die als Panafrikanismus⁴⁾ bekannt geworden ist. Es handelt sich hier nicht um den Panafrikanismus als afrikanisch-rassische Solidarität oder kulturelle Einheit, sondern um die institutionalisierte Zusammenfassung der neuen Staaten als "Vereinigte Staaten von Afrika."⁵⁾

Die Entscheidung über den Weg zur Einheit erschwerten unterschiedliche Auffassungen, die zum Teil auf ideologischen Differenzen beruhten und den Kontinent zuletzt in zwei Gruppen teilten, zwischen deren Vorstellungen Afrika zu wählen hatte. Außerdem war die "Führerschaft" (leadership) in Afrika heftig umstritten.⁶⁾

1) Boutros-Ghali, OUA, S.8: "Ce thème a été développé par M.N'krumah en mars 1957 alors qu'il venait d'être nommé Premier ministre."

vgl. auch Legum S.134 f, 141; Schröder, Konferenzen, S.110 ff.

2) Zu den Einigungsbewegungen vor der OAU siehe insbesondere die Gesamtansatzstellung Strauchs: Panafrika-Kontinentale Weltmacht im Werden? Klotman S.391 ff; C.A.Johnson S.426 ff; Feuer S.768 ff; Timmler, Das große Palaver, S.524-526; Yturriaga S.80; Wallerstein, Early Years, S.775; Stahn S.30-39.

3) Segal, S.222, bezeichnet zu Recht N'krumah als den afrikanischen Politiker, der am meisten für die pan-afrikanische Idee geleistet habe; Schröder, Konferenzen, S.110 ff.

4) Zum Panafrikanismus allgemein siehe die Monographien von Legum und Strauch; vgl. auch Ansprenger, Versuch, S.109 ff; Akwensioe S.55-85; Stahn S.26 ff; Thiam S.32 ff.

5) vgl. Stahn S.28; Thiam S.32.

6) Botschaft Tubmans zum Unabhängigkeitstag 1957 (Tubman S.7); Tubman, Rede auf der Monrovia-Konferenz 1961 (Tubman S.22); so lehnte die Monrovia-Konferenz jede Art von Führerschaft ab (Legum S.216); vgl. auch Boutros-Ghali, Charter, S.27 mit dort zitierten Stellungnahmen der Präsidenten Bourguiba und Balewa; hinsichtlich persönlicher Rivalitäten siehe Lavroff S.48/49.

Denn mit einer einheitlichen, gesamtstaatlichen Organisation Afrikas oder wesentlicher Teile war auch die Frage aufgeworfen, welchem Staat oder Staatengruppe, welchem Staatsmann die Führung zukommen sollte.

Anfang der sechziger Jahre hatten sich zuletzt zwei bedeutende Gruppierungen im unabhängigen Afrika gebildet: die Casablanca¹⁾- und die Monrovia²⁾-Gruppe; sie unterschieden sich in ihren Vorstellungen über das weitere Schicksal Afrikas und sein Verhältnis nach außen.³⁾ Unterschiedliche Vorstellungen trennten diese Gruppierungen insbesondere im Hinblick auf die neue Ordnung des Zusammenlebens der jungen afrikanischen Staaten.

Die Casablanca-Gruppe - sie erhielt ihren Namen von der Konferenz afrikanischer Staaten, die Anfang 1961 in Casablanca stattfand - forderte die Einheit Afrikas im Wege staatlicher Zusammenschlüsse.⁴⁾ Ihr Programm war "die Entschlossenheit, den Triumph der Freiheit Gesamtafrikas zu fördern und seine Einheit zu vollenden."⁵⁾ Den Kern dieser Staatengruppe bildeten Ghana, Guinea und Mali.⁶⁾ Schon in den Jahren 1958/59 hatten die Staatsefs Ghanas und Guineas, N'krumah und Sekou Touré, eine Union zwischen ihren Staaten vorgesehen.⁷⁾ Diesen Unionsplänen schloß sich Mali

1) Zartman, Relations, S. 128 ff; Kroman S. 391; Borella, Regroupements, S. 799 ff; Stahn S. 35 ff; Thiam S. 112 ff; siehe auch: Die Konferenzen v. Brazzaville und Casablanca, EA 1961 S. D 112 ff.

2) Borella, Regroupements, S. 802 ff; vgl. auch S. 144 Anm. 3-5.

3) vgl. dazu Lavroff S. 49 f; Schröder, Konferenzen, S. 117-121; siehe auch: Afr. Staatengruppen seit Brazzaville u. Casablanca, EA 1961 S. D 475 f; Konf. der afr. Staatengruppen seit Mali, 1961, EA 1962 S. I. 541 f.

4) Timmler, Das große Palaver, S. 526; die Casablanca-Staaten lehnten insbesondere Verteidigungsabkommen mit den ehemaligen Metropolen und Verbindungen zur EWG ab (vgl. Okoye S. 123).

5) So die Casablanca-Charta, die die Staaten auf der Konferenz in Casablanca verabschiedeten (Legum S. 205).

6) Zu ihr gehörten außerdem Marokko, die VAR und Algerien, vertreten durch seine damalige provisorische Regierung.

7) vgl. Abschnitt a-d der Präambel der Charta der UAS u. das Commu- (Fortsetzung folgende Seite)

an.¹⁾ Ende 1960 beauftragten die Präsidenten Ghana, Guinea und Mali einen Ausschuß damit, konkrete Vorschläge für eine Union zwischen ihren Staaten auszuarbeiten.²⁾ Der Ausschuß legte den Entwurf einer "Charta der Union afrikanischer Staaten" (UAS) vor, den die Staatsefs im April 1964³⁾ billigten. Die Union sollte als "Kern der Vereinigten Staaten Afrikas" allen afrikanischen Staaten offenstehen (Art. 2).

Die Ziele der Union waren recht allgemein formuliert und gingen über die Förderung der Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten, insbesondere im Bereich der Außen-, Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik, nicht hinaus (Art. 3,4). Im institutionellen Bereich sah die Charta zur Förderung der geplanten Zusammenarbeit nur die Errichtung von Ausschüssen vor (Art. 5 u. 8). Das "höchste Exekutivorgan" der Union sollte die Konferenz der Staatsefs⁴⁾ sein, deren gemeinsame Entschlüsse unverzüglich wirksam sein sollten (Art. 5 Ziff. 2).

Es kann dahinstellt bleiben, welche rechtliche Bedeutung diesen Entscheidungen der Union (which shall become effective immediatly) beizumessen gewesen wäre. Denn insgesamt zeigt die Unionsverfassung mit aller Deutlichkeit, daß die Union, wenn man sie tatsächlich verwirklicht hätte,⁵⁾ weder eine Föderation noch eine Konföderation, sondern lediglich eine internationale Organisation ohne supranationalen Charakter gewesen wäre, da die Or-

(Fortsetzung) liqué conjoint relatif à la création d'union des Etats indépendants d'Afrique, Conakry, 2.5.1959.

1) vgl. Abschnitt d) der o.g. Präambel.

2) vgl. Abschnitt e) der o.g. Präambel.

3) zur UAS: Hamon S. 101-106; Aloman S. 389 ff; Loewe S. 128 ff; Lartman, Relations, S. 126 ff; Text: La Documentation Française, Art. et Doc. Nr. O. 1097 v. 25.5.1961 (EA 1961 S. D 486 ff).

4) Fast alle afrikanischen Zusammenschlüsse kennen die Versammlung der Staatsefs als höchstes Organ; darin kommt die Bedeutung des Staatsefs in den afrikanischen Regierungssystemen augenfällig zum Ausdruck (vgl. Loewe S. 143; Wülker S. 186-190).

5) Schröder, Konferenzen, S. 113: Die Union "war keine Realität..., sondern lediglich eine auf einer (Fortsetzung folgende Seite)

gane weder unabhängig von den Staaten noch mit Mehrheit hätten entscheiden können.¹⁾ Die UAS wäre also von den "Vereinigten Staaten von Afrika" noch weit entfernt gewesen. Die Casablanca-Staaten erhielten also trotz ihrer Beteuerungen keine größeren Fortschritte zur Einheit hin als andere Gruppierungen.²⁾

In ihren Bemühungen, Anhänger für ihre Einigungspläne zu finden, trafen sich vom 15. bis 19.7.1959 in Sanniquellie in Liberia die Staatsschefs von Ghana und Guinea mit Präsident Tubman von Liberia. Auf der Konferenz billigten die drei Staatsschefs "im Prinzip" die Errichtung einer "Gemeinschaft unabhängiger afrikanischer Staaten", in der die afrikanischen Länder, ohne an staatlicher Souveränität zu verlieren,³⁾ im Bereich der Wirtschaft, des Sozialen und Kulturellen und der Erziehung zusammenarbeiten sollten. Damit hatten sich die Staatsschefs Ghanas und Guineas mit ihren ehrgeizigen Plänen gegenüber dem Präsidenten von Liberia, Tubman, nicht durchsetzen können. Die Angelegenheit verlief im Sande.⁴⁾ Präsident Tubman hatte schon immer nur einen losen Zusammenschluß der afrikanischen Staaten für möglich gehalten und den von Touré und N'krumah geforderten "Vereinigten Staaten von Afrika" die "Assoziierten Staaten von Afrika" entgegengesetzt.⁵⁾ Auch Nigeria, der volkreichste Staat Afrikas, stand einer Einigung Afrikas zu Lasten der neuen unabhängigen Staaten ablehnend gegenüber.⁶⁾

(Forts.) Deklaration basierende gedankliche Konstruktion."

1) Zu den Kriterien der Supranationalität siehe Jaenicke, S. 423-28 (424); a.A. Schröder, Konferenzen, S. 113, der den Charakter eines Staatenbundes bejaht, falls er verwirklicht worden wäre.

2) Thiam S. 122 f.

3) Gemeinsame Erklärung der Regierung von Liberia, Ghana und Guinea v. 19.7.1959 (Tubman, Anhang A, S. 53 f).

4) Schröder, Konferenzen, S. 114.

5) Tubman am 5.2.1959 vor dem 2. "National Unification Executive Council" in Sanniquellie (Tubman S. 10).

6) Der Vertreter Nigerias erklärte auf der 2. Konf. unabh. Staaten: "We believe that many of the African States would very much prefer to rule themselves by themselves, and that they would like (Fortsetzung folgende Seite)

Mit dieser Ansicht standen sie nicht allein. Auch der Präsident der Elfenbeinküste, Houphouët-Boigny, der mit dem "Conseil de l'Entente" (auch "Sahel-Benin Union" genannt) eine lockere staatliche Verbindung zwischen der Elfenbeinküste, Iahomey, Obervolta und Niger "ohne die geringste integrierte Gemeinschaftsunion"¹⁾ gebildet hatte, vertrat eine Konzeption engerer Kooperation unabhängiger Staaten. Seine Initiativen begünstigten die Bildung der Brazzaville-Gruppe,²⁾ die bald in der Monrovia-Gruppe aufging. Houphouët-Boigny war es auch, der wesentlich zum Gelingen der Monrovia-Konferenz beitrug, zu der Präsident Tubman vom 8. bis 12. 5. 1961 in die Hauptstadt Liberias einlud,³⁾ um die Organisation des nachkolonialen Afrikas zu erörtern. An der Konferenz nahmen Vertreter von insgesamt 21 unabhängigen afrikanischen Staaten teil. Die Konferenz von Monrovia gab der Staatengruppe ihren Namen. Sie stand in einem starken Gegensatz zu den "progressiven" Staaten der Casablanca-Gruppe.⁴⁾ Sie bevorzugte ein Zusammengehen mit dem Westen, mit der EWG und den ehemaligen Kolonialmächten.⁵⁾ Auf der Konferenz galt es, eine Form des Zusammenlebens der teilnehmenden afrikanischen Staaten zu institutionalisieren, ohne die Unabhängigkeit der einzelnen Staaten zu beeinträchtigen. Präsident Tubman⁶⁾ unterstrich in seiner Eröffnungsrede, es sei

(Forts.) to taste the atmosphere of freedom after having been under foreign domination for some time." (zitiert bei Legum S. 191).

1) Schröder, Konferenzen, S. 115.

2) Schröder, Konferenzen, S. 116, 118 ff; Text der "Brazzaville Deklaration" v. 19. 12. 1960 bei Legum, Anhang.

3) Hamon S. 114 ff; Kloman S. 395-398.

4) Hoskyns S. 165.

5) vgl. dazu Timmler, Das große Palaver, S. 526; Boutros-Ghali, OUA, S. 9 f; er führt die Gegensätze auf die Kurzformel zurück: "Afrique réformatrice et révolutionnaire." (gelegt Thiam (S. 124) die Unterschiede nur im Methodischen.

6) Rede vor der Konferenz, Tubman S. 22.

die Aufgabe, in freundschaftlicher Verbundenheit miteinander die nationale Existenz der neuen afrikanischen Staaten zu sichern und zu entwickeln. Eine losere Form der Zusammenarbeit in einer Dachorganisation, die auch regionale Zusammenschlüsse nicht ausschloß, befürworteten neben Houphouët-Boigny und Tubman insbesondere auch die Präsidenten Bourguiba (Tunesien), Sir Abubaka Tafawa Balewa (Nigeria) und Tsirana (Madagaskar).¹⁾

Auf der Konferenz von Lagos (25.1.1962)²⁾ legte die liberianische Regierung einen Plan für eine afrikanische Gemeinschaft vor. Eine solche Organisation hatte schon die Monrovia-Konferenz gefordert.³⁾ Der liberianische Vorschlag⁴⁾ sah die Einrichtung einer "Interafrikanischen Organisation" vor, die der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Ernährung, Kultur, Erziehung, Gesundheit und der Diplomatie dienen sollte. Die Beschlüsse der Organe sollten mit Zwei-Drittel-Mehrheit gefaßt werden (Art. 21 Abs. 2, Art. 27 Abs. 2). Über ihre Wirkungen sagte im Gegensatz zur Charta der UAS (Art. 5) der Textenwurf nichts. Es handelte sich auch hier nur um die Errichtung einer internationalen Organisation im durchaus klassischen Sinne. Auf der Grundlage dieses Vorschlags verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs den Entwurf einer Charta, die als Lagos-Charta richtungsweisend für die heutige Ordnung Afrikas geworden ist, obwohl auch sie keine Wirksamkeit erlangte.⁵⁾ Sie war der erste entscheidende Schritt hin auf ein neues Ordnungssystem in Afrika.

1) Timmler, Das große Palaver, S. 526.

2) Tubman S. 24 ff; Okoye S. 124; Stahn S. 38.

3) Resolution I C, bei Tubman S. 64.

4) Tubman S. 26 ff.

5) Sie war im "Prinzip" angenommen worden (adopted in principle); die ausdrücklich verlangte Ratifikation fand nicht statt (Loewe S. 133).

2. Die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) als kontinentales Ordnungssystem

2.1. Der unabhängige Staat als Grundlage des neuen Systems

Die Frage nach dem "Wie" der afrikanischen Einheit mußte noch entschieden werden. Zwischen zwei Wegen, die die Casablanca- und Monrovia-Staaten vorgezeichnet hatten, war zu wählen. Der eine sollte dazu führen, "die künstlichen Teilungen und Grenzen, die verantwortlich für die Balkanisierung des Kontinents"¹⁾ sind, wie N'krumah behauptete, zu beseitigen; der andere sollte, wie Tubman²⁾ forderte, eine Organisationsform ermöglichen, die "genügend flexibel" ist, um jedem Staat seine staatliche Souveränität und seine Identität zu garantieren; damit war eine Organisation, wie sie die Lagos-Charta verwirklichen sollte, gemeint.

Die Entscheidung zwischen diesen Wegen fiel 1963 auf der Konferenz von Addis-Abeba, wo sich die Chefs von 30 afrikanischen Staaten³⁾ versammelt hatten, um ein Ordnungssystem für den Kontinent festzulegen.⁴⁾ Mit Recht betont Timmler,⁵⁾ daß sich niemals

1) N'krumah, Eröffnungsansprache auf der Konferenz von Sanniquellie, Tubman, Anhang C S. 57 f; zur "Balkanisierung" siehe auch res. 10 Nr. 5 der 2. Konferenz Afrikanischer Staaten (Legum S. 172).

2) Tubman auf der Konferenz von Sanniquellie, Tubman, Anhang B S. 54 ff.

3) Algerien, Äthiopien, Burundi, Dahomey, Elfenbeinküste, Gabun, Ghana, Guinea, Kamerun, Kongo (Brazzaville), Kongo (Léopoldville), Liberia, Libyen, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Niger, Nigeria, Obervolta, Ruanda, Senegal, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Tanganjika, Tschad, Tunesien, Uganda, Vereinigte Arabische Republik, Zentralafrikanische Republik; Marokko nahm wegen der Anwesenheit Mauretaniens, Togo wegen der vor kurzem erfolgten Ermordung des Präsidenten Olympio nicht teil (vgl. Boutros-Ghali, Charter, S. 9).

4) Auf die Vorgeschichte der Konferenz und ihren Ablauf ist hier nicht näher einzugehen; vgl. dazu insbesondere Cervenka, OAU, S. 1-29; Okoye S. 124-126; Stahn S. 39 ff; EA 1963 S. D 313 ff.

5) Das große Palaver, S. 531.

vorher auf eigene Initiative die Staatschefs eines Erdteils völlig gleichberechtigt versammelt hätten, um über die Zusammenarbeit auf einem Kontinent zu beraten. Der gemeinsame Wille, ein neues interafrikanisches Ordnungssystem aufzurichten, kann nicht hoch genug bewertet werden.

Die unterschiedliche Haltung zur afrikanischen Einheit, die die Casablanca- und die Monrovia-Gruppe voneinander trennte, wurde in Addis Abeba zwar nochmals deutlich,¹⁾ jedoch hatte sich die Waage schon zugunsten des Konzepts der Monrovia-Staaten geneigt. Beide Gruppen hatten Entwürfe vorgelegt,²⁾ zu denen sich ein Vorschlag Äthiopiens gesellte, der aber ebenso wie die Lagos-Charta lediglich eine Kooperation zwischen unabhängigen Staaten, deren "Souveränität respektiert" werden sollte, zum Ziel hatte.³⁾ Präsident N'krumah forderte zwar noch eine "politische Föderation"; er schränkte diese Forderung aber gleich wieder dahingehend ein, daß eine solche Föderation nicht das Opfer der Aufgabe staatlicher Souveränität mit sich bringen müßte; nötig sei jedoch, die Barrieren zwischen den afrikanischen Völkern niederzureißen, damit Grenzen überflüssig und Grenzkonflikte vermieden würden.⁴⁾ Beifall fand er auch nicht mit diesen gemäßigten Vorstellungen.⁵⁾ Zuletzt forderte nur noch der Premierminister Ugandas die afrikanischen Staaten auf, schon jetzt "etwas von ihrer Souveränität zu Gunsten eines zentralen afrikanischen Legislativ- und Exekutivorgans" aufzugeben.⁶⁾ So kam es, daß die Vorstellungen der

1) Boutros-Ghali, Charter. S. 7; derselbe, OUA, S. 11-21.

2) vgl. dazu Anm. 1.

3) Boutros-Ghali, Charter, S. 10; Stahn S. 40.

4) zitiert bei Boutros-Ghali, Charter, S. 10, 21; derselbe, OUA, S. 31-37.

5) vgl. dazu Cervenka, OAU, S. 80.

6) zitiert bei Boutros-Ghali, Charter, S. 20; vgl. dazu auch die dort angegebenen gegenteiligen Stellungnahmen afrikanischer Staatsmänner.

Monrovia-Staaten in der Substanz übernommen wurden¹⁾ und die "Organisation der Afrikanischen Einheit" als eine "Verbindung der Ideen und Festlegungen der Vereinten Nationen, der Organisation Amerikanischer Staaten und der Lagos-Charta"²⁾ entstand. Den Casablanca-Staaten verdankt die Charta dagegen ihre anti-kolonialistischen Tendenzen und die Betonung der Ungebundenheit (non-alignment)³⁾. Afrika hatte sich eine Organisation gesetzt, deren Grundlage der unabhängige Staat blieb.⁴⁾ Statt Integration sollte Kooperation das beherrschende Prinzip sein. Afrika hatte sich für den "Mikronationalismus" (Thiam)⁵⁾ entschieden.

2.2. Die Gründe für die Entscheidung Afrikas gegen die Supranationalität

Die Gründe für die Entscheidung Afrikas gegen den supranationalen Gedanken sind mannigfaltig.⁶⁾ Sie brauchen hier nicht im einzelnen dargelegt zu werden. Festzuhalten ist aber, daß der Dekolonisationsprozeß den entscheidenden Einfluß ausgeübt hat. So sieht Hamon⁷⁾ die Ursache dafür, daß der "Wettlauf zwischen Unabhängigkeit und Einheit" von der Unabhängigkeit gewonnen wurde, in der Schnelligkeit des Dekolonisationsprozesses; er habe das Wachsen einer gesamtafrikanischen Solidarität zugunsten eines traditionellen Lokalismus verhindert und die politischen Führer zu früh in die Regierungsverantwortung von Nationalstaaten geführt.

1) Elias, OAU, S.245; Schröder, Konferenzen, S.126.

2) so Padelford S.533.

3) Okoye S.126.

4) Okoye S.126; Tendenzen zur Supranationalität sind auch heute noch nicht zu erkennen; Okonji S.23.

5) S.28-32, 211.

6) vgl. dazu im einzelnen Loewe S.122, 128, 151; Hamon S.99; Padelford S.524.

7) S.99.

Es ist richtig, daß eine Entscheidung Afrikas für die Supranationalität oder gar für einen afrikanischen Gesamtstaat dem Dekolonisationsprozeß, wie er sich abgewickelt hat, widersprochen hätte. Die Verwirklichung der Selbstbestimmung auf der Grundlage der Staatlichkeit und Unabhängigkeit der kleinsten kolonialen Territorialeinheit, der eigentlichen Kolonie, stand einer umfassenden oder teilweisen staatlichen Einheit Afrikas entgegen. So ließe der Mechanismus der Dekolonisation das System der territorialen Zersplitterung - oder auch Balkanisierung - Afrikas, das die Kolonisation begründete, auch nach ihrem formalen Abschluß fort dauern. Die Einheit Afrikas hätte sich schon in der Dekolonisation ankündigen, wenn nicht verwirklichen müssen. So ist die "Balkanisierung" Afrikas in der Hauptsache das Ergebnis der Dekolonisation selbst. Es wirkt fort und wird - wenn überhaupt - schwerlich in einem kurzen Zeitraum überwunden werden können.

2.3. Die Struktur und die Kompetenzen der OAU

Die Charta der OAU¹⁾ fordert, daß die Mitgliedstaaten ihre Politik "koordinieren und harmonisieren", insbesondere auf den Gebieten der Diplomatie, Wirtschaft, Verkehr, Kommunikation, Erziehung, Kultur, Gesundheit, Hygiene, Ernährung, Wissenschaft, Technik, Verteidigung und Sicherheit (Art. II Abs. 2). Die Organe, die Versammlung der Staats- und Regierungschefs, der Ministerrat, treffen ihre Entschlüsse mit Zwei-Drittel-Mehrheit (Art. X Ziff. 2; Art. XIV Ziff. 2). Im Gegensatz zur UAS, deren Entschlüsse unverzüglich wirksam sein sollten (Art. 5 Ziff. 2), sind die Resolutionen der OAU keine bindenden Entscheidungen.²⁾ Eine Entwicklung zu einer "faktischen" Supranationalität ist bisher nicht zu erkennen.³⁾ Aber sicherlich ist es

1) Zur OAU im allgemeinen: Boutros-Ghali, Charter, OUA; Hess; Akwensioge; Cervenka, OAU; Loewe S. 134 ff; zur Struktur insbesondere Boutros-Ghali, OUA, S. 97 ff; Akwensioge S. 111-131.

2) Siehe dazu Loewe S. 140 und die dort gegebene Begründung; Okoye S. 132 f; vgl. auch Hess S. 73 f.

3) Zum Arbeitsstil der OAU siehe Hoskyns S. 176.

noch zu früh, um ein endgültiges Urteil über die Rolle der Organisation in Afrika abzugeben.¹⁾ Trotzdem kann die segensreiche Wirkung der OAU für die Stabilisierung des afrikanischen Systems nicht ernsthaft bestritten werden.²⁾

2.4. Ihre Ordnungsprinzipien

Bei der Beurteilung des neuen afrikanischen Ordnungssystems sollte nicht so sehr die Institutionalisierung der innerafrikanischen Zusammenarbeit im Vordergrund stehen, wenn auch die Bedeutung der OAU als ein Forum regelmäßiger Zusammenkünfte und Konsultationen nicht unterschätzt werden darf. Größere Aufmerksamkeit verdient hier die Regelung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Für sie wurden in der Satzung der OAU Grundsätze niedergelegt.³⁾ Diese kann man, obwohl miteinander verbunden, in zwei Kategorien einteilen: in diejenigen, die die Beziehungen der afrikanischen Staaten innerhalb und außerhalb der OAU regeln und in solche, die die Beziehungen Afrikas mit seiner außerafrikanischen Umwelt betreffen.⁴⁾ Letztere knüpfte die OAU an vorangegangene Entwicklungen an. Die Prinzipien, die das Verhältnis der afrikanischen Staaten mit den außerafrikanischen Mächten regeln sollen, sind eher politischer Natur, wenn sie auch auf das afrikanische Völkerrechtsverständnis und letztlich auch auf das Völkerrecht, soweit es die afrikanischen Staaten mitgestalten, zurückwirken; es handelt sich um folgende fünf Grundsätze: Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen, Kampf gegen den Kolonialismus, Abwehr des Neokolonialismus, Neutralität und Bündnisfreiheit, wirtschaftliche Hilfe ohne Bedingungen.⁵⁾ Für die Untersuchung haben aber nur die Grundsätze unmittelbare Bedeutung, die das

¹⁾So auch Okoye S.138.

²⁾So zu Recht Timmler, Zehn Jahre, S.320 ff; Cervenka, Zehn Jahre, S.14; Ansperger, Versuch, S.113, 115; Wallerstein, OAU, S.26; Okoye S.172 ff; vgl. auch die OAU-Erklärung CM/St.9(XXI) zum Jubiläum.

³⁾Zu diesen Grundsätzen siehe Akwensiogbe S.102-106; Cervenka, OAU, S.34-40; Elias, Int.Law, S.126 ff.

⁴⁾Boutros-Ghali, Charter, S.26/27; vgl. auch Zartman, State System, S.548;

⁵⁾nach Boutros-Ghali, OUA, S.24 u. S.65-95.

Verhältnis der Staaten - insbesondere der afrikanischen, aber auch der außerafrikanischen Staaten - völkerrechtlich regeln sollen.

Die politisch-soziologische Struktur des neuen Afrikas ist durch eine Gleichartigkeit gekennzeichnet, die erlaubt, von einem einheitlichen "Staatenystem" zu sprechen;¹⁾ sie begünstigte noch vor der Gründung der OAU die Bildung gemeinsamer Verhaltensweisen, "Spielregeln" für die gegenseitigen Beziehungen.²⁾ Sie dienen der territorialen und politischen Stabilität des neuen Staatenystems und sollen die Verwirklichung materieller Selbstbestimmung der einzelnen Staaten - auch gegenüber den Nachbarstaaten - sichern. Es handelt sich um absolute Staatengleichheit, Achtung der Souveränität und der Intervention, Unverletzlichkeit der Grenzen und friedliche Streitbeilegung. Sie stellen den Verhaltenskodex der afrikanischen Staaten dar, nach dem sie aber auch von der außerafrikanischen Umwelt behandelt werden wollen. Sie sind geprägt von der Tatsache, daß die Unabhängigkeit der neuen afrikanischen Staaten uneingeschränkt garantiert werden soll.³⁾ Sie sind in die Charta der OAU (Art.III) übernommen worden. Ihre verbindliche Verankerung wird dort in eigenartiger Weise durchgeführt. So versichern die Mitgliedstaaten einmal in Art.III, diese Grundsätze einzuhalten, und geloben an anderer Stelle (Art. VI) nochmals feierlich, sie peinlich genau zu beachten, um so besonders eindringlich ihre Bedeutung innerhalb der Charta herauszustellen. Es heißt dort: "The Member States pledge themselves to observe scrupulously the principles enumerated in Art.III of the Charter." Auf diese Grundsätze wird im einzelnen noch zurückzukommen sein.

1) vgl. dazu Zartman, State System, S.545 ff, insbesondere S.546.

2) Zartman, Relations, S.50; derselbe, State System, S.559 ff; Timmler, Das große Palaver, S.526, spricht von notwendigen "verbindlichen Verhaltensweisen und grundlegenden Elementen für ihr politisches und wirtschaftliches Tun."

3) dazu siehe Akwensioke S.102 ff; Cervenka, OAU, S.34 ff; Elias, Int.Jaw, S.126 ff; Okoye S.128 ff.

2.5. Der Rechtscharakter des neuen Systems

Die Charta der OAU ist als verbindlicher, internationaler Vertragstext angelegt und folgt in Aufbau und Fiktion entsprechenden internationalen Instrumenten.¹⁾ Ihre Rechtsverbindlichkeit unterstreicht mit aller Deutlichkeit Art. 11 der Charta, der die Geltung der afrikanischen Ordnungsprinzipien besonders feierlich bekräftigt.²⁾ Das neue System ist also dem Völkerrecht zuzurechnen. Folglich können die Afrikaner mit Recht die Charta der OAU als ein wichtiges Völkerrechtinstrument betrachten.³⁾ Es ist für sie verständlicherweise - neben den Deklarationen von Addis Abeba und Kairo - auch Ausdruck einer neuen, "aufgeklärten" Rechtsauffassung.

2.6. Das neue System und das Völkerrecht

In Afrika ist eine große Aufgeschlossenheit dem Völkerrecht gegenüber festzustellen. Das mag ein Ergebnis des Dekolonisationsprozesses sein, der als die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes verstanden wird. Hinzu kommt eine - oft idealistische - Betrachtung der internationalen Beziehungen, in denen Recht und Gerechtigkeit die Machtpolitik überwinden werden.⁴⁾ Denn in der Dekolonisation hat nach afrikanischer Auffassung nicht so sehr die "Macht des Faktischen" Recht gesetzt, sondern das Recht, nämlich das Selbstbestimmungsrecht, neue Tatsachen geschaffen. So erkennen die afrikanischen Staaten die Notwendigkeit einer internationalen Rechtsordnung, deren Schutz sie be-

1) so auch Okoye S.126.

2) Aber auch die Präambel bringt dies deutlich zum Ausdruck (vgl. Okoye S.126).

3) Tansania A/C 6/SR 934 §42; Sambia A/C 6/SR 1003 §28.

4) Sambia A/C 6/SR 1003 §28.

5) vgl. dazu Hartman, State System, S.553f; Togo A/C 6/SR 887 §6,7: "Might must no longer make right;" Dahomey A/C 125/SR 43 S.9.

ansprechen,¹⁾ an.²⁾ Auch die Verfassungen afrikanischer Staaten tragen der Existenz des Völkerrechts mit Regelungen seines Verhältnisses zum nationalen Recht Rechnung. Dieses Verhältnis war schon Gegenstand einer Reihe gerichtlicher Entscheidungen.³⁾ Im Zusammenhang mit der internationalen Zusammenarbeit verweist die Charta der OAU (Präambel und Art.II Abs.1 Buchstabe e) auf die Grundsätze der Satzung der Vereinten Nationen, die in ihrer Präambel mit Nachdruck die Beachtung des internationalen Rechts fordert.

Die liberianische Charta, Art.44, übertrug sogar ihre Auslegung dem IGH. Eine solche Bestimmung wurde zwar für die OAU-Charta verworfen, daraus kann aber nicht auf eine Zurückhaltung gegenüber dem IGH und dem Recht, das er anzuwenden hat, geschlossen werden. Denn auch die Bildung eines afrikanischen Gerichtshofs für die Auslegung der Charta wurde abgelehnt. Man betrachtete die Interpretation der Charta eher als eine politische Frage und wollte sie deshalb der richterlichen Beurteilung entziehen.⁴⁾ So werden nach Art.XXVII der Charta Fragen der Auslegung mit Zwei-Drittel-Mehrheit von der Versammlung der Staats- und Regierungschefs entschieden. Im übrigen haben sich eine Reihe afrikanischer Staaten der obligatorischen (compulsory) Gerichtsbarkeit nach Art.36 Ziff.2 des Statuts des IGH unterworfen.⁵⁾

1) Kamerun A/C 6/SR 832 §15 u. SR 886 §3; Senegal A/C 6/SR 889 §14; Togo A/C 6/SR 887 §2; Mali A/C 6/SR 938 §13; Ghana A/AC 125/SR 88 S.73.

2) Madagaskar A/AC 119/SR 9 S.18; Mali A/C 6/SR 882 §38.

3) vgl.dazu Okoye S.21-45 (22,44).

4) Okoye S.205; Shihata S.209; Fox S.391.

5) vgl.Yakemtchouk S.26; Okoye S.138; im übrigen stellt Shihata, S.205 ff (206-216,221 f), fest, daß grundsätzlich kein Unterschied in der Haltung der neuen und alten Staaten zum IGH besteht.

Eine angemessene Berücksichtigung des Kontinents auf der Richterbank des IGH wurde von der OAU mit Erfolg gefordert.¹⁾ Inzwischen hat der Gerichtshof drei afrikanische Mitglieder.

Die Absicht, dem Recht auch in zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen den gebührenden Rang einzuräumen, belegen Art.III Diff. 4 und Art.XIX der Charta der OAU; diese Vorschriften verpflichten die Mitgliedstaaten zur friedlichen Streitbeilegung.²⁾ Hierfür wurde als Organ der OAU eine Kommission für Versöhnung, Vermöhnung und Streitschlichtung (*Commission de médiation, de conciliation et d'arbitrage*) geschaffen (Art.VII und XI der Charta der OAU; Protokoll vom 21.7.1964).³⁾

Die Grundlage, auf der die Streitbeilegung erfolgen soll, gibt Auskunft über das Verhältnis des interafrikanischen Systems zum Völkerrecht. So enthält das Protokoll eine aufschlußreiche Liste von Normen, die bei der Streitbeilegung Anwendung finden sollen, allerdings nur dann, wenn die Parteien damit einverstanden sind. Das anzuwendende Recht muß also im Konkrete positiv bestimmt werden.⁴⁾ Fehlt eine solche Vereinbarung, erfolgt die Streitbeilegung auf Grundlage der

Verträge, die die Parteien geschlossen haben,
des internationalen Rechts (also auch des allgemeinen Völkerrechts),
der Charta der VN und der OAU, und (wenn die Parteien es wollen) ex aequo et bono.

Legen⁵⁾ sieht in der Bestimmung, daß die Anwendung der in der

1)CM/Res.203 (XIII).

2)Auch Loewe,S.145,sieht in diesen Bestimmungen eine Verpflichtung zur friedlichen Streitbeilegung; sie führt aber nicht zu einer "compulsory jurisdiction" der OAU (Jonah S.142); vgl.auch Legan S.59; Touval, OAU and Afr.Borders, S.108; Fox S.389-410,443. Zur friedlichen Streitbeilegung in der OAU insgesamt siehe Cervenka, Settlement, S.48 ff.

3)Zur Kommission insbesondere Elias, Commission, S.336 ff; Okoye S.138-147; Text siehe BYBIL Bd.40 S.349 ff.

4)vgl.dazu Yturriaga S.382.

5)S.67,70 ff.

Liste enthaltenen Normen nur durch die ausdrückliche Vereinbarung möglich ist, ein deutliches Zeichen für die Zurückhaltung der afrikanischen Staaten gegenüber dem allgemeinen Völkerrecht, dessen Anwendung die Ausnahme, nicht die Regel sein sollte.¹⁾ Auch Yturriaga²⁾ scheint in Art.XXX des Protokolls eine Bevorzugung von Billigkeitsentscheidungen zu sehen. Dafür könnte ins Feld geführt werden, daß das Protokoll noch nicht förmlich angewandt wurde. Einige Streitfälle³⁾ sind zwar im Rahmen der OAU behandelt und abgeschlossen worden, jedoch ohne Anwendung der streitentscheidenden Mechanismen. Die politische Regelung eines Konflikts wurde zweifellos der förmlichen oder rechtlichen Streiterledigung, unabhängig durch welchen Gerichtshof, vorgezogen.⁴⁾

Eine Ablehnung des Völkerrechts läßt sich aber aus dieser Haltung nicht ablesen. Jedenfalls macht die Liste der Rechtsquellen deutlich, daß sich auch das afrikanische System in die Völkerrechtsordnung einfügen will; denn die Streitentscheidung kann auf der Grundlage des internationalen Vertragsrechts und des allgemeinen Völkerrechts erfolgen.

Natürlich sind Vorbehalte gegen einzelne Ausgestaltungen des Völkerrechts, das als ein Produkt der westlichen Welt⁵⁾ und der

1) a.A. Hess S.33, 71.

2) S.382/83.

3) Hier ist besonders der algerisch-marokkanische Grenzkonflikt zu erwähnen, der Gegenstand einer Reihe von OAU-Resolutionen war (siehe Anm.5 auf S.165); vgl. auch Hoskyns S.171; Touval, OAU and Afr. Borders, S.105; Okoye S.147, 149 u.150-154.

4) Degan, S.55, 61, weist zu Recht darauf hin, daß das Protokoll das Gewicht nicht auf eine direkte, rechtliche Streiterledigung legt, sondern seine Aufgaben mehr in der politischen Einflußnahme zu suchen sind; so auch Okoye S.199; zu den Gründen für die Zurückhaltung gegenüber gerichtlicher Streiterledigung siehe Cervenka, OAU, S.50/51; derselbe, Settlement, S.60 ff (65).

5) Ghana A/AC 125/SR 72 S.12 u. SR 91 S.114; siehe auch Cervenka, OAU, S.50 f; Okoye S.44 f.

Großmächte¹⁾ angeprangert wird, zu erkennen; dabei wird auf die sozialen Veränderungen in der internationalen Gemeinschaft durch die Entstehung der vielen neuen Staaten hingewiesen.²⁾ Solche Einwände betreffen aber nicht das Völkerrecht als solches, sondern seine Ausgestaltung, seinen Inhalt in Einzelfällen.³⁾

3. Die staatliche Unabhängigkeit im afrikanischen System

3.1. Ihre zentrale Bedeutung

Wie in der Dekolonisation selbst steht der Begriff der Unabhängigkeit auch in Afrika im Mittelpunkt zahlreicher Erklärungen und völkerrechtlicher Instrumente. Dabei wird die Unabhängigkeit entweder als Ziel der Dekolonisation noch abhängiger afrikanischer Gebiete⁴⁾ oder im Hinblick auf die Sicherung des eben erlangten Status eines souveränen Staates⁵⁾ beschworen. Beide Ziele

1) Dahomey A/AC 125/SR 43 S.9; Okoye S.176 f.

2) Ghana A/C 6/SR 886 §4; Ghana A/C 6/SR 885 §12; Dahomey A/AC 119/SR 10 S.12.

3) Kamerun, Zentr. Afr. Republik, Tansania (A/C 6/SR 882 §15, SR 888 §1, SR 999 §61) sowie Uganda, Ghana (A/C 6/SR 882 §1, SR 931 §3b) und Madagaskar (A/AC 125/SR 38 S.3); siehe auch Friedmann S.324; Sinha, New Nations, S.11; Okoye S.117 f, 183, 194; Fox S.389 ff (410).

4) Als Beispiele: Erklärung der 1. Konf. unabh. afr. Staaten, Accra, 15.-22.4.1958 (Legum S.157); Monrovia Konf. der Außenminister unabh. afr. Staaten, Addis Abeba, 15.-24.6.1960 (Legum S.183); OAU-Charta, Art. III Ziff. 6; Res. der Gipfelkonferenz der unabh. afr. Staaten, Addis Abeba, Mai 1963.

5) Erklärung der 1. Konf. unabh. afr. Staaten (Legum S.161); Afrika-Charta der Casablanca Konferenz, 1961 (Legum S.205); UAS-Charta, Art. 3 (Legum S.207); Res. über die Ausrottung der Kolonialherrschaft in Afrika der 2. Konf. unabh. afr. Staaten (Legum S.171).

vereint sind schon in den ersten Erklärungen der jungen afrikanischen Staaten - wie in der Erklärung der Konferenz von Accra, 1958 - enthalten.¹⁾ Der Wille "to safeguard and consolidate the hard-won independence"²⁾ und die Entschlossenheit "the attainment of independence" jedes Kolonialgebietes in Afrika zu fördern,³⁾ finden nebeneinander ihren Ausdruck in fast allen offiziellen Stellungnahmen, Resolutionen und Verträgen des neuen Afrikas.

Solange Afrika nicht endgültig dekolonisiert ist, wird weiterhin die Unabhängigkeit als Ziel der Emanzipation der noch abhängigen Völker Afrikas beschworen werden. Wenn darüber hinaus auch fortwährend die Sicherung und Festigung der schon erlangten Unabhängigkeit gefordert wird, macht dies deutlich, daß auch nach dem formalen Abschluß der Dekolonisation noch Gefahren für den Bestand der Unabhängigkeit der neuen Staaten gesehen werden,⁴⁾ aber auch, daß es gilt, die Unabhängigkeit erst materiell zu verwirklichen. Darüber hinaus kommt dem Begriff der Unabhängigkeit zwangsläufig eine zentrale Stellung zu, weil der unabhängige Staat als Folge der Dekolonisation und der nachkolonialen Entwicklung das tragende Element des neuen Systems geworden ist.⁵⁾

3.2. Ihr Inhalt im afrikanischen Verständnis

In der Charta der OAU (Präambel, Art.II Ziff.1 Buchstabe c sowie in Art.IV und XXVIII betreffend die Aufnahme neuer Mitglieder) werden die Begriffe "Unabhängigkeit" und "Souveränität" nebeneinander verwendet. Bei den Aufnahmebedingungen (Art.IV und XXVIII) bezeichnet der Pleonasmus unabhängig und souverän, wie so oft, die formale Rechtsstellung des Antragstellers, d.h. er muß ein uneingeschränkt rechts- und handlungsfähiges Mitglied

1) siehe Anm.4 auf S.156.

2) Präambel der OAU-Charta.

3) 1.Konf.unabh.afr.Staaten, Accra, 1958 (Legum S.171).

4) vgl.Okoye S.184 f; Yakemtchouk S.19

5) Zur Bedeutung der Unabhängigkeit im afrikanischen Verständnis siehe Yakemtchouk S.18-21; Okoye S.184 f.

der Staatengemeinschaft sein. Denn hier kann - wie in der Dekolonisation insgesamt¹⁾ - nicht tatsächliche (actual independence), sondern nur rechtliche Unabhängigkeit gemeint sein;²⁾ es sei denn, man unterstellt den Mitgliedstaaten der CAU, sie hätten die Mitgliedschaft an Voraussetzungen knüpfen wollen, die über die Anforderungen hinausgehen, die die Vereinten Nationen als ausreichend für die Beendigung des Kolonialstatus betrachtet haben.

Der materielle Inhalt der Unabhängigkeit ist bereits angesprochen an der Präambel, in der von Sicherung und Festigung der Unabhängigkeit die Rede ist, sowie in Art.II Ziff.1 Buchstabe c und Art.III Ziff.3 der CAU-Charta, die die Achtung und Verteidigung von Souveränität und Unabhängigkeit betreffen.

Die afrikanischen Texte zeigen, daß der materielle Unabhängigkeitsbegriff mit dem in der Dekolonisation entwickelten wesensgleich ist. Schon 1945 auf dem pan-afrikanischen Kongress in Manchester³⁾ wurde unter dem Eindruck der Atlantik-Charta das materielle Ziel der Dekolonisation mit folgenden Worten beschrieben: "We affirm the right of all colonial peoples to control their own destiny. All colonies must be free from foreign imperialist control, whether political or economic... Therefore, the struggle for political power by colonial and subject peoples is the first step towards, and the necessary prerequisite too, complete social, economic and political emancipation."

In diesem Sinne muß auch die in der Präambel mit folgenden Worten niedergelegte Überzeugung der Gründer der CAU verstanden werden: "Convinced that it is the inalienable right of all peoples to control their own destiny." Damit wird mit fast denselben Worten eine Formulierung der Erklärung von Manchester

1) vgl. S. 33-35.

2) Abw. Hess S. 47/48.

3) Pan-afrikanischer Kongreß, Manchester 1945, Erklärung an die Kolonialvölker (Legum S. 155).

wieder aufgenommen.¹⁾ In den beiden ersten Konferenzen Unabhängiger Afrikanischer Staaten²⁾ wird auf die Erklärung von Bandung verwiesen, die das Recht aller Nationen beschwört, ihre politischen und wirtschaftlichen Systeme sowie ihre eigene Lebensweise (way of life) zu wählen.³⁾ Ähnliche Formulierungen enthalten die Erklärungen der Dritten Welt von Belgrad (1961) und Kairo (1964), an deren Abfassung auch das unabhängige Afrika beteiligt war.⁴⁾

Aus allem wird deutlich, daß a u c h im afrikanischen Verständnis der materielle Inhalt der Unabhängigkeit im Zentrum steht; dieser ist dem Selbstbestimmungsrecht zuzuordnen, das - ebenso wie in der Dekolonisation - in vielen afrikanischen Instrumenten mit der Unabhängigkeit eine untrennbare Verbindung eingegangen ist.⁵⁾ Seine Verletzung bringt den Vorwurf des Neokolonialismus⁶⁾ ein.

Das afrikanische Verständnis von der Unabhängigkeit unterscheidet sich also nicht von dem, das den Dekolonisationsprozeß bestimmt hat. Es wirkt unverändert im nachkolonialen Afrika fort. Wenn es darum geht, die unter Opfern erlangte (hard-won) Unabhängigkeit zu verteidigen und zu festigen, ist mithin gemeint: Sicherung der Staatlichkeit und rechtlichen Unabhängigkeit, also der Existenz der afrikanischen Staaten als voll-rechts- und handlungsfähige Völkerrechtssubjekte, sowie die Verwirklichung materieller Selbstbestimmung, die im Selbstbestimmungsrecht der Staaten aufgegangen ist.

1) Es heißt dort: "We affirm the right of all colonial peoples to control their own destiny."

2) Legum S. 157 ff; 167 ff.

3) Siehe Anm. 2 S. 113.

4) Siehe Ausführungen auf S. 113.

5) Vgl. S. 105 Anm. 1.

6) Zum Neokolonialismus siehe S. 129 Anm. 2; Legum S. 119 f; Boutros-Ghali, Charter, S. 32 u. 78 ff; vgl. Mazrui, UN, S. 519; Padelford S. 523.

4. Das Recht auf unabhängige staatliche Existenz und seine Garantie im afrikanischen System

4.1. Das Recht des Staates auf unabhängige Existenz

Die Ordnung Afrikas auf der Grundlage des unabhängigen Staates, die zentrale Stellung des Begriffes der Unabhängigkeit als Folge des Dekolonisationsprozesses, der Anspruch auf materielle Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes über den förmlichen Abschluß der Dekolonisation hinaus führen im afrikanischen Rechtssystem zur Anerkennung eines "unveräußerlichen Rechts eines jeden Staates auf unabhängige Existenz". Dieses Recht, das schon die Liberianische Charta¹⁾ anerkannte und das von den Monrovia-Staaten bestätigt wurde,²⁾ ist nunmehr in Art. III Ziff. 3 der OAU-Charta verankert. Es gehört zu den Prinzipien, zu deren gewissenhafter Einhaltung sich die Mitgliedsstaaten der OAU in besonders feierlicher Form verpflichtet haben (Art. VI der Charta).

4.2. Der Schutz des Rechtes auf unabhängige Existenz

Der Schutz anerkannter Rechtsüter beruht, wie schon dargelegt,³⁾ im Völkerrecht auf Unterlassungspflichten der Staaten (Verböten), wenn auch in völkerrechtlichen Instrumenten diese Unterlassungspflichten oft in Form von Geböten formuliert sind. Dies ist auch in Afrika der Fall. So steht hinter den Grundrechten als die eigentliche Staatenverpflichtung (Unterlassungspflicht) das Gewalt- und Interventionsverbot.⁴⁾ Das gilt auch für das Grundrecht auf unabhängige Existenz eines Staates. Folglich kennt die OAU-Charta nicht nur dieses Grundrecht, sondern auch den Anspruch des Staates auf Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität

1) Art. 3 Buchstabe c, bei Tubman S. 27.

2) Res. I Ziff. 3 der Monrovia-Konferenz, bei Tubman S. 64.

3) Vgl. Ausführungen auf S. 132-135.

4) Verdross, S. 226, 238 f, nennt hier noch das Verbot, die Ehre eines Staates zu verletzen; dieses Verbot hat im afrikanischen System keine Ausprägung gefunden.

und territorialen Integrität.¹⁾

Dem Gewalt- und Interventionsverbot im afrikanischen System, das die unabhängige Existenz der neuen afrikanischen Staaten gewährleisten soll, sind die beiden letzten Kapitel gewidmet.

Zweites Kapitel

Das Gewaltverbot im afrikanischen Völkerrechtsverständnis

1. Die Bedeutung des Gewaltverbots für die neuen afrikanischen Staaten

Die Bedeutung, die die Staaten einem Rechtssatz für die Gestaltung der internationalen Beziehungen beimessen, läßt sich aus internationalen Instrumenten in der Regel erst durch Interpretation, der Beachtung der politischen Lage bei ihrem Abschluß oder aus anderen Umständen ermitteln; das gilt auch für die afrikanischen Texte. Leichter haben wir es jedoch bei dem hier zu untersuchenden Gegenstand. Denn in den Beratungen der UN-Ausschüsse zur Festlegung der Prinzipien über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten (im weiteren Ausschlußberatungen) hatten die afrikanischen Delegierten Gelegenheit, die Bedeutung des Gewaltverbots für ihre ungestörte Entwicklung besonders eingehend zu erläutern.

Sie bezeichneten das Gewaltverbot als Eckpfeiler (corner-stone) der heutigen internationalen Rechtsordnung und der friedlichen Beziehungen zwischen den Staaten,²⁾ von dessen genauer Beachtung weitgehend die Zukunft der Menschheit abhängt.³⁾ Insbesondere wiesen sie auf ihre eigene Lage hin, die durch Machtlosigkeit gekennzeichnet sei; sie meinten, solange einige Nationen mehr Macht

¹⁾ vgl. dazu auch Yakemtchouk S.18.

²⁾ Kongo-Brazzaville A/C 6/SR 998 §5; Kamerun A/AC 125/SR 64 S.5; Kenia A/AC 125/SR 22 S.4.

³⁾ Tansania A/C 6/SR 999 §62.

als andere besäßen, sei es wichtig, die schwachen Staaten gegen den Machtmißbrauch der starken zu schützen. Dies sei eines der Hauptanliegen des Gewaltverbots.¹⁾ Seine Befolgung sei mithin von besonderer Wichtigkeit für die kleinen Staaten, die Entwicklungsländer und solche, die erst vor kurzem ihre Unabhängigkeit erlangt hätten.²⁾ Das Zeitalter, in dem Macht Recht gewesen sei, habe die Menschheit überlebt; es werde immer mehr anerkannt, daß ein Recht auch dann noch ein Recht sei, wenn sein Inhaber keine Macht habe, es durchzusetzen.³⁾ Um die letzten Spuren der überholten Vorstellung, daß Macht Recht bedeute, zu beseitigen, sei es notwendig, daß alle Staaten das Gewaltverbot befolgten.⁴⁾

Neben der Existenzsicherung des Staates soll das Gewaltverbot auch seine Entscheidungsfreiheit in eigenen Angelegenheiten schützen. Dazu führten die afrikanischen Staaten aus: Die Staaten müßten tolerant gegenüber den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Systemen der anderen sein. Jeder Staat müsse seine Probleme unter Berücksichtigung der bei ihm herrschenden Gegebenheiten selbst regeln können.⁵⁾ Es sei sinnlos, einem anderen Staat ein Wirtschaftssystem oder eine Ideologie mit Gewalt oder Anwendung von Druck aufzuzwingen.⁶⁾ Der Wunsch einiger Länder, die politischen und wirtschaftlichen Strukturen anderer Staaten zu ändern, bedeute eine Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit in der Welt.⁷⁾

2. Das Gewaltverbot im afrikanischen Rechtssystem

Das Gewaltverbot ist in afrikanischen Texten nicht wie in Art.2 Ziff.4 EWV ausdrücklich niedergelegt. Es muß durch Auslegung er-

1) Kamerun A/AC 125/SR 21 S. 9; vgl. auch Senegal A/C6/SR 1002 § 2.

2) Kongo-Brazzaville A/C6/SR 998 § 5.

3) Kenia A/AC 125/SR 65 S. 16.

4) Kenia A/AC 125/SR 65 S. 16.

5) Tanganjika (Tansania) A/C6/SR 811 § 2; Kamerun A/AC 125/SR 64 S. 5 (Fortsetzung folgende Seite)

mittelt werden. Dabei helfen die vom Gewaltverbot geschützten Rechtsgüter, wie die territoriale Integrität eines Staates und die Achtung seiner Unabhängigkeit, die in den afrikanischen Texten eindeutig festgelegt sind. Diesen gilt es sich zunächst zuzuwenden.

2.1. Das Gebot der Achtung der territorialen Integrität

2.1.1. Seine Bedeutung im afrikanischen System

Der Schutz der territorialen Integrität¹⁾ steht im Vordergrund des afrikanischen Interesses. Diese Haltung ist keine Selbstverständlichkeit.

Der pan-afrikanische Kongreß von Manchester, 1945, sah in der Festlegung von Kolonialgrenzen die Absicht der Kolonialmächte, die Einheit der westafrikanischen Völker zu zerschlagen.²⁾ Die pan-afrikanische Volkskonferenz (All African Peoples Conference)³⁾ in Accra nahm noch im Jahre 1958 eine Resolution an, in der es heißt: "Whereas artificial barriers and frontiers drawn by imperialists to divide African peoples operate to the detriment of Africans and should therefore be abolished or adjusted; whereas frontiers which cut across ethnic groups or divide peoples of the same stock are unnatural and are not conducive to peace and stability...".

In der Tat gab es gute Gründe für eine Revision der Grenzen in Afrika; denn im kolonialen Afrika waren die Grenzen - zum großen Teil geometrische Linien - von den Kolonialmächten ohne Rücksicht auf die Volks- und Stammeszugehörigkeit gezogen worden.⁴⁾ Jedoch stellten diese Grenzen in der Kolonialzeit kaum

6) Tanganjika (Tansania) A/C6/SR 811 § 2.

7) Kamerun A/AC 125/SR 64 S. 5

1) Rumpf S. 29: "Integrität (intégrité, integrity) bedeutet Ganzheit, Unversehrtheit, Unantastbarkeit."

2) Legum S. 153.

3) Accra, 5. -13.12.1958 (Legum S. 240).

4) Zartmann, Relations, S. 106, gibt für Westafrika folgende Angaben: Die Hälfte der Grenzen sind geometrische Linien: nur etwa ein Viertel stellen physische Grenzen dar.

wirkliche Trennungslinien dar. Der "free flow", die freie Bewegung über die kolonialgrenzen hinweg, war eine alltägliche Erscheinung.¹⁾ Auch zwischen den neuen Staaten befand sich zunächst, wie Zartman feststellt,²⁾ gleichsam ein Niemandsland unvollkommener Regierungskontrolle mit einem ausgeprägten Wissen der Bevölkerung über die formale Grenze hinweg. Eine Festigung der Grenzen als Staatsgrenzen unabhängiger afrikanischer Staaten durch die Einrichtung von Grenzkontrollen und die Beschränkung der Freizügigkeit mußte die Teilung erst recht spürbar machen. In dem Maße, in dem die neuen Staatsgrenzen allmählich eine Realität für die Bevölkerung wurden, hätte die Gefahr wachsen können, daß sie abgelehnt würden. Mit der Konsolidierung der Staaten werden sich aber auch die Grenzen konsolidieren, die bis jetzt eher nur den Rahmen der Staatsbildung dargestellt haben. Trotzdem bleibt die Grenzziemens in Afrika auch weiterhin problematisch.⁴⁾

So hat die willkürliche Teilung von Stämmen und Völkern durch die Kolonialgrenzen, die die Dekolonisation bestätigte, im nachkolonialen Afrika zu Recht Befürchtungen um den Bestand des Systems ausgelöst.⁵⁾ Sie wurden auch von afrikanischen Staatsan-

1) Vgl. dazu in Hinblick auf die Wanderung von Arbeitskräften und die Zerschneidung von Handelsströmen Svendsen S. 37 ff; Yakemtchouk: "L'Afrique méconnut la notion de frontière limite, au profit de la notion frontière-zone."

2) Relations, S. 116/117.

3) Svendsen: "Independence made the boundaries more efficient; it erected customs walls and other barriers to trade and migration!"

4) Okoye (S. 107) sieht auch heute noch Probleme für die Zukunft, ebenso Allott S. 20; vgl. auch Mazrui, Retribalization, S. 89 ff (104f); Zartman, Boundary Problems, S. 100, meint dagegen, daß sie mit der Zeit abnehmen werden.

5) Zartman, Relations, S. 106, 116/117; Okoye S. 104.

nern geteilt.¹⁾ Tatsächlich schien die Furcht vor "irredentistischen Bewegungen"²⁾ nicht unbegründet. Als weiteres Element der Unsicherheit kam hinzu, daß sich wegen unstrittigen Grenzverlaufs eine Reihe von Grenzfragen gestellt hatten.

Die prekäre Situation bezeichnet Zartman³⁾ zutreffend mit dem Satz: "Any African State can have boundary problems if it wants."

Folglich sind eine ganze Reihe von Grenzstreitigkeiten bekannt geworden,⁴⁾ die auch die Organe der OAU beschäftigten.⁵⁾ Es war mithin ein Gebot der Stunde, möglichen Konflikten durch eine gegenseitige Grenzgarantie den Boden zu entziehen.

Auch hier mußten also die notwendigen rechtlichen Konsequenzen aus der Dekolonisation, die schon von der Unantastbarkeit der Kolonialgrenzen ausgegangen war,⁶⁾ gezogen werden. Diese führten zur Legalisierung des status quo im Sinne des "uti possedetis", wie er im nachkolonialen Lateinamerika schon im vorigen Jahrhundert praktiziert worden ist.⁷⁾ So wie die kolonialen Grenzen den Träger des Selbstbestimmungsrechtes bestimmten, formen sie nun die neuen Staaten. Mit Recht sagt Touval:⁸⁾ "In most cases, the

1) Eindrucksvoll die Warnung N'krumahs auf der Sanniquellie-Konferenz (Tubman S. 57).

2) N'krumah auf der Sanniquellie-Konferenz: "Artificial boundaries giving use to all sort of irredentist problems." vgl. auch Touval, Status quo, S. 101, 109 ff.

3) Boundary Problems, S. 79.

4) Siehe auch die umfangreiche Liste afrikanischer Grenzstreitigkeiten, die Robert Waters aufgestellt hat (Widstrand, Anhang I, S. 183).

5) Algerien-Marokko AHG/Res. 32 (II); ECM/Res. 1 (I); CM/Res. 18 (II); CM/Res. 37 (III); CM/Res. 53 (IV); CM/Res. 64 (V); CM/Res. 79 (VIII); AHG/Res. 68 (IX); Ghana-Obervolta AHG/Res. 19 (I); Kenia-Somalia AHG/Res. 51 (IV); CM/Res. 4 (II); Somalia-Äthiopien CM/Res. 17 (II); ECM/Res. 3 (II); CM/Res. 16 (II).

6) Vgl. Ausführungen auf S. 115-123

7) Vgl. dazu die Beurteilung aus afrikanischer Sicht bei Okoye, S. 106 f; aber auch Boutros-Ghali, Charter, S. 30; Yakemtchouk S. 83.

8) Status quo, S. 105.

state was not built by the national society. The state was antecedent to the nation, and the state's framework, both territorial and administrative, was formed during the colonial period... Thus, in a sense, the state was defined by its boundaries, and the self-image of the state became associated with the colonial borders." Die Grenzen wurden somit zum Gefüge, das den Staat erst zusammenhält; auch dazu Touval:¹⁾ "The boundaries could be likened to the external shell of the state. Since the majority of states had not yet attained internal cohesion, it was in their interest to preserve this shell intact." So hat die innere Zerbrechlichkeit der meisten neuen Staaten zur äußeren Stabilität des neuen Systems beigetragen.²⁾

Die Gerechtigkeit verlangt, darauf hinzuweisen, daß es schwer gewesen wäre, bei einer Revision "natürliche" Grenzen festzulegen; auch ist zu bezweifeln, ob Stammesgrenzen ideale Trennungslinien gewesen wären, zumal der Stamm im Wege der fortschreitenden Staatskonsolidierung sicherlich viel von seiner Bedeutung verlieren wird.³⁾ Eine generelle Revision der Grenzen Afrikas hatte unübersehbare Folgen gehabt und ist zu Recht mit dem Öffnen der Pforte der Sahara⁴⁾ verglichen worden. Erst der Prozeß der Staatskonsolidierung wird die Übereinstimmung von Bevölkerung, Territorium und Verwaltung bringen. Daß auf diesem Gebiet große Fortschritte gemacht wurden, kann nicht bestritten werden.

1.1.2. Der Schutz der territorialen Integrität in afrikanischen Instrumenten

Der Grundsatz der Achtung der territorialen Integrität fand schon in der liberianischen Charta⁵⁾, der Lagos-Charta⁶⁾ und der Charta

1) A.a.O. S. 105 f.

2) Touval, Status quo, S. 118.

3) Zartman, Relations, S. 109.

4) Zartman, Relations, S. 109; vgl. auch Okoye S. 105.

5) Art. 5 Buchstabe c.

6) Art. 3 Buchstabe c (Text bei Strauch, Anhang V).

der Union der Afrikanischen Staaten¹⁾ seinen Niederschlag. Die Charta der OAU bekräftigt ihn in der Präambel und wiederholt ihn in Art.III Ziff.3. Wie schon dargelegt,²⁾ sind die Grundsätze des Art.III der Charta in Art.VI nochmals mit einer besonders feierlichen Verpflichtung bekräftigt worden. Somit gehört auch die Achtung der territorialen Integrität zu den Grundnormen des afrikanischen Ordnungssystems. Aber damit nicht genug. Die erste Versammlung der Staats- und Regierungschefs der OAU, die vom 17. bis 21.7.1964 in Kairo stattfand, bekräftigte in einer Resolution, der nur Somalia nicht zustimmte, erneut die Grundsätze des Art. III der Charta insbesondere im Hinblick auf den Grundsatz der Achtung der territorialen Integrität der Staaten und der Unverletzlichkeit der Grenzen. Die operativen Paragraphen der Resolution lauten:

1) Réaffirme solennellement le respect totale par tous les Etatsmembres de l'OAU des principes prononcé au paragraphe 3 de l'article III de la Charte de ladite organisation;

2) Déclare solennellement que tous les Etats membres s'engagent à respecter les frontières existants au moment où ils ont accédé à l'indépendance.³⁾

In den maßgeblichen afrikanischen Texten, Staatenerklärungen und Entschlüssen der OAU kommt mithin der Wille zum Ausdruck, die kolonialen Grenzen nicht mehr zur Diskussion zu stellen,⁴⁾ sei es unter dem Gesichtspunkt des Selbstbestimmungsrechtes durch die Bevölkerung eines Staates selbst,⁵⁾ sei es durch Ansprüche anderer Staaten auf Vergrößerung,⁶⁾ Aufteilung, Abrundungen und ähnliche territoriale Veränderungen nach Abschluß der formalen Dekolonisation.⁷⁾ Das mit völkerrechtlicher Verbindlichkeit ausgestat-

1) Art.3.

2) Siehe S.151.

3) AHG/Res.16(I); zu dieser Res.vgl.Touval, OAU and Afr,Borders, S.125.

4) So auch Timmler, Das große Palaver, S.531; Zartman, Relations, S.109; Chime S.66 f; Boutros-Ghali, OUA, S.47-52.

5) Vgl.Touval, OAU and Afr.Borders, S.125; Spencer S.381-384; Chime S.74-76. (Fortsetzung folgende Seite)

tete Verbot der Verletzung der territorialen Integrität bedeutet also die unbedingte Garantie des territorialen Besitzstandes, des status quo, zur Zeit der Unabhängigkeit.¹⁾ Dies ist der eigentliche Sinn des Schutzes der territorialen Integrität in der OAU-Charta. Der absolute Schutz des territorialen Besitzstandes führt zu einem Annexionsverbot²⁾, wie es sich unter ähnlichen Umständen auch im amerikanischen Rechtskreis durchgesetzt hat.³⁾

Die Sicherung der territorialen Integrität ist aber nicht nur nach außen gerichtet. Wie schon im Dekolonisationsprozeß festgestellt,⁴⁾ verbirgt sich dahinter auch der Appell an die einheimische Bevölkerung, die Kolonie auf dem Weg zur Unabhängigkeit nicht territorial aufzuteilen.⁵⁾ Deshalb wird sie auch nach der Unabhängigkeit gegenüber secessionistischen Kräften, wie in der Kongo-Krise⁶⁾ und im Biafra-Krieg⁷⁾, beschworen. Hier wird der territoriale Bezug des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in der Dekolonisation nochmals deutlich, der es mit dem Selbstbestimmungsrecht der Staaten im wesentlichen

(Forts.) 6) Vgl. Elias, OAU, S. 248.

7) So auch die Kairoer Erklärung der Dritten Welt v. 10.10.1981 Res. V/2 (s. Anm. 1 auf S. 113); vgl. dazu auch Touval, OAU and Afr. Borders, S. 123-125.

1) Vgl. Elias, OAU, S. 248.

2) Siehe OAU-Res. AHG/Res. 66 (VIII); AHG/Res. 67 (IX); AHG/Res. 68 (X); ECM/St 1 (VIII).

3) Busch S. 117 f., 202.

4) Vgl. S. 120 f.

5) Z. Konf. Unabh. afr. Staaten; Res. Nr. 10 Ziff. 5 (Legum S. 113); vgl. auch Casablanca-Konferenz, 5.-7.1.1961, Res. über Mauretanien, in der die Casablanca Staaten die Ansprüche Marokkos auf Mauretanien unterstützten (Legum S. 207).

6) Dekl. der Staaten Ghana, Guinea, Mali in Conakry, 24.12.1960 (Legum S. 113); Casablanca-Konferenz aaO; so auch Yakemtchouk S. 90.

7) AHG/Res. 51 (IV) u. 58 (VI).

deckungsgleich macht. Das Interesse des Staates ist regelmäßig darauf gerichtet, seinen territorialen Besitzstand gegen Gefahren von außen, aber auch von innen, zu schützen. Mithin führt der Grundsatz der Wahrung der territorialen Integrität in Afrika auch zur Ablehnung von Sezessionen.

2.2. Das Gebot der Achtung der Unabhängigkeit

2.2.1. Seine Festlegung im afrikanischen System

Neben der Sicherung der territorialen Integrität steht die Achtung der Unabhängigkeit im Vordergrund des afrikanischen Interesses. Auch sie gehört gemäß Art. III Ziff. 3 und Art. VI der OAU-Charta zu den Grundprinzipien des afrikanischen Zusammenlebens. Die Charta der OAU folgt hier ebenso wie beim Grundsatz der Achtung der territorialen Integrität afrikanischen Vorbildern.¹⁾

2.2.2. Sein Inhalt

Der Inhalt des Gebots der Achtung der Unabhängigkeit ergibt sich aus dem Unabhängigkeitsbegriff der Dekolonisation, der auch in das afrikanische Rechtsverständnis eingegangen ist. Es wurde festgestellt:²⁾ In einem umfassenden Sinne bedeutet Unabhängigkeit die faktische *E x i s t e n z* eines Staates mit allen Attributen der Völkerrechtssubjektivität, die ein Staat regelmäßig als Mitglied der Staatengemeinschaft besitzt. Im engeren, formalen Sinn wird mit ihr die rechtliche Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit eines Staates bezeichnet. Dahinter steht der Anspruch auf materielle Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts als die Fähigkeit, die eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln; damit ist also "actual independence" gemeint.

¹⁾ Art. 3 der Liberia-Charta; Tubman S. 26 ff.

²⁾ Siehe S. 156-159 (159).

2.4. Das geschützte Rechtsgut beider Gebote: Das Recht auf unabhängige Existenz eines Staates in seinen bestehenden Grenzen. Beide Gebote bestimmen das geschützte Rechtsgut. Wenn von den Staaten die Achtung der Unabhängigkeit oder Souveränität (beide Begriffe sagen dasselbe aus) verlangt wird, so sollen damit alle oben genannten Inhalte des Begriffs "Unabhängigkeit" geschützt werden. Da auch die Existenz des Staates zu diesen Inhalten gehört, konkretisiert sich hier der Schutz des Rechts eines jeden Staates auf unabhängige Existenz, das vom neuen afrikanischen Systems für den Kontinent begründet worden ist.¹⁾ Nimmt man das Gebot der Achtung der territorialen Integrität, das in Afrika die Sicherung des territorialen status quo nach der Dekolonisation bezweckt, hinzu, so ist der Schutz des Rechtes auf unabhängige Existenz vollständig. Nicht nur die Existenz des Staates als solche, sondern auch sein territorialer Besitzstand zur Zeit der Staatswerdung ist in der Zukunft zu schützen. Mithin ist das geschützte Rechtsgut beider Gebote das unveräußerliche Recht eines Staates auf unabhängige Existenz in seinen bestehenden Grenzen.

2.4. Die Ableitung eines Gewaltverbots aus diesen Geboten

Im Gegensatz zur Satzung der Vereinten Nationen kennt die OAU-Charta kein ausdrückliches Gewaltverbot. Die OAU-Charta gewährt aber dem Staat umfassenden Schutz durch das unveräußerliche Recht eines jeden Staates auf unabhängige Existenz in seinen bestehenden Grenzen; aus ihm folgt das Gebot der Achtung der territorialen Integrität und Unabhängigkeit. Wenn die Charta auch ein ausdrückliches Gewaltverbot, also eine ausdrückliche Verpflichtung, bestimmte Handlungen zu unterlassen, nicht enthält, ist gleichwohl ihren Bestimmungen zu entnehmen, daß alle Akte verboten sein sollen, die die oben aufgeführten Rechtsgüter verletzen.²⁾ Denn die Achtung der territorialen In-

1) Siehe S. 160.

2) So zu Recht Akwensioje S. 104; Elias, Int. Law, S. 127.

gründet und zweckungsgemäß als Garantie des unverletzlichen Rechts eines Staates auf unabhängige Existenz wäre ein unvollständiges Gesetz, wenn nicht Verbote - wie das Gewalt- und Interventionsverbot - aus ihm abzuleiten wären.

Immerhin sind zwei Verbote konkreter Handlungen, die die Achtung der oben genannten Prinzipien verletzen, in Art. III der OAU-Charta enthalten: die Verurteilung des politischen Mordes (assassination politique) und die Ächtung subversiver Tätigkeiten. Die einschlägliche Verurteilung dieser Handlungen geht auf die afrikanische Szene nach der Dekolonisation zurück.

Die Aufnahme der Ächtung des politischen Mordes ist auf den Versuch zurückzuführen, den die Ermordung des Präsidenten von Togo, S. Gnani, 1963 in Afrika eingeleitet hatte.¹⁾ Einige afrikanische Regierungen wurden beschuldigt, an der Ermordung des Präsidenten beteiligt gewesen zu sein.²⁾ Die einschlägliche Verurteilung des politischen Mordes belegt darüber hinaus die Bedeutung, die der politische Führer (leader) in dem konstitutionellen Gefüge afrikanischer Staatswesen erlangt hat.³⁾

Die Ächtung subversiver Tätigkeiten ist eines der wichtigsten, aus der Erfahrung geborenen Anliegen der neuen afrikanischen Staaten. Die Verurteilung der Subversion ist deshalb ebenso wie die Garantie des territorialen status quo in einer eigenen Resolution der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der OAU, der Deklaration über das Problem der Subversion, im Jahre 1963 feierlich bekräftigt worden.⁴⁾ Für diese Erklärung gilt das

1) Wülker S. 190-192. Wegen der Ermordung Olympio hatten die afrikanischen Staaten beschlossen, keine mit Gewalt an die Macht gekommene Regierung anzuerkennen und auf dem Grundsatz der Legitimation zu bestehen, einem Grundsatz, der später dem Prinzip der Nichteinmischung weichen mußte. Im Übrigen hatte auch schon 1961 die Monrovia-Konferenz im Hinblick auf die Ereignisse im Kongo den politischen Mord als ein Mittel zur Erreichung politischer Macht verurteilt (Legum S. 217).

2) Loewe S. 138.

3) Wülker S. 186-90; Loewe S. 143; Hess S. 23.

4) AHG/Res. 27 (II).

gleiche wie für die Erklärung der OAU zum Schutz der territorialen Integrität: Sie ist eine feierliche Bekräftigung eines Gebots der OAU-Charta, die auf Grund von Ereignissen im nachkolonialen Afrika notwendig wurde.

Die Deklaration (Ziff.1) wendet sich unter Hinweis auf Art.III Ziff.5 der OAU-Charta an die afrikanischen Staaten, keine gegen andere Mitgliedstaaten gerichteten subversiven Tätigkeiten auf ihrem Staatsgebiet zu dulden, noch zuzulassen, daß ihr Staatsgebiet von außerafrikanischen Mächten zum Ausgangspunkt von subversiven Handlungen gegen andere Mitgliedstaaten gemacht wird (Ziff.2); zuletzt versprechen die Mitgliedstaaten, sich gemeinsam jeder Form der Subversion gegen Afrika, die OAU oder die einzelnen Mitgliedstaaten, die von "ausländischen Mächten organisiert oder finanziert" wird, zu widersetzen (Ziff.3). Der Schwerpunkt der Deklaration liegt auf der Abwehr innerafrikanischer Subversionsversuche, wenn auch die Furcht vor außerafrikanischer Subversion nicht nur vorgegeben ist. Die Erklärung nennt zwar keine Handlungen ausdrücklich, die notwendigerweise mit Gewaltanwendung verbunden sind, der Begriff der Subversion beschränkt sich jedoch nicht ausschließlich auf gewaltloses Vorgehen.¹⁾

Abgesehen von der Achtung einzelner Gewaltakte wie der Verurteilung politischen Mordes und subversiver Tätigkeiten, ist mithin ein ausdrückliches Gewaltverbot in der OAU-Charta nicht enthalten; es kann aber aus der Charta abgeleitet werden.

Eine solche Ableitung fällt nicht schwer. Das unveräußerliche Recht eines Staates auf unabhängige Existenz, die aus ihm folgenden Gebote der Achtung der territorialen Integrität und Unabhängigkeit eines jeden Staates gingen ins Leere, wenn sich daraus nicht auch Unterlassungspflichten, also Verbote bestimmter Handlungen, ergeben würden. Die Anwendung von Gewalt ist das wirkungsvollste und gefährlichste Mittel zur Beeinträchtigung oder Vernichtung staatlicher Unabhängigkeit und staatlicher Exi-

¹⁾Auf die Deklaration wird auch beim Interventionsverbot einzugehen sein.

stenz. Außerdem haben sich die afrikanischen Staaten zur friedlichen Streitbeilegung verpflichtet, was die Anwendung von Gewalt ausschließt. Mithin gebietet die Folgerichtigkeit, aus den afrikanischen Grundprinzipien der Achtung der territorialen Integrität und Unabhängigkeit eines Staates sowie aus dem Gebot friedlicher Streitbeilegung ein Verbot der Anwendung von Gewalt herauszulesen. Diesen Schluß bestätigt auch die Haltung der Afrikaner zum Gewaltverbot.¹⁾ Für sie ist dieses Verbot der Eckstein der internationalen Rechtsordnung; es soll ihre Existenz garantieren. Nicht von ungefähr haben sie die OAU-Charta mit der Satzung der Vereinten Nationen eng verklammert und damit die Verbindlichkeit ihrer Grundsätze, zu denen auch das Gewaltverbot gehört, für Afrika ausdrücklich bestätigt. In der OAU-Präambel heißt es dazu: "Persuadés que la Charte des Nations Unies..., aux principes desquelles nous réaffirmons notre adhésion, offrent une base solide pour une coopération pacifique et fructueuse entre nos Etats."

Aus den Geboten der Achtung der territorialen Integrität und Unabhängigkeit folgt mithin auch ein Gewaltverbot. Es ist damit ebenfalls ein Grundprinzip des afrikanischen Zusammenlebens.

3. Das afrikanische Gewaltverbot als Bestätigung eines universellen Rechtssatzes

Es wäre falsch, die völkerrechtliche Bedeutung des Gewaltverbots der OAU-Charta auf eine regionale, wenn auch einen ganzen Kontinent erfassende vertragliche Festlegung zu beschränken, die lediglich spezifischen afrikanischen Erfordernissen Rechnung trägt, ohne ein Beitrag zum universellen Völkerrecht zu sein. Es ist zwar nicht zu verkennen, daß für Afrika, für das Verhältnis der neuen afrikanischen Staaten zueinander, eine vertragliche Verankerung dieses Grundsatzes unbedingt notwendig war; jedoch sehen die Afrikaner in diesem Prinzip nicht allein einen Rechtssatz für die innerafrikanischen Beziehungen. In den beiden oben genannten Resolutionen der OAU zum Schutz der territorialen Inte-

¹⁾Siehe Ausführungen auf S.161 f.

grität¹⁾ und zur Abwehr der Subversion²⁾ werden auch Verletzungen der geschützten Rechtsgüter durch außerafrikanische Mächte verurteilt. Dies zeigt, daß dem Schutz dieser Rechtsgüter nach afrikanischer Auffassung u n i v e r s e l l e Bedeutung zukommen soll. Dafür spricht weiterhin die Art der Gewährleistung dieser Rechtsgüter in der OAU-Charta. Sie erfolgt durch bloße Aufnahme bekannter Grundsätze wie der Achtung der territorialen Integrität und Unabhängigkeit in den Satzungstext. Es liegt damit nur ein Verweis auf anerkannte Völkerrechtssätze vor, die hier zwar erneut bestätigt, aber erst vom Völkerrecht konkret ausgestaltet werden.

Die Aufnahme des Gewaltverbots in die Charta der OAU ist mithin im wesentlichen nur die Bestätigung eines universellen völkerrechtlichen Rechtssatzes; doch wertet diese Feststellung die Bedeutung des Vorworts nicht an. Es ist vielmehr anzuerkennen, daß in Afrika das Gewaltverbot mit großer Entschiedenheit und Feierlichkeit zur Grundlage der zwischenstaatlichen Beziehungen gemacht wurde. Auf diese Weise wurde zum Erfolg der Dekolonisation und zur äußeren - und in einem nicht geringen Maße auch zur inneren - Stabilität der afrikanischen Staaten beigetragen sowie dem Frieden in der Welt gedient.

Für die weitere Ausgestaltung des Gewaltverbots werden die Vorstellungen der afrikanischen Staaten, die anschließend dargestellt und untersucht werden, einen wesentlichen Beitrag leisten.

2. Der Inhalt des Gewaltverbots im afrikanischen Verständnis (Darstellung)

2.1. Die ausgewerteten Quellen und ihre Eignung für die Untersuchung

Der Inhalt des Gewaltverbots wurde in der OAU-Charta nicht konkretisiert. Um den Inhalt dieses Verbots im afrikanischen Ver-

1) AHG/Res. 16 (I).

2) AHG/Res. 27 (II).

ständnis zu ermitteln, sind weitere Quellen heranzuziehen. Dabei müssen der Hintergrund der Dekolonisation, die politische Szene Afrikas im Dekolonisationsprozeß und danach sowie die politische Bedeutung, die Afrika diesem Rechtssatz als Fundament des "unveräußerlichen Rechts auf unabhängige Existenz" beimißt, berücksichtigt werden.

In den Ausschüssen der Vereinten Nationen, die die Prinzipien über freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit der Staaten untersuchten, hatten die afrikanischen Staaten ausgiebig Gelegenheit, sich zum Inhalt des Gewaltverbots zu äußern. Diese Aussagen werden hier in der Hauptsache herangezogen. Diesem Vorgehen kann nicht entgegen gehalten werden, daß es sich bei den Bemühungen der Vereinten Nationen nur um die Auslegung einer vertraglichen Regelung, des Gewaltverbots (Art.2 Ziff.4 SVN), gehandelt habe. Das Gewaltverbot wurde nämlich von den Staaten als ein allgemeiner, nicht nur als ein vertraglicher Völkerrechtsgrundsatz angesehen. So wurde die Formulierung des Gewaltverbots in der SVN, die sich an "alle Mitglieder" der Organisation wendet, nicht wiederholt, sondern "jeder Staat" als Adressat des Verbots bezeichnet. So heißt es auch folgerichtig in der Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten, daß "die Drohung mit Gewalt und die Gewaltanwendung Verletzungen des internationalen Rechts u n d der SVN"¹⁾ seien.

Auch die afrikanischen Staaten - im Verein mit anderen blockfreien Staaten - haben in ihrem gemeinsamen Formulierungsvorschlag (im weiteren "gemeinsamer Vorschlag" genannt) jeden Staat als Normadressat bestimmt.²⁾ Sie sehen in der Mißachtung

¹⁾UNYB 1970, S.789 ff; dies entspricht auch der überwiegenden Auffassung der Lehre; siehe Bothe S.16; Rosenstock S.717.

²⁾Vorschlag A/AC 125/L 48 (A/7326 §26), vorgelegt von Algerien, Ghana, Indien, Kamerun, Kenia, Madagaskar, Nigeria, Syrien, VAR und Jugoslawien.

des Verbots nicht nur eine Verletzung der Satzung der Vereinten Nationen, sondern auch des internationalen Rechts.

Da die OUA-Charta das Gewaltverbot zwar vertraglich verankert, aber nur als ein Prinzip des allgemeinen Völkerrechts in Bezug nimmt, können die Ausschüßberatungen als Quellen afrikanischer Vorstellung herangezogen werden. Man kann sie sogar als die zur Zeit wirklich zuverlässigen Quellen bezeichnen.

4.2. Das Verbot und einzelne Formen verbotener Gewaltenwendung

Dem unveräußerlichen Recht eines Staates auf unabhängige Existenz, aus dem sich die Achtung der territorialen Integrität und Unabhängigkeit ergibt, entspricht - wie dargelegt - nach afrikanischem Verständnis die völkerrechtliche Unterlassungspflicht, sich der Drohung mit Gewalt und der Anwendung von Gewalt zu enthalten. Die allgemeine, von Art.2 Ziff.4 SVN inspirierte Formulierung des Gewaltverbots in der Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten hat auch für die afrikanischen Staaten Gültigkeit¹⁾: "Every State has the duty to refrain in its international relations from the threat or use of force against the territorial integrity or political independence of any State, or in any manner inconsistent with the purposes of the United Nations".

Hinzuzufügen ist, daß im afrikanischen Verständnis unter "internationalen Streitigkeiten" in erster Linie Grenzstreitigkeiten gemeint sind,²⁾ denen auch die Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten einen besonderen Absatz widmet. In diesem Zusammenhang steht auch, daß das Staatsgebiet selbst nicht vorübergehend Gegenstand militärischer Besetzung oder anderer Gewaltmaßnahmen sein darf, die ein Staat, gleichgültig aus welchem Grund, unmittelbar oder mittelbar gegen das Staatsgebiet eines anderen Staates ergreift.³⁾

1) So auch der gemeinsame Vorschlag A/AC 125/L 48 (A/7326 §26).

2) vgl. Ausführungen auf S.166 ff; siehe auch Ziff.5 des gemeinsamen Vorschlags A/AC 125/L 48 (A/7326 §26).

3) Ziff.4 des gemeinsamen Vorschlags; ebenso die Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit, Text UNYB 1970 S.789 ff; Kamerun A/C 6/SR 1086 §18; Madagaskar A/C 6/SR 1094 §17.

4.2.1. Das Verbot des Aggressionskrieges und der Propaganda

Aggressionskriege sind verboten; auch dies hat selbstverständlich für Afrika Gültigkeit. Für die afrikanischen Staaten ist dies eine zwingende Konsequenz aus dem Schutz der territorialen Integrität.¹⁾ Inzwischen liegt eine Definition des Begriffs der Aggression durch die Vereinten Nationen vor,²⁾ die auch von den afrikanischen Staaten getragen wird. Auf sie kann verwiesen werden.

Die Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten verbietet in diesem Zusammenhang auch die Propaganda für einen Aggressionskrieg. Für die afrikanischen Staaten ist aber nicht nur die Propaganda für einen Aggressionskrieg als eine Aufforderung zu einem Rechtsbruch³⁾ verboten, sondern jede Propaganda, die die territoriale Unversehrtheit eines Staates oder seine politische Unabhängigkeit bedroht.⁴⁾ In diesem Zusammenhang wurden von ihnen besonders genannt: umstürzlerische Propaganda,⁵⁾ Anstiftung zum Aufruhr sowie die Verbreitung von Lügen und Verleumdungen über andere Staaten.⁶⁾ Auch diese weite Auslegung des Propagandaverbots soll der Stabilisierung des nachkolonialen Systems in Afrika dienen.⁷⁾ Im ersten Grenzstreit zwischen Äthiopien und Somalia,⁸⁾ der sich nach Schießereien an den Grenzen zu einem Krieg auszudehnen drohte,⁹⁾ wurden von beiden Parteien Verhandlungen aufgenommen, deren Ergebnis unter anderem die Verurteilung

1) vgl. Kamerun A/AC 125/SR 64 S.5; Madagaskar A/AC 125/SR 66 S.21; A/C 6/SR 1001 §43 u. Senegal A/C 6/SR 1002 §3.

2) Res.3314 (XXIX) v. 14.12.1974, Text EA 1975 S.D 318 ff.

3) Ghana A/AC 125/SR 88 S.76.

4) Ziff.3 des gemeinsamen Vorschlags (A/7326 §26).

5) Ghana A/AC 125/SR 88 S.76; vgl. auch A/AC 125/L 48 (A/7326 §26).

6) Kenia A/AC 125/SR 22 S.5.

7) vgl. auch Boutros-Ghali, Charter, S.28.

8) vgl. S.165 Anm.5.

9) ECM/Res.3 (II); CM/Res.16 (II).

feindlicher Propaganda war, die von den Beteiligten als bedrohlich empfunden wurde.¹⁾

4.2.2. Das Verbot der indirekten Aggression (Angriffe von Freischärlern, Unterstützung umstürzlerischer Tätigkeiten)

Neben der Abwehr der offenen Aggression beschäftigte die afrikanischen Staatenvertreter in besonderem Maße das Verbot der "mittelbaren" Aggression; es soll die Bildung und Ausrüstung oder die Fuldung der Bildung und Ausrüstung von Freischärler-, Freiwilligen- und Söldnerverbänden, die für den Einfall in einen anderen Staat bestimmt sind, untersagen.²⁾ Solche Vorwürfe haben afrikanische Staaten nicht selten gegen andere Mitgliedstaaten der OAU, aber auch gegen außerafrikanische Mächte erhoben.

Wie kaum ein anderes Ereignis hat Afrika der Einsatz von Söldnern, in der Regel Weiße, bei der Sezession Katangas, aber auch bei späteren Anlässen bewegt, nicht nur als eine schwere Störung der inneren Stabilität der neuen Staaten und des kontinentalen Gleichgewichts im Hinblick auf die militärischen Machtverhältnisse, sondern auch als eine neue Form des Kolonialismus.³⁾ Eine Verletzung des Machtgleichgewichts durch den Einsatz von Söldnern wäre in den ersten Jahren nach der Dekolonisation wegen der Bedeutungslosigkeit des afrikanischen Militärs als außenpolitischen Nachtfaktors verhängnisvoll gewesen. Außerdem stärkte der Einsatz von Söldnern Sezessionsbewegungen in ihrem Kampf gegen den Mutterstaat, was zu unterbinden galt. So sah sich die OAU im Jahre 1967 auf Grund neuer Sezessionsbestrebungen im Osten des Kongo (Kukavu) veranlaßt, eine Resolution⁴⁾ über Söldner zu verabschieden; in ihr bezeugen die OAU-Staaten ihre Entschlossenheit, territoriale Integrität und Souveränität zu wahren.

1) Communiqué v. 23.3.1964 des Außenministertreffens in Khartum; vgl. Touval, OAU and Afr. Borders, S. 114.

2) Kongo-Brazzaville A/C 6/SR 998 §4; Madagaskar A/AC 125/SR 19 S. 8; Kenia A/C 6/SR 997 §5; Mali A/C 6/SR 882 §27; Nigeria A/AC 125/SR 86 S. 39; Sambia A/C 6/SR 938 §12 und Zentralafri. Republik A/C 6/SR 938 §2.

3) siehe dazu Yakemtchouk S. 115-121. (Fortsetzung folgende Seite)

ren und stellen fest, daß Söldner eine große Gefahr für ihre Sicherheit darstellen. Sie appellieren dabei an alle Staaten, Strafgesetze zu erlassen, die ihren Staatsbürgern untersagen, sich als Söldner anwerben und ausbilden zu lassen.

Gleiche Bedeutung wurde dem Verbot beigemessen,¹⁾ den "inneren Frieden eines Landes"²⁾ durch die Unterstützung von Aufruhr und Umsturz zu stören. In diesem Zusammenhang stellte jedoch der Delegierte Madagaskars mit aller Deutlichkeit klar,³⁾ daß das Gewaltverbot, weil es sich nur auf die Gewaltanwendung im zwischenstaatlichen Bereich beziehe, nicht das Recht eines Staates berühre, in seinen Grenzen eine Rebellion niederzuschlagen. Auch hier wird wieder das Bestreben der afrikanischen Staaten erkennbar, sich gegen jede Einwirkung von außen abzuschirmen, aber im Inneren freie Hand zu haben, um ihre Verhältnisse selbst zu regeln. Tendenzen, das Gewaltverbot auch auf Konflikte innerhalb von Staaten auszudehnen, können keine Unterstützung durch die afrikanischen Staaten finden.

Ein besonderes afrikanisches Anliegen ist es, klarzustellen, daß die direkte oder indirekte Unterstützung feindlicher Aktionen politischer Flüchtlinge gegen ihren Heimatstaat durch das Land, das sie aufgenommen hat, verboten ist.⁴⁾ Die Aktivitäten mancher politischer Flüchtlinge, die im Laufe der Dekolonisation und danach in Nachbarländern aufgenommen wurden und dort oft Unterstützung gegen ihre Heimatländer fanden, wurden - abge-

(Forts.) 4) AHG/Res.49(IV); ebenso in der Kongo-Krise 1964, ECM/Res.5(III) und später: ECM/Res.17(VII); CM/Res.153(XI); CM/St.6 (XVII).

1) Mali A/C 6/SR 882 §27 u. A/C 6/SR 938 §14; Madagaskar A/AC119/SR 9 S.17; Nigeria A/AC 125/SR 64 S.12 u. SR 86 S.39; Zentralafr. Rep. A/C 6/SR 938 §2.

2) Mali A/C 6/SR 882 §27 u. A/C 6/SR 938 §14.

3) A/AC 119/SR 9 S.17.

4) Mali A/C 6/SR 882 §27.

sehen von den sozialen Problemen - als eine Bedrohung des afrikanischen Systems aufgefaßt. Auch damit hat sich die OAU mehrmals befaßt.¹⁾

4.2.3. Das Verbot der Ausübung politischen oder wirtschaftlichen Drucks

Die vorangegangenen Ausführungen bezogen sich auf Formen der Anwendung oder Unterstützung von Waffengewalt. Es bestand aber in den Erörterungen der Ausschüsse keine Einigkeit darüber, ob der Begriff der Gewalt in Art. 2 Ziff. 4 SVN auf W a f f e n g e w a l t ("armed force") beschränkt sei.

Die afrikanische Haltung in dieser Streitfrage war jedoch einmütig. Die afrikanischen Delegierten haben vorgetragen, daß die Ausübung von wirtschaftlichem Druck die gleichen unerwünschten Folgen wie die Anwendung von Waffengewalt haben könne.²⁾ Nationen, die mächtig genug seien und dazu neigten, sich mit Waffengewalt Vorteile zu verschaffen, hätten in der Regel auch die Macht, zur Erreichung eines Zieles wirtschaftliche Gewalt einzusetzen.³⁾ Die Ausübung politischen und wirtschaftlichen Drucks sei heutzutage viel häufiger als die Anwendung von Waffengewalt⁴⁾; sie stelle einen bedeutenden Spannungsfaktor dar,⁵⁾ weil sie einen internationalen Streit verschärfen könne und auf diese Weise nicht nur die allgemeine Wohlfahrt und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten, sondern auch den Frieden gefährde.⁶⁾ Insbesondere die afrikanischen Staaten als junge machtlose

1) AHG/Res. 26 (II); AHG/Res. 27 (II); vgl. auch CM/Res. 104 (IX); CM/Res. 149 (XI); CM/Res. 244 (XVII); CM/Res. 296 (XX); CM/Res. 398 (XXIV).

2) Ghana A/AC 125/SR 26 S. 5 u. SR 64 S. 13; Madagaskar A/AC 125 /SR 66 S. 20; Nigeria A/AC 125/SR 64 S. 12; Obervolta A/C6/SR 888 § 16; Sierra Leone A/C6/SR 934 § 33; Sambia A/C6/SR 1096 § 11.

3) Ghana A/AC 125/SR 64 S. 13.

4) Somalia A/C6/SR 937 § 33.

5) Mali A/C6/SR 882 § 27.

6) Ghana A/AC 125/SR 26 S. 5 u. SR 64 S. 13.

Entwicklungsländer seien äußerst verwundbar gegenüber verschlei-
erten (veiled) Formen der Gewaltanwendung wie der Ausübung wirt-
schaftlichen Drucks,¹⁾ dem sie keinen wirksamen Widerstand entge-
gensetzen könnten. Er sei geeignet, die Grundlagen eines Staates
zu schwächen und seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu läh-
men.²⁾ Die Befürchtungen der afrikanischen Staaten auf diesem
Feld finden in der Erklärung des Vertreters von Sierra Leone be-
redten Ausdruck;³⁾ er nannte wirtschaftlichen Druck eine machtvoll-
e Waffe, mit der einige entwickelte Nationen versuchten, die
neuen Staaten bei der Ausübung ihrer Rechte zu behindern.⁴⁾

Vor diesem Hintergrund wird klar, daß die Beschränkung des Ge-
waltverbots auf die Anwendung von Waffengewalt, die nach Ansicht
der afrikanischen Staaten nicht mehr die übliche Form der Ge-
waltanwendung darstellt, von den neuen Staaten Afrikas als eine
Verkürzung ihres Rechtsschutzes betrachtet wird. Sie sehen auch
keine zwingenden Rechtsgründe dafür, auf eine Ausdehnung des Ge-
waltbegriffes zu verzichten. Sie weisen darauf hin, daß in Art.2
Ziff.4SVN eine Beschränkung des Gewaltbegriffes auf Waffengewalt,
wie sie in Art.42,46 und 51 SVN zum Ausdruck gekommen sei, fehle.⁵⁾
Außerdem erlaube Art.41 SVN dem Sicherheitsrat, neben der Anwen-
dung militärischer Gewalt auch andere Zwangsmaßnahmen zur Frie-
denssicherung zu ergreifen. Es könne deshalb nicht behauptet wer-
den, daß die Anwendung wirtschaftlichen Drucks nicht ebenso eine

1) Dahomey A/C6/SR 885 §13; Kenia A/AC 125/SR 22 S.5; Madagaskar A/
AC 125/SR 66 S.20; Nigeria A/AC 125/SR 64 S.12 u. SR 86 S.39; Sierra
Leone A/C6/SR 934 §33; Tansania A/C6/SR 882 §10 u. Zentralafr. Repu-
blik A/C6/SR 938 §2.

2) Madagaskar A/AC 125/SR 66 S.21.

3) A/C6/SR 934 §33.

4) Die Verurteilung der Ausübung von Druck hat auch afrikanische
Staatenkonferenzen beschäftigt; siehe 1. Konf. afr. Staaten, Accra
15.-22.4.1958 (Legum S.159); Casablanca-Charta, 3.-7.1.1961 (Legum
S.205).

5) Ghana A/AC 119/SR 10 S.15; Kenia A/AC 125/SR 22 S.5; Madagaskar
A/AC 125/SR 19 S.8 u. Nigeria A/AC 119/SR 7 S.22. Tansania A/C 6/
SR 1093 §41.

Gewaltanwendung darstelle, wie die Ausübung von Waffengewalt selbst.¹⁾ Die Formulierung "in any other manner inconsistent with the purposes of the United Nations" in Art. 2 Ziff. 4 SVN dehne den Gewaltbegriff über die Androhung und Anwendung von Waffengewalt hinaus aus;²⁾ er erfasse jede Ausübung physischen oder anderen Drucks (pressure) auf andere Staaten.³⁾ Die Vorschrift des Art. 2 Ziff. 4 SVN sei sogar, wie ein Delegierter formulierte, dahingehend auszulegen, daß den Staaten jede gegen einen anderen Staat gerichtete Tätigkeit verboten sei.⁴⁾

Im Ergebnis waren sich alle afrikanischen Staaten einig, daß jede Form der Ausübung von Druck (all forms of pressure) auf andere Staaten als Gewaltanwendung verboten sei.⁵⁾ Nach ihrer Ansicht fällt unter den Gewaltbegriff insbesondere die Ausübung von politischem und wirtschaftlichem Druck.⁶⁾

Als Beispiel für die Ausübung unzulässigen Drucks wurden genannt: die Dromung, die technische Hilfe (technical assistance) zurückzuziehen, sowie die Gewährung von Wirtschaftshilfe in einer Weise, die die politische Unabhängigkeit eines Staates ge-

1) Tansania A/C 6/SR 934 § 41.

2) Zentralafr. Republik A/C 6/SR 938 § 2.

3) Kenia A/AC 125/SR 22 S. 5 u. SR 65 S. 17; Nigeria A/AC 125/SR 64 S. 12 u. SR 86 S. 39; Tansania A/C 6/SR 882 § 10.

4) Kenia A/AC 125/SR 22 S. 5.

5) Ghana A/C 6/SR 815 § 33; Kenia A/AC 125/SR 65 S. 17; Madagaskar A/C 6/SR 1001 § 43; Nigeria A/AC 125/SR 64 S. 12 u. SR 86 S. 39; Sambia A/C 6/SR 938 § 12; Somalia A/C 6/SR 937 § 33 und Uganda A/C 6/SR 882 § 4; vgl. auch Nr. 2b des afrikanischen Formulierungsvorschlags.

6) Dahomey A/C 6/SR 885 § 13; Ghana A/AC 119/SR 10 S. 14 u. A/C 6/SR 815 § 33; Kamerun A/AC 125/SR 65 S. 17; Kenia A/AC 125/SR 22 S. 5, SR 65 S. 17 u. A/C 6/SR 997 § 5; Madagaskar A/AC 125/SR 66 S. 20; A/C 6/SR 1001 § 44; Mali A/C 6/SR 882 § 27; Nigeria A/AC 125/SR 64 S. 12; Obervolta A/C 6/SR 888 § 16; Sambia A/C 6/SR 938 § 12; Sierra Leone A/C 6/SR 934 § 33; Somalia A/C 6/SR 937 § 33; Tansania A/C 6/SR 934 § 41; Uganda A/C 6/SR 882 § 4 und Zentralafr. Republik A/C 6/SR 938 § 2.

fährdet; ¹⁾ außerdem: sozialer, kultureller und psychologischer Druck ²⁾ sowie Druck durch Propaganda. ³⁾

Die Ausübung von Druck ist allein noch nicht rechtswidrig, sondern es müssen weitere Tatbestandsmerkmale hinzutreten. Nach afrikanischer Auffassung ist die Ausübung von Druck unzulässig, der sich gegen die territoriale Integrität oder die politische Unabhängigkeit richtet und sie beeinträchtigen kann. ⁴⁾ Als Beispiele eines wegen seiner Zielrichtung unzulässigen Drucks wurden Versuche bezeichnet, die Richtung der Politik eines anderen Staates zu ändern, ⁵⁾ die Interessen eines anderen Staates den eigenen zu unterwerfen ⁶⁾ oder Rechtsansprüche gegen einen Staat durchzusetzen. ⁷⁾

Die Haltung der afrikanischen Staaten zur unzulässigen Ausübung von Druck resümiert ihr gemeinsamer Vorschlag. ⁸⁾ Er verbietet: "...all forms of pressure, including those of a political and economic character, which have the effect of threatening the territorial integrity or political independence of any State."

4.2.4. Das Verbot der Drohung mit Gewalt

Dem Begriff der Drohung wurde weder in Formulierungsvorschlägen noch in den Debatten große Aufmerksamkeit geschenkt. ⁹⁾ Es liegt nur eine einzige afrikanische Stimme dazu vor; ¹⁰⁾ danach ist eine

1) Kenia A/AC 125/SR 22 S.5; Nigeria A/AC 125/SR 64 S.12 u. SR 86 S.39.

2) Kamerun A/AC 125/SR 64 S.5; Mali A/C6/SR 882 §27.

3) Madagaskar A/AC 119/SR 9 S.17; Kenia A/AC 125/SR 22 S.5.

4) Kenia A/AC 125/SR 65 S.17; Madagaskar A/AC 125/SR 66 S.20; Nigeria A/AC 125/SR 64 S.12 u. Sambia A/C6/SR 938 §12.

5) Mali A/C6/SR 882 §27.

6) Ghana A/AC 125/SR 64 S.14.

7) Nigeria A/AC 125/SR 64 S.12 u. SR 86 S.40.

8) A/AC 125/L 48 (A/7326 §26).

9) Vgl. A/5746 §40.

10) Madagaskar A/AC 125/SR 19 S.7.

"Drohung" die Ankündigung eines Gewaltaktes in der Absicht, einen Staat einzuschüchtern und ihn auf diese Weise zur Änderung seiner Politik zu veranlassen. Solche Drohungen könnten durch Äußerungen in der Presse und im Rundfunk oder ähnliche Handlungen erfolgen.

4.3. Die Rechtfertigung der Androhung und Anwendung von Gewalt

Zur rechtmäßigen Androhung und Anwendung von Gewalt haben die afrikanischen Ausschußmitglieder ausgeführt:¹⁾ Die Anwendung von Gewalt könne nur zur Wahrung des Friedens geduldet werden.²⁾ Zur Sicherung und Wiederherstellung des Friedens seien nach Art. 42 und 43 SVN der Sicherheitsrat, die gemäß Art. 53 SVN unter seiner Autorität handelnden regionalen Einrichtungen³⁾ oder ein "zuständiges Organ" der Vereinten Nationen⁴⁾ berufen. In diesem Zusammenhang behandelten die Delegierten Ghanas und Nigerias ausdrücklich die Androhung und Anwendung von Gewalt in Übereinstimmung mit einer Empfehlung der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Im gemeinsamen Vorschlag heißt es dazu: "The prohibition of the use of force shall not effect either the use of force pursuant to a decision by a competent organ of the United Nations made in conformity with the Charter..."

Die Delegation Nigerias⁵⁾ betonte, daß die Androhung oder Anwendung von Gewalt auch dann rechtmäßig sei, wenn sie auf einer - in Übereinstimmung mit den Artikeln 10 und 11 SVN gefaßten - Empfehlung der Generalversammlung zur Wahrung des internationalen

1) vgl. auch Ziff. 6 des gemeinsamen Vorschlags A/AC 125/L 48 (A/7326 §26).

2) Kamerun A/AC 125/SR 21 S. 9.

3) Gambia A/C 6/SR 885 §13; Ghana A/AC 125/SR 64 S. 16; Kenia A/AC 125/SR 65 S. 17; Mali A/C 6/SR 882 §28; Nigeria A/AC 125/SR 64 S. 11 u. SR 86 S. 39; Obervolta A/C 6/SR 888 § 16; Zentralafr. Rep. A/C 6/SR 938 §3.

4) Obervolta A/C 6/SR 888 §16; Zentralafr. Rep. A/C 6/SR 938 §3; vgl. auch Ziff. 6 des gemeinsamen Vorschlags.

5) A/AC 125/SR 64 S. 11 u. SR 86 S. 40.

Friedens und der Sicherheit beruhe. Der Vertreter Ghanas¹⁾ bestätigte diese Ansicht mit dem Hinweis, daß alle Unterzeichner des gemeinsamen Vorschlags der Meinung seien, daß eine Ausdehnung der Befugnisse der Generalversammlung und der unter der Autorität der Vereinten Nationen handelnden regionalen Einrichtungen geeignet sei, der Stimme der neuen Staaten bei der Durchsetzung der Grundsätze der Friedenssicherung größeres Gewicht zu verleihen. Die neuen Staaten könnten nur erfolgreich zu einer fortschrittlichen Entwicklung des Völkerrechts beitragen, wenn ihnen mehr Anteil bei der Durchsetzung dieser Grundsätze eingeräumt werde. Auf diese Weise könne auch eine universelle Beachtung der aus ihnen folgenden Verpflichtungen sichergestellt werden. Die Anwendung von Gewalt in der Welt würde abnehmen, wenn mehr Staaten als bisher bei der kollektiven Durchsetzung des Gewaltverbots mitwirken könnten. Was bleibe einem Staat anderes übrig, als einseitige Maßnahmen zu ergreifen, wenn der Sicherheitsrat durch die Ausübung des Vetorechts blockiert werde, vielleicht durch das Veto eines Staates, der offenkundig das Gewaltverbot verletze.²⁾ Die Staaten würden sicherlich viel seltener zu den Waffen greifen, wenn sie erwarten könnten, daß ihre Stimme bei einer Entscheidung der Vereinten Nationen über die kollektive Anwendung von Gewalt zur Friedenssicherung gehört werde.

Hier wird ein Vorbehalt gegen die Privilegierung des Sicherheitsrats und seiner ständigen Mitglieder deutlich. Er führt zur Förderung einer "compétence parallèle" der Generalversammlung.³⁾ In der Resolution "Uniting for Peace" sehen die jungen Staaten somit eine Möglichkeit, auch bei der Friedenssicherung Einfluß zu erlangen.

Das Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung nach Art.51 SVN wurde von den afrikanischen Delegierten allge-

1)A/AC 125/SR 64 S.16.

2)A/AC 125/SR 64 S.16.

3)Yakemtchouk S.291;vgl.auch AHG/Res.33 (II).

gemein unterstrichen.¹⁾ Zum Inhalt des Selbstverteidigungsrechts äußerte sich nur der Delegierte Ghanas²⁾ näher. Von seinen Ausführungen ist der Hinweis auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zwischen Angriff und Verteidigung hervorzuheben; er führte aus, Verteidigungsmaßnahmen, die von einem Staat als Opfer eines wirtschaftlichen Angriffs (economic aggression) ergriffen wurden, sollten wegen des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit auf wirtschaftliche oder nicht-militärische Maßnahmen beschränkt sein. Dies erlaube, Vergeltungsmaßnahmen auf ein vernünftiges Maß zu beschränken und bewaffnete Aktionen bei Anwendung nicht-physischer Gewalt auszuschließen. Damit zog der Vertreter Ghanas die Konsequenzen aus der Ausdehnung des Gewaltbegriffs auf die Ausübung von Druck; sie soll seiner Ansicht nach nur Selbstverteidigung nach Art. 51 SVN, jedoch nicht mit Waffengewalt, berechtigen.³⁾

Zulässig ist nach afrikanischer Ansicht - neben der eigentlichen Selbstverteidigung; gemäß Art. 51 SVN - auch die Gewaltanwendung gegen koloniale Unterdrückung, wenn sie der Verwirklichung des verweigerten Selbstbestimmungsrechts dienen soll⁴⁾. In diesem Zusammenhang steht die Auffassung, daß "Völker und Territorien unter Kolonialherrschaft" nicht als integrierender Bestandteil eines Staates betrachtet werden können.⁵⁾

1) Dahomey A/C6/SR 885 § 16; Ghana A/AC 125/SR 88 S. 75; Kenia A/AC 125/SR 65 S. 17; Mali A/C6/SR 882 § 28; Nigeria A/AC 125/SR 64 S. 11 u. SR 86 S. 40; Obervolta A/C6/SR 888 § 16.

2) A/AC 125/SR 88 S. 75.

3) Inwieweit die Ansichten des Vertreters von Ghana mit den Vorstellungen der afrikanischen Staaten insgesamt übereinstimmen, wird an anderer Stelle noch zu prüfen sein (vgl. Ausführungen S. 206).

4) A/AC 125/L 48 (A/7326 § 26) Ziff. 6: "...or the right of peoples to self-defence against colonial domination, in the exercise of their right to self-determination." Zur Aussprache vgl. A/6240 § 136-153; A/6799 § 100-106; A/7326 § 102-110; A/7619 § 107-116.

5) a.a.O., Ziff. 7.

5. Zusammenfassung und Würdigung

Die afrikanischen Texte und die Äußerungen der afrikanischen Delegierten in den Ausschlußberatungen ergeben natürlich kein vollständiges Bild des Gewaltverbots in afrikanischer Sicht bis in letzte Verästelungen hinein; sein Inhalt läßt sich deshalb auf der Grundlage der untersuchten Quellen, bei deren Auswertung auch die Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten herangezogen wurde, nicht bis in alle Einzelheiten bestimmen. Auch stellt sich manchmal die Frage, ob eine afrikanische Äußerung repräsentativ für alle afrikanischen Staaten ist. Trotz dieses Vorbehaltes läßt sich aber ein Bild entwerfen, das deutliche Konturen erkennen läßt und somit für eine Analyse der afrikanischen Vorstellungen im Hinblick auf den Zweck der Untersuchung erlaubt. Mit aller Deutlichkeit sind jedoch die Aufgaben des Gewaltverbots und seine Bedeutung für die neuen Staaten zu erkennen.

5.1. Zweck und Bedeutung des Verbots

Nach afrikanischer Auffassung dient das Gewaltverbot der Sicherung der Dekolonisation und der Entwicklung der neuen Staaten. Es hat deshalb die Aufgabe, ihre territoriale Integrität und Unabhängigkeit zu schützen. Neben der Garantie der Staatlichkeit der emanzipierten Gebiete und ihres territorialen Bestandes obliegt ihm die Sicherung einer ungestörten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung der neuen Staaten. In allem lebt der Gedanke der Selbstbestimmung der Völker fort, der sich im Selbstbestimmungsrecht der S t a a t e n dauerhaft verwirklichen soll. Das Gewaltverbot ist mithin das Ergebnis des unveräußerlichen Rechts eines jeden Staates auf unabhängige Existenz. Als Garant dieses Grundrechts hat es durch die Charta der OAU Eingang in das Völkerrechtssystem Afrikas gefunden. Darüber hinaus wird es als ein Grundprinzip des universellen Völkerrechts betrachtet.

5.2. Das geschützte Rechtsgut

Das Gewaltverbot sichert das unveräußerliche Recht eines Staates auf unabhängige Existenz innerhalb seiner bestehenden Grenzen.

Das Territorium eines Staates, seine Grenzen, seine Unabhängigkeit insbesondere im Hinblick auf seine Entscheidungsfreiheit, sind daher unverletzlich; ebenso sind geschützt sein politisches System, seine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, seine kulturelle Entwicklung, kurz: seine nationale Identität.

5.3. Die Verbotsnorm

5.3.1. Ihr Inhalt in afrikanischer Sicht

Die Androhung und Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Unversehrtheit und Unabhängigkeit sind verboten. Das Staatsgebiet darf nicht, selbst nicht vorübergehend, Gegenstand militärischer Besetzung oder anderer Gewaltmaßnahmen sein, die ein Staat - aus welchen Gründen auch immer - unmittelbar oder mittelbar gegen einen anderen Staat ergreift. Die Androhung und Anwendung von Gewalt sind keine Mittel zur Begehung internationaler Angelegenheiten und Streitfälle, insbesondere nicht zur Regelung von Grenzstreitigkeiten zwischen Staaten.

Repressalien, die mit Gewaltanwendung einhergehen, sind verboten; ebenso ist jede Propaganda untersagt, die zur Anwendung oder Androhung von Gewalt gegen die territoriale Integrität und Unabhängigkeit eines Staates aufruft oder ermutigt.

Der Verstoß gegen das Gewaltverbot ist eine Verletzung des internationalen Rechts, der Satzung der Vereinten Nationen und der Charta der OAU.

5.3.2. Rechtliche Würdigung

Die obige Beschreibung des Gewaltverbots gleicht bekannten Vorbildern. Dies ist nicht verwunderlich, da sich auch die afrikanischen Staatenvertreter bei der allgemeinen Festlegung des Verbots von diesen haben leiten lassen; dabei stand der Wortlaut des Art.2 Ziff.4 SVN im Vordergrund. Diese Vorschrift ist das

Ergebnis einer langen Rechtsentwicklung¹⁾, sie wurde auch nach der Verabschiedung der SVN in vielen Verträgen²⁾ wiederholt. Es

1) Vgl. zur Entwicklung zum Gewaltverbot der SVN: Art. 10 VBS; Locarno-Verträge (RGBl 1925 II S. 977); Briand-Kellogg-Pakt, Paris, 27.8.1928 (RGBl 1929 II S. 97); Anti-War Treaty of Non-Aggression and Conciliation (Saavedra-Lamas-Vertrag), Rio de Janeiro, 10.10.1933 (Martens Bd. 32 S. 655 ff); Anti-Aggressionsvertrag zwischen der Türkei, Afghanistan, Estland, Lettland, Persien, Polen, Rumänien und der UdSSR, London, 3.7.1933 (Martens Bd. 29 S. 33 ff); Balkan-Pakt v. 9.2.1934 zwischen Griechenland, Rumänien, der Türkei und Jugoslawien (Martens Bd. 29 S. 3); Anti-Aggressionsvertrag zwischen der Türkei, Afghanistan, Irak und dem Iran, Teheran, 8.7.1937 (Hudson, Int. Leg. Bd. VII S. 823); Akt von Chapultepec, Mexiko, 3.3.1945 (AJIL Bd. 39, Suppl. S. 108-109); das Genfer Protokoll v. 2.10.1924 (JO Suppl. Spéc. No. 22 S. 502 ff), das die Entwicklung zum Gewaltverbot einleitete, trat nicht in Kraft (vgl. Wehberg, insbes. S. 38-42); zuletzt ist noch auf die Erklärung des VB über Angriffskriege, 24.9.1927 (JO Suppl. Spéc. No. 53 S. 22), die Deklaration über Amerikanische Grundsätze, Lima, 24.12.1938 (The International Conferences of American States, First Suppl. 1933-40, Washington 1940, S. 309), die Atlantik-Charta v. 14.8.1941 (Arch VR Bd. 1 S. 89) hinzuweisen; vgl. auch die folgenden nicht-staatlichen Erklärungen: Inter-American Juridical Committee: Reaffirmation of Fundamental Principles of Int. Law (1942 AJIL, Bd. 37 (1943) Suppl. S. 21 ff), Hudson Committee (AJIL, Bd. 38, Suppl. S. 55 ff, 74 ff).

2) Pakt der Arabischen Liga, Kairo, 22.3.1945 (UNTS Bd. 70 S. 238 ff, 248 ff); Inter-amerikanischer Beistandspakt, Rio de Janeiro, 2.9.1947 (UNTS Bd. 21 S. 77 ff, Arch VR Bd. 1 S. 471 ff); Charta der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), Bogota, 30.4.1948 (AJIL, Bd. 45 Suppl. S. 43 ff; neue Numerierung der Artikel durch Änderungsprotokoll v. 27.2.1967, ILM 1967 S. 310 ff); Nord-Atlantik-Pakt, Washington, 5.4.1949 (BGBl 1955 II S. 289); Sicherheitsvertrag zwischen den USA, Australien u. Neuseeland (ANZUS-Pakt), San Francisco, 1.9.1951 (AJIL Bd. 46 (1952) Suppl. S. 93 ff); Manila Pakt, Manila, 8.9.1954 (UNTS Bd. 209 S. 28 ff, Arch VR Bd. 6 S. 93 ff); Warschauer Pakt, Warschau, 14.5.1955 (UNTS Bd. 219 S. 24 ff, Arch VR Bd. 6 S. 90 ff).

handelt sich aber nicht nur um einen vertraglich begründeten Rechtssatz. Die Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten hat durch die - auch von den Afrikanern getragene - Einfügung klargestellt, daß "jeder Staat" - nicht nur jeder Mitgliedstaat der Vereinten Nationen - das Verbot beachten müsse.¹⁾ Wichtig ist nach afrikanischer Auffassung ihr Hinweis, daß die Androhung und Anwendung von Gewalt kein Mittel zur Regelung internationaler Streitfragen sein dürfen, er beruht auf dem gemeinsamen Vorschlag²⁾ und fand später auch Eingang in den südamerikanischen Formulierungsvorschlag.³⁾ Mit dieser Klarstellung wurde die Beschreibung des Gewaltverbots vervollständigt. Im übrigen folgt auch diese Ergänzung bekannten Vorbildern;⁴⁾ sie wurde dem Wortlaut des Art. 2 Biff. SVN nachgebildet.

Das afrikanische Bestreben, den territorialen Besitzstand zu sichern und Grenzstreitigkeiten auszuschließen, wurde schon festgestellt.⁵⁾ Deshalb ist nach afrikanischer Auffassung die Feststellung, daß die Anwendung und Androhung von Gewalt bei Grenzstreitigkeiten kein Mittel zur Streitbeilegung sein dürfen, mehr als eine interpretative Klarstellung.

Unzweifelhaft wird die territoriale Integrität noch dadurch geschützt, daß das Territorium eines Staates nicht - auch nicht vorübergehend - Gegenstand militärischer Besetzung oder anderer Gewaltmaßnahmen sein darf, die ein Staat, gleichgültig aus welchen Gründen, unmittelbar oder mittelbar, gegen einen anderen Staat ergreift. Hiermit wird klargestellt, daß nicht nur die Annexion eines Gebietes nach Eroberung als Verletzung der territorialen

1) Vgl. dazu Ausführungen auf S. 175 f.

2) A/AC 125/L 48 (A/ 7326 § 26).

3) A/AC 125/L 49 Rev. 1 (A/ 7326 § 27).

4) Kellogg-Pakt, Anti-War Treaty of Non-Agression and Conciliation, Erklärung des VB über Angriffskriege; vgl. auch: Pakt der Arabischen Liga, Nato-Pakt, ANZUS-Pakt, Warschauer Pakt (siehe Anm. 2 auf S. 189).

5) Vgl. S. 163-169.

Unversehrtheit (intégrité) eines Staates verboten, sondern auch die Unverletzlichkeit des Territoriums (inviolabilité) geschützt ist; d.h. nicht nur der territoriale Besitzstand eines Staates in seiner räumlichen Ausdehnung wird gesichert, sondern auch die ungestörte Ausübung der Gebietshoheit. Es sollen also alle Grenzverletzungen und alle anderen Beeinträchtigungen der Gebietshoheit verboten sein, auch die friedliche, also außerhalb des Kriegsrechts liegende Zwangsbesetzung¹⁾, mag sie auch nur vorübergehend erfolgen. Folglich enthält nach afrikanischer Auffassung das Gewaltverbot neben einem Eroberungs- auch ein Einfallverbot;²⁾ denn jede Beeinträchtigung der Ausübung der Gebietshoheit stellt eine Verletzung der Unabhängigkeit dar.³⁾

Diesen Gedanken übernahmen die afrikanischen Staaten aus dem amerikanischen Rechtskreis (Art. 17, jetzt Artikel 20, der Charta der Organisation Amerikanischer Staaten⁴⁾). Es ist kein Zufall, daß diese Bestimmung von den Staaten der Dritten Welt aufgegriffen wurde. Schließlich ist sie aus einem Rechtskreis hervorgegangen, der ebenfalls gekennzeichnet ist von einer kolonialen Vergangenheit und dem Wunsch junger, nachkolonialer Staaten, ein neues Staatensystem zu stabilisieren. Der Rechtsgedanke des Art. 17 (20) OAS-Charta hat nunmehr in der Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten weltweite Anerkennung gefunden.

Zum Verbot der Repressalie, "die mit der Ausübung von Gewalt verbunden ist", haben sich Delegierte afrikanischer Staaten nicht geäußert, jedoch war es in dem ursprünglichen Vorschlag Indiens, Ghanas und Jugoslawiens,⁵⁾ aber nicht mehr im erweiterten Vorschlag der Blockfreien enthalten. Es hat jetzt aber Eingang in die

1) Zum Begriff der friedlichen und kriegerischen Besetzung siehe Uhler S. 193-198.

2) Diese Frage wurde seit Art. 10 SVB strittig erörtert; dazu Uhler S. 193.

3) So auch Uhler S. 193.

4) Vgl. Anm. 2 auf S. 189.

5) A/AC 119/L 15 (A/ 5746 § 31).

Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten gefunden und wird damit auch von ihnen getragen.

Repressalien sind "von den an sich geltenden Völkerrechtsregeln herabgesetzte Zwangsmaßnahmen, welche ein Staat in Erwiderung rechtswidriger Akte, die ein anderer Staat gegen ihn begangen hat, verhängt, um den Verletzer durch Schadenszufügung zur Achtung des Rechts zu zwingen." Diese Definition des Institut de Droit International¹⁾ bezieht sich auf die Friedensrepressalie. Um sie geht es hier nur; denn die Beurteilung der Kriegerrepressalie unterliegt dem Kriegsrecht und damit anderen Gesetzen.²⁾

Der Anwendungsbereich dieses Verbots wurde in der Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten nicht, wie von der britischen³⁾ und amerikanischen⁴⁾ Delegation vorgeschlagen, ausdrücklich auf die Anwendung von Waffengewalt (armed reprisals) beschränkt, sondern allgemein auf die Anwendung von Gewalt bezogen. Dies hat wegen der unterschiedlichen Definition des Gewaltbegriffs weitreichende Folgen; auf sie wird an anderer Stelle eingegangen.

Das Verbot der Propaganda beschränken die afrikanischen Staaten - wie andere auch - nicht auf Propaganda für einen Aggressionskrieg (so die Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten). Verboten soll nach ihrer Auffassung jede Propaganda für Handlungen sein, die das Gewaltverbot untersagt.⁵⁾ Den

1) Annuaire 38 (1934) S. 708.

2) Partsch, Repressalie, S. 105 f.

3) A/AC 125/ L 44 (A/ 7326 § 24).

4) A/AC 125/ L 49/Rev. 1 (A/ 7326 § 27).

5) Der ursprüngliche Vorschlag (A/AC 125/L 48, A/7326 § 26) heißt so: "... est interdite toute propagande qui encourage la menace ou l'emploi de la force contre l'intégrité territoriale ou l'indépendance politique d'un autre Etat." Ähnlich umfassend der ursprüngliche Vorschlag Chiles (A/AC 125/ L 24, A/ 6230 § 28): "...propagande en faveur de la guerre ou l'emploi de la force sous quelque forme que ce soit;" einschränkend auf den Krieg oder Angriffs- (Fortsetzung folgende Seite)

Begriff der Propaganda definieren weder die Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten noch die afrikanischen Vorschläge, was die Diskussion erschwert.¹⁾

Es fragt sich, ob sich nach traditionellem Völkerrecht ein solch weitreichendes Verbot der Propaganda rechtfertigen läßt.

Die Staatenpraxis beruht auf wenigen Beispielen, die nicht viel zur Erhellung des Gegenstandes beitragen. Die Konvention über die Verwendung von Rundfunksendungen in der Sache des Friedens, die 1936 in Genf unterzeichnet wurde,²⁾ verbietet unter anderem, die Bevölkerung eines Staates zu Handlungen gegen die innere Ordnung und Sicherheit aufzuwiegeln. Der russisch-französische Nichtangriffsvertrag von 1932³⁾ kommt den afrikanischen Vorstellungen schon näher; die Vertragspartner versprechen dort, sich der Agitation und Propaganda zu enthalten, die das Ziel verfolgen, gewaltsam die territoriale Integrität des Vertragspartners zu verletzen oder die politischen oder sozialen Strukturen zu verändern. Ähnliche Formulierungen wurden in den Noten verwandt, die bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA⁴⁾ ausgetauscht wurden.

Aus diesen Texten läßt sich kaum ein Verbot der Propaganda für die Anwendung und Androhung von Gewalt schlechthin ableiten. Sie bestätigen vielmehr den anerkannten Grundsatz, daß eine Propaganda verboten ist, die "völkerrechtlich anerkannte Belange verletzt und damit ein völkerrechtliches Delikt darstellt."⁵⁾

(Forts.) krieg der Vorschlag der Tschechoslowakei (A/AC 125/L 16, vgl.A/6230 §25), Italiens und der Niederlande (A/AC 125/L 24, vgl.A/6230 §29).

1)Armbruster,Propaganda,S.807, versteht unter Propaganda das planmäßige Verbreiten von Gedanken mit dem Ziel, die Meinung und das Verhalten anderer zu beeinflussen.

2)Hudson,Int.Leg., Bd.VII S.409 ff.

3)AJIL Bd.27 1933 Suppl. S.175.

4)AJIL Bd.28 1934 Suppl. S.3-4.

5)Armbruster,Propaganda, S.807;vgl.auch S.808.

Die Debatten in den Ausschüssen¹⁾ brachten keine Einigung über den Umfang des Propagandaverbots, soweit es über die Kriegspropaganda hinausgeht; die Beschränkung des Verbots auf die Propaganda für einen Aggressionskrieg stellte den Kompromiß auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner dar. Offenbleibt, ob die Pflicht der Staaten auch dahin geht, die Propaganda von privaten und anderen nicht-öffentlichen Organisationen zu unterbinden.²⁾

Die afrikanischen Staaten haben sich nicht durchgesetzt. Nach ihrer Ansicht soll jede Propaganda für Gewalt verboten sein unabhängig davon, ob es tatsächlich zu einer Verletzung anerkannter Rechtsgüter kommt. In dieser Hinsicht würde ein solches Verbot dem Verbot der Propaganda für einen Aggressionskrieg, auf das sich alle Staaten verständigt haben, entsprechen; zu seiner Begründung wurde vorgetragen, daß Aggressionskriege Verbrechen gegen den Frieden und deshalb Akte, die zu einem solchen Krieg aufhetzen sollen, ebenso verbrecherisch seien.³⁾ Das Verbot jeglicher Propaganda für Gewalt läßt sich mithin nur als ein Annex zum Gewaltverbot verstehen, wie es das Verbot der Propaganda für einen Aggressionskrieg darstellt. Der Gedanke ist, daß Propaganda, unabhängig davon, ob sie zu Rechtsverletzungen führt, verboten werden sollte, weil sie ebenso verwerflich ist wie die Androhung und Anwendung von Gewalt.⁴⁾

Die afrikanische Haltung läßt sich aus dem Bestreben erklären, mit Hilfe des Rechts von vornherein jede Möglichkeit von Beeinträchtigungen auszuschließen, die junge Staaten, die sich erst im Aufbau eines soliden Staatswesens befinden, besonders bedrohen könnten. Rechtlich sind die Folgen der afrikanischen Vorstellung

1) vgl. A/6230 §82 ff; A/6799 §62 ff; A/7326 §58 ff; A/7619 §56 ff.

2) So wohl die Konvention über die Verwendung des Rundfunks in Sachen des Friedens (vgl. Anm. 2 S. 193); anders der russ.-frz. Nichtangriffspakt u. der Notenaustausch der UdSSR und der USA (vgl. Anm. 3, 4 S. 193); Kosenstock meint, daß hier nur die Staaten (state action) Adressaten des Verbots sind, nicht Private; ebenso zu Lohna S. 66.

3) vgl. A/6230 §84; A/6799 §63; A/7619 §61.

4) Auch zu Lohna, S. 67, meint, daß jede Propaganda, die zur Verletzung des Gewaltverbots aufruft, verboten sei.

gen beträchtlich wegen des weiten Gewaltbegriffs, den sie vertreten.

5.4. Der Gewaltbegriff im afrikanischen Verständnis

5.4.1. Die Anwendung physischer Gewalt (Zusammenfassung)

Gewalt heißt zunächst militärische Gewalt (Waffengewalt)¹⁾ und ähnliche physische Gewaltmaßnahmen.

Aggressionskriege sind Verbrechen gegen den Frieden. Auch ist es den Staaten verboten, Freischärler, Freiwilligen- oder Söldnerverbände auf ihren Territorien aufzustellen oder ihre Aufstellung zu dulden, wenn diese Verbände dazu bestimmt sind, in einen fremden Staat einzufallen (mittelbare Aggression); insbesondere soll die Aufstellung von ausländischen Söldnertruppen zu diesem Zweck und ihre Rekrutierung in anderen Ländern untersagt sein.

Um den inneren Frieden eines Landes zu sichern, ist es verboten, umstürzlerische Bewegungen und Aufruhr in einem Staat zu unterstützen oder an bürgerkriegsähnlichen Unruhen (civil strife) und Terrorakten teilzunehmen. Folglich dürfen politische Flüchtlinge nicht unterstützt werden, wenn ihre politischen Ziele den inneren Frieden des Staates gefährden, aus dem sie geflohen sind.

5.4.2. Rechtliche Würdigung

Bei der Beschreibung des Gewaltbegriffs, soweit sie die Anwendung von Waffengewalt und ähnliche Gewaltmaßnahmen betrifft, folgen die afrikanischen Staaten traditionellen Vorstellungen. Das gilt für die Anwendung militärischer und anderer physischer Gewaltmaßnahmen, aber auch für die Ächtung des Aggressionskrieges.²⁾ Auch teilen sie die Auffassung, daß Aggressionskriege Verbrechen gegen

1) vgl. dazu Art. 1 u. 3 der Definition des Aggressionsbegriffes (EA 1975 S.D 319 f); zu den Gewaltformen siehe auch Derpa S.15-27.
2) vgl. dazu Anm. 1 f S.189.

den Friesen sind,¹⁾ ohne den Aggressionskrieg zu definieren; dieser Mühe haben sich auch die anderen Mitgliedstaaten nicht unterzogen. Dies war schließlich nicht Aufgabe der Ausschüsse. Doch stellt die Verwendung des Begriffs "Aggressionskrieg" klar, daß nicht jede Angriffshandlung im Sinne des Gewaltverbots (vgl. Art. 2 Ziff. 4 u. 51 SVN), sondern nur ein kriegerischer Angriff, der zu einem Friedensbruch nach Art. 39 Ziff. 1 SVN führt, gemeint ist.²⁾ Der Frage der Definition des Angriffs braucht hier jedoch nicht weiter nachgegangen zu werden, denn afrikanische Äußerungen liegen dazu nicht vor und neue Tendenzen sind nicht zu erkennen.

Das Verbot, bewaffnete Banden für einen Einfall in einen anderen Staat aufzustellen oder ihre Aufstellung zu dulden, ist von jener Inhalt des Gewaltverbots.³⁾ Es wurde schon in der Londoner Konvention vom 3.7.1933 zur Definition der Aggression als eine Form der Aggression niedergelegt⁴⁾ und danach wiederholt bekräftigt.⁵⁾ Eine afrikanische Variante ist jedoch in diesen

1) Vgl. die Charta des Nürnberger Militärtribunals sowie des Militärtribunals für den Fernen Osten (Art. 6 u. 5), in denen der Begriff der "crimes against peace" niedergelegt ist. In der Deklaration des VE über Aggressionskriege (vgl. Anm. 1 S. 189) heißt es, daß ein Aggressionskrieg ein "internationales Verbrechen" sei; ebenso Art. 5 Abs. 2 der Definition des Aggressionsbegriffes.

2) Kipp S. 585; Wengler, Gewaltverbot, S. 14: "Schießereien und kleine Grenzverletzungen sind noch kein Angriff,...". Auch die inzwischen verabschiedete Definition des Aggressionsbegriffes stellt auf eine gewisse Schwere der Angriffshandlung ab.

3) Siehe dazu Derpa S. 18-21 mit Nachweisen.

4) Art. 2 (5) (AJIL Bd. 72, 1933, S. 192 ff).

5) ILC: Draftcode of offences against Peace and Security of Mankind, Art. 2 (4) (ILC, YB 1951 S. 134 ff); American Branch of the Int. Law Ass., Proceedings and Committee Reports, 1961-62, S. 70 ff; Art. 3 Buchstabe g der Definition des Aggressionsbegriffes (siehe Anm. 2 auf S. 177).

Zusammenhang die ausdrückliche Erwähnung von Söldnerverbänden,¹⁾ die in die Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten eingegangen ist und nun auch in die Definition des Aggressionsbegriffes (Art.3) aufgenommen wurde. Die Forderung nach einem allgemeinen Verbot der Rekrutierung von Söldnern ist eine Forderung, die nicht allein die OAU²⁾ gestellt hat (es handelt sich hier um die Forderung nach Einführung eines völkerrechtlich begründeten Verbots in die staatlichen Rechtsordnungen); auch die Vereinten Nationen haben im Hinblick auf Ereignisse in Afrika an die Staaten appelliert, die Anwerbung von Söldnern auf ihrem Staatsgebiet zu verhindern.³⁾ Gleichwohl ist es schwer, allein in der Möglichkeit, auf einem Staatsgebiet Söldner anwerben zu können, schon eine Verletzung des Völkerrechts zu sehen, wie es die afrikanischen Staaten wünschen.

Auch die Unterstützung und Anzettelung von umstürzlerischen Bewegungen, von Aufruhr,⁴⁾ Bürgerkrieg⁵⁾ (civil strife) und Terror-

1) vgl. Ausführungen auf S.178 f.

2) vgl. Ausführungen auf S.178 f.

3) Siehe dazu die Darstellung bei Yakemtchouk, S.115 ff, der insbesondere auf die Ereignisse im Kongo (heute Zaire) abstellt und sie rechtlich würdigt; vgl. auch Res.239 des Sicherheitsrats vom 10.7.1967, Text UNYB 1967 S.130; Res.2395 (XXIII) vom 29.11.1968, Text UNYB 1968 S.803 f.

4) vgl. Art.3 mit Erklärung der Londoner Konvention zur Definition des Aggression (siehe S.196)

5) vgl. Anm.4; UN-Res.380(V) vom 17.11.1950, Text UNYB 1950 S.203 f; Konvention amerikanischer Republiken über die Rechte und Pflichten der Staaten bei Bürgerkriegen, Art.1, Havanna, 20.2.1928 (Hudson, Int.Leg., Bd.IV S.2418 f); ILC:Draftcode of Offences against Peace and Security of Mankind, Art.2 (5) (ILC, YB 1951 S.134 ff); ILC: Art.4 der "Draft Decl. on Rights and Duties of States", 1949 (ILC, YB 1949 S.287 ff); vgl. auch OAS, Res.Nr.VII des 5.Treffens der Außenminister (Final Act, Pan-Am.Union, Washington 1960 S.9 f).

akten¹⁾ sind, soweit sie mit Anwendung oder Androhung von Gewalt einhergehen, regelmäßig als Verletzung des Gewaltverbots angesehen werden. Liegen ist die ausdrückliche Einbeziehung der Unterstützung von politischen Flüchtlingen in das Verbot wiederum ein afrikanisches Anliegen.

Für die afrikanischen Staaten steht fest, daß eine Beteiligung dritter Staaten an Bürgerkriegen das Gewaltverbot verletzt, es aber dem betroffenen Staat erlaubt ist, im Bürgerkrieg Gewalt anzuwenden. Jedoch haben die Ausschüsseberatungen nicht geklärt, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Beteiligung dritter Staaten auf Einladung der bedrängten Regierung möglich ist.²⁾ Gleichwohl ist anzunehmen, daß nach afrikanischer Auffassung hier keine Beschränkungen eingreifen sollen, auch nicht aus Gründen der Selbstbestimmung. Diese Auffassung kann aus der Haltung der afrikanischen Staaten gegenüber Sezessionen abgeleitet werden. Für den Sonderfall der Befreiungskämpfe gegen eine Kolonialmacht gilt dies natürlich nicht.

Insgesamt hat in der Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten das Verbot der "mittelbaren Aggression", das für Afrika besonders wichtig ist, einen umfassenden Ausdruck gefunden; dazu haben die afrikanischen Staaten einen wesentlichen Anteil beigetragen.

Das erreichte Ergebnis sollte nicht unterschätzt werden, weil nach dem traditionellen Völkerrecht schon solche Handlungen verboten. Unklar blieb aber die Geltung des Verbots bei nur mittelbarer Beteiligung. Liegen wird jetzt klar gestellt, daß nicht nur Verletzungen des Gewaltverbots durch einen Staat selbst, sondern

1) ILC: Draftcode of offences against Peace and Security, a.a.O., Art.2 (6); vgl. auch die Konvention für die Verhinderung und Bestrafung des Terrorismus (Husson, Int. Leg., Bd. VII S. 862 ff).

2) siehe dazu Rauschning, Gewaltverbot, S. 83-88; Wildhaber S. 160-163.

auch die i n d i r e k t e Unterstützung von Gewaltakten verboten ist. Dafür bestand ein Bedürfnis, das gerade die neuen Staaten schnell erkannt haben. Mit Recht warf Scheuner¹⁾ dem System des allgemeinen Gewaltverzichts vor, daß es sich für die Befriedung des internationalen Lebens insofern noch als unzureichend erwies, "als die Bedrohung anderer Staaten durch indirekte Mittel der Subversion, der Förderung innerer Aufstände, der propagandistischen Unterhölung und der Intervention in die Innenpolitik von diesem Verbot noch nicht erfaßt wurde." Darüber hinaus besteht nach afrikanischer Auffassung kein Zweifel, daß die Aufstellung oder Fuldung der Aufstellung von subversiven Verbänden schon eine Verletzung des Gewaltverbots darstellt, ungeachtet, ob es zu einem Einfall in einen anderen Staat kommt.²⁾

5.4.3. Die Anwendung von nicht-physischer Gewalt (Zusammenfassung)

Der Gewaltbegriff beschränkt sich nach afrikanischer Auffassung nicht nur auf die Anwendung von Waffengewalt und die Anwendung anderer Formen physischer Gewalt, sondern der Gewaltbegriff erfaßt auch jede Form von Druckausübung auf andere Staaten, welche die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit des Opfers verletzt. Gemeint ist im wesentlichen die Ausübung wirtschaftlichen Drucks.

5.4.4. Rechtliche Würdigung

Die nicht-physische Gewalt in den Gewaltbegriff aufzunehmen, wie es nicht nur von den afrikanischen Staaten energisch verlangt wird, ist eine Forderung neueren Datums. Zwar hat das Verbot der

1) Kollektive Sicherheit, S.249.

2) Zu dieser Problematik siehe Kewenig, S.185 f.

Anwendung von Druck (pressure)¹⁾ oder ähnlicher Maßnahmen (measures of an economic or political character)²⁾ in internationale Instrumente Eingang gefunden, jedoch ist eine solch eindeutige Verbindung der Ausübung von Druck mit dem Gewaltverbot, wie es die afrikanischen Staaten im Verein mit anderen Staaten wünschen, noch nicht hergestellt worden. In den "Budapester Artikeln zur Interpretation des Briand-Kellogg-Paktes"³⁾ wird allerdings von Ausübung von Druck auf einen anderen Staat (exercising pressure on another State) gesprochen, aber nur im Zusammenhang mit dem Krieg als einem solchen Mittel. Hier ist also "exercising pressure" eindeutig im Sinne physischer, militärischer Gewaltanwendung qualifiziert. Die Ächtung der Ausübung von Druck auf andere Staaten fand dagegen Eingang in viele Erklärungen der Staaten der Dritten Welt und ist darüber hinaus auch in afrikanischen Staatenäußerungen zu finden.⁴⁾ Aber selbst die Erklärungen von Bandung und Belgrad, auf die sich die Verfechter dieser Auslegung berufen,⁵⁾ erlauben nicht, aus ihrem Wortlaut eindeutig eine Verbindung der Ächtung der Ausübung von Druck mit dem Gewaltverbot herzustellen. Ihr Wortlaut deutet eher darauf hin, daß hier Zwangsmaßnahmen gegen die freie Willensbildung im Sinne des Interventionsverbots gegeißelt werden sollten⁶⁾ entsprechend Art.16 (jetzt 19) der OAS-Charta,⁷⁾ der die Anwendung von "coercive measures" verbietet, die den souveränen Willen eines Staates brechen sollen ("...to force the sovereign will of any other State and obtain from it advantages of any kind"). Lediglich in der Kairoer Erklärung (VI 1) von 1964, einem jüngeren Dokument,

1) Mit der Anwendung von Druck (pressure) auf andere Staaten beschäftigen sich: Bandung-Konferenz, Erklärung über Weltfrieden und Zusammenarbeit, Prinzip Nr.6b; 1.Konf.unabh.afr.Staaten, Accra, 1958, Res.I 1 (Legum S.159); Belgrader Deklaration Nr.II; vgl.auch Kairoer Erklärung Nr.I (economic pressure).

2) Art.16 (jetzt 19) der OAS-Charta, vgl.Anm.2 S.189.

3) ILA, Bericht über die 38.Sitzung, Budapest, 1934.

4) vgl.Anm.1.

5) vgl. A/6230 §73; A/6799 §55; A/7326 §52; A/7619 §91.

6) so auch Derpa S.134.

7) vgl. Anm.2.

werden wirtschaftliche und politische Maßnahmen als Formen der Gewalt betrachtet.

Die Forderung, den Gewaltbegriff auf die Ausübung von Druck und Zwang wirtschaftlicher, politischer und anderer Art auszudehnen, haben nicht nur die afrikanischen und die blockfreien Staaten,¹⁾ sondern auch die Tschechoslowakei²⁾ und Chile³⁾ in ihren Vorschlägen erhoben.

Die Debatten in den Ausschüssen lassen die gegensätzlichen Auffassungen mit aller Schärfe erkennen: Diejenigen, die den Gewaltbegriff auf die Anwendung von Waffengewalt beschränken wollen, brachten u.a.vor:⁴⁾ Die Beschränkung des Begriffs auf Waffengewalt sei die Absicht der Autoren der SVN gewesen, sie ergebe sich aus den "travaux préparatoires" und sei auf der Konferenz von San Franzisko, die einen entsprechenden Ergänzungswunsch Brasiliens⁵⁾ zurückwies, bestätigt worden; es müsse der Zusammenhang zwischen Art.2 Ziff.4 SVN und den übrigen Artikeln der Charta, insbesondere im Hinblick auf Kapitel VII SVN, beachtet werden, die sich ausdrücklich oder dem Inhalte nach auf Waffengewalt bezögen. Eine weite Auslegung des Gewaltbegriffs könne nicht ohne Einfluß auf Art.51 SVN bleiben, der über seinen Wortlaut hinaus angewandt werden müsse, ein Ergebnis, das auch von den Anhängern eines umfassenden Gewaltbegriffs abgelehnt werde; die Ausübung von Druck gehöre in den Bereich des Interventionsverbots. Eine Ausdehnung des Gewaltbegriffs erfordere mithin eine Änderung der SVN nach dem Verfahren des Art.108 SVN. Zuletzt wurde auf die Schwierigkeit hingewiesen, unzulässigen Druck als Verbotstatbestand für die internationale Praxis brauchbar festzulegen.⁶⁾

1) A/AC 125/L 48 (A/7326 §26).

2) A/AC 125/L 16, part. I (A/7326 §22).

3) A/AC 125/L 23 (A/6230 §28).

4) vgl. die Zusammenfassung in A/6799 §56 sowie A/6230 §67-69, 70; A/7326 §51; A/7619 §92.

5) Brasilien wollte einen Zusatz: "...et à la menace ou à l'emploi de mesures économiques." (siehe A/6799 §67-69; A/7326 §51).

6) Auch Scheuner, Kollektive Sicherheit, S.247, sieht die Gefahr einer Unbestimmbarkeit des Gewaltbegriffs.

Die gegenseitige Position, im wesentlichen schon durch die afrikanischen Vorstellungen bekannt, soll wegen ihrer Wichtigkeit noch einmal zusammengefaßt werden: Die Anhänger eines weltweiten Gewaltbegriffs wiesen darauf hin, daß eine solche Auslegung nicht nur von einer großen Zahl der Delegationen in den Ausschüssen, sondern auch von der Generalversammlung getreten¹⁾ und von vielen Gelehrten²⁾ geteilt werde. Außerdem sei sie in die Erklärungen der Staaten der Dritten Welt (Bandung, Belgrad, Kairo und die Charta der OAU) sowie in die Wiener Konvention über Vertragsrecht und die dortige Erklärung zum Verbot militärischen, politischen und wirtschaftlichen Zwanges³⁾ eingegangen. Sie diene den Interessen der neuen Staaten, die vor "neuen Formen" der Gewaltanwendung geschützt werden müßten. Für sie sei die Ausübung wirtschaftlichen Drucks ebenso schädlich wie die Anwendung physischer Gewalt.⁴⁾ Art. 2 Ziff. 4 SVN beschränke sich nach seinem Wortlaut nicht auf Waffengewalt; aus den Vorarbeiten zur SVN könne nichts mehr eine weitere Ausdehnung des Gewaltbegriffs abgeleitet werden. Als neue Formen der Gewaltanwendung wurden genannt: ideologische und politische Propaganda, psychologische Kriegsführung, Organisation subversiver Bewegungen, ökonomische Knetelung, Infiltration politischer Agenten.⁵⁾

Die unterschiedlichen Auffassungen zum Inhalt des Gewaltbegriffs wurden auch in der Deklaration über Freundschaft und Zusammenar-

1) Sie berufen sich auf die Res. 2040 (XXI), die die andere Seite lediglich als eine politische, nicht rechtlich bindende Erklärung verstanden wissen will. In dieser Resolution heißt es: "...armed attack...or the use of force in any other form contrary to the Charter..." (A/6277 § 57; A/7246 § 52); außerdem wurde die Res. 2131 (XX) genannt (A/7326 § 53; A/7619 § 91).

2) Hier wurde ausdrücklich Kelsen, The Law of the United Nations, erwähnt (A/6230 § 66).

3) A/7619 § 91; A/6230 § 73.

4) A/6230 § 71 f; A/6799 § 55.

5) A/7326 § 53.

beit der Staaten nicht überwunden. Obwohl sie einen weiteren Schritt nach vorn zu einheitlichen Auffassungen über das Gewaltverbot gemacht hat, blieb das Wichtigste, die Definition des Gewaltbegriffs, unerledigt.¹⁾ Mithin ist die Anwendung "nicht-physischer Gewalt", soweit sie nicht vom Interventionsverbot erfaßt wird, weiterhin nach geltendem Völkerrecht erlaubt. Denn die Ausdehnung des Gewaltbegriffs kann durch einzelne Artikel der SVN, die Staatenpraxis und Lehre nicht begründet werden, wie Derpa²⁾ überzeugend dargelegt hat; im Gegenteil, sie stützen die traditionelle Auffassung. Gleichwohl stehen die Bestimmungen der SVN einer Ausdehnung des Gewaltbegriffs auch nicht entgegen. Jedoch bedarf eine neue Auslegung dieser Vorschriften der Zustimmung der gesamten Staatengemeinschaft. Diese liegt noch nicht vor.

5.5. Drohung

Die Drohung ist nach afrikanischer Auffassung die Ankündigung eines Gewaltaktes gegen die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit eines Staates, um ihn einzuschüchtern mit der Absicht, ihn zur Änderung seiner Politik zu veranlassen.

Gegen diese Beschreibung ist im Kern nichts einzuwenden. Jedoch ist der Hinweis auf die Absicht des Drohenden nicht Tatbestandsmerkmal des Verbots; gleichwohl wird die Absicht des Drohenden immer sein, die Änderung einer bestimmten Haltung eines Staates zu erreichen. Mithin wird mit der Androhung von Gewalt regelmäßig auch der Tatbestand der Intervention erfüllt sein.

1) So auch zu Dohna S. 58; zur Anwendung von nicht-physischer Gewalt siehe Kewenig, S. 188 ff, und die dort enthaltenen Nachweise. Es ist dem Autor (S. 190) zuzustimmen, daß de lege lata die Anwendung von wirtschaftlichem Druck noch nicht vom Gewaltverbot erfaßt wird; ebenso Wengler, Gewaltverbot, S. 18-20; zu Dohna S. 57 f und die umfangreiche Untersuchung von Derpa, S. 136.

2) Das Gewaltverbot der SVN und die Anwendung nicht-militärischer Gewalt.

5.6. Rechtfertigungsgründe

5.6.1. Zusammenfassung

Die Anwendung von Gewalt ist erlaubt im Rahmen der Maßnahmen eines kompetenten Organs der Vereinten Nationen (des Sicherheitsrats, unter dessen Autorität handelnder regionaler Einrichtungen und der Generalversammlung) sowie in Ausübung des individuellen oder kollektiven Rechts auf Selbstverteidigung. Rechtfertigende Wirkung kommt auch dem Kampf gegen koloniale Unterdrückung und seiner Unterstützung zu.

5.6.2. Rechtliche Würdigung

Abgesehen vom Kampf gegen koloniale Unterdrückung, der weiter unten zu behandeln ist, tragen die eben genannten Rechtfertigungsgründe der Tatsache Rechnung, daß das Gewaltverbot ohne Möglichkeiten der Sanktion und der Selbstverteidigung gegen den Verletzer des Verbots unvollständig wäre. Die Abwehr von Gewalt wird der organisierten Staatengemeinschaft im Rahmen kollektiver Sicherheit übertragen; der Selbstverteidigung kommt damit nur noch "provisorische" und "subsidiäre"¹⁾ Bedeutung zu; d.h. sie wird dem funktionierenden System kollektiver Sicherheit untergeordnet. Dem stimmen auch die afrikanischen Staaten zu.

Nach Auffassung des Westens und der Dritten Welt kann auch die Generalversammlung befugt sein, rechtfertigende Maßnahmen zu beschließen; dieser Ansicht widersprachen die Vertreter des Ostblocks.²⁾ So sah der Vorschlag der Tschechoslowakei³⁾ eine ausdrückliche Beschränkung auf Maßnahmen auf Grund einer Entscheidung des Sicherheitsrates vor.⁴⁾ Die Deklaration über Freundschaft

1) Scheuner S. 246.

2) Vgl. dazu Wendte S. 64-65; zur östlichen Auffassung siehe Molodcov S. 39 f.

3) A/AC 125/L 16 (A/6230 § 25).

4) Hier ist daran zu erinnern, daß die Sowjetunion Entscheidungskompetenzen der GV auf der Grundlage der Res. "Uniting for Peace" stets bestritten hat (vgl. Menzel, Regionale Abkommen, S. 89-95 (93) und Anm. 1 auf S. 205).

und Zusammenarbeit der Staaten entscheidet diese Frage nicht; sie stellt nur fest, daß die Erklärung in keiner Weise die Vorschriften der SVN, die die erlaubte Anwendung von Gewalt betreffen, ausdehnend oder einschränkend interpretiert.

Für die afrikanischen Staaten besteht aber kein Zweifel, daß, trotz des Art. 18 SVN, auch die Vollversammlung, in der sie ein großes Gewicht haben, vornehmlich im Rahmen der Resolution "Uniting for Peace" vom 3.11.1950¹⁾ kollektive Zwangsmaßnahmen gegen einen Friedensbrecher empfehlen kann, auch dann, wenn der befaßte Sicherheitsrat auf Grund eines Votos nicht in der Lage ist, seine Verantwortung wahrzunehmen.²⁾ Für Afrika haben also auch Maßnahmen auf Grund einer Empfehlung der Generalversammlung rechtfertigende Wirkung, ohne daß es der Zuhilfenahme des Rechtsinstituts der Nothilfe³⁾ bedarf.

Die Äußerungen der afrikanischen Staaten zum Recht individueller oder kollektiver Selbstverteidigung sind spärlich, wie überhaupt die Debatte hierzu kurz und wenig ergiebig war.⁴⁾ Entsprechend Art. 54 SVN beschränken auch sie im gemeinsamen Vorschlag⁵⁾ dieses Recht auf Fälle des bewaffneten Angriffs (armed attack, agression armée). Die Haltung der Staaten der Dritten Welt scheint widersprüchlich zu sein, weil sie für die Ausdehnung des Gewaltbegriffs auf Fälle nicht-physischer Gewalt eingetreten sind. Man sollte erwarten, daß ein Selbstverteidigungsrecht bei allen Gewaltanwendungen gegeben sein sollte.⁶⁾ Auf diesen scheinbaren Wi-

1) Res. 377(V), Text UNYB 1950 S.193 ff, vgl. dazu auch Bebr, AJIL Bd. 49, 1955 S.166-184.

2) Art. 11 Abs. 2 SVN schließt nicht aus, daß die GV tätig wird, wenn der Sicherheitsrat nicht befaßt ist.

3) Zur Nothilfe in diesem Fall siehe Scheuner S.248.

4) A/6230 §130-133; A/6799 §97-99; A/7326 §97-101.

5) A/AC 125/L48 (A/7326 §26).

6) Vgl. dazu den Vorschlag Chiles (A/AC 125/L23, vgl. A/6230 §28): "... sans préjudice du droit légitime d'un Etat, qui a été menacé ou contraint, par une force qui ne constitue pas une attaque armée, de prendre des mesures raisonnables pour garantir sa sécurité et défendre ses intérêts vitaux..."

derspruch¹⁾ wurde in den Sitzungen²⁾ auch hingewiesen.

Ein Selbstverteidigungsrecht kraft völkerrechtlicher Gewohnheitsrechts, das nicht nur bei einem bewaffneten Angriff eingreift, wird auch einer verbreiteten Meinung in der Literatur anerkannt.³⁾ Die Anerkennung eines solchen Gewohnheitsrechts hätte den afrikanischen Staaten die Möglichkeit gegeben, die Ausdehnung des Gewaltbegriffs mit dem Selbstverteidigungsrecht in Einklang zu bringen. Für die neuen Staaten gab es aber Gründe, am Inhalt des Art. 51 SVN festzuhalten. Wäre im Falle der Selbstverteidigung das Gewaltverbot bei jeder Form der Gewaltausübung aufgehoben, könnte unter Umständen auch die Ausübung von Druck oder eine "ökonomische Aggression" mit Waffengewalt beantwortet werden: Ein Ergebnis, das für die neuen, in der Regel militärisch schwachen Staaten nicht tragbar gewesen wäre. Von daher ist die Festhaltung des ghanaischen Delegierten⁴⁾ nach einer Verhältnismäßigkeit zwischen angewandter Gewalt und ihrer Beantwortung verständlich; damit sollte die Anwendung von Waffengewalt als Antwort auf nicht-physische Gewalt ausgeschlossen sein. Eine Anknüpfung des Selbstverteidigungsrechts an die Ausdehnung des Gewaltbegriffes auf Fälle nicht-physischer Gewalt hätte aber bedeutet, in Art. 51 SVN die Beschränkung auf "armed attack" zu beseitigen und das Prinzip der Verhältnismäßigkeit, das das traditionelle Völkerrecht bei der Anwendung von Waffengewalt schon kennt,⁵⁾ ausdehnend zu verankern. Eine Änderung der Satzung vorzuschlagen war nicht Aufgabe der Ausschüsse. Im übrigen sahen die afrikanischen Staaten wohl Vorteile darin, sich mit Art. 51 SVN in der vorliegenden Fassung zufrieden zu geben.

Die Vorschrift hat den Vorzug der Klarheit und der Praktikabilität

1) A/6230 S. 133; siehe auch die kritischen Bemerkungen Derpas S. 119 f.

2) A/6230 S. 132.

3) Bowett, Self-Defence, S. 184-186; Scheuner S. 245 f; Waldock S. 496 ff; vgl. dazu auch Wildhaber, S. 151 mit weiteren Nachweisen.

4) vgl. S. 186.

5) Scheuner S. 239, 240; Schlochauer, Deliktsrecht, S. 276; Schwarzenberger, Atomwaffen, S. 10679.

für sich.¹⁾ Von ihr abzuweichen, hätte ein bedrohliches Element der Unsicherheit in die internationalen Beziehungen getragen.²⁾ Die Anwendung von Druck (wie z.B. die "ökonomische Aggression") ist kein mit aller Deutlichkeit für jedermann festzustellender Tatbestand wie etwa ein bewaffneter Überfall auf einen Staat. Ein Selbstverteidigungsrecht gegen solche subtilen Formen der Gewalt könnte leicht als Vorwand für nicht-militärische Zwangsmaßnahmen mißbraucht werden, die die neuen Staaten für sich als besonders gefährlich betrachten. Auch hier seien sie sich als die ersten Opfer. Hinzu kommt noch die Besorgnis, daß in der Auseinandersetzung um eine gerechte Wirtschaftsordnung, die mit der Anmeldung des Anspruchs auf die unge störte Ausbeutung der eigenen Hilfsquellen und Rohstoffe begann, ein weitreichendes Selbstverteidigungsrecht von den wirtschaftlich starken Mächten dazu mißbraucht werden könnte, die Ansprüche der jungen Staaten abzuwehren und damit die Leitung wirtschaftlichen Drucks in eine falsche Richtung zu lenken, d.h. gegen die neuen Staaten selbst zu richten. Sicher spielt auch die Befürchtung eine Rolle, daß bei inneren Unruhen andere Staaten unter dem Vorwand individueller oder kollektiver Selbstverteidigung, wie etwa die USA im Vietnamkrieg, an solchen Konflikten teilnehmen oder sich einmischen.³⁾

Nach allem schien es ihnen angebracht zu sein, im Rahmen der Selbstverteidigung bei solchen Gewaltanwendungen zu bleiben, die augenfällig sind und deshalb leicht festgestellt werden können. Mithin wird ein Selbstverteidigungsrecht von den afrikanischen Staaten nur entsprechend Art.51 SVN anerkannt.⁴⁾ Ob es sich darü-

1)Derpa S.115 f.

2)Scheuner, S.247, sagt mit Recht: "Die neueren Bestrebungen, neben der bewaffneten Invasion auch den wirtschaftlichen und ideologischen Angriff einzuführen oder die Unterstützung von inneren Aufständen und ähnlichen Interventionen im fremden Land als Angriffshandlung zu betrachten, erhöhen die Unbestimmtheit des Begriffs und können für die Anerkennung der Selbstverteidigung gefährlich werden."

3)A/6230 §133; vgl. dazu Wildhaber S.160 ff (162).

4)Damit befinden sie sich in Übereinstimmung mit einer Reihe namhafter Autoren (vgl. die Nachweise bei Wildhaber S.150).

ber hinaus - der Ausdehnung des Gewaltbegriffs Rechnung tragend - im Sinne der Überlegungen des ghanaischen Delegierten zur Verhältnismäßigkeit zwischen Angriff und Verteidigung¹⁾ weiter entwickeln soll, geht aus afrikanischen Äußerungen nicht hervor.

Die afrikanischen Stellungnahmen lassen offen, ob Art. 51 SVN, eine Festimmung des Vertragsrechts, auch Ausdruck eines Grundsatzes des allgemeinen Völkerrechts ist, was sein Wortlaut ("inherent right, droit naturel") nicht ausschließt. Das Selbstverteidigungsrecht außerhalb des Art. 51 SVN ergibt sich jedoch notwendigerweise aus der Anerkennung des Gewaltverbots als einen Grundsatz des allgemeinen Völkerrechts in der Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten, die von den afrikanischen Staaten ebenfalls getragen wird. Für sie folgt dieses Ergebnis auch aus ihrer Anerkennung des unveräußerlichen Rechts eines jeden Staates auf unabhängige Existenz, das, abgesehen von seiner Verankerung in der OAU-Charta, außerhalb des Vertragsrechtes steht. Ein solches Recht wäre ohne ein korrespondierendes Recht auf Selbstverteidigung unvollständig. Es kann deshalb festgestellt werden, daß nach afrikanischer Auffassung das Selbstverteidigungsrecht auch ein Grundsatz des allgemeinen Rechts ist, dessen Inhalt aber in Art. 51 SVN seinen gültigen Ausdruck gefunden hat.²⁾

Die letzte Feststellung wirft die Frage auf, ob die Beschränkung des Selbstverteidigungsrechts auf den Inhalt des Art. 51 SVN allen denkbaren Situationen gebotener Selbstverteidigung gerecht wird; besonders die afrikanische Auffassung zur Repressalie läßt Lücken deutlich werden. Der Versuch einiger Delegationen, das Verbot der Repressalie auf solche Fälle zu beschränken, die mit Waffengewalt verbunden sind, schlug fehl. Die Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten bringt, da sie den Inhalt des Gewaltbegriffs nicht bestimmt, keine Klarheit. Für

1) Siehe dazu die ähnlichen Überlegungen bei Dahm, Bd. 2, S. 413-416, 425 f; Wengler, Gewaltverbot, S. 4-7, 13 f, 17 f; Wildhaber S. 153 mit weiteren Nachweisen.

2) Sie dienen damit ohne Zweifel der Rechtssicherheit (vgl. dazu Delivannis, insbesondere S. 62 ff).

einen Teil der Staaten wird nur die mit Waffengewalt verbundene Repressalie, also nicht die mit Ausübung wirtschaftlichen, finanziellen oder politischen Drucks einhergehende Repressalie verboten sein; anderen Staaten dagegen, auch den afrikanischen, wird diese Auslegung zu eng sein, weil sie einem umfassenderen Gewaltbegriff anhängen. Mithin besteht keine Einigung über den Umfang der rechtfertigenden Wirkung der Repressalie, die nicht mit der Anwendung von Gewalt verbunden ist. Dies führt zu Überlegungen über die Effektivität der rechtfertigenden Gegenrechte gegen Gewaltanwendung und sonstige Rechtsverletzungen.

Das System kollektiver Friedens- und Rechtssicherheit ist wenig erfolgreich gewesen. Deshalb kommt der Selbstverteidigung und Selbsthilfe der Staaten faktisch eine Bedeutung zu, die das Friedenssicherungssystem der Vereinten Nationen ausschließen sollte. Gleichwohl geht die Entwicklung dahin, die Individualrechte der Staaten auf diesem Gebiet weiter einzuschränken.¹⁾ Diese Tendenz ist in den afrikanischen Vorstellungen besonders deutlich: Der Verbotsbereich wird erweitert, die Möglichkeit des Staates zur rechtsbewahrenden Selbsthilfe beschränkt. So erweitern die afrikanischen Staaten auf der einen Seite den Gewaltbegriff, auf der anderen widersetzen sie sich der Anpassung des Selbstverteidigungsrechtes an diese neue Lage. Das gleiche geschieht bei der Repressalie;²⁾ sie ermöglicht den Staaten, in vielen Fällen unterhalb der Anwendung von Waffengewalt wirkungsvoll auf Rechtsverletzungen zu reagieren. Auch dies würde eine Ausdehnung des Gewaltbegriffs praktisch ausschließen, so daß letztlich nur die Retorsion als Reaktion übrig bliebe.³⁾ Ob diese Haltung der afrika-

1) vgl. Partsch, Selbsterhaltungsrecht, S. 258; Scheuner S. 247, 250.

2) Hinsichtlich der Beachtung des Verbots bewaffneter Repressalien und seines Verhältnisses zur Selbstverteidigung siehe Bowett, Reprisals, S. 1-36(2); Tucker, Reprisals, S. 586-596(595); zu Dohna S. 63.

3) Auf diese Problematik weist auch Kewenig, S. 211 f., hin. Er warnt vor einer Ausdehnung des Begriffs "armed attack" oder vor ausnahmsweise zulässigen gewaltsamen Repressalien; es liege hier eine Lücke vor. Es scheint, daß sich auch die afr. Staaten lieber mit einer Lücke zufrieden geben wollen, als sie auf problematische Weise auszufüllen; kritisch dazu Derpa S. 119 f.

nischen Staaten realistisch ist, muß bezweifelt werden. Sie kann nur erklärt werden mit ihrer Furcht vor einem Mißbrauch dieser Rechte und der Erkenntnis, in einem freien Spiel von Druck und Gegendruck unterlegen zu sein, weil ihnen zur Selbstverteidigung und Selbsthilfe wirkungsvolle Mittel fehlen. Sie sehen sich auch hier als mögliche Opfer; das Vertrauen in eine sie schützende Rechtsordnung muß sich noch entwickeln.

Neben den oben erörterten Rechtsfertigungsgründen erkennen die afrikanischen Staaten auch die Gewaltanwendung gegen k o l o n i a l e Unterdrückung als einen Rechtfertigungsgrund an, den sie mit dem Gedanken der Selbstverteidigung verbinden, ohne ihn förmlich als einen Fall des Art. 51 SVN zu betrachten. Die Charta der OAU bezeichnet die Beseitigung des Kolonialismus in allen Formen als eines der Ziele der Organisation (Art. II Ziff. 1, Buchstabe d); die Unterstützung von Freiheitsbewegungen durch die Organisation und die Mitgliedstaaten ist eine Folge davon.¹⁾ Die Einordnung des Kampfes gegen koloniale Unterdrückung in das System der Selbstverteidigung setzt voraus, daß koloniale Unterdrückung das Gewaltverbot verletzt. Die Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten²⁾ sagt dazu, daß kein Staat Gewalt anwenden dürfe, um einem Volk die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes vorzuenthalten. Nach afrikanischer Auffassung³⁾ ist allein schon die koloniale Unterdrückung aggressive Gewaltanwendung, ohne daß es noch der Feststellung spezifischer Gewaltmaßnahmen bedarf. Sie sind hier beeinflusst von der Ansicht des Ostblocks, daß die Unterdrückung einen Fall der Aggression

1) Vgl. dazu für alle weiteren die erste Resolution der OAU über die Dekolonisation in Afrika, Addis Abeba, 1963, und die Darstellung bei Boutros-Ghali, OUA, S. 67-78.

2) Ebenso die Belgrader Erklärung der blockfreien Staaten von 1961 (vgl. Anm. 1 S. 113); die Res. 1514 (XV) v. 14.12.1960, Text UNYB S. 49 f, bezeichnet die Unterdrückung der Kolonialvölker als eine Verletzung der SVN und des Selbstbestimmungsrechtes; siehe auch Art. 7 der Aggressionsdefinition (EA 1975 S.D. 320 ff).

3) Kairoer Erklärung von 1964 (vgl. Anm. 1 S. 113); siehe auch Okoye S. 161; Kamerun A/C6/SR 1160 § 16.

darstellt.¹⁾

Das Gewaltverbot bezieht sich auf die internationalen Beziehungen; auch nach afrikanischer Auffassung ist, wie dargelegt, das Gewaltverbot nicht auf den innerstaatlichen Bereich anwendbar. Dieses Hindernis beseitigt die Feststellung der Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten zum Selbstbestimmungsrecht,²⁾ daß ein Kolonialterritorium einen separaten Status besitzt, also kein integrierender Bestandteil des Staatsgebiets der Kolonialmacht ist. Damit soll klargestellt werden, daß es sich bei den Beziehungen zwischen Kolonie und Kolonialmacht nicht um innerstaatliche, also vom Gewaltverbot nicht erfaßte Beziehungen handelt. Daraus können zwei Folgerungen gezogen werden:

1.) Die Gewaltanwendung durch die Kolonialmacht fällt unter das Gewaltverbot; sie ist verboten, weil sie, obwohl sie nicht gegen die Unabhängigkeit und territoriale Integrität eines Staates gerichtet ist, die Ziele der Charta der Vereinten Nationen, also das Selbstbestimmungsrecht der Völker, verletzt. Wie Erinnerung, stellte die Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an die Kolonialländer und -völker fest, daß die Verweigerung der Unabhängigkeit eine Verletzung der Charta und des Selbstbestimmungsrechtes bedeutet. 2.) Das sich gegen die Unterdrückung verteidigende Kolonialvolk wendet keine verbotene Gewalt an, weil sich diese weder gegen die Unabhängigkeit der Kolonialmacht (Unabhängigkeit zu verweigern gehört nicht mehr in ihren Kompetenzbereich), noch gegen ihre territoriale Integrität richtet; sie verletzt auch nicht die Ziele der Vereinten Nationen, denn sie dient der Verwirklichung des verweigerten Selbstbestimmungsrechtes. Es bedarf deshalb nicht der analogen Anwendung des Art.51 SVN, um den Kampf der Kolonialvölker um Selbstständigkeit und ihre Unterstützung zu rechtfertigen.³⁾ Es liegt somit ein Sonderfall erlaubter Gewaltanwendung zur Selbstverteidigung außerhalb des Art.51 SVN vor.⁴⁾

1) Rauschning, Gewaltverbot, S.81 mit Nachweisen.

2) Ebenso die schon behandelte Res.1514 (XV) (vgl. Anm.1 auf S.20).

3) so auch Okoye S.161; Yakemtchouk S.13.

4) Kamerun A/C 6/SR 1086 §§19,23; Kenia A/C 6/SR 1161 §11; Sambia A/C 6/SR 1178 §13.

Jedoch sollte man solchen Konstruktionen keine übermäßige Bedeutung zuerkennen. Der eigentliche Rechtsboden eines solchen Rechtfertigungsgrundes ist die Annahme eines höherrangigen Ausnahmerechts,¹⁾ das im Selbstbestimmungsrecht begründet liegt.²⁾ Folglich stellen das Verbot der Gewaltanwendung gegenüber Kolonialvölkern, die ihr Selbstbestimmungsrecht verwirklichen wollen, sowie die Einordnung des Kampfes dieser Völker um Unabhängigkeit in die erlaubte Selbstverteidigung Fälle der Anwendung dieses höherrangigen Ausnahmerechts dar, die im System des Gewaltverbots zu berücksichtigen sind. Auch Art.7 der Aggressionsdefinition enthält einen ausdrücklichen Hinweis auf dieses Ausnahmerecht, wodurch der Kampf gegen koloniale Unterdrückung aus dem Aggressionsbegriff herausgenommen wird.³⁾

Nach allem kann festgestellt werden, daß nach afrikanischer Auffassung der Kampf gegen koloniale Unterdrückung ein Fall erlaubter Gewaltanwendung ist, der vom letzten Absatz der Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten zum Gewaltverbot erfaßt wird; wie dargestellt, verdeckt dieser Absatz die unterschiedlichen Auffassungen zur erlaubten Anwendung von Gewalt.⁴⁾

Es kann mit guten Gründen betritten werden, daß die afrikanische Auffassung geltendes Völkerrecht ist;⁵⁾ denn sie verweigert dem Gewaltverbot die uneingeschränkte Geltung. Gleichwohl sollte nicht übersehen werden, daß auch die westlichen Staaten Formulierungen in der Erklärung über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten und in der Definition des Aggressionsbegriffs zugestimmt haben, auf die sich die afrikanische Auffassung stützt. Hinzu kommt, daß die Vereinten Nationen mit überwältigenden Mehrheiten den Kampf der Kolonialvölker um Unabhängigkeit als legal be-

1) Kamerun A/C 6/SR 1160 §17 f: "last resort."

2) Yakemtchouk S.13; vgl. auch Okoye S.163.

3) Anm.1 auf S.195.

4) vgl. auch Rosenstock S.723 f über die verdeckten unterschiedlichen Auffassungen zur erlaubten Anwendung von Gewalt.

5) So überzeugend zu Johna S.94 f; vgl. auch Rauschnig, Gewaltverbot, S.83; Kewenig S.209; Wengler, Gewaltverbot, S.37 f; a.A. wohl Touret S.264-269.

zeichnet haben,¹⁾ Freiheitsbewegungen unterstützen und sie mehr und mehr als Repräsentanten der betroffenen Völker anerkennen.²⁾ Gegenüber allen Zweifeln an der Völkerrechtsmäßigkeit eines solchen rechtfertigenden Ausnahmerechts sollte nicht die Tatsache in den Hintergrund treten, daß hier immerhin der Versuch gemacht wird, den Kampf gegen koloniale Unterdrückung und seine Unterstützung in das System des geltenden Völkerrechts einzuordnen, anstatt sich einfach über das Recht hinwegzusetzen. Im übrigen ist auch bei einigen afrikanischen Staaten eine gewisse Zurückhaltung erkennbar gewesen.³⁾ Vielleicht sollte der Versuch der Einordnung in das Völkerrecht höher bewertet werden als das Ergebnis selbst; immerhin handelt es sich nur um ein zeitliches Ausnahmerecht, das mit dem Abschluß der förmlichen Dekolonisation hinfällig wird. Die Verantwortung dafür, daß von den betroffenen Völkern ein Ausweg nur in der Anwendung von Gewalt gesehen wird, tragen sicherlich die wenigen Staaten, die sich einer geordneten Dekolonisation in Afrika widersetzt haben.

5.7. Verbot der Anerkennung der Ergebnisse von Gewaltanwendung

5.7.1. Zusammenfassung

Ein Zustand, der auf der unrechtmäßigen Androhung oder Anwendung von Gewalt beruht, eine auf Grund von Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung eingeräumte Berechtigung, ein Vorrecht oder ein sonstiger Vorteil dürfen von den Staaten nicht als rechtmäßig anerkannt werden; sie müssen ohne Rechtsfolgen bleiben. Das gleiche gilt für den gewaltsamen Erwerb eines Territoriums und das Ergebnis einer Grenzverletzung.

1) Vgl. z.B. Res. 2908 (XXVII) v. 2.11.1972, Text UNYB 1972 S. 551; Res. 2983 (XXVII) v. 14.12.72, Text UNYB 1972 S. 580; Res. 2918 (XXVII) v. 14.11.1972, Text UNYB 1972 S. 600.

2) Vgl. el-Ayouty, Legitimization, S. 209-229 (219-222,227).

3) Dahomey A/AC 119/SR 7 S. 12; Nigeria A/AC 119/SR 10 S. 20; Kenia A/AC 125/SR 114 S. 59; auch bei Okoye, S. 163, und Yakemtchouk, S. 13, scheint eine gewisse Zurückhaltung hinsichtlich der Ausnahme zum Gewaltverbot unverkennbar.

5.7.2. Rechtliche Würdigung

Das Verbot der Anerkennung von Ergebnissen der Anwendung oder Androhung von Gewalt ist von Art.17 (jetzt 20) OAS-Charta¹⁾ beeinflusst. Sein Wortlaut fand Eingang in den gemeinsamen Vorschlag. Er wurde ebenfalls, was nur verständlich ist, in den Vorschlag Chiles²⁾ und in den lateinamerikanischen Vorschlag³⁾ aufgenommen.

Schon in den Budapester Artikeln der International Law Assoziation zur Auslegung des Briand-Kellogg-Pakts hieß es in Ziff.5⁴⁾: "The signatory States are not entitled to recognize as acquired de facto by means of a violation of the Pact." Die Stimson-Doktrin⁵⁾ beruht auf den gleichen Überlegungen. In der Note der USA an China und Japan vom 7.1.1932⁶⁾ als im Verlauf des Mandschurei-konflikts japanische Truppen die letzten Reste der chinesischen Streitkräfte in der Mandschurei überwältigt hatten, erklärten die USA, "that it does not intend to recognize any situation, treaty, or agreement which may be brought about by means contrary to the covenants and obligations of the Pact of Paris of August 27, 1928, to which treaty both China and Japan, as well as the United States are parties." Auch die Resolution der Völkerbundversammlung vom 11.3.1932⁷⁾ forderte die Mitglieder des Völkerbundes auf, keine Situation, keinen Vertrag, kein Übereinkommen anzuerkennen, die auf der Anwendung von Mitteln, die die Völkerbundsatzung und der Briand-Kellogg-Pakt verbieten, beruhen. In Art.2 des Saavedra-Lamas-Paktes⁸⁾, dem auch europäische Staaten beitraten, fand

1) Zur Entwicklung des Gebots der Nichtanerkennung unter besonderer Berücksichtigung der amerikanischen Praxis siehe die Darstellung bei Busch, S.174-189.

2) A/AC 125/L 23 (vgl. A/6230 §28).

3) A/AC 125/L 49 Rev.1 (vgl. A/6799 §27).

4) IIA, Bericht von der 38. Konferenz, Budapest 1934, S.66 ff.

5) siehe dazu Wehberg, Eroberung, S.88 ff.

6) AJIL 1932, Bd.26, S.342.

7) JOSDN 1932, März I, S.383 ff.

8) vgl. Anm.1 auf S.189.

der Grundsatz seine erste vertragliche Anerkennung.

Die Satzung der Vereinten Nationen enthält, wie auch die Völkerbundsatzung, keine Vorschrift über die Nichtanerkennung, doch kann man durchaus aus Art. 2 Ziff. 4 u. 5 SVN eine entsprechende Verpflichtung ableiten.¹⁾ 1949 empfahl die Int.Law Commission den Staaten diesen Grundsatz hinsichtlich territorialen Erwerbungen zur Annahme.²⁾

Das Verbot der Anerkennung von Ergebnissen der Verletzung des Gewaltverbots hat im amerikanischen Rechtskreis, aus dem es hervorgegangen ist,³⁾ umfassenden Ausdruck gefunden. Der Grundsatz wurde schon früh, nämlich auf der Ersten Internationalen Konferenz Amerikanischer Staaten (1890), hinsichtlich territorialer Erwerbungen postuliert. Er fand Eingang in den schon erwähnten Saavedra-Lamas-Vertrag von 1933 sowie in Art. 11 des Vertrages von Montevideo über die Rechte und Pflichten der Staaten vom 26. 12. 1933⁴⁾ und wurde 1945 in der Chapultepec-Akte bestätigt.⁵⁾ Zum ersten Mal so wie in Art. 17 (2o) OAS-Charta formuliert, wurde der Grundsatz 1946 in dem Entwurf einer Erklärung über die Rechte und Pflichten amerikanischer Staaten.⁶⁾ Er konnte aber nur dort als gesichert gelten, wo er vertraglich festgelegt wurde.⁷⁾

Den Grundsatz der Nichtanerkennung territorialer Erwerbungen

1) So Scheuner S. 249; Bindschedler, Annexion, S. 70.

2) Draft Declaration on Rights and Duties of States, ILC, YB 1949 S. 287 ff.

3) Bindschedler, Annexion, S. 70; Busch S. 174-189 (181-186).

4) AJIL, Bd. 28 Suppl. S. 75 ff.

5) AJIL, Bd. 39, 1945, Suppl. S. 108 f; vgl. auch Inter-American Juridical Committee: Reaffirmation of Fundamental Principles of Int. Law, 1942 (AJIL, Bd. 37, 1943, Suppl. S. 21 ff, 24).

6) Prinzip Nr. IX (Pan American Union, Governing Board, Washington 1946).

7) Busch, S. 187 f.

und sonstiger Vorteile, die auf einer Verletzung des Gewaltverbots beruhen, hat die Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten noch nicht als einen allgemein gültigen Grundsatz bestätigt; sie beschränkt sich nur auf das Gebot der Nichtanerkennung von territorialen Erwerbungen.¹⁾ Erst die Definition des Aggressionsbegriffes (Art. 9) bezog auch die besonderen Vorteile wieder in das Anerkennungsverbot ein.²⁾

Wie lebten³⁾ in den Ausschüssen, in denen sich insbesondere die afrikanischen Staaten für eine weitreichende Lösung einsetzten, waren kurz und unergiebig. Sie brachten auch keine Klarheit über die Rechtsfolgen von Verletzungen des Gewaltverbots. Konsequenterweise kann nach afrikanischer Auffassung gemäß dem Grundsatz *ex iniuria ius non oritur* nur Nichtigkeit der territorialen Erwerbung oder des sonstigen auf Gewaltanwendung beruhenden Besitzstandes das Ergebnis sein.⁴⁾ In diesem Sinne sind die o.g. Madraster Artikel und die aufgeführten Vertragswerke nur zu verstehen.⁵⁾ In gleicher Weise kann auch die Verletzung des Gewaltverbots ausgelegt werden.⁶⁾ Nach afrikanischer Auffassung führt die Verletzung des Gewaltverbots zur Nichtigkeit ihrer Ergebnisse, woraus sich das Gebot der Nichtanerkennung ableitet. Im geltenden Völkerrecht läßt sich - abgesehen von der Nichtigkeit der Annexion - eine eindeutige Antwort zugunsten der Nichtigkeit aller Ergebnisse einer Verletzung des Gewaltverbots nicht geben, wenn auch die Logik verlangt, eine solche anzunehmen.⁷⁾

1) Rosenstock, S. 720 f., sieht darin zu Recht eine allgemeine Anerkennung dieses Grundsatzes.

2) Anm. 1 auf S. 195.

3) vgl. A/6230 §98-103; A/6799 §75-77; A/7326 §71-79; A/7619 §77-81.

4) vgl. Starck S. 858 f.

5) Bindschedler, Annexion, S. 70.

6) So wohl auch Wehberg, Eroberung, S. 116-118: "Durch nicht autorisierte Gewaltanwendung kann ein fremdes Recht nicht zerstört werden." (S. 118)

7) So sind beispielsweise nach der Wiener Vertragskonvention durch Gewalt oder Androhung von Gewalt erzwungene Verträge nichtig.

Frage ist, ob für die afrikanischen Staaten das Prinzip der Effektivität und die Ersitzung geeignet sind, Rechtstitel durch Zeitablauf zu gewähren.¹⁾ Eine spätere Heilung unrechtmäßiger Erwerbungen würde ihrer Haltung widersprechen, keine Ergebnisse der Machtausübung anzuerkennen (might make not right). In der Tat ist dem klassischen Völkerrecht vorzuwerfen, den Stärkeren zu legitimieren, der seine Beute effektiv im Besitz zu halten vermochte.²⁾

Das ursprünglich aus dem amerikanischen Rechtskreis kommende Gebot der Nichtanerkennung verfolgte den Zweck, das nachkoloniale amerikanische Staatensystem zu stabilisieren. Das gleiche Anliegen verfolgen die afrikanischen Staaten. Zwar kann das, was nichtig ist, nicht anerkannt werden und das, was rechtens ist, bedarf der Anerkennung nicht,³⁾ aber Anerkennungen können zu einer faktischen Stabilisierung auch eines zunächst unrechtmäßigen Vorgangs und damit zur effektiven Ausübung des zu Unrecht erlangten Besitzstandes führen. Dies soll verhindert werden. Ob es realistisch ist, eine dauernde Kluft zwischen faktischem Zustand und Rechtlage aufrecht zu erhalten, die das Recht zur Farce macht, ist zu bezweifeln. Auch kann man sich die Frage stellen,⁴⁾ ob die dauernde Verweigerung der Anerkennung nicht gerade zu einer latenten Friedensbedrohung führen kann. Auf der anderen Seite scheint es ebenso unrealistisch, weiterhin dem Anerkennungsverbot die Qualität eines geltenden Rechtssatzes zu verweigern,⁵⁾ zumal es die Aggressionsdefinition jüngst wieder bestätigt hat. Das Anerkennungsverbot wird den Grundsatz der Effektivität und die Ersitzung nicht völlig ausschließen können, aber zu einer größeren Zurückhaltung bei der Anwendung beider Rechtsinstitute führen müssen.

1) Siehe dazu Berber S. 346; Dahm I S. 595, 609; Starck S. 860 ff (867); Busch S. 178 ff.

2) Starck S. 857.

3) Busch S. 177.

4) So zu Dohna S. 82.

5) So zu Dohna S. 82.

Drittes Kapitel

Das Interventionsverbot im afrikanischen Völkerrechtsverständnis

1. Darstellung der afrikanischen Auffassungen

1.1. Die Bedeutung des Interventionsverbots für die neuen afrikanischen Staaten

Vielleicht mehr als die Ächtung der Gewalt hat die afrikanischen Staaten das Verbot der Intervention beschäftigt. Mag sein, daß die Intervention, diese häufige und oft subtile Form der Beeinträchtigung der Selbständigkeit der Staaten als besonders bedrohlich empfunden wurde. In dieser Hinsicht mußten die afrikanischen Staaten schmerzliche Erfahrungen in ihren gegenseitigen Beziehungen machen.¹⁾ Aber auch Interventionen von außerhalb Afrikas sind bis heute zu beklagen.

Es ist daran zu erinnern, daß als Neokolonialismus die Einflußnahme betrachtet wird, die die Unabhängigkeit der neuen Staaten mißachtet. Deshalb haben die afrikanischen Staaten die Wichtigkeit des Interventionsverbots für die internationalen Beziehungen, auch im Hinblick auf die Friedenssicherung,²⁾ mit Nachdruck unterstrichen. Nach ihrer Überzeugung³⁾ nimmt die Bedeutung des Interventionsverbots mit dem Wachsen der gegenseitigen Abhängigkeit der Staaten voneinander zu. Dabei verweisen sie auf die Notwendigkeit einer von außen ungestörten Entwicklung der jungen Staaten. Aber auch ihr Mißtrauen gegen die Großmächte

1) Siehe dazu Bolaji Akinyemi S.394; Boutros-Ghali, OUA, S.42 ff; Schröder, Interafr. Intervention, S.36 ff; Malibeu u. Meyriat S.70ff; Stahn S.150.

2) Lahome A/C 6/SR 884 §16; Kamerun A/AC 125/SR 73 S.14 und Kenia A/AC 125/SR 72 S.17; A/C 6/SR 997 §7.

3) A/AC 119/SR 29 S.4.

und die ehemaligen Kolonialherren kommt unverdeckt zum Ausdruck. Der Vertreter Malis¹⁾ erklärte, die Einmischung in die Angelegenheiten eines anderen Staates sei noch immer üblich; es überrasche deshalb nicht, daß eine gemeinsame Formulierung des Interventionsverbots Schwierigkeiten mache. Denn dieses Verbot berühre so stark die Interessen gewisser Staaten, daß sie sich seiner klaren Definition widersetzen, um es jederzeit nach ihren Bedürfnissen auslegen zu können. Noch deutlicher werden die Großmächte in dieser Aussage angesprochen: dem Interventionsverbot komme wachsende Bedeutung zu, weil die ehemaligen Kolonien Seite an Seite mit Großmächten leben müßten, die ihnen noch feindselig gegenüberstünden und gegen deren Handlungen sie Schutz benötigten.²⁾

Die Aufgaben des Verbots wurden wie folgt beschrieben: es sei die Grundlage der friedlichen Koexistenz, die die souveräne Gleichheit der Staaten gewährleiste; es stelle bei den militärischen und wirtschaftlichen Machtunterschieden in der Welt ein "Bollwerk" zum Schutz der souveränen Gleichheit der Staaten dar. Nur wenn es beachtet werde, könne ein Staat seine politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung in Übereinstimmung mit den Wünschen und der freien Entscheidung seiner Bevölkerung entwickeln.^{3,4)}

1.2. Das Interventionsverbot im afrikanischen Rechtssystem

Die OAU-Charta hat in Art.III Ziff.2 und 5 und in Art.VI das Interventionsverbot als Grundprinzip afrikanischer Beziehungen verankert. Die Charta folgt hierin den Entwürfen der liberischen

1) A/C6/SR 882 §31.

2) Sierra Leone A/C6/SR §37; auf die besondere Bedeutung des Verbots für die neuen Staaten wies auch der Vertreter Malis hin (A/C6/SR §20).

3) Obervolta A/C6/SR 888 §18.

4) Die Freiheit des Staates, seine eigene Ordnung zu wählen, wurde im Zusammenhang mit dem Interventionsverbot noch betont von Kenia A/AC 125/SR 72 S.17; Nigeria A/AC 119/SR 28 S.18; Kongo-Brazzaville A/C6/SR 998 §11 u. Mali A/C6/SR 938 §15.

Charta¹⁾ und der Lagos-Charta.²⁾ Auch andere Konferenzen afrikanischer Staaten haben das Prinzip der Nichteinmischung als eines der Grundprinzipien afrikanischen Zusammenlebens bekräftigt.³⁾

Zum Hintergrund der Ächtung der Einmischung und Subversion schreibt Stahn:⁴⁾ "Die Außenpolitik wurde zum Instrument zur revolutionären Umgestaltung Afrikas, was bis zur Ausbildung von Guerillas und subversiver Intervention gehen konnte, wie die Enthüllungen der ghanaischen Militärregierung über die von N'krumah unterhaltenen Ausbildungslager offenbart haben."

Boutros-Ghali⁵⁾ sieht die Häufigkeit von Subversionsversuchen in der militärischen Schwäche der afrikanischen Staaten, die jeden bewaffneten Konflikt ausschließt, aber bestehende Differenzen, die den Frieden des Kontinents und die innere Stabilität eines jeden afrikanischen Staates gefährden, nicht beseitigt. Er schreibt: "C'est pour tenir compte de cette conjoncture spéciale que les gouvernements africains ont condamné, dans l'alinéa 5 de l'article 3 de la Charte d'Addis-Abéa, l'assassinat politique ainsi que les activités subversives exercées par des Etats voisins ou tous autres Etats..."

1.3. Die Verurteilung der Subversion, das Hauptanliegen des neuen Systems

Die Ächtung subversiver Tätigkeiten ist ein altes afrikanisches Anliegen.⁶⁾ Schon die Monrovia-Staaten forderten die uneingeschränkte Verurteilung subversiver Tätigkeiten und appellierten

1) Art. 3 Buchstabe b, e; Art. 8.

2) Art. 3 Buchstabe b, c und e (Text bei Strauch, Anhang V).

3) 1. Konf. Unabh. afr. Staaten, Accra 1958, Res. Nr. 5 Ziff. 2 (Legum S. 161); Monrovia-Konf., Res. A Ziff. 2 u. 4 sowie B (Legum S. 216); Erklärung der Regierungen von Liberia, Ghana u. Guinea, Sanniquellie Konf. 1959 (Tubman, Anhang A, S. 53 f).

4) S. 150.

5) S. 42 f.

6) Liberia-Charta, Art. 3 Buchstabe e (Tubman S. 27).

an alle afrikanischen Staaten mit folgenden Worten: "...shall refrain from encouraging directly or indirectly, dissident groups or individuals of other States in subversive activities by permitting their own States to be used as bases from which such dissidents may operate, or by financing dissidents in other countries or otherwise."¹⁾ Die Verankerung der Nichteinmischung im afrikanischen Rechtssystem, die uneingeschränkte Verdammung subversiver Akte schien den afrikanischen Staaten nicht genug. Sie bekräftigten diese Grundsätze nochmals in einer "Deklaration über das Problem der Subversion".²⁾ Wir stehen hier vor dem gleichen Vorgang, der schon bei der Sicherung der territorialen Integrität beobachtet werden konnte.

In dieser Erklärung der OAU verpflichten sich die Staaten feierlich:

- 1) Keine subversiven Tätigkeiten von ihren Territorien aus gegen andere Mitgliedstaaten zu dulden.
- 2) Nicht zu dulden, daß ihr Territorium als Basis für subversive Akte außerafrikanischer Staaten gegen Mitglieder der OAU benutzt wird.
- 3) Sich gemeinsam jeder Form der Subversion zu widersetzen, die von außerafrikanischen Mächten organisiert oder finanziert wird und gegen Afrika, die OAU oder einen Mitgliedstaat gerichtet ist.
- 4) Jede feindliche Presse- oder Radiokampagne gegen einen Mitgliedstaaten zu unterlassen.³⁾
- 5) (Dieser Text sollte in seiner Originalfassung zitiert werden) "a) A ne pas susciter de dissension, ni à l'intérieur d'un Etat membre, ni entre Etats membres en fomentant ou en aggravant des différends d'ordre racial, religieux, linguistique, ethnique ou autres.
b) A combattre toute forme d'activité de ce genre."

¹⁾ Res. I B.

²⁾ AHG/Res. 27 (II).

³⁾ Vgl. dazu auch die Erklärung über die Beziehungen zwischen Kenia und Somalia (AHG/Res. 51 (IV)).

Ziff. 6-8 der Erklärung sind dem afrikanischen Flüchtlingsproblem¹⁾ gewidmet. Hier wird deutlich, daß es in Afrika nicht nur ein humanitäres Problem ist, sondern auch die Beziehungen der Staaten zueinander belastet; denn abgesehen von Flüchtlingen aus Kolonialgebieten handelt es sich in der Regel um politische Flüchtlinge, die unabhängige afrikanische Staaten wegen ihrer Opposition gegen die dort herrschenden Regime oder aus anderen politischen Gründen, aber auch wegen ihrer Stammeszugehörigkeit verlassen haben. "Aus Emigranten werden dann Rekruten für Guerillakämpfe," meint zu Recht Ansprenger.²⁾ Die OAU hat das Problem politischer Flüchtlinge fortlaufend beschäftigt.³⁾

2. Der Inhalt des Interventionsverbots im afrikanischen Verständnis

2.1. Definition der Intervention, Anwendungsbereich des Verbots

Eine Definition der Intervention gab der Vertreter Malis⁴⁾: Intervention sei die Einmischung eines Staates in die Angelegenheiten eines anderen in der Absicht, ihm seinen Willen aufzudrängen oder seine Interessen auf Kosten des anderen durchzusetzen. Der Vertreter Ghanas⁵⁾ bezeichnete als verbotene Intervention jede "diktatorische" Einflußnahme auf die inneren und äußeren Angelegenheiten eines Staates, die auf die Zerstörung seiner Märkte, die Verletzung seiner Gesetze, die Schädigung seines Ansehens und seines Rufes gerichtet sei, die Kontrolle seiner Politik anstrebe oder den Umsturz seiner Regierung bezwecke.

1) Siehe dazu Cervenka, OAU, S. 94-96.

2) Versuch, S. 115

3) Siehe auch die OAU-Res: AHG/Res. 26 (II); CM/Res. 104 (IX); CM/Res. 399 (XXIV); vgl. auch Cervenka, OAU, S. 96.

4) A/C.6/SR 882 § 31.

5) A/AC 119/SR 29 S. 6.

Nach afrikanischer Auffassung beschränkt sich das Interventionsverbot nicht auf den Bereich der inneren Angelegenheiten, sondern ergreift auch die äußeren.¹⁾ Zur Begründung wurde angeführt, daß die Souveränität eines Staates die Fähigkeit umfassen müsse, seine inneren und äußeren Angelegenheiten zu gestalten;²⁾ im übrigen liefen manche Formen äußerer Einmischung auf eine direkte oder indirekte Intervention in die inneren Angelegenheiten eines Staates hinaus und umgekehrt.³⁾ Ein Verzicht auf die Ächtung der Einmischung in die äußeren Angelegenheiten eines Landes sei für kleine Staaten, die sich keiner zeitgemäßen Machtmittel bedienen könnten, besonders bedrohlich.⁴⁾

In diesem Zusammenhang befaßten sich die Vertreter Kenias und Nigerias mit der Frage, ob die Einflußnahme auf die Entscheidung eines Staates über die Aufnahme oder den Abbruch diplomatischer Beziehungen sowie über die Anerkennung oder Nichtanerkennung eines Staates eine Intervention darstellen könne. Hintergrund dieser Erörterung war zweifellos die "Hallsteindoktrin" der Bundesrepublik Deutschland.⁵⁾ Die Delegation Nigerias vertrat dazu den Standpunkt, daß diese Akte souveräne Äußerungen eines Staates seien; deshalb dürfe die Ausübung dieser Rechte keinem Druck ausgesetzt werden, weil er eine Intervention darstelle.⁶⁾ Der Vertreter Kenias meinte, ein Staat sei frei, diplomatische Beziehungen aufzunehmen oder abubrechen; jedoch stelle sich die Frage, ob eine Intervention vorliege,⁷⁾ wenn er versuche - etwa durch die

1) Dahomey A/AC 125/SR 16 S. 10; Kenia A/AC 125/SR 72 S. 17; Nigeria A/AC 119/SR 28 S. 18, A/AC 125/SR 15 S. 12, SR 72 S. 16-17 u. Senegal A/C6/SR 1002 § 5.

2) Nigeria A/AC 125/SR 15 S. 13.

3) Nigeria A/AC 119/SR 28 S. 18 und SR 72 S. 16.

4) Dahomey A/AC 125/SR 16 S. 10.

5) "Anerkennung der DDR bedeutet unfreundlicher Akt" (Regierungserklärung v. 23.9.55, AdG 55 S. 5379)

6) Nigeria A/AC 119/SR 28 S. 19 und A/AC 125/SR 72 S. 17.

7) Kenia A/AC 125/SR 72 S. 18; siehe aber auch die Hinweise dazu in SR 73 S. 24.

Drohung mit dem Abbruch der Beziehungen - dieses Recht mit dem Ziel auszuüben, einen anderen Staat bei dessen Entscheidung über Aufnahme oder Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit einem dritten Staat zu beeinflussen.

2.2. Verbotene Interventionshandlungen

Als verbotene Interventionshandlungen wurden von afrikanischer Seite herausgestellt: Propaganda, Spionage, Bestechung, politischer Mord, Unterstützung von Guerillas.¹⁾ Weiterhin: die bewaffnete Intervention durch "Mittelspersonen"²⁾, die Bildung von Söldnerverbänden mit dem Ziel, sie auf dem Territorium eines Staates einzusetzen, das Dulden der Ausbildung von Freischärlern im eigenen Land oder die Gestattung ihres Durchzugs,³⁾ die Ermutigung oder Finanzierung von feindlichen Einfällen in einen anderen Staat.⁴⁾ Hier handelt es sich vielfach um Akte, die im Rahmen des Gewaltverbots als "mittelbare Aggression" bezeichnet werden.

Interventionen sind nach afrikanischer Ansicht außerdem: Angriffe gegen die souveränen Rechte⁵⁾ und die nationale Individualität eines Volkes⁶⁾ sowie die Anwendung von Druck in der Absicht, politische, wirtschaftliche oder andere Vorteile zu erhalten oder zu sichern.⁷⁾ Auf die Intervention mit wirtschaftlichen Mitteln wiesen afrikanische Vertreter mit Nachdruck hin.⁸⁾ Sie wurde als Neokolonialismus bezeichnet.⁹⁾

1) Ghana A/AC 119/SR 29 S. 6; so auch hinsichtlich des politischen Mordes, Mali A/C 6/SR 882 § 32.

2) Kamerun A/AC 125/SR 73 S. 15.

3) Mali A/C6/SR 997 § 2.

4) Obervolta A/C6/SR 888 § 18.

5) Kenia A/AC 125/SR 72 S. 18; Nigeria A/AC 119/SR 28 S. 18 u. A/AC 125/SR 72 S. 17.

6) Kenia A/AC 125/SR 72 S. 17.

7) Kenia A/AC 125/SR 72 S. 18.

8) Kenia A/AC 125/SR 72 S. 18; Ghana A/C6/SR 815 § 38; Mali A/C6/SR 882 § 32.

9) A/C6/SR 815 § 38.

Die Besorgnisse Afrikas über subversive Betätigungen, die zu einer besonders deutlichen Ächtung der Subversion im afrikanischen System führten, kommen in der Erklärung des Vertreters von Kamerun¹⁾ deutlich zum Ausdruck; er sagte, die Entwicklungsländer seien auf die massive Unterstützung ihrer Völker angewiesen, der Erfolg ihrer Anstrengungen werde aber oft durch äußere Intervention vereitelt, unter der die Länder Afrikas, Asiens und Südamerikas zu leiden hätten. Auch andere afrikanische Delegationen verurteilten jede Art der Vorbereitung oder Unterstützung von subversiven Handlungen.²⁾ Als subversive Akte wurden hervorgehoben: die Verwendung von Geld und Einfluß, um - eine für Afrika wegen der besonderen Stellung des "leader" charakteristische Besorgnis - das "Image" einer bestimmten Persönlichkeit aufzubauen,³⁾ der Versuch, die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Ordnung eines Staates zu ändern,⁴⁾ eine von der Bevölkerung gewünschte Verfassungsänderung zu verhindern,⁵⁾ jede Einmischung mit dem Ziel, eine bestimmte Ideologie aufzuzwingen.⁶⁾

2.3. Zulässige "Interventionen"

In den Debatten unterschieden die Delegierten zwischen zulässigen und unzulässigen Interventionen. Im Gegensatz zu den bisher geschilderten verbotenen Interventionen wurden die als erlaubt bezeichnet, die wegen der gegenseitigen Abhängigkeit der Staaten voneinander unvermeidbar sind;⁷⁾ dahinter verbirgt sich der völkerrechtliche Begriff der "Interzession". Es wurden außerdem ge-

1) Kamerun A/AC 125/SR 73 S.15.

2) Kamerun A/AC 125/SR 73 S.15; Kenia A/AC 125/SR 72 S.18; Kongo-Brazzaville A/C6/SR 998 §11; Mali A/C6/SR 882 §32; Obervolta A/C6/SR 888 §18.

3) Kenia A/AC 125/SR 72 S.18.

4) Nigeria A/AC 125/SR 72 S.17; Kongo-Brazzaville A/C6/SR 998 §11; Mali A/C6/SR 882 §32.

5) Mali A/C6/SR 882 §32.

6) Mali A/C6/SR 882 §32 u. A/AC 125/SR 938 §15.

7) Ghana A/AC 119/SR 29 S.6 u. Obervolta A/C6/SR 888 §18.

nannt: gegenseitiger Beistand und Zusammenarbeit in wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und humanitären Bereichen und im Erziehungswesen.¹⁾ Die Notwendigkeit der Zustimmung der betroffenen Staaten wurde jedoch ausdrücklich unterstrichen.²⁾ In diesem Zusammenhang äußerte sich der Delegierte Kenias³⁾ zurückhaltend gegenüber der technischen Hilfe (technical assistance). Er verstehe, daß Staaten gesichert sehen möchten, daß ihre Hilfe dem vereinbarten Zweck entsprechend verwendet werde. Obwohl sein Land dankbar für jede Unterstützung sei, wisse es doch jede Hilfe zurück, die seine Unabhängigkeit und Gleichheit gegenüber dem Geberland beeinträchtige. Es bestehe die Gefahr, daß technische Hilfe als Deckmantel für Einmischungen in den Zuständigkeitsbereich eines Staates mißbraucht werde.

Neben die erlaubten "Interventionen", die Interzessionen, stellten die Delegierten solche, die, obwohl sie sich zweifellos als Eingriffe in den Zuständigkeitsbereich eines Staates darstellen, gerechtfertigt sind. Der Delegierte Malis⁴⁾ verwies an dieser Stelle auf das Interventionsrecht, das auf einer vertraglichen Vereinbarung oder auf dem förmlichen Ersuchen der Regierung eines Staates beruht. Er meinte aber, daß die Erfahrung der letzten Jahre zeige, daß die Ausübung eines solchen Rechtes gewöhnlich zum Mißbrauch führe und mit Chaos und Bürgerkrieg ende. Um solche Mißbräuche zu verhindern, müsse der Inhalt des Interventionsverbotes genau bestimmt werden. Als gerechtfertigte Interventionen wurden weiterhin genannt: Interventionen des Sicherheitsrates und der Generalversammlung, wenn sie in Übereinstimmung mit der UN-Satzung erfolgen,⁵⁾ sowie ganz allgemein Interventionen eines "kompetenten Organs" der Vereinten Nationen.⁶⁾ Nach Ansicht der Vertreter Ghanas⁷⁾ sehen die Artikel 11, 14, 36, 37,

1) Mali A/C6/SR 882 §32 u. Obervolta A/C6/SR 888 §18.

2) Mali A/C6/SR 882 §32.

3) A/AC 125/SR 72 S.18 u. SR 73 S.24.

4) A/C6/SR 882 §33.

5) Nigeria A/AC 125/SR 72 S.17 u. A/AC 119/SR 28 S.18.

6) A/C6/SR 889 §19.

7) A/AC 119/SR 29 S.7.

39,55 und 73 der UN-Satzung Ausnahmen vom Interventionsverbot zu Gunsten der Vereinten Nationen vor.

Als gerechtfertigten Interventionsgrund bezeichneten die Vertreter Malis¹⁾ und Senegals²⁾ die Verletzung der Menschenrechte, wie Apartheid und Völkermord.³⁾ Es ist fraglich, ob darin die Anerkennung eines allgemeinen Interventionsrechts aus Gründen der Humanität liegt. Die OAU hat sich in solchen Fällen jeder Einmischung enthalten. Die Ansichten beider Delegierten sollten deshalb nur im Zusammenhang mit dem Kampf Afrikas gegen die Kolonisation gesehen werden, denn nach afrikanischer Auffassung sind die Hilfe und Unterstützung, die Kolonialvölkern im Befreiungskampf gewährt werden, keine Interventionen. Diese Ausnahme sahen schon die Formulierungsvorschläge Indiens, Jugoslawiens, des Libanons, der VAR und Syriens⁴⁾ vor. Es ist klar, daß eine solche Ausnahme auch von den afrikanischen Staaten gefordert wird, die Freiheitsbewegungen im Rahmen der OAU⁵⁾ aktiv unterstützen. Auch hier ist wieder zu erkennen, daß die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts zu einer vorläufigen Ausnahmeregelung führen soll, die gegenstandslos wird, wenn die Dekolonisation in Afrika endgültig abgeschlossen ist.

2.4. Selbstverteidigung gegen Interventionen

Die Ausschüsse hat auch ein Selbstverteidigungsrecht gegen Interventionen beschäftigt. Der Delegierte Ghanas⁶⁾ verneinte ein Recht der Staaten, sich mit geeigneten Maßnahmen individuell oder kollektiv gegen Interventionen zu verteidigen, wie es im Abschnitt

1) A/C6/SR 882 §34.

2) A/C6/SR 889 §19.

3) Vgl. auch Ghana A/AC 119/SR 29 S.6.

4) A/AC 125/L 12 u. A/AC 125/L 12/Rev.1, Corv.1 (A/6230 §276 u. §278); vgl. auch die Debatten im Ausschuß A/6230 §§321-324 u. A/6799 §356.

5) Vgl. Ausführungen auf S.210-213.

6) A/AC 125/SR 15 S.5 u. SR 16 S.19.

2 D des westlichen Formulierungsvorschlages (A/AC 125/L 13¹⁾) vorgesehen war. Er meinte, daß Art. 51 SVN nur ein Selbstverteidigungsrecht gegen einen bewaffneten Angriff enthalte und mithin auch nach Art. 53 SVN keine Zwangsmaßnahmen von regionalen Einrichtungen ohne Zustimmung des Sicherheitsrates ergriffen werden dürften. Deshalb könne keine Staatengruppe in den Angelegenheiten eines anderen Staates unter dem Vorwand kollektiver Selbstverteidigung intervenieren. Kollektive Maßnahmen gegen Anstiftung zum Bürgerkrieg (civil strife) und Infiltrationen seien ebenso unzulässig wie die Einmischung in einen Bürgerkrieg auf Grund "kollektiver Selbstverteidigung".

3. Zusammenfassung und Würdigung

3.1. Vorbemerkung

Eine Zusammenfassung der afrikanischen Vorstellungen kann nur mit großer Behutsamkeit erfolgen. Das liegt einmal daran, daß die Ausschüsse wegen des Streits um die Heranziehung der Resolution 2131 (XX) viel Zeit verloren haben,²⁾ zum anderen, daß die Darstellung der Intervention ein äußerst sorgfältiges, systematisch und dogmatisch durchdachtes Vorgehen erfordert.³⁾ Eine solche Behandlung des Themas kann von einer Staatskonferenz natürlich nicht erwartet werden. Gleichwohl können die folgenden Grundsätze vorausgestellt werden. Dabei hat eine Zusammenfassung der afrikanischen Vorstellungen zum Interventionsverbot von der Resolution 2131 (XX)⁴⁾ auszugehen, ohne sich jedoch auf deren Text beschränken zu müssen; denn sie ist nach afrikanischer Auffassung

1) A/6230 S. 279; die Länder sind: Australien, Kanada, Frankreich, Italien, Großbritannien und die USA. Für die Ablehnung eines solchen Rechtes gibt es gute Gründe, wie Pimont, S. 796 ff., darlegt.

2) Siehe dazu zu Dohna S. 112-121; Wendte S. 78-85; Onuf S. 219 ff.; Rosenstock S. 726-729.

3) Dafür ist die Arbeit von Gerlach, Die Intervention, Versuch einer Definition, beispielgebend.

4) Text UNYB 1965 S. 94 f; vgl. auch Onuf S. 216 ff.

durchaus ergänzungsfähig.¹⁾

3.2. Bedeutung des Interventionsverbots

Für die afrikanischen Staaten erhält das Interventionsverbot seine besondere Bedeutung im Hinblick auf die Abwehr des Neokolonialismus, der sich ihnen als Einmischung in die Angelegenheiten junger Staaten darstellt, die deren rechtliche Unabhängigkeit und Staatlichkeit zwar nicht beseitigt, aber mißachtet. Sie sehen in dem Verbot ein Mittel zur Sicherung der Dekolonisation über ihren formalen Abschluß hinaus. Es ist also Ausdruck des unveräußerlichen Rechtes eines jeden Staates auf unabhängige Existenz.

3.3. Das geschützte Rechtsgut

3.3.1. Zusammenfassung

Das Interventionsverbot sichert das Recht der Staaten auf unabhängige Existenz in den bestehenden Grenzen; es schützt die Integrität und Unabhängigkeit jedes Staates, besonders dessen Recht, die eigene politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Ordnung ohne jede Einmischung eines Staates oder einer Staatengruppe, d.h. seine nationale Identität und Persönlichkeit, zu entwickeln. Darüber hinaus schützt es die äußeren Angelegenheiten eines Staates (external affairs) vor der Einmischung anderer Staaten.

3.3.2. Rechtliche Würdigung

Die Beratungen der Ausschüsse wurden von Art.15 OAS-Charta²⁾ wesentlich beeinflusst. Zum geschützten Rechtsgut gibt dieser Artikel Aufschlüsse. Er nennt die Persönlichkeit (personality) des

1) Dahomey A/AC 125/SR 9 S.6; Ghana A/AC 125/SR 16 S.19; Kamerun A/AC 125/SR 16 S.4 f u. SR 17 S.8; Kenia A/AC 125/SR 72 S.19; Nigeria A/AC 125/SR 10 S.12 u. SR 15 S.12.

2) Jetzt Art 18 (vgl. Anm. 2 auf S.189).

Staates und setzt dem aber noch hinzu: "or its political, economic and cultural elements." Mit diesem Inhalt ging Art. 15 (18) OAS-Charta in die Resolution 2131 (XX) ein und wurde von dort in die Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten übernommen. Es wird aber weder in Art. 15 (18) OAS-Charta noch in der Deklaration gesagt, was unter "personality" zu verstehen ist.¹⁾ Dafür gibt aber der erste Vorschlag Ghanas²⁾ eine Erklärung. Es heißt dort: "...against the personality of the State, t h a t i s, its territorial integrity, political, economic and cultural independence..." "Personality" ist also nicht nur als Rechtspersönlichkeit, sondern auch als tatsächliche Erscheinungsbild eines Staates in der Staatenwelt zu verstehen, wodurch sein territorialer Besitzstand mit erfaßt wird. Darüber hinaus ergreift der Begriff aber auch die "persönliche" Eigenart, die Identität, eines Staates. Dies kommt besonders deutlich in den Hinweisen auf seine kulturellen Elemente zum Ausdruck. Weil der Begriff "personality" nicht abstrakt auf die Beschreibung des Staates als Rechtsbegriff abstellt, sondern auf den Staat als einen lebendigen Organismus verweist, hat er hier seine große Anziehungskraft ausgeübt.

Wichtig ist festzuhalten, daß nach afrikanischer Ansicht neben der Unabhängigkeit auch die territoriale Integrität ausdrücklich zu nennen ist. Damit wird klar gestellt, daß sich der Schutz des Interventionsverbots nicht nur auf die unzulässige Beeinflussung der freien Willensbildung eines Staates (Unabhängigkeit) beschränkt, sondern - wie das Gewaltverbot - alle Elemente des Staates ergreift. Gleichwohl steht die Entscheidungsfreiheit des Staates, wenn sie auch nicht, wie Gerlach³⁾ meint, das alleinige Rechtsgut darstellt, eindeutig im Vordergrund. Dies folgt aus der

1) Darüber brachte auch die Aussprache in den Ausschüssen keine Klarheit (vgl. A/6230 § 305 u. auch A/6799 § 340); Großbritannien A/AC 125/SR 10 S. 16.

2) A/AC 125/L 18 (vgl. A/6230 § 277); Ghana A/AC 125/SR 11 S. 6, 8.

3) S. 128-137, 214.

engen Verknüpfung des Interventionsverbots mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und seiner Aufgabe, den Neokolonialismus abzuwehren.

Da auch Formen der Gewaltanwendung vom Interventionsverbot erfaßt werden, besteht nicht nur hinsichtlich des geschützten Rechtsgutes, sondern auch hinsichtlich bestimmter Handlungen eine Überschneidung des Interventionsverbots mit dem Gewaltverbot. Zu Recht heißt es im ersten britischen Vorschlag¹⁾: "Much of the classic conception of intervention has been absorbed by the prohibition of the threat or use of force against the political independence or territorial integrity of States in accordance with Art.2 par.4 of the Charter." Diese Teilidentität ist auch der Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten zugrunde zu legen, denn zu einer säuberlichen Trennung beider Verbote konnten sich die Ausschüsse, obwohl gelegentlich darauf hingewiesen wurde,²⁾ nicht entschließen, vielmehr wurde diese teilweise Übereinstimmung als gegeben angesehen.³⁾ Nach afrikanischer Anschauung reicht sie sehr weit, da die afrikanischen Staaten den Gewaltbegriff nicht nur auf die Anwendung von Waffengewalt beschränken.

An dieser Stelle wird wieder das afrikanische Bestreben deutlich, einen umfassenden Schutz der territorialen Integrität und Unabhängigkeit niederzulegen. Auch hier geht es ihnen darum, der

1) A/AC 119/L 8 (vgl. A/5746 §205).

2) Siehe z.B. A/6230 §69, 74, 303.

3) So die Formulierungsvorschläge Großbritanniens A/AC 119/L 8 (vgl. A/5746 §205), Guatemalas A/AC 119/L 25 (vgl. A/5746 §206), Mexikos A/AC 119/L 24 (vgl. A/5746 §208) sowie A/AC 125/L 13 (Vgl. A/6230 §279), vorgelegt von Australien, Kanada, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien und den USA sowie A/AC 125/L 44 (vgl. A/6799 §306), vorgelegt von Großbritannien; hinsichtlich der Debatten siehe A/6239 §291, 302 f; A/6799 §313, 340.

Verwirklichung der Selbstbestimmung zu dienen.¹⁾ Deshalb ist neben der Sicherung der territorialen Integrität und der formalen Unabhängigkeit für sie der eigentliche Kern des Interventionsverbotes der Schutz des Rechtes eines Staates, auf Dauer seine eigene politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Ordnung zu gestalten und frei die ihm gemäßige Regierungsform zu wählen.²⁾ Auch die ideologische Beeinflussung soll ausgeschlossen sein.

Dies alles ist nicht völlig neu und folgt, wie vieles andere auch, bekannten Vorbildern,³⁾ wobei natürlich den Erklärungen der

1) Auf die enge Verbindung zum Selbstbestimmungsrecht wurde in den Debatten mehrmals hingewiesen (vgl. A/6230 §289; A/6799 §313, 315), auch von den westlichen Staaten: Vorschlag Großbritanniens (A/AC 119/L 8 = A/5746 §205) u. der USA (A/AC 119/L 26 = A/5746 §207).

2) So heißt es in der Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten: "Tout Etat a le droit inaliénable de choisir son système politique, économique, social et culturel sans aucune forme d'ingérence de la part de n'importe quel autre Etat." Auch dieser Passus hat seine Vorbilder: Art. 13 OAS-Charta (vgl. Anm. 2 S. 189): "...Each State has the right to develop its cultural, political and economic life freely and naturally." Act of Chapultepec, 3.3.1945 (AJIL, Bd. 39, 1945, Suppl. 1 S. 108 ff); Belgrader und Kairoer Erklärung (Anm. 1 S. 113); siehe auch Art. 1 des Erklärungsentwurfs der ILC von 1949 über die Rechte u. Pflichten des Staates. (Anm. 2 S. 215).

3) Neben dem schon genannten Art. 15 OAS-Charta (vgl. Anm. 2 S. 189) können als Beispiele aufgeführt werden: Art. V des Nichtangriffspakts zwischen der UdSSR u. Frankreich, Paris, 29.11.1932 (AJIL, Bd. 27, 1933, Suppl. S. 174 ff); Art. 8 des Pakts der Arabischen Liga, Kairo, 22.3.1945 (UNTS, Bd. 70, S. 237 ff, 248 ff); Art. 24 der Charta der Organisation Zentralamerikanischer Staaten (Int. Leg. Materials, Bd. II No. 2 S. 239); Erklärungen der UdSSR u. der USA bei der Aufnahme der dipl. Beziehungen am 16.11.1933 (AJIL, Bd. 48, 1957, Suppl. S. 123 ff); Erklärung Jugoslawiens u. der UdSSR, Belgrad, 7.6.1955 (Neue Zeit, 1955 Nr. 23 S. 2).

Dritten Welt besondere Bedeutung zukommt.¹⁾ Wenn auch die afrikanischen Staaten keine wesentlich neuen Inhalte entwickeln, so ist doch die enge Verbindung auffällig, die sie zum Selbstbestimmungsrecht und damit zur materiellen Verwirklichung der Dekolonisation knüpfen.

Die Ausdehnung des Schutzbereichs der Intervention auf den äußeren Bereich (external affairs) ist eigenartigerweise in den bisher vorliegenden afrikanischen Völkerrechtsinstrumenten nicht enthalten. Es wäre aber falsch, aus dieser Tatsache den Schluß zu ziehen, daß nach regionalem afrikanischen Völkerrecht die Intervention in die äußeren Angelegenheiten erlaubt sein sollte.²⁾ Der Grund wird darin liegen, daß bei der Ordnung Afrikas in der ersten Stunde die Abwehr der Einmischung eines afrikanischen Staates in die äußeren Angelegenheiten seines Nachbarn nicht im Vordergrund des Interesses stand; es galt vielmehr, zunächst den inneren Bereich gegen äußere Einflußnahmen abzuschirmen, die sehr häufig waren und als lästig empfunden wurden. In den Ausschüssen sind die afrikanischen Staaten entschieden für die Einbeziehung des äußeren Bereichs in das Interventionsverbot eingetreten; sicherlich weil sie inzwischen auch auf diesem Gebiet unerfreuliche Erfahrungen gemacht haben.

Die Einbeziehung der äußeren Angelegenheiten in das Verbot traf in den Ausschüssen auf Widerstand. In der Tat gibt es eine ganze Reihe von Instrumenten, die sich nur auf den inneren Bereich eines Staates (internal affairs) beziehen.³⁾ Dazu wurde u.a. vor-

1) Buchstabe g Ziff. 4 der Erklärung v. Bandung; II u. III Ziff. 14 der Belgrader u. I (4. Absatz) der Kairoer Erklärung (Anm. 1 f S. 113).

2) So wohl Schröder, Interafrikanische Intervention, S. 36; vgl. aber auch S. 40.

3) Nichtangriffspakt zwischen Frankreich u. der UdSSR, Paris, 29. 11. 1932 (AJIL, Bd. 27, 1933, Suppl. S. 174 ff); Freundschaftsvertrag zwischen der Tschechoslowakei u. der UdSSR, Moskau, 12. 12. 1943 (AJIL, Bd. 39, 1945, Suppl. S. 82); Übereinkommen zwischen Indien u. der Volksrepublik China vom 29. 4. 1954 über die Tibetregion (UNTS, Bd. 299 S. 70); (Fortsetzung folgende Seite)

getragen, die "äußeren Angelegenheiten" entzögen sich einer präzisen Definition. Außerdem seien Interventionen in die äußeren Angelegenheiten nicht den gleichen Einschränkungen unterworfen wie die Einmischung in innere Angelegenheiten. Die äußeren Angelegenheiten eines Staates unterlägen dem internationalen Recht - also kein "domaine réservé" - und interessierten legitimerweise mehr als der innere Bereich die anderen Mitglieder der Staatengemeinschaft. Die gegenseitige Beeinflussung sei deshalb ein Kennzeichen der äußeren Beziehungen der Staaten.¹⁾ Hier kommt das Bestreben zum Ausdruck, der Außenpolitik keine zu starken Fesseln anzulegen, während die neuen Staaten bemüht sind, den Spielraum, den sie besitzen, uneingeschränkt zu erhalten. Auch hier sollen Ungleichgewichte durch Rechtsregeln ausbalanciert werden.

Die neuen Staaten können für ihre Auffassung ebenfalls Instrumente anführen,²⁾ die beide Bereiche in den Geltungsraum des Inter-

(Fortsetz.) Art. 3 des Bagdad-Paktes vom 24.4.1954 zwischen dem Irak und der Türkei (UNTS, Bd. 233 S. 201 ff, 210 ff). Art. 24 ODECA, Panama City, 12.12.1962 (Int. Leg. Materials, Vol. II, No. 2 S. 239); Erklärung v. Bandung, 1955 (Anm. 2 S. 113) sowie die bilaterale Erklärung Jugoslawiens und der UdSSR, Belgrad, 7.6.1955 (Neue Zeit, 1955, No. 23 S. 2); vgl. auch die Vorschläge Großbritanniens u. der westlichen Staaten A/AC 119/L 8 (vgl. A/5746 § 205) u. A/AC 125/L 13 (vgl. A/6230 § 279).

1) A/6230 § 306; A/6799 § 346, 347; zur Debatte insbesondere A/6230 §§ 306, 307 u. A/6799 § 343-348.

2) Art. 8 der Konvention über Rechte und Pflichten der Staaten, Montevideo, 26.12.1933 (AJIL, Bd. 28, 1934, Suppl. S. 75 ff); Act of Chapultepec (AJIL, Bd. 39, 1945, Suppl. S. 108 ff); Deklaration v. Caracas, 28.3.1954 (AJIL, Bd. 48, 1954, Suppl. S. 143 ff); Erklärungsentwurf über die Rechte u. Pflichten Amerikanischer Staaten, 1946 (Pan-American Union, Governing Board, Washington, 1946); vgl. außerdem die Entwürfe der ILC für eine Erklärung über die Rechte u. Pflichten der Staaten (ILC, YB, 1949, S. 287 ff) sowie das Projekt Nr. 8 über die Grundrechte amerikanischer Nationen, das 1925 vom Amerikanischen Institut für Int. Recht verfaßt wurde (AJIL, Bd. 20, 1926, Suppl. Spec. S. 313); die Einbeziehung des äußeren Bereichs schlugen (Fortsetzung folgende Seite)

ventionsverbots einbeziehen. Die Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten hat nunmehr die Waage zugunsten eines umfassenden Anwendungsbereichs geneigt; dazu trug sicher auch der Erklärungsentwurf der Int. Law Commission über die Rechte und Pflichten der Staaten von 1949 bei, der die Ausdehnung des Interventionsverbots auf die äußeren Beziehungen empfohlen hatte.¹⁾

4. Die Verbotsnorm

4.1. Ihr Inhalt in afrikanischer Sicht

Kein Staat (oder eine Staatengruppe) darf sich direkt oder indirekt in die inneren oder äußeren Angelegenheiten eines anderen Staates - aus welchen Gründen auch immer - einmischen; folglich sind bewaffnete Interventionen und andere Formen der Einmischung und Drohung, die sich gegen die territoriale Integrität und Unabhängigkeit eines Staates richten, verboten. Insbesondere ist jede Einmischung in das Recht eines Staates untersagt, seine politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung zu wählen, wie es dem Wesen seines Volkes entspricht.

4.2. Rechtliche Würdigung

Der Inhalt des Verbots²⁾ bestimmt sich vom geschützten Rechtsgut her. Bei der obigen Formulierung mußte Art. 15 OAS-Charta³⁾ berücksichtigt werden, der in die Resolution 2131 (XX)⁴⁾ einging

(Forts.) die Tschechoslowakei (A/AC 119/L 6=A/5746 § 203), Jugoslawien (A/AC 119/L 7=A/5746 § 204), Mexiko (A/AC 119/L 24=A/5746 § 208) sowie Indien, der Libanon, VAR, Syrien und Jugoslawien (A/AC 125/L 12=A/6230 § 276) vor.

1) Siehe vorangegangene Anmerkung.

2) Neben den schon genannten Verträgen wurden als Rechtsgrundlagen des Verbots in den Ausschüßberatungen das Gewaltverbot, das Prinzip der Staatengleichheit sowie das Selbstbestimmungsrecht genannt (A/6230 § 291 u. A/6799 § 313).

3) Vgl. Anm. 2 S. 189; jetzt Art. 18.

4) Text UNYB 1965 S. 94 f.

und von dort in die Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten übernommen wurde. Die Erwähnung des Verbots der Einmischung in das Recht eines Staates, seine politische und wirtschaftliche Ordnung entsprechend seinen Bedürfnissen und den Wünschen der Bevölkerung zu wählen, ist eigentlich überflüssig. Sie unterstreicht aber die Bedeutung, die nach afrikanischen Vorstellungen diesem Teil des Verbots zukommt;¹⁾ denn sie macht die enge Verbindung des Verbots mit dem Selbstbestimmungsrecht augenfällig.

Die afrikanische Auffassung stößt auf die gleichen Bedenken, die gegen Art. 15 (18) OAS-Charta vorgebracht werden. Diese Vorschrift wurde wegen ihrer Schrankenlosigkeit kritisiert,²⁾ da sie "jede" Form der Einmischung verbietet. Es bedarf deshalb der genauen Festlegung, was unter "Einmischung" (interference, ingérence) zu verstehen ist,³⁾ also als verbotene Intervention zu gelten hat.

5. Der Interventionsbegriff im afrikanischen Verständnis

5.1. Zusammenfassung

Interventionen sind mit Zwang oder Gewalt einhergehende Einmischungen in die äußeren oder inneren Angelegenheiten eines Staates, die Ausübung von Druck, um von einem anderen Staat die Unterordnung seiner souveränen Rechte zu erreichen oder andere Vorteile von ihm zu erlangen, sowie Handlungen eines Staates, die einem anderen den Willen aufzwingen oder fremde Interessen zu neuen Lasten durchsetzen sollen. Interventionen sind gegen die

1) In diesem Sinne wurde es auch in den ursprünglichen Vorschlag Ghanas, Indiens u. Jugoslawiens aufgenommen (A/AC 119/L 27 = A/ 240 I 209), aber auch andere Staaten haben die Absicht, die soziale, politische und wirtschaftliche Ordnung zu verändern, als eine Verletzung des Interventionsverbots bezeichnet; so die Tschechoslowakei (A/AC 119/L 6 = A/5746 § 203), Jugoslawien (A/AC 119/L 6 = A/5746 § 204), Großbritannien (A/AC 119/L 8 = A/ 5746 § 205); Mexiko (A/AC 119/L 24 = A/5746 § 208) u. die westl. Staaten (A/AC 125/L 13 = A/6230 § 279).

2) Gerlach S. 48.

3) Vgl. Oppermann, Nichteinmischung, S. 326 f. u. Gerlach S. 137-140.

territoriale Integrität und Unabhängigkeit eines Staates gerichtet.

5.2. Rechtliche Würdigung

Die Intervention als verbotene Einmischung ist ein vielschichtiger Begriff;¹⁾ sein Inhalt ist abhängig vom Gegenstand der Einmischung und ihrer Form. So ist eine Einmischung in die äußeren Angelegenheiten nicht den gleichen Anforderungen unterworfen wie eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten.²⁾

Auf der Grundlage des geschützten Rechtsgutes konnte das Interventionsverbot im afrikanischen Verständnis formuliert werden. Viel schwerer ist es, den Begriff der verbotenen Intervention zu definieren. Was die Afrikaner in ihren spärlichen Ausführungen als verbotene Interventionen bezeichnen, ist eine Aufzählung allgemein bezeichneter Handlungsweisen. Ihnen wohnt ein Element des Zwangs ("diktatorische" Einmischung unter Einschluß der Anwendung von Gewalt) und der Ausübung von Druck (Durchsetzung von Interessen) inne; sie alle mißachten die "souveränen Rechte", den Willen und die Interessen eines Staates.

Der "klassische" Interventionsbegriff der herrschenden Meinung³⁾ ist gekennzeichnet durch das Element der Gewalt und des unmittelbaren Zwanges ("dictatorial interference"⁴⁾). Die Ausübung von Zwang stand im Vordergrund der Überlegungen, auch bei den afrikanischen Delegierten. Gleichwohl kann in den Beratungsergebnissen keine Bestätigung der herrschenden Meinung gesehen werden. Es

1) Haedrich, Intervention, S. 144: "Der Begriff der Intervention gehört, obwohl er häufig in Staatenpraxis und Völkerrechtstheorie erscheint, zu den ungeklärten Begriffen des Völkerrechts. Die Anwendung im Dienste staatlicher Machtpolitik hat zur Intervention eine unklare und widersprüchliche Staatenpraxis entstehen lassen, die auch auf die Völkerrechtstheorie nicht ohne Einfluß geblieben ist."

2) Vgl. Ausführungen auf S. 234; siehe auch Wengler, II, S. 1048-1051.

3) Vgl. dazu die umfassende Darstellung bei Gerlach S. 53-66 und die dort gegebenen Nachweise.

4) Oppenheim-Lauterpacht, Bd. 1, S. 305.

sei nur daran erinnert, daß im afrikanischen Verständnis der Begriff der Gewalt weiter als in der traditionellen Vorstellung reicht. Deshalb widerspricht afrikanischer Auffassung, daß sich die unzulässige Einmischung wesentlich näher an der Gewalt- und Zwangsgrenze im Sinne des klassischen Interventionsbegriffes bewegen sollte.¹⁾ Die afrikanischen Vorstellungen gehen vielmehr in die Richtung, die neuerdings²⁾ zur Intervention vertreten wird; danach sind neben der Intervention durch Gewalt und unmittelbaren Zwang auch "the new types of intervention"³⁾ einzubeziehen wie die Anwendung von Druck, insbesondere durch wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen, Propaganda und Subversion. Die afrikanische Auffassung trifft sicherlich Berber,⁴⁾ der, die Intervention als Beeinträchtigung der Selbstbestimmung des Staates auffassend, Handlungen als Interventionen bezeichnet, die in besonders verwerflicher Weise unter Ausnutzung einer überlegenen Machtlage in den Bereich der Selbstbestimmung eingreifen.

Es stellt sich die Frage, ob es nach afrikanischem Verständnis sogar einen Kernbereich gibt, in dem die Einmischung überhaupt unzulässig ist, so daß es auf Form und Mittel der Einmischung nicht mehr ankommt.⁵⁾ Diese Schlußfolgerung könnte sich aus dem geschützten Rechtsgut anbieten; so untersagt die Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten jede Einmischung, es sei denn, sie ergebe sich notwendigerweise aus der gegenseitigen Abhängigkeit der Staaten und dem Wesen der internationalen Beziehungen. Auch Wengler⁶⁾ erkennt besonders geschützte innere Bereiche an wie die Besetzung von Staatsämtern, die Verfassung, die Verwaltungsorganisation und das materielle Recht des Staates.

1) Oppermann, Nichteinmischung, S.339.

2) siehe dazu insgesamt Gerlach S.66-83; als deutsche Vertreter einer modernen Auffassung können gelten: Berber I S.185 ff; Dahm I S.201 ff; Wengler II S.1038 ff.

3) Friedmann S.270.

4) I S.185 f.

5) Ähnliche Überlegungen bei Wengler II S.1042, 1045 f.

6) II S.1046.

Großbritannien schlug zur Unterscheidung der Intervention von der Interzession¹⁾ folgende Formulierung vor: "In considering the scope of "intervention", it should be recognized that, in an interdependent world, it is inevitable and desirable that States will be concerned with and will seek to influence the actions and policies of other States and that the objective of international law is not to prevent such activity but rather to ensure that it is compatible with the sovereign equality of States and self-determination of their peoples." Wenn auch anerkannt wurde, daß Interzessionen vom Völkerrecht nicht verboten sind, konnte eine solche Einfügung keine Mehrheit finden. Das Mißtrauen gegen eine solche Formulierung, die Furcht vor ihrem Mißbrauch überwogen. Der Wunsch eines Delegierten, auch die "Beeinflussung" zu verbieten, wurde zwar als Negation der Diplomatie zurückgewiesen, zeigt aber deutlich die Besorgnisse der jungen Staaten. So bemühten sich in den Ausschüssen²⁾ einige Delegationen vergeblich, Interventionen von zulässigen Einflüssen abzugrenzen. Auch die afrikanischen Staaten haben die Bemühungen zur Abgrenzung der Intervention von der Interzession nicht unterstützt. Es liegt auf der Hand, daß für sie der Bereich der zulässigen Beeinflussung eng auszulegen ist.

Die Staatenpraxis ist wenig ergiebig. Unterscheidungen zwischen dem, was als Interzession erlaubt oder als Intervention verboten ist, werden nicht vorgenommen. Art. 5 des Paktes von Bogota³⁾ sieht bei einem Streit, ob eine Angelegenheit in den Bereich der "domestic jurisdiction" gehört, die Anrufung des IGH vor. Die Abgrenzung ist damit der richterlichen Entscheidung im Einzelfall überantwortet, ohne daß der Versuch gemacht wurde, die Unterscheidung in der Vorschrift selbst - wenigstens nach allgemeinen Kriterien - vorzunehmen. Kriterien für erlaubte Ak-

1) Um eine Abgrenzung bemühten sich außer Großbritannien (A/AC 119/L 8=A/5746 § 2o5) die USA (A/AC 119/L 26=A/5746 § 2o7), der gemeinsame westliche Vorschlag (A/AC 125/L 13=A/623o § 279) sowie Italien und Australien (A/AC 125/L 36=A/623o § 28o).

2) A/623o § 3o8 f; A/6799 § 352-354.

3) UNTS, Bd. 3o, S. 55 ff, 84 ff.

tionen gibt das American Institute of International Law im Projekt Nr.8 zu den Grundrechten amerikanischer Staaten.¹⁾ Es heißt dort unter Ziff.4: "No nation has a right to interfere in the internal or foreign affairs of an American Republic against the will of that Republic. ...The lawful intervention is a friendly and conciliatory action without any character of coercion."

Wenn auch die Staatenpraxis nicht eindeutig herausstellt, was nicht unter das Interventionsverbot fällt, weil es den internationalen Beziehungen wesensmäßig ist, so ist sie dagegen aussagekräftiger im Hinblick auf die "diktatorische" Einmischung durch Gewaltanwendung, Zwang, Mißachtung des Willens eines anderen Staates und Verletzung seiner Rechte. Hier hat wieder die OAS-Charta die Vorbilder geliefert, welche die afrikanischen Vorstellungen beeinflusst haben und die über die Resolution 2131 (XX)²⁾ in die Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten eingegangen sind. Neben dem schon erwähnten Art.15 OAS-Charta³⁾ ist hier auf Art.16 OAS-Charta⁴⁾ zu verweisen. Er lautet: "No State may use or encourage the use of coercive measures of an economic or political character in order to force the sovereign will of another State and obtain from it advantages of any kind."

1)AJIL, Bd.20, 1926, Supp.Spec.S.313.

2)Text UNYB 1965 S.94 f.

3)Art.15 (jetzt Art.18) lautet: "No State or group of States has the right to intervene, directly or indirectly, for any reason whatever, in the internal or external affairs of any other State. The foregoing principle prohibits not only armed force but also any other form of interference or attempt threat against the personality of the State or against its political, economic and cultural elements."

4)Art.16 (jetzt Art.19) beeinflusste auch die Vorschläge Jugoslawiens (A/AC 119/L 7 = A/5746 §204), Gutemalas (A/AC 119/L 25 = A/5746 §206) und Mexikos (A/AC 119/L 24 = A/5746 §208); siehe auch den Vorschlag Grobritanniens (A/AC 119/L 8 = A/5746 §205).

Bei der Übernahme dieses Textes in die Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit bei Staaten wurde der "souveräne Wille" eines Staates durch seine "souveränen Rechte" ersetzt (was in der Sache dasselbe bedeutet) und den "wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen" wurden solche "jeder anderen Art" hinzugefügt.

Art. 16 (17) der CAS-Charta kommt dem Wunsch nicht nur der afrikanischen, sondern aller neuen Staaten entgegen, ihre Unabhängigkeit auch im wirtschaftlichen Bereich durchzusetzen, in einem Bereich, in dem sie besonders anfällig gegen Einmischungen, andererseits aber auch im hohen Maße auf die Zusammenarbeit mit den wirtschaftlich stärkeren Staaten angewiesen sind. Ihre Besorgnisse gegenüber Beeinträchtigungen ihrer Entscheidungsfreiheit durch wirtschaftliche Macht, oft als eine Form des Neokolonialismus bezeichnet, haben die Staaten der Dritten Welt mehrmals geäußert.¹⁾ Die Verfügungsgewalt über ihre eigenen Naturreichtümer und Hilfsquellen erscheint ihnen als ein erster Schritt, diese Beeinträchtigungen zu beseitigen und die wirtschaftliche Ungleichgewichtigkeit abzubauen.²⁾ Wie beim Gewaltverbot ist auch hier der Ruf nach einem völkerrechtlichen Schutz ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit unüberhörbar.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die afrikanischen Äußerungen zwar keine genaue Abgrenzung der Intervention zur zulässigen Beeinflussung erlauben - und darin unterscheiden sie sich kaum von der bisherigen Staatenpraxis -, jedoch eine klare Tendenz erkennen lassen, die Unzulässigkeit der Einmischung weit auszudehnen; auf diese Weise erhoffen sie sich einen wirkungsvollen Schutz ihrer Interessen. Bei einer gerechten Abwägung ihrer Bedürfnisse mit den Notwendigkeiten der Staatengemeinschaft in einer interdependenten Welt kann die von Dahm³⁾ und Ger-

1) 2. Konf. unabh. afr. Staaten, Addis Abeba, 15.-24.6.1960 (Legum S. 172) Casablanca-Charta, 1961 (Legum S. 205); Ziff. II der Belgrader Erklärung vom 6.9.1961 (Anm. 1 S. 113); Ziff. I der Kairoer Erklärung vom 10.10.1964 (Anm. 1 S. 113).

2) Vgl. Casablanca-Charta, 1961 (Legum S. 205); Nr. III Ziff. 13 der Belgrader Erklärung.

3) I S. 106 f.

lach¹⁾ vertretene Lehre von der Sozialadäquanz, insbesondere im Hinblick auf die Verwerflichkeit der Verbindung von Mittel und Zweck, die notwendigen Dienste leisten, wenn man bereit ist, der besonderen Situation und den Bedürfnissen der neuen Staaten in fairer Weise Rechnung zu tragen.

6. Typische Interventionshandlungen²⁾

6.1. Zusammenfassung

Als Verletzung des Interventionsverbots gelten vor allem die Subversion und die Anwendung wirtschaftlichen Zwangs und Drucks. Mithin dürfen die Staaten nicht subversive, terroristische oder bewaffnete Handlungen, die auf einen gewaltsamen Umsturz des Regimes eines anderen Staates gerichtet sind, vornehmen, unterstützen, provozieren, zu ihnen anstiften, sie dulden oder sich in die inneren Unruhen (civil strife) eines Staates einmischen. Das gleiche gilt für die Aufstellung oder Duldung der Aufstellung von Söldnerverbänden zu diesem Zweck. Sie dürfen auch keine wirtschaftlichen oder politischen Maßnahmen gegen einen anderen Staat ergreifen oder fördern, um ihn bei der Ausübung seiner souveränen Rechte zu behindern oder Vorteile jeder Art von ihm zu erhalten.

6.2. Rechtliche Würdigung

Das Verbot der Subversion in ihren vielfältigen Formen hat nicht nur die neuen Staaten, sondern seit langem die gesamte Staatenwelt bewegt. Folglich sind die Vorbilder in der Staatenpraxis

17 B. 177 ff (203 ff); dem stimmt grundsätzlich auch zu Dohna, S. 132 ff, zu; gleichwohl schränkt er dieses Ergebnis dadurch ein, daß er Formulierungen der Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten nur beschränkte Völkerrechtsgeltung zuerkennt.

2) Bei der Aufzählung dieser Handlungen handelt es sich nicht um eine abschließende Liste; es sind nur Beispiele von Handlungsweisen, deren ausdrückliche Ächtung den afrikanischen Staaten besonders wichtig ist.

zahlreich.¹⁾ Die Vorstellungen der afrikanischen Staaten reihen sich ohne weiteres in die Absichten dieser Instrumente ein. Jedoch stellt die Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten jetzt eindeutig klar, daß jede Form der Subversion, nicht nur die gewaltsame, direkte, sondern auch die indirekte, nicht unbedingt gewaltsame Unterstützung oder Betreibung von Umsturz, Untergrundtätigkeit und Wühlarbeit verboten ist. Zu diesem Ergebnis haben die afrikanischen Staaten beigetragen.

Der Hinweis im Verbot auf den subversiven Einsatz von Söldnerverbänden ist nur deklarativ. Er beruht auf afrikanischen Erfahrungen; die Aufstellung von Söldnerverbänden oder die Duldung ihrer Aufstellung zu diesem Zweck ist schon nach traditionellem Völkerrecht als subversive Handlung, die das Gewalt- und Interventionsverbot verletzt, untersagt gewesen.

Die Einbeziehung wirtschaftlichen und politischen Drucks in das Interventionsverbot wurde schon vorstehend gewürdigt und bedarf hier keiner weiteren Erörterung.

¹⁾ Vgl. Art. 1 der Konvention über die Rechte u. Pflichten der Staaten bei Bürgerkriegen zwischen den Amerikanischen Republiken, Havanna, 20.2.1928 (Hudson, Bd. IV, S. 2418 f); Art. V des Nichtangriffspakts zwischen der UdSSR u. Frankreich, Paris, 29. 11.1932 (AJIL, Bd. 27, 1933, Suppl. S. 174 ff); Art. 8 des Pakts der Arabischen Liga, Kairo 22.3.1945 (UNTS, Bd. 70, S. 237 ff, 248 ff); Ziff. 3. u. 4 der Erklärungen der USA u. der UdSSR bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 16.11.1933 (AJIL, Bd., 28, 1934, Suppl. S. 3 f); Art. 4 des Erklärungsentwurfs über die Rechte u. Pflichten der Staaten der ILC (ILC, YB, 1949, S. 287 ff). Zum Verbot subversiver Handlungen vgl. Vorschläge Großbritanniens (A/AC 119/L 8=A/5746 § 205), Jugoslawiens (A/AC 119/L 7=A/5746 § 204), Indiens, des Libanon, der VAR, Syriens und Jugoslawiens (A/AC 125/L 12=A/6230 § 276) sowie den der westlichen Staaten (A/AC 125/L 13=A/6230 § 279), der aber eher auf gewaltsame subversive Handlung hindeutet. Jedoch haben die westlichen Staaten zuletzt auch den weitergehenden Inhalt der Res. 2131 (XX) mit der Annahme der Deklaration über Freundschaft u. Zusammenarbeit der Staaten anerkannt.

7. Zulässige "Interventionen"

Erlaubt sind Interventionen, die mit der freiwilligen, nicht unter Zwang gegebenen Zustimmung des betroffenen Staates erfolgen, insbesondere solche, die auf einer vertraglichen Vereinbarung oder einem ausdrücklichen Ersuchen beruhen. Die Unterstützung des Kampfes der Kolonialvölker um Selbstbestimmung ist keine verbotene Intervention.

Im übrigen bleiben die Vorschriften der SVN, soweit sie Interventionen in die Angelegenheiten der Staaten erlauben, unberührt.

Da die Intervention voraussetzt, daß sie gegen den Willen des betroffenen Staates erfolgt, liegt keine Intervention vor, wenn die Zustimmung des Staates gegeben wurde. Dies entsprach schon immer allgemeinem Völkerrecht.¹⁾ Dagegen konnten nach traditionellem Völkerrecht Interventionen in den Kolonien durchaus den Tatbestand der Intervention erfüllen. Nach afrikanischer Auffassung sind sie jedoch durch ein Ausnahmerecht gerechtfertigt, das der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Kolonialvölker dienen soll. Hier sind die gleichen Vorstellungen wirksam, die schon beim Gewaltverbot angestellt und gewürdigt wurden. Auf diese Ausführungen²⁾ kann verwiesen werden.

Schluß

Die Dekolonisation, die mit der Entstehung unabhängiger Staaten nur förmlich abgeschlossen ist, bedarf noch der materiellen Verwirklichung. Dieser Prozeß wird erst vollendet sein mit der Bildung stabiler und wirtschaftlich gefestigter Staaten, die das Wohlergehen der befreiten Völker ermöglichen; erst die materielle Dekolonisation führt zu wirklicher Unabhängigkeit und schafft die Bedingungen dauerhafter Selbstbestimmung der jungen Staaten. Die Überwindung des Zustandes der Unterentwicklung, de-

¹⁾Gerlach S.133; Berber I S.185.

²⁾vgl. Ausführungen auf S. 210-213.

ren Notwendigkeit sich im Ringen um eine neue Weltwirtschaftsordnung ausdrückt, ist dafür die Voraussetzung.

Sicherung und Konsolidierung der Ergebnisse der Dekolonisation sind auch eine Aufgabe des Völkerrechts; insoweit wirkt der Auftrag der Satzung der Vereinten Nationen (Art.73) an die Staatengemeinschaft in anderer Form weiter. Es hat daran mitzuwirken, die Bedingungen für das Wohlergehen und die Freiheit der jungen Staaten zu schaffen. Dieser Anspruch verbirgt sich hinter der Entschlossenheit der afrikanischen Staaten "à sauvegarder et à consolider l'indépendance et la souveraineté durement conquises, ainsi que l'intégrité territoriale de nos Etats et à combattre le néocolonialism sous toutes ses formes."¹⁾ Sie hat das Völkerrechtsverständnis der afrikanischen Staaten ebenso beeinflusst wie der Prozeß der Dekolonisation selbst. Sie führte zur Anerkennung eines unveräußerlichen Rechts eines jeden Staates auf unabhängige Existenz in seinen bestehenden Grenzen, das von einem weitreichenden Gewalt- und Interventionsverbot geschützt werden soll. Deshalb ist nach afrikanischer Auffassung der Begriff der Gewalt und der Intervention im Gewalt- und Interventionsverbot weit auszulegen.

Das Bestreben, das Recht auf unabhängige Existenz zu sichern, und der Anspruch auf materielle Verwirklichung der Selbstbestimmung beeinflussten die Regelungen des neuen afrikanischen Staatensystems und bestimmten die Ansichten der Vertreter der afrikanischen Staaten, die sie in den Beratungen der Vereinten Nationen über die Festlegung der Prinzipien über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten geäußert haben. Die Bemühungen, diese Prinzipien neu zu formulieren, stehen in engem Zusammenhang mit der Dekolonisation und ihrer Sicherung und Konsolidierung über ihren formalen Abschluß hinaus. Sie gaben den jungen Staaten Afrikas die Möglichkeit, ihre Vorstellungen in den Prozeß internationaler Rechtssetzung einzubringen. Die Darstellung der afrikanischen Ansichten zeigt, wie weit ihnen das bei der Formulierung der Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der

1) Präambel der OAU-Charta

Staaten gelungen ist. Sie gibt darüber hinaus Hinweise auf die afrikanische Haltung zu den offenen oder auslegungsfähigen Teilen der Erklärung.

Insgesamt können die afrikanischen Staaten mit dem Erreichten zufrieden sein.¹⁾ Sie waren mit den anderen jungen Staaten die eigentlichen Wortführer, denen sich die Staaten des sozialistischen Blocks eher angeschlossen haben, als die Bewegung anzuführen.²⁾ Die westlichen Staaten zeigten sich erst später angeschlossen. Bedeutend war auch der Einfluß der lateinamerikanischen Staaten, die eine Reihe von Bestimmungen aus dem amerikanischen Rechtskreis in die Beratungen einführten, die ihren Ursprung in einer nachkolonialen Vergangenheit haben und deshalb den Vorstellungen der jungen Staaten entgegenkamen. Im Verein mit den neuen Staaten Asiens und einer Reihe lateinamerikanischer Länder haben die afrikanischen Staaten ihre Vorstellungen weitgehend durchsetzen können oder wenigstens entscheidenden Einfluß bei der Formulierung der Texte ausüben können. Lediglich extreme Anschauungen wurden verworfen.

Die weitere Entwicklung hängt in hohem Maße von der universellen Anerkennung der Rechtsverbindlichkeit der Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten ab; denn ihre Rechtsverbindlichkeit könnte wegen fehlender Rechtsetzungskompetenz der Generalversammlung bestritten werden. Es fragt sich aber, ob es vertretbar ist, die Deklaration an dem Völkerrecht zu messen, das zur Zeit ihrer Verabschiedung unzweifelhaft als geltend festgestellt werden kann.³⁾ Ein solches Vorgehen beschränkt die Mitwirkungsmöglichkeiten der neuen Staaten an der Rechtsbildung ungemein und widerspricht den Zwecken der Deklaration. Erkennt man mit guten Gründen an,⁴⁾ daß die Deklaration jedenfalls insoweit verbindlich ist, als sie geltende Völkerrechtssätze, die auch in der Satzung der Vereinten Nationen

1) Kamerun A/8018 §155; Kenia A/8018 §§185, 189.

2) vgl. dazu Derpa S.43; Onuf S.226.

3) vgl. zu Johna S.249, 250, 254 ff; Wendte sieht in der Deklaration ein Hilfsmittel zur Festlegung geltender Völkerrechtsnormen.

4) so zu Johna S.249.

festgelegt sind, interpretiert, dann fragt es sich, ob dies darüber hinaus auch in den Fällen zu gelten hat, in denen die Deklaration eindeutige und klare, wenn auch "progressive" Aussagen enthält. Sie beziehen sich auf Rechtsgrundsätze, aus denen ebenso konkrete Folgerungen für das staatliche Verhalten abgeleitet werden, wie aus den Formulierungen, die schon bisher anerkannte Rechtssätze interpretierend bestätigen. Auch sie wurden einstimmig gebilligt. Schließlich haben sich auch die westlichen Anschauungen geändert und tragen dem Bild der heutigen Staatengemeinschaft Rechnung. Wäre dies nicht so, hätte die Deklaration nicht mit dem vorliegenden Inhalt verabschiedet werden können. Es fällt deshalb schwer, für die progressiven Teile der Deklaration den Bindungswillen der Staaten (*opinio iuris*) zu verneinen und eine entsprechende Staatenpraxis (*consuetudo*) zu leugnen.¹⁾ Liegt nicht in der einstimmigen Verabschiedung der Deklaration die bestätigende Staatenpraxis, zumal auch die Deklaration auf vorangegangenen Beschlüssen der Vereinten Nationen beruht? Schon vor zehn Jahren stellte Schweb²⁾ fest: "Die Verwendung von Erklärungen der Versammlung als eine Methode der Feststellung und Entwicklung des Rechts kann Bestandteil der Staatenpraxis und damit des Gewohnheitsrechts werden; eine solche Entwicklung scheint bereits weit fortgeschritten zu sein. Die Mitgliedstaaten der Völkergemeinschaft haben durch Wort und Tat erkennen lassen, daß sie diese Technik der Rechtsentwicklung billigen und als mit der Satzung und dem geltenden Völkerrecht vereinbar ansehen." Die Deklaration hat einen ausschließlich rechtlichen Charakter. Der früher oft erhobene Einwand gegen die Rechtsverbindlichkeit von bestimmten Resolutionen, es handele sich um "politische" Willensbekundungen, kann hier nicht erhoben werden. Bei den afrikanischen Staaten wird man kaum Verständnis finden, wenn man in der Deklaration keinen Ausdruck geltenden Völkerrechts erblickt.³⁾

1) so aber zu Dohna S.254 ff.

2) S.51 f.

3) Nach ihrer Ansicht können Resolutionen der VN durchaus Rechtsüberzeugungen verbindlich zum Ausdruck bringen (Kenia A/C 6/SR 1182; Mali A/C 6/SR 1181 §38); vgl. dazu auch Elias, Int. Law, S.71-80; Okoye S.197 f.

Anders ist die Rechtslage dort, wo keine eindeutigen Aussagen vorliegen. Denn die Erklärung hat nicht alle Fragen beantwortet. Sie ist in vielen Teilen auslegungsfähig. Außerdem läßt sie eine Reihe von Problemen ungelöst oder versteckt sie, was dasselbe ist, hinter Leerformeln, die unterschiedliche Auffassungen zwar verdecken, aber weiter bestehen lassen. Um auch hier zu abgewogenen Ergebnissen zu gelangen, bedarf es der Berücksichtigung der Vorstellungen und Interessen der neuen Staaten. Dabei kann die Lehre von der Sozialadäquanz¹⁾ einen Weg weisen. Sie erleichtert unter Abwägung aller Umstände des Einzelfalls, insbesondere unter Berücksichtigung der spezifischen Situation der jungen Staaten, zu gerechten Ergebnissen zu gelangen; sie erlaubt, Handlungen eines Staates als Intervention zu verurteilen, die sich nicht mehr "mit den Rechtsanschauungen der gesitteten Welt, mit Anstand und Treu und Glauben vereinbaren"²⁾ lassen. Denn diesen Anforderungen wird kaum ein Verhalten eines Staates entsprechen, das sich rücksichtslos über die besondere Lage eines jungen Staates und seine legitimen Interessen hinwegsetzt. Sicher kann diese Formel kein Ersatz für eine klare Definition des Gewaltbegriffs sein; die Rechtssicherheit im Hinblick auf das Friedenssicherungssystem erfordert hier klare Aussagen. Gleichwohl wird auch hier die Sozialadäquanz Impulse geben können. Die Entwicklung wird sicher nicht bei der Beschränkung des Gewaltbegriffs auf "Waffengewalt" stehen bleiben. Im übrigen scheinen sich auch auf diesem Feld die Unterschiede abzuschwächen; denn die Tendenz ist deutlich zu erkennen, die Anwendung "nicht-physischer Gewalt" als verbotene Interventionen zu betrachten. Nicht hilfreich ist es jedoch, die "ökonomische Aggression" als "absurde Absonderlichkeit" und die "ideologische Aggression" als "Verbalaggression" zu verspotten;³⁾ denn solche Handlungen können in einem Staatswesen, das erst seine Lebensform sucht und wirtschaftlich schwach und abhängig ist, durchaus als aggressiv empfunden werden. Eine solche Haltung zeigt, daß man nicht bereit ist, auf die Interes-

1) Dahm I S.206 f; Gerlach S.177 ff; siehe auch Ausführungen S.241 f.

2) Dahm I S.207.

3) Giraud S.518 f.

den anderer Staaten und ihre Sorgen einzugehen, sondern sich allein von seinen eigenen Erfahrungen, Vorstellungen und Interessen leiten läßt, die den Blick auf eine gerechte Gesamtschau verhindern.

Das Völkerrecht hat den Interessen der gesamten Staatengemeinschaft zu dienen. Erst wenn es diesem Anspruch genügt, wird die internationale Rechtsordnung uneingeschränkte Anerkennung finden. Dazu ist es notwendig, daß die Belange der jungen Staaten erkannt und anerkannt werden. Das wird auch ihre Bereitschaft fördern, die legitimen Interessen anderer Staaten, insbesondere der Industrie- und Handelsstaaten, anzuerkennen. Von den jungen Staaten muß erwartet werden, wenn sie den Prozeß der Angleichungen der Rechtsüberzeugungen auf allen Gebieten fördern wollen, daß sie ihren Anschauungen in ihren gegenseitigen Beziehungen uneingeschränkt Geltung verschaffen. Der Prozeß der Bildung gemeinsamer Rechtsüberzeugungen wird rasch fortschreiten. Das Völkerrecht wird mehr und mehr den Ergebnissen der Dekolonisation Rechnung tragen und die jungen Staaten dabei unterstützen, zu dauerhafter Selbstbestimmung zu gelangen. Die Charta der OAU und die Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit der Staaten haben den Anfang gemacht.

L e b e n s l a u f

Am 7.10.1935 wurde ich als Sohn des Konteradmirals Otto Schulz und seiner Ehefrau Edith, geb. Krahnstöver, in Wilhelmshaven geboren.

An dem Städtischen Realgymnasium für Jungen in Bad Wildungen bestand ich 1957 die Reifeprüfung. Nach Studium der Rechte in Marburg, Wien, Paris und Marburg legte ich am 16.11.1964 die erste rechtswissenschaftliche Staatsprüfung vor dem Juristischen Prüfungsamt beim Oberlandesgericht Frankfurt/Main ab. Während meines Studiums besuchte ich in den Jahren 1960-62 auch die Sommerkurse für Völkerrecht und Internationales Privatrecht der Akademie für Internationales Recht in Den Haag.

1965 begann ich meine Referendarausbildung im hessischen Justizdienst, in deren Verlauf ich eine fünfmonatige Wahlstation bei einem französischen Rechtsanwalt in Lyon absolvierte. Am 23.12. 1968 bestand ich vor dem Hessischen Justizprüfungsamt die zweite juristische Staatsprüfung.

Seit dem Jahre 1970 bin ich im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung als Hilfsreferent tätig.

